Oberbürgermeister-befragung 2006

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 06/05 • Nov. - Dez. 2005 www.kulturrat.de 3,00 € • ISSN 1619-4217 • B 58 662

Kultur und Kirche
In welchem Verhältnis die Kultur und die katholische Kirche zueinander stehen, damit setzt sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Kardinal Lehmann auseinander. Er beschreibt die Bedeutung der Kirche für die Künste und stellt heraus, welche kulturellen Aufgaben die Kirche übernimmt.
Seite 1

Oberbürgermeisterbefragung
Welche Chancen und welche Risiken sehen Sie für die Kultur 2006, diese Frage wurde Oberbürgermeistern von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern gestellt. 44 Oberbürgermeister haben geantwortet und geben Auskunft zu den kulturpolitischen Schwerpunkten, zu möglichen Risiken und zu den Planungen 2006.
Seiten 2 bis 25

UNESCO
Welche Verantwortung auf die nationale Kulturpolitik zukommt nach der Verabschiedung der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, hiermit setzt sich Max Fuchs auseinander. Die Verabschiedung der Konvention ist ein großer Erfolg. Sie auf der nationalen Ebene mit Inhalt zu füllen, ist nun die Herausforderung.
Seite 26

Europa
Wie der Diskussionsprozess zur Revision de Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ verläuft, welche Neuerungen zu erwarten sind und welche möglichen Gefahren sich ergeben, stellt Karin Junker dar. Barbara Gessler setzt sich mit der derzeit schwierigen Situation des europäischen Einigungsprozesses auseinander.
Seite 27

Kultur Kompetenz Bildung
Wie die Konzeption Kulturelle Bildung Eingang in die kultur-, bildungs- und jugendpolitischen Debatten finden soll, stellt Olaf Zimmermann in der neuen Beilage vor. Weitere Themen sind: Lage der öffentlichen Bibliotheken, der zwölfte Kinder- und Jugendbericht, der demografische Wandel und die Kultur.
Beilage Seiten 1 bis 8

Editorial

Wissenslücken

Als das Bundesarbeitsministerium Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts bei dem Zentrum für Kulturforschung in Bonn die „Künstler-Enquete“ in Auftrag gab, lag die Bundesrepublik noch in tiefem kulturpolitischem Schlaf. Die Ergebnisse der Enquete – besonders der 1975 erschienene Künstlerreport – führten zu einer deutlichen Politisierung der Bundeskulturpolitik und waren letztendlich die Initialzündung zur Errichtung der Künstlersozialversicherung.

Das ist alles lange her. Die Wiedervereinigung und die Globalisierung haben Deutschland fundamental verändert. Die Kulturpolitik des Bundes hat an Selbstbewusstsein gewonnen und mehr als 140.000 Künstler sind heute Mitglied der Künstlersozialversicherung. Doch noch immer ist der Künstlerreport von 1975 die einzige wirkliche umfangreiche empirische – quantitative und qualitative – Erhebung in diesem Feld. Über die Künstler im Jahr 2005, wie sie arbeiten und wie sie überleben, wissen wir sehr wenig.

Natürlich gibt es und gab es immer wieder Untersuchungen zur Situation der Künstler – zuletzt die empirische Arbeit von Dangel und Piorkowsky zum Thema Existenzsicherung und Selbstständigkeit in Kunst und Kultur, die 2006 erscheinen wird. Eine kontinuierliche Forschung in diesem Feld fehlt aber. Als der Deutsche Bundestag 2003 die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ einrichtete, glaubten viele, diese Bundestagsenquete würde die Arbeit an dem Künstlerreport wieder aufnehmen. Die „Künstler-Enquete“ der 70er Jahre und die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ der letzten Legislaturperiode haben zwar zum Verwechseln ähnliche Namen sind aber trotzdem zwei vollständig verschiedene Instrumentarien. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags war kein wissenschaftliches Institut und konnte keine Erhebungen durchführen, aber sie konnte Aufträge an Wissenschaftler vergeben. Das hat sie in den letzten zwei Jahren bis zu ihrer vorzeitigen Auflösung auf Grund der Neuwahlen neun Mal getan. Aber ein neuer „Künstler-Report“ war nicht darunter. Zwei Gründe sprachen gegen eine Vergabe: Die zu erwartenden Kosten für eine solche Erhebung können von einer Bundestagsenquete nicht aufgebracht werden und das enge Zeitkorsett einer Bundestagsenquete lässt eine ernsthaft empirische Untersuchung, die einige Jahre bis zu ihrer Fertigstellung benötigt, nicht zu.

Hier wird das Dilemma deutlich. Keine politik- und sozialwissenschaftliche universitäre Forschungseinrichtung betreibt kontinuierlich empirische Kulturpolitikforschung in Deutschland. Deshalb kann auch nicht – wie in anderen Politikfeldern üblich – kurzfristig valides Datenmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Zustand ist nicht mehr hinnehmbar. Wir brauchen eine kontinuierliche, besonders empirische Kulturpolitikforschung, damit unsere Wissenslücken dauerhaft und immer aktuell geschlossen werden.

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kirche und Kultur – Kirche als Kultur

Von Karl Kardinal Lehmann

Kirche schafft kulturelle Identität weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus. Sie tut das seit 2000 Jahren mit einer geistigen Prägekraft, wie sie keine zweite Institution je entwickelt hat. Ohne das traditionsreiche kirchliche Bildungswesen, ohne das Mäzenatentum der Kirche und ohne die große künstlerische Inspirationskraft der christlichen Theologie wäre die Kultur des Abendlandes ärmer an Geist und Sinnlichkeit. Derzeit scheinen viele Menschen ganz neu zu entdecken, dass das werteorientierte Kultur-Engagement der Kirche einen ideellen Mehrwert hat, den das Kulturangebot des weltanschaulich neutralen Staates und der säkularen privaten Träger nicht bieten kann.

Im Kontext des viel beschworenen „clash of civilizations“ dreht sich in Europa alles um die Frage der westlich-abendländischen Identität. Dabei wird immer deutlicher, dass es nicht das Bruttosozialprodukt oder die industrielle Infrastruktur sind, die dem europäischen Staatengebilde seine ureigene, kollektive Identität verleihen. Sondern dass es gerade in unserer von Konsum bestimmten Gesellschaft die transzendenten Werte und Ziele sind, von denen ihre Mitglieder leben, ohne es ausdrücklich zu wissen. Das gegenwärtige Aufdämmern eines „postsäkularen Zeitalters“ (Habermas) führt in der Tat zu einer überraschenden Renaissance von Religion, Christentum und Kirche als kulturprägende Kräfte, wie sich besonders in den letzten Monaten eindrucksvoll gezeigt hat.

Kulturelles Engagement ist für die katholische Kirche integraler Bestandteil ihres gesamten Wirkens. Deshalb lässt sie sich ihre Kulturarbeit viel kosten und betrachtet diese Aufwendungen nicht als Subvention, sondern als Investition. Einen separaten Kultur*sektor*, wie ihn Politik und Marktwirtschaft als Randbereich abseits ihrer Prioritäten abgrenzen, kennt die katholische Kirche nicht. Nicht Sektor, sondern Grundperspektive *aller* Felder kirchlichen Handelns ist die Kulturarbeit. Seit ihren Anfängen definiert die Kirche ihr Wirken über die drei Grundmaximen Gottesdienst – den Glauben feiern, Verkündigung – den Glauben weitergeben und Nächstenliebe – den Glauben tun: Martyria, Liturgia, Diakonia. Das kirchliche Kulturengagement durchwirkt diese drei Felder gleichermaßen und erhält durch sie ihre Zielvorgabe: Dienst vor Gott und Dienst am Menschen. Das Streben nach einer Balance zwischen diesen beiden Polen macht das Proprium kirchlichen Kulturschaffens aus. Sein Transzendenzbezug bewahrt es vor der Vereinnahmung durch allzu marktförmig verzweckten, psychohygienisch-banalen Aktivismus. Seine gleichzeitige Verankerung im Humanen bewahrt es andererseits auch davor, sich in einem mystisch elitären Elfenbeinturm jenseits menschlicher Lebenswirklichkeiten zu verschanzen.

Das katholische Kulturschaffen steht nicht nur in der Balance zwischen Gott und Mensch, sondern auch zwischen Vergangenheit und Zukunft. Einerseits trägt die Kirche die Verantwortung für Erhalt und Pflege eines unermesslich wertvollen Kulturerbes aus zwei Jahrtausenden. Das verpflichtet sie nicht nur zu konservatorischer Professionalität, sondern auch zur geistigen Erschließung dieses Erbes in sich stets wandelnder Kontexte hinein. Damit leistet sie einen Beitrag für das „kulturelle Gedächtnis“ Europas, von dem unleugbar nicht nur praktizierende Kirchgänger, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft profitieren. Das Kultur-Engagement der Kirche ist jedoch nicht nur rückwärtsgewandt: Sie ist nach wie vor Mäzenatin der zeitgenössischen Künste als Auftraggeberin und Anregerin. Wenn beispielsweise der Maler Gerhard Richter ein Fenster des Kölner Doms gestaltet, Arvo Pärt für den Katholikentag seine berühmte „Berliner Messe“ komponiert, der Architekt Meinhard von Gerkan für die Expo den Christus-Pavillon errichtet oder die Schriftstellerin Gabriele Wohmann Lesungen an katholischen Akademien gibt, dann tut sich hier ein Dialogforum mit Kulturschaffenden auf, die alles andere als Kirchenkünstler sind. Dennoch lädt die katholische

Karl Kardinal Lehmann
Foto: Bistum Mainz

Kirche gerade diese „autonomen“ Vertreter der Gegenwartskunst zum Austausch, weil sie ihre Werke als „Stimme der universalen Erlösungserwartung“ (Johannes Paul II.) begreift und sie als Katalysatoren existentieller Eigentlichkeit wertschätzt.

Die katholische Kirche ist der größte Kulturträger neben dem Staat und den Kommunen. Sie setzt ca. 20 % ihrer Kirchensteuern und Vermögenserlöse für Kulturarbeit ein. Damit liegt sie erheblich oberhalb des im Kulturfinanzbericht genannten durchschnittlichen Kulturanteils von 1,66 % bei Staat und Kommunen (2003). Sie fördert seit jeher qualifizierte kulturelle Initiativen und Prozesse und setzt so den verflachenden Tendenzen des Event-Kulturbetriebes Ressourcen symbolischer Repräsentationen, sinnbezogener Entwürfe, lebensprägender Motive und zwischenmenschlicher Bereicherung entgegen. Sie sucht – wo immer möglich – den fruchtbaren Dialog mit all jenen kulturellen Ausdrucksweisen, die Unbedingtheit, Authentizität und geistiges Ringen um letzte Fragen verkörpern. Sie macht nicht das, was ankommt, sondern worauf es ankommt.

Freilich betreibt die katholische Kirche keine ausschließlich auf Exzellenz ausgerichtete Kulturarbeit; sie erschöpft sich nicht in einzelnen Highlights. Sie ist vielmehr Anwältin einer „*Breiten-Kultur*“: Die christliche Offenbarung versteht sich als Botschaft, die sich an alle wendet und auch ihre kulturellen Ausdrucksformen kennen keine sozialen Grenzen. Weite Teile der katholi-

Weiter auf Seite 2

Kultur-Mensch

Norbert Lammert

Foto: Andreas Schoelzel

Seine Leidenschaft für den Kulturbereich stellte Norbert Lammert in verschiedenen Funktionen im Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung unter Beweis. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat er sich in den 90er Jahren für die stärkere Berücksichtigung von Künstlerinnen und Künstlern bei den Existenzgründungsprogrammen eingesetzt. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft lag ihm die kulturelle Bildung besonders am Herzen. Als kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat er aus der Oppositionsrolle heraus zahlreiche Abstöße zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur gegeben. Bei der Reform des Stiftungssteuerrechts hat er im Vermittlungsverfahren noch über den Regierungsvorschlag hinausgehende Verbesserungen für Stifterinnen und Stifter durchgesetzt. Und es gibt sicherlich nur wenige Abgeordnete, die auf ihrer Homepage mit eigenen, sehr lesenswerten Rezensionen über gesehene Theaterstücke, Opern, Filme oder Ausstellungen aufwarten.
Es ist ein sehr positives Signal, dass der zweite Mann im Staat der Kultur so verbunden ist und es ist zu hoffen, dass er in seiner neuen Funktion als Bundestagspräsident die Debatte über den Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft befördern wird.

4 195981 603008 06

Fortsetzung von Seite 1

Kirche und Kultur

schen Kulturarbeit basieren auf der Arbeit von Ehrenamtlichen quer durch alle Berufe und Milieus. Die Ehrenamtlichen sind jedoch nicht auf sich gestellt. Die Qualität ihrer Arbeit wird vielmehr flächendeckend durch fundierte, von Hauptamtlichen geleitete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen flankiert. Dieses Kulturkonzept kann in Deutschland z. B. mit 18.000 katholischen Haupt- und Nebenberufs-Kirchenmusikern aufwarten, die neben der liturgischen Musik auch für das kirchliche Laienmusizieren zuständig sind: 440.000 Katholiken engagieren sich in 15.500 Erwachsenen-, Jugend- und Kinderchören sowie 1.800 kircheneigenen Orchestern und Instrumentalgruppen. Im Bereich der literarischen Kompetenz und Leseförderung hält die katholische Kirche in Deutschland knapp 5.000 öffentliche Büchereien vor, die u.a. von 25.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitbetreut werden. Bei diesen Beispielen, denen sich zahlreiche weitere hinzufügen ließen, zeigt sich: Nur aufgrund der einzigartigen Komplementarität von Ehren- und Hauptamt kann kirchliche Kulturarbeit funktionieren. Das Rückgrat des Ehrenamtes ist und bleibt dabei das Hauptamt. Alle Bistumsverwaltungen unterhalten hauptamtliche Stellen, in denen Fachleute für die Belange der verschiedenen Kunstgattungen zuständig sind. Kunst-, Musik-, Bau- und Denkmalpflegereferate oder -ämter garantieren damit ein hohes Maß an Professionalität. Zugleich fungieren diese Stellen als Ansprechpartner für staatliche oder kommunale Kulturträger, mit denen viele Kooperationsverhältnisse bestehen.

Durch den großen ehrenamtlichen Anteil und den über die berufliche Pflicht hinausreichenden ideellen Einsatz der Hauptamtlichen können kirchliche Kultur-Angebote wohlfeil angeboten werden. Und zwar nicht nur für Kirchenmitglieder, sondern für die ganze Bevölkerung. Vor allem im ländlichen Raum stellen die Kultur-Aktivitäten der Kirchengemeinden eine der ganz wenigen Möglichkeiten dar, aktiv am kulturellen Leben teilzunehmen. So erheben etwa die katholischen Büchereien keine Benutzungsgebühren, die Teilnehmerbeiträge der 632 katholischen Erwachsenenbildungs-Einrichtungen für Veranstaltungen kultureller Bildung oder die Eintrittspreise für Kirchenkonzerte sind um ein Vielfaches günstiger als im säkularen Bereich. Der darin manifestierte diakonische Aspekt – die Kirche nennt das programmatisch „*Kulturdiakonie*“, vom lateinischen Diakonia = Dienst – ist einer der Hauptcharaktere katholischer Kulturarbeit und zugleich eine entschiedene Absage an kulturellen Sozialdarwinismus oder kulturelles Hegemoniestreben. Das Zweite Vatikanische Konzil reklamiert daher ausdrücklich ein „Recht auf Kultur“, das jedem Menschen unterschiedslos zusteht (vgl. Konstitution „Gaudium et Spes“, Art. 42, 55, 58). Damit geht gleichwohl auch eine „Pflicht zur Kultur“ einher: Für einen Christen kann es eigentlich keine Ermäßigung für den Anspruch geben, sich in allen, besonders aber in den aktiven Feldern der Kultur zu betätigen. Dazu ist er besonders geeignet aufgrund seines Glaubens, der dem Ist-Zustand ein kontrafaktisches „Noch nicht“ entgegensetzt. Das gibt ihm auch die Kraft zur Kulturkritik dort, wo sich kulturelle Entwicklungen als unmenschlich oder mit dem christlichen Ethos nicht vereinbar erweisen. Solche kulturkritischen Korrektive finden sich konkret etwa bei den Gremien und Organen der katholischen Filmbewertung oder bei den kirchlichen Kooperationen im Jugendmedienschutz, die auch im säkularen Bereich hohe Achtung erfahren.

Das Element von Zweckfreiheit und Transzendenzbezug, das den Kern kirchlicher Kulturarbeit ausmacht, führt natürlich nicht dazu, dass diese Aktivitäten auch im materiellen Sinne „nicht von dieser Welt“ wären. Die physikalischen Gesetze von Schwerkraft und Korrosion behandeln z. B. die sakrale Architektur nicht pietätvoller als die weltliche. Allein für die Pflege ihrer ca. 60.000 denkmalgeschützten Bauten hat die katholische Kirche in den Jahren 1996-2000 mehr als zwei Milliarden Euro ausgegeben. Kirchliche Kulturpflege kostet mithin viel Geld, das derzeit auch in der Kirche spürbar knapper wird. Den verhängnisvollen Reflex der öffentlichen Haushalte, vorrangig und einseitig die vermeintlichen „Kultur-Subventionen“ abzubauen, wird man in der Kirche jedoch nicht erleben. Notwendige Einsparungen auf diesem Feld versucht die katholische Kirche ausgewogen und verantwortungsbewusst in ein Gesamt-Konsolidierungskonzept einzubetten. Dennoch sind in Ausnahmefällen schmerzhafte Maßnahmen notwendig; man denke etwa an die vereinzelte Profanierung von Kirchen. Dass die darauf folgenden öffentlichen „Banausen!“-Rufe freilich oft aus den Reihen derer kommen, die sich selbst noch nie für kirchliches Kulturgut – geschweige denn finanziell – engagiert haben, kann nur befremden. Es wäre überdies wünschenswert, dass auch in der Politik mehr Gespür dafür erwacht, welch wichtigen kulturellen Identifikationsfaktor das kirchliche Kulturengagement für unser Land darstellt. Wenn Deutschland sein christliches Kulturerbe auch künftig zu seinen Essentials zählen will – und zumindest der Wille dazu scheint wieder verstärkt vorhanden zu sein –, dann muss sich auch das Gemeinwesen zu einer *gesamtgesellschaftlichen* Anstrengung konkreter Unterstützungsmaßnahmen entschließen, die keinen Aufschub dulden. Denn die Kulturkompetenz einer Nation ist keine „soft skill“, sondern für ihr zivilisiertes Überleben mindestens ebenso wichtig wie eine funktionierende Volkswirtschaft. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ (Mt 4,4).

Der Verfasser ist Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz ■

Die Chancen, die Risiken – Kultur in deutschen Großstädten 2006

Eine Befragung der Oberbürgermeister durch *politik und kultur* • Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Von der Vielfalt der Kultur in Deutschland zu sprechen, gehört zu den Selbstverständlichkeiten. Gerne wird in bundespolitischen Debatten hervorgehoben, dass das eigentliche kulturelle Leben doch mindestens in den Ländern oder noch viel ausgeprägter in den Kommunen stattfindet. Auch der Deutsche Kulturrat hat in seiner Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge“ aus dem Jahr 2004 noch einmal darauf hingewiesen, dass das kulturelle Leben in Deutschland auf einem dichten Netz an Kultureinrichtungen, -vereinen und -stiftungen der verschiedenen künstlerischen Sparten beruht und diesem Angebot eine hohe Nachfrage durch die interessierte Bevölkerung entspricht. Beide haben sich in Jahrhunderten entwickelt – sie sind Teil unseres Erbes und Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft. Kultureinrichtungen, -vereine und -stiftungen bewahren Kunstwerke, Literatur und Denkmale, stellen sie der breiten Öffentlichkeit sowie der Fachwelt bereit bzw. vor, sie führen Musik-, Tanz- oder Theaterstücke auf, sie fördern Künstlerinnen und Künstler bzw. künstlerische Projekte. Sie liefern vielfältige Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe der Menschen in Deutschland

Der Deutsche Kulturrat macht in seiner Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge“ deutlich, dass Kultur zur Daseinsvorsorge gehört und eben nicht disponibel ist. In diesem Zusammenhang hat der Deutsche Kulturrat definiert: „Daseinsvorsorge im Bereich der Kultur meint ein flächendeckendes Kulturangebot in den verschiedenen künstlerischen Sparten, das zu erschwinglichen Preisen, mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht. Neben der quantitativen Sicherung von kulturellen Angeboten ist deren Qualität ein wesentliches Charakteristikum. Daraus folgt, dass öffentlich finanzierte Kultureinrichtungen nicht nur den Mainstream bedienen dürfen, sondern ihnen auf Grund ihres Status die Aufgabe zukommt, auch die nicht eingängigen Kunstformen zu präsentieren. Dazu gehören ganz besonders innovative, noch nicht etablierte künstlerische Ausdrucksformen. Diese Verpflichtung schließt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit ein, der auf Grund seiner Finanzierung durch Gebühren neben den Kriterien der Reichweite und allgemeiner Zugänglichkeit auch dem Qualitätskriterium genügen muss.“

Doch welche Chancen haben die Kommunen angesichts gähnend leerer öffentlicher Kassen überhaupt diesem Anspruch gerecht zu werden? Können sie in Kultur investieren, wenn sie einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen, d.h. wenn der Haushalt durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden muss, da er gravierende Fehlbeträge aufweist. Allein im Nordrhein-Westfalen unterlagen im Jahr 2004 insgesamt 179 von 427 Kommunen, darunter auch sieben Kreise, der Haushaltssicherung. Immerhin 75 Gemeinden befanden sich in der so genannten vorläufigen Haushaltsführung. Ihr Haushaltssicherungskonzept wurde von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt.

Angesichts der Debatte um die Finanznot der Kommunen auf der einen und den Anforderungen an die kulturelle Daseinsvorsorge auf der anderen Seite hat *puk* die Oberbürgermeister von Städten über 100.000 Einwohner gebeten, zu skizzieren, wie sie meinem, dass sich die Kultur in ihrer jeweiligen Stadt mit Blick auf die schwierige Haushaltslage im Jahr 2006 entwickeln wird, welche Chancen und welche Risiken gesehen werden.

puk hat in seiner Umfrage insgesamt 87 Oberbürgermeister von Städten angeschrieben, die im Taschenbuch des öffentlichen Lebens, dem Oeckl, mit einer Einwohnerzahl über 100.000 angegeben werden. Von diesen 87 Städten haben 44, das sind 50 Prozent, geantwortet. Dieses ist ein sehr hoher Rücklauf.

Von den 44 Städten, die geantwortet, haben 20 zwischen 100.000 bis 200.000 Einwohner: Darmstadt, Erfurt, Erlangen, Fürth, Gera, Göttingen, Hamm, Heidelberg, Hildesheim, Mülheim an der Ruhr, Neuss, Offenbach am Main, Paderborn, Potsdam, Reutlingen, Saarbrücken, Salzgitter, Siegen, Trier, Würzburg. Zu diesen 20 Städten zählen drei Landeshauptstädte (Erfurt, Potsdam und Saarbrücken). Bei 13 Städten liegt die Einwohnerzahl zwischen 200.000 und 300.000 Einwohner: Aachen, Braunschweig, Chemnitz, Freiburg im Breisgau, Hagen, Karlsruhe, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mönchengladbach, Münster, Oberhausen, Wiesbaden. Als Landeshauptstadt zählte Magdeburg dazu. Insgesamt zwei Städte weisen eine Einwohnerzahl zwischen 300.000 und 400.000 auf: Bochum und Bonn. Zwei Städte haben zwischen 400.000 und 500.000 Einwohner: Dresden und Nürnberg. Fünf Städte haben mehr als 500.000 Einwohner: Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt am Main, Stuttgart. Hiervon sind Düsseldorf und Stuttgart Landeshauptstädte. Und nur zwei Städte haben mehr als eine Mio. Einwohner: Hamburg und Köln. Bei der Mehrzahl der Städte, die geantwortet haben, liegt die Einwohnerzahl also unterhalb 300.000 Einwohner.

Gemeinsame Not: Haushaltskonsolidierung

Allen Städten ist gemeinsam, dass die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung besteht. Dabei sind die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich. Da gibt es Städte wie Braunschweig, Düsseldorf oder Stuttgart, die in den vergangenen Jahren in der Haushaltskonsolidierung so weit vorangekommen sind, dass sie aufatmen können und – bei allem nach wie vor vorhandenen Zwang zum Sparen – sich in einem Aufwärtstrend sehen.

Köln begreift als Fortschritt, dass nach Jahren, in denen das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept von der Bezirksregierung nicht genehmigt wurde und damit mit einem vorläufigen Haushalt gearbeitet werden musste, für das Jahr 2006 das Haushaltssicherungskonzept genehmigt wurde. Köln kann damit zwar unter den strengen Restriktionen des Haushaltssicherungskonzeptes aber endlich mit einem genehmigten Haushalt arbeiten. Für andere Städte ist dieses noch eine Zielvorgabe.

Wie selbstverständlich die Anwendung des Haushaltssicherungskonzepts für die Kommunen ist, dafür steht die Aussage des Aachener Oberbürgermeisters Jürgen Linden, der schreibt: „Der Umgang mit einem Haushaltssicherungskonzept und den dort aufgestellten Restriktionen gehört mittlerweile zum Tagesgeschäft.“

Eines von sechzehn verschieden gestalteten „E“, die zum Einsteinjahr 2005 überall in Berlin zu finden sind **Foto: Lienhard Schulz**

Gemeinsames Bekenntnis: kulturelle Daseinsvorsorge

Trotz der Haushaltsnot herrscht bei den Städten die Position vor, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern durch ein ausgewogenes Verhältnis von Breiten- und Spitzenförderung die kulturelle Daseinsvorsorge sicherzustellen. Dieser Begriff bzw. der der kulturellen Grundversorgung zieht sich als roter Faden durch die Argumentation der Oberbürgermeister. Kulturpolitik wird als Teil der Stadtpolitik und ganz besonders der Stadtentwicklung gesehen. Dabei sind die Voraussetzungen höchst unterschiedlich. Da gibt es prosperierende Städte wie Bonn, Düsseldorf oder Stuttgart, die hoffnungsfroh in die Zukunft blicken können. Andere Städte wie Duisburg, Oberhausen oder Magdeburg kämpfen mit einer hohen Arbeitslosigkeit, Abwanderung und einem massiven Strukturwandel. Kultur ist hier oftmals das Mittel um gemeinsame Identität und Kristallisationspunkte des städtischen Lebens zu schaffen. Wichtig erscheint dabei vielen Oberbürgermeistern, dass neben den kulturellen Highlights die Breitenkultur nicht zu kurz kommen darf. Die Bochumer Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz macht in ihrem Beitrag deutlich, dass eine breite Kulturarbeit die Grundvoraussetzung ist, um Spitzenleistungen abzusichern und dass das Eine nicht gegen das Andere ausgespielt werden darf.

Gemeinsames Anliegen: Kulturelle Bildung

Entsprechend der Bedeutung, die der Breitenkultur beigemessen wird, wird die kulturelle Bildung von den meisten Oberbürgermeistern als ein wesentliches Feld erachtet. Besonders in den Städten zwischen 100.000 und 200.000 wird die kulturelle Bildung als zentrales Hand-

Weiter auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

lungsfeld herausgestellt. Auch Hamburg bemüht sich als Stadt und als Land besondere Akzente in diesem Bereich zu setzen. Dabei liegt der kulturellen Bildung ein weites alle künstlerischen Sparten umspannendes Verständnis zugrunde.

Gemeinsame Perspektive: Privates Engagement ist unverzichtbar

Unisono wird von den Oberbürgermeistern betont, dass das private Engagement unerlässlich ist, um die kulturelle Infrastruktur zu sichern. Dabei wird zum einen die Wirtschaft in die Pflicht genommen, als Sponsoren von kulturellen Veranstaltungen, Events, Festivals aber teilweise auch des normalen Betriebs. Zum anderen wird teilweise auf public-private-partnership gesetzt, das heißt längerfristiger und dauerhafter Finanzierung – auch von Kultureinrichtungen – durch Unternehmen. Zum dritten wird das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben. Dabei wird unter bürgerschaftlichem Engagement sowohl die Spende von Zeit als auch Geld verstanden. Auch hier sind die Bedingungen äußerst unterschiedlich. In Städten wie Hamburg oder Wiesbaden, in denen ein Teil der Bevölkerung sehr wohlhabend ist und großzügig spenden kann, besteht eine ganz andere Ausgangsbedingung als in Magdeburg oder Duisburg. Wieder anders stellt sich die Situation in Münster, einer Stadt mit einer ausgeprägten Tradition bürgerschaftlichen Engagements und einem entsprechenden Bürgertum einer Universitätsstadt, dar. Bürgerschaftliches Engagement ist aber mehr als die Bereitstellung von Geld oder Zeit. Bürgerschaftliches Engagement bedeutet auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für ihre Kultureinrichtungen engagieren, dass sie ihnen wichtig, ja unverzichtbar sind.

Häufiges Problem: Verhältnis Stadt – Land

Viele Oberbürgermeister berichten von dem Problem, das sinkende Landeszuschüsse zu Kultureinrichtungen, die gemeinschaftlich vom Land und der Kommune gefördert werden, das Kulturangebot in der Stadt verschlechtern, da die Stadt die sinkenden Landeszuschüsse nicht auffangen kann. Insbesondere die Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Landeshaushaltspolitik machen es den Kommunen schwer, ihren Kulturhaushalt zu planen. Wegfallende Zuschüsse des Landes fallen letztendlich immer auf die Kommunen zurück, da sich vor Ort der Zorn der Bürgerinnen und Bürger entlädt. Die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz wird sich in ihrer Kommune für eine strenge Entflechtung von Landes- und kommunaler Finanzierung einsetzen, damit die Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Lösungsstrategie: Veränderte Strukturen

Sowohl in den Kultureinrichtungen als auch in der Kulturverwaltung wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Strukturveränderungen eingeleitet. Die Kulturverwaltung gehörte bereits in den 90er Jahren zu den Vorreitern, als es um die Umsetzung des so genannten Neuen Steuerungsmodells ging. Die Kulturverwaltung heute hat mehr und mehr die Funktion eines Moderators. Sie soll, wie der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jacobs schreibt, die Rolle des Ermöglichens und nicht des Genehmigens übernehmen. Auffallend ist, dass zwei Oberbürgermeister zugleich Kulturdezernenten sind und zwar der Darmstädter Oberbürgermeister Walter Hoffmann und der Offenbacher Oberbürgermeister Gerhard Grandke. Auch die Verwaltungsstrukturen der Kultureinrichtungen wurden verändert. Sie wurden teilweise in GmbHs überführt oder mehrere Kultureinrichtungen wurden zusammengeführt. Diese Maßnahmen sollten u.a. dazu dienen, die vorhandenen Mittel effektiver einzusetzen und Einsparungen vorzunehmen.

Lösungsstrategie: Leitlinien für Kultur

Einige Städte haben in den letzten Jahren Leitlinien zur Kultur verabschiedet, in den das kulturelle Profil skizziert wurde. Diese Leitlinien wurden z.B. in Mülheim an der Ruhr im Dialog mit der freien Szene entwickelt. Sie bilden die Grundlage für die Planungen und Entscheidungen im Kulturbereich. Von den Oberbürgermeistern wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass diese Leitlinien wesentlich flexibler sind als die Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre erarbeiteten Kulturentwicklungspläne, die stärker von einer Infrastruktur an Kultureinrichtungen als einem kulturellen Angebot geprägt waren.

Zukunftsproblem: Demografischer Wandel

Einige Oberbürgermeister benennen als Herausforderung den demografischen Wandel sowie die Abwanderung. Besonders in den ostdeutschen Kommunen stellt die Abwanderung eine ernste Gefahr dar, aber auch die westdeutschen Kommunen mit einer schwachen wirtschaftlichen Ausgangssituation sind massiv von Abwanderung betroffen. Durch besondere Akzente in der kulturellen Bildung sowie der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik wollen einige Kommunen ihre Attraktivität steigern und besonders für Familien attraktiver werden.

Zukunftsproblem: Interkulturelle Bildung

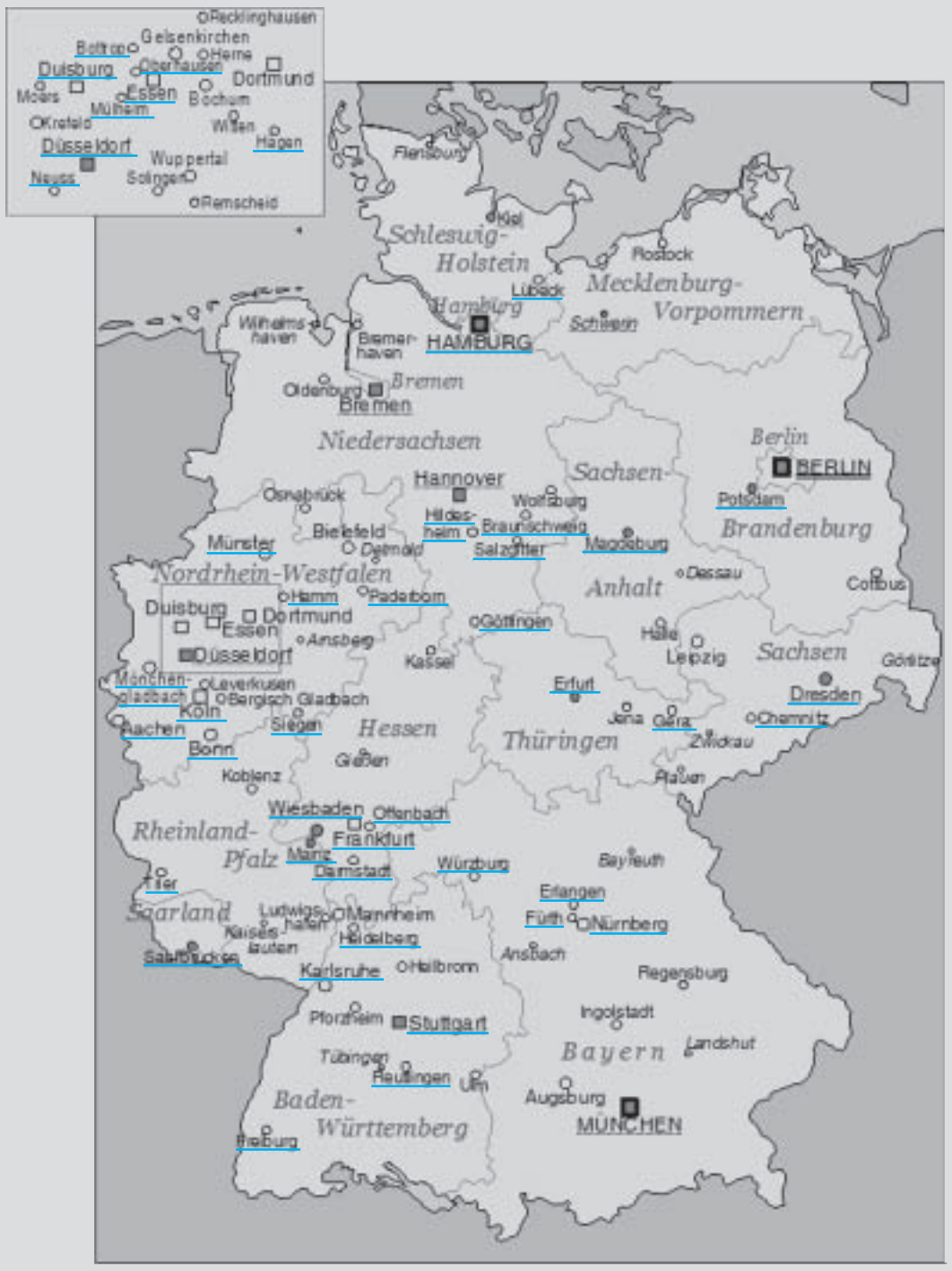
Einige Oberbürgermeister, so zum Beispiel der Essener Wolfgang Reiniger und der Oberhausener Klaus Wehling, nennen als Herausforderung für die Zukunft die Themen Migration und interkulturelle Bildung. Gerade im Bereich der interkulturellen Bildung sollen die Anstrengungen verstärkt werden, um breiten Bevölkerungsschichten die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen und zur Verständigung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen bzw. Nicht-Deutschstämmigen beizutragen.

Chance: Vielfalt der Kultur

Spannend an dieser Befragung der Oberbürgermeister ist besonders die Vielfalt an Kultur, die in den Statements deutlich wird. Konzentriert sich das Feuilleton zumeist auf einige große Städte und stehen deren Schwierigkeiten bei der Finanzierung der kulturellen Infrastruktur oft im Mittelpunkt des kulturpolitischen Diskussionen, wird hier deutlich, dass Kultur bundesweit einen wichtigen Stellenwert hat und ein aus dem Leben der Kommunen nicht wegzudenkender Faktor ist. Besonders spannend ist, dass bei dieser Befragung v.a. die Bereiche Museum und Stadtbibliothek hervorgehoben werden. Auch das Musikleben wird häufig erwähnt. Gleiches gilt für Festivals, besondere Ausstellungen, lange Nächte der Museen und andere Events.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Gabriele Schulz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Die Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, die an der Oberbürgermeisterbefragung des Deutschen Kulturrats teilgenommen haben, sind in der Landkarte blau gekennzeichnet.



2. Jahrestagung
Kultur Wirtschaft
Berlin 2005

2. Nationale Jahrestagung der Kulturwirtschaft 2005

Kulturwirtschaft in Deutschland zählt rund 965.000 Erwerbstätige (Eu-weit Platz #1) und hat einen Jahresumsatz von ca. 70 Mrd. Euro. Ihre Unternehmer sind beispielsweise Kreative, Künstler, Kulturveranstalter und Kulturvermittler, die in der Hauptsache Mini-Unternehmer und Mittelständler sind. Die Branche ist größer als der Bergbau oder die Energiewirtschaft, doch vielfältiger und kleinteiliger. Ziel der Jahrestagung ist es, die Kulturwirtschaft als Branche bekannt zu machen und ihren Beitrag zur Kultur in Deutschland aufzuzeigen.

Namhafte Referenten aus dem In- und Ausland, aus Politik, Wissenschaft und Praxis, wenden sich den aktuellen Themen der Branche zu: Werte und Wertschöpfung in der Kultur, Kulturwirtschaftsberichte der Bundesländer, Kulturwirtschaftspolitik im Bund, Branchenfocus: Medien- und Filmmusik.

Ort
Deutsches Historisches Museum, Berlin, Unter den Linden, Zeughauskino (Eingang Spreeseite)

Datum
Donnerstag, 01. Dezember 2005, 13.00 bis 18.00 Uhr

Veranstalter
Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft und Friedrich-Naumann-Stiftung

Kooperationspartner
BerlinPartner, Deutscher Kulturrat, Arbeitskreis Kulturstatistik

Anmeldung
Friedrich-Naumann-Stiftung, Büro Berlin-Brandenburg
Wolfgang Schweiger · Reinhardtstr. 14 - 16 · 10117 Berlin
Telefon: 030.28 87 78 40 · Fax: 030.28 87 78 49 · e-mail: wolfgang.schweiger@fnst.org

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Aachen (Nordrhein-Westfalen)
www.aachen.de
Einwohner: 254.811

Jürgen Linden

Bochum (Nordrhein-Westfalen)
www.bochum.de
Einwohner: 392.830

Ottilie Scholz

Bonn (Nordrhein-Westfalen)
www.bonn.de
Einwohner: 312.317

Bärbel Dieckmann

Bottrop (Nordrhein-Westfalen)
www.bottrop.de
Einwohner: 120.753

Peter Noetzel

Braunschweig (Niedersachsen)
www.braunschweig.de
Einwohner: 239.855

Gert Hoffmann

Eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft

Aachen • Von Jürgen Linden

Welcher Kämmerer und welche Aufsichtsbehörde denkt bei Ausgaben im Kulturbereich nicht sofort an den Rotstift, wenn es um Aufstellung und Genehmigung des Haushaltsplanes geht? Welche größere Stadt in unserer Republik ist nicht von einem Haushaltsdefizit betroffen? Der Umgang in einem Haushaltssicherungskonzept und den dort aufgestellten Restriktionen gehört mittlerweile zum Tagesgeschäft. Allein in Aachen beträgt das jährliche strukturelle Defizit 60 Millionen Euro bei einem Gesamtetat von rund 700 Millionen Euro. Von diesem Kuchen entfällt aber für den Kulturbereich nur ein Anteil von 5 Prozent.

Und ist Kultur wirklich eine freiwillige Leistung der Stadt, die bei der Notwendigkeit der Sanierung der öffentlichen Ausgaben auf Null zurückzufahren ist?

Aachen, im November 1944; erste von den Alliierten befreite Großstadt im damaligen Großdeutschen Reich, in weiten Teilen zerstört. Unvorstellbarer Wohnungsmangel, rationierte Lebensmittel und doch fand bereits 2 Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen die erste Schauspielaufführung statt. Zwar nicht im Theater sondern unter freiem Himmel und obwohl in heutigem Sprachgebrauch noch nicht einmal die elementaren Grundbedürfnisse befriedigt waren, strömten die Menschen zu dieser Veranstaltung. Dies spricht doch eine eindeutige Sprache. Kultur gehört zu den Grundbedürfnissen.
Und damit ist Kultur auch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und nicht eine rein freiwillige Aufgabe. Gleichwohl kann und muss man in schwierigen Zeiten prüfen, ob alle Facetten des kulturellen Lebens von der öffentlichen Hand vorgehalten werden. Es kann aber auch nicht sein, dass Kultur – wie im Mittelalter – nur von Mäzenatentum abhängig ist. Klar ist allerdings auch, dass es ohne Mäzene und Sponsoren nicht geht. Erfolgreiche Unternehmer – wie beispielsweise Prof. Ludwig und seine Frau – haben über Jahrzehnte Kunstobjekte gesammelt, die sie bereitwillig der Öffentlichkeit zugänglich machen und gemacht haben. Hierfür bin ich als Oberbürgermeister sehr dankbar, denn die Stadt hätte aus ihren Mitteln zu keiner Zeit die Möglichkeit gehabt, eine derartig repräsentative Sammlung aufzubauen.

Kultur – nicht nur für die Elite – aber auch nicht als Massenbefriedigung
Das Theater bietet ein Erlebnis in der Tiefe, nicht nur die oberflächliche Darstellung wie im Kino. Theaterkultur ist eben nicht wiederholbar, im Vordergrund steht die Einzigartigkeit des Erlebens, des Vortrages, der Lesung. Keine Veranstaltung hat den gleichen Nachbarn, die gleiche Mimik. Wenn wir hier am falschen Ende sparen, riskieren wir eine Verödung der Gesellschaft.

Und deshalb ist es mir lieber, dass 100 Schüler in einer subventionierten Theatervorstellung ein einzigartiges Erlebnis haben und über eigene Interpretationen in der Schule oder im Freundeskreis philosophieren, als 100 Schüler, die sich am Nachmittag mit sinnlosen Videospielen die Zeit vertreiben oder vor der Flimmerkiste sitzen und sich einer Talk Show widmen, deren Niveau in vielen Fällen unter der Gürtellinie liegt. Kultur ist Teil der Bildung und dies nicht erst seit Pisa.

Aber: Es darf sich bei Theater nicht nur um Nischenproduktionen handeln, dafür ist der Gesamtbetrieb Theater zu teuer. Hierfür müssen andere Möglichkeiten gefunden werden.

Kultur ist aber mehr: Kultur ist Wirtschaftsfaktor, Arbeitsmarktfaktor und damit auch Standortfaktor. Gut gemachte Ausstellungen, Theateraufführungen, künstlerische Events und Konzerte bringen Menschen in die Stadt. Und diese geben Geld aus. Nicht nur für die Kulturveranstaltung, sondern auch im Gaststättengewerbe.

Kultur gewinnt auch als Ausbildungsstätte eine immer größere Bedeutung. Wo kann schon dieses Spektrum angeboten werden, vom Veranstaltungstechniker bis zum Hutmacher, vom Bühnenbildner zur Visagistin, das klassische Schneiderhandwerk bis zur modernen Bürokommunikation ?

Der Anschein trügt: eine Brunnenfigur „beißt“ in den Turm der Kirche St. Foillan Aachen **Foto: AlterVista**

Und unter demographischen Gesichtspunkten spielt der Standortfaktor eine immer gewichtigere Rolle. Für eine Unternehmensansiedlung ist sicherlich die Infrastruktur ein wesentliches Kriterium, aber auch die Frage, was ich meinen hochqualifizierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Umfeld meines Unternehmens bieten kann.

Gleichwohl soll diese Darstellung nicht den Eindruck erwecken, dass der Kulturbereich von Einsparüberlegungen im kommunalen Haushalt verschont bleiben muss. Denn eine Lösung der Finanzprobleme ist bei ehrlicher Analyse weder kurz- noch mittelfristig zu erwarten. Von daher ist privates Engagement notwendiger denn je. Kultur ist nicht nur eine Angelegenheit der Politik oder der Kommunalverwaltung, sie ist Angelegenheit der ganzen Gesellschaft. Die Aachener Museen sind durch Bürgerstiftungen entstanden, in den letzten Monaten hat es zwei weitere bedeutende Zuwächse gegeben. Dies zeigt, dass Bürger- und Mäzenatentum eine glückliche Ehe mit der Stadt eingegangen sind, die vorbildhaft ist und damit der Öffentlichkeit einen entsprechenden Kunstgenuss ermöglicht.

Für das Theater kann sicherlich über ein anderes Betreibermodell nachgedacht werden, um die Belastungen für die Kommune zu reduzieren. Auch über verstärkte Kooperationen muss nachgedacht werden.

Und gerade unter Berücksichtigung all dieser Aspekte sollte die schwierige finanzielle Situation der Städte und Gemeinden denn auch eher als Chance der Kultur für die Entwicklung von kreativen Ideen gesehen werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Aachen ■

Netzwerke weiter ausbauen

Bochum • Von Ottilie Scholz

Die Stadt Bochum versteht sich nicht nur als eine Stadt der Wissenschaft, der Dienstleistung und der Industrie, sondern auch als eine Kulturstadt. Eine Kulturstadt, die sich durch Vielfalt und Qualität der kulturellen Angebote auszeichnet. Dass dies keine lediglich lokalpatriotisch gefärbte Aussage ist, beweist die Tatsache, dass viele 100.000 Menschen jährlich das Kulturangebot unserer Stadt nutzen. Im Schauspielhaus Bochum, bei den Bochumer Symphonikern, im Deutschen Bergbaumuseum, im Kunstmuseum, in der Stadtbücherei, in der Musikschule, in der freien Kulturszene usw.

Ich bin der Überzeugung, dass die Ermöglichung von Kultur in der Stadt eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist.

Der weitaus größte Teil der Kulturfinanzierung wird durch die Städte geleistet. Auch wenn dies bei defizitären Haushalten nicht leicht ist und das Land NRW nur marginal fördert, halte ich die öffentlichen Kulturangebote für unverzichtbar. Die Stadt hat auch die Aufgabe, durch die Bereitstellung von Entfaltungs-Räumen und finanziellen Mitteln der Kultur und damit den Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln und zu entfalten. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass Kultur auch als Widerständigkeit als Innovationspotential – ohne den Anspruch auf Massenbesuch – notwendig und unverzichtbar ist. Dies bedeutet auch, dass wir verstärkt darauf achten müssen, dass unsere finanziellen Ressourcen nicht nur für kulturelle Leuchttürme oder Kathedralen im Sinne von Events eingesetzt werden, sondern dass die finanziellen Mitteln auch bereitgestellt werden für das Fundament von Kulturpolitik, d.h. für den Bereich der kulturellen Grundversorgung. Hier denke ich insbesondere an Musikschulen, Volkshochschulen, Büchereien usw. Eine solche breite Kulturarbeit ist Grundvoraussetzung um Spitzenleistungen abzusichern und wir dürfen das Eine nicht gegen das Andre ausspielen.

Ich betone dies, weil auffällig ist, dass in den letzten Jahren kulturelle Tätigkeiten und kulturelle Leistungen primär unter dem Aspekt der Medienrelevanz oder der Imagebildung betrachtet und beurteilt werden. Nicht die inhaltliche Frage nach gesellschaftlicher, ästhetischer, moralischer oder geschichtlicher Bedeutung steht im Mittelpunkt des Diskurses um die Kultur, sondern die Frage ihrer Repräsentanz und Außenwirkung, ergänzt um die Fragestellung ihrer kompensatorischen Funktion in Bezug auf soziale bzw. wirtschaftliche Fragestellungen oder strukturelle Probleme einzelner Regionen und Städte.

Dem immer weiter fortschreitenden Verschwinden der Wirklichkeit, die uns in telekratischen Dosen geliefert wird, muss jedoch das dem Menschen eigene Bedürfnis nach Phantasie und Tatkraft, Wissen und Urteil, nach Mündigkeit entgegengesetzt werden. Ein Bedürfnis, welches er durch kulturelle Freiräume und kulturelle Angebote entwickeln und ausbauen kann. Dies halte ich für unabdingbar, weil ohne die ausbaufähigste Ressource, die die Menschheit hat, Verstand und Vernunft, es keine Lösungen in ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemfeldern geben wird.

Wenn ich oben davon gesprochen habe, dass die Förderung von Kunst und Kultur zu den grundlegenden Aufgaben des Staates der Stadt gehört, heißt dies nicht, dass ich der Ansicht bin, dass die Stadt allein das kulturelle Leben gestaltet. Die vielfältigen funktionellen Netzwerke in den Städten zwischen Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Schulen zwischen einzelnen Städten und Regionen belegen dies. Diese Netzwerke gilt es auch unter finanziellem Aspekt weiter auszubauen, wobei ich hierunter auch eine intelligente Verknüpfung von Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Sport und Tourismus verstehe. Nur als eine solche Gemeinschaftsaufgabe werden wir die finanziellen Probleme, die wir zweifelsohne in allen Städten haben, bewältigen können. Kultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe, aus der sich jedoch die Stadt oder der Staat nicht zurückziehen darf, weil es die finanziellen Zwänge scheinbar nicht erlauben, diese weiter zu fördern.

Dass wir in Bochum zur Kultur und zwar zu den kulturellen Spitzenleistungen wie auch zur kulturellen Grundversorgung stehen, zeigt die Tatsache, dass wir trotz einer außerordentlichen prekären Finanzlage in den letzten Jahren im Kulturbereich keine Einschnitte vollzogen haben. Aus der Überzeugung heraus, dass die Kultur eine Lebensgrundlage und eine Zukunftsperspektive unserer Stadt ist, wurden im finanziellen Bereich noch leichte Aufstockungen vorgenommen.

Ich hoffe, dass diese Richtung sich unter einer weiter verschärfenden Finanzlage durchhalten lässt, wobei – wie oben bereits erwähnt – es hier auch der Unterstützung durch die Wirtschaft und des bürgerschaftlichen Engagements bedarf.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum ■

Kulturelle Nischen als Ressourcen sehen

Bottrop • Von Peter Noetzel

Man stelle sich vor: 2004 konnten allein in NRW 179 von insgesamt rund 396 Städten und Gemeinden ihren Haushalt nicht ausgleichen. Dafür verfügten 102 Städte, Gemeinden und Kreise über ein von der Kommunalaufsicht genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, wohingegen sich 77 Kommunen ohne genehmigtes Konzept in der so genannten vorläufigen Haushaltswirtschaft ohne rechtsgültigen Haushalt befanden. Bottrop gehört dazu.

Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, neue Chancen für die Kulturentwicklung aufzuzeigen. Und dennoch. Jede Stadt muss sich kulturelle Optionen offen halten. Das geht nur mit Aspekten der Nachhaltigkeit.

Diese werden allerdings auch das neue kommunale Finanzmanagement nicht bieten. Zwar kann der *Konzern Kommune* seine Handlungsfähigkeiten optimieren; nur, um den Haushalt langfristig zu stabilisieren, braucht es eine Gemeindefinanzreform. Es ist wichtig, den Städten eine planbare, den Aufgaben angepasste Einnahmensituation zu verschaffen. Ein Gesamtlösungsansatz ist einzufordern.

Noch gilt der Ruf nach strikter Haushaltsdisziplin, also Kostensenkung. Nur – und das wird oft übersehen, viele Kommunen (auch Bottrop), haben diesen Prozess schmerzhaft hinter sich gebracht. Da gibt es dann nichts mehr zu sparen – schon gar nicht in der Kultur, die fälschlicherweise immer noch als freiwillige Aufgabe definiert wird. Freiwilligkeit impliziert dabei so etwas wie *überflüssiges Extra*. Kann man doch einsparen. Und genau das geht natürlich nicht.

Standortbestimmung

Bottrop hat es im letzten Jahrzehnt geschafft, eine kulturelle Infrastruktur mit hoher Qualität aufzubauen. *Moderne Bibliotheken, Musikschule, Jugendkunstschule, Kommunales Kino, Städtische Galerie, Kammerkonzertsaal, ein modernes und leistungsfähiges Archiv,* um einige kommunale Kultureinrichtungen zu nennen. Hinzu kommt das seit Jahrzehnten international beachtete Museum *Quadrat*. Sicher – es gibt (noch) kein Theater, aber es werden Theater- und Konzertveranstaltungen vor Ort angeboten. Der Grundstein für eine neue Spielstätte wurde übrigens vom Bottroper Ehrenbürger Prof. August Everding bereits am namensgleichen Kulturzentrum in der Innenstadt gelegt.

Kultur in Bottrop ist aber mehr als die städtische Kulturarbeit. Es gibt eine Vielzahl hervorragender Künstlerinnen und Künstler aller Kultursparten, um die uns viele beneiden. Es gibt die freie Kulturszene, bürgerschaftliche Kultureinrichtungen- und Zusammenschlüsse. Nicht zu vergessen eine aktive Jugendkulturszene.

Bottroper Besonderheiten sind die bekannten Festivals *Orgel Plus, Internationale Figurentheatertage* und *Märchentage.* Einbezogen ist die Stadt in das *Klavierfestival Ruhr*, das *Europäische Klassikfestival* und (bislang zwei mal) in die *RuhrTriennale.*
Weitere kulturelle Besonderheiten sind der Tetraeder auf der Halde Beckstraße und die Bergarena auf der Halde Haniel. Sie gelten schon seit Jahren als kulturelle Landmarken im Revier und darüber hinaus.

Perspektiven

Wenn es um kulturelle Entwicklungsperspektiven für die Stadt geht, dann sind es neben dem Museum Quadrat diese besonderen Orte der Industriekultur und die Bottroper Kulturfestivals, mit denen wir im Ballungsraum Ruhrgebiet *kulturelle Nische* besetzen. Und in der Profilierung dieser Nischen liegt die Chance für die weitere Kulturentwicklung. Nur für ein Jahr (also für 2006) Perspektiven zu schaffen, greift in der Kultur zu kurz. Das können wir uns nicht erlauben.

Es geht darum, die lokalen Festivals dauerhaft auf hohem Niveau zu sichern, möglichst auszubauen und es geht darum, die internationale Anerkennung des Museums Quadrat mit intelligenten Ausstellungskonzepten stets neu zu erlangen. Für die Bergarena Haniel, dem „höchsten" Theater im Revier mit einmaligem Blick über das Ruhrgebiet, wird es ab 2006 eine neue Programmkonzeption geben. Das Angebot wird ausgebaut. Das Bergwerk Prosper Haniel wird sogar für 2006 eine Überdachung vorsehen. Weiter werben wir dafür, das Tetraeder auch im kommenden Jahr in die *Extraschicht, Nacht der Industriekultur* einzubeziehen.

Bei all diesen Planungen, die natürlich Finanzmittel binden, darf die Basis- und Breitenkulturarbeit nicht leiden. Sie ist der Humus für die kulturelle Profilierung in der Zukunft, schafft Chancen für kommende Generationen. Und natürlich ist es auch künftig wichtig, nicht nur stolz zu sein auf unsere heimischen Künstlerinnen und Künstler, sondern sie aktiv zu unterstützen, sie in ihrem kreativen Schaffen zu fördern. Wenn ich die kulturellen Nischen für Bottrop besonders hervorhebe, so sehe ich hier unsere Ressource für die Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010. Wir sind Teil des kulturellen Schmelztiegels Revier und wir wollen den Titel. Das Ruhrgebiet hat ihn verdient. Weil das so ist, sehe ich die Kulturentwicklung 2006 und darüber hinaus für meine Stadt Bottrop – bei allen Finanzrisiken – durchaus positiv.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Bottrop ■

Der vom Architekten Wolfgang Christ entworfene Tetraeder Bottrop (1995) **Foto: Marc Schuelper**

Kultur steht hier an erster Stelle

Braunschweig • Von Gert Hoffmann

Im Jahr 1990 schrieb Ulrich Eckhardt in „Archiv für Kommunalwissenschaften": *„Kultur und Stadt sind ein unauflösliches historisches Bündnis miteinander eingegangen".*

Kulturpolitik ist in erster Linie Kommunalpolitik, auch wenn die Ausgaben für Kultur als „freiwillig" apostrophiert werden, so ist dieses Diktum jedoch nur nominell: Die Kommunen begreifen die Kultur als Gemeinschaftsleistung, übernehmen die Verantwortung und dies bildet sich auch in den Ausgabeanteilen ab: rd. 45% am Gesamtvolumen der Kulturausgaben bringen die Kommunen auf, mit 43% beteiligen sich die Länder und nur 12% finanziert der Bund. Allein von 2001 auf 2003 ist die Finanzierung durch die öffentliche Hand von 8,35 Mrd. € auf 8,2 Mrd. € gesunken; dies entspricht einem prozentualen Rückgang der Ausgaben von 1,9%. Im Mittelwert wendet jede Kommune etwa 2,56% ihres Gesamtetats für die Kultur auf. Auch in Braunschweig ließ sich dieser Abwärtstrend ablesen, indes inzwischen mit einer gegenläufigen Entwicklung.

Hohe Verschuldung

Der kommunale Haushalt wies im Jahre 2001 ein strukturelles Defizit von 164 Mio. € aus. Braunschweig war handlungsunfähig. Nur ein rigides Sparkonzept hat die Stadt in den letzten vier Jahren wieder in die Lage versetzt, erstmals seit den 90er Jahren für das Jahr 2006 einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt, ohne strukturelles Defizit, vorzulegen. Der Sparzwang hat allerdings auch den Kulturetat nicht verschont: 20% Kürzung mussten zum Beispiel die Freien Kulturträger hinnehmen. Ich empfand es in dieser Situation jedoch als persönliche Verpflichtung, mich bei der hiesigen Wirtschaft dafür einzusetzen, dass nahezu 80% dieser Kürzungssumme durch Sponsoring wieder kompensiert werden konnten. Anders dagegen die städtischen Einrichtungen. 2002 musste ein stark defizitäres Veranstaltungshaus geschlossen, eine zunächst zur Schließung vorgesehene Dependance des Städtischen Museums wurde durch beispielloses ehrenamtliches Engagement der Bürgerschaft aufrechterhalten.

Aufkeimende Hoffnung

Seit 2003 steigt der Kulturhaushalt in Relation zum Gesamthaushalt wieder kontinuierlich an: von 17,4Mio. € im Jahre 2003 (3,39%) liegt der Ansatz für 2006 inzwischen wieder bei 18,2 Mio. € (3,44%).

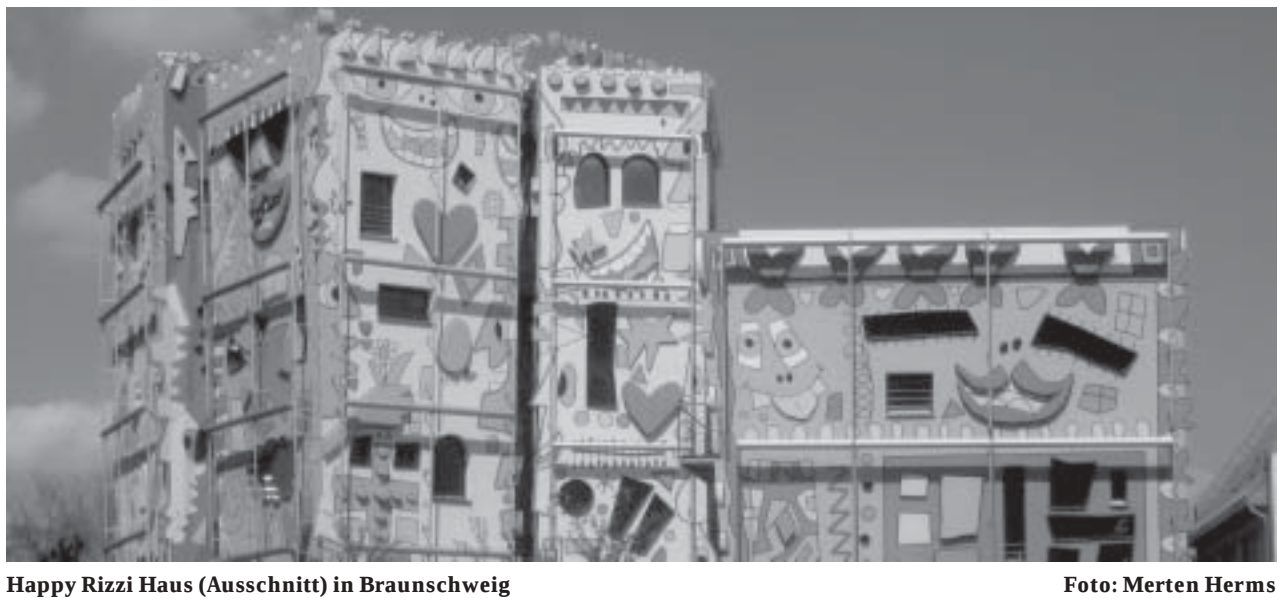
Auch wenn diese Zahlen schwache Hoffnung aufkeimen lassen, so ist das Tal noch immer nicht durchschritten. Nach wie vor gelten die Appelle an die Bundesregierung, die Kultur nicht einzig den Kommunen zu überlassen, sondern durch eine transparente Förderpolitik die Kultur als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit Verantwortung – auch finanzieller – auf allen politischen Ebenen zu begreifen. Auch der Appell an das bürgerschaftliche Engagement kann und darf nicht ungehört verhallen: Jeder ist gefordert, seinen Teil für die städtische, und damit für die eigene Kultur zu tun.

Land und Kommune sichern in Braunschweig die Finanzierung des Staatstheaters. Den größten Teil des hiesigen Kulturhaushalts macht die vertraglich geregelte Drittelbeteiligung an den Betriebskosten des Theaters aus: rd. 8,6 Mio. €. Auch das Land Niedersachsen war gezwungen, Kürzungen auszusprechen, doch die Kommune hat die Kürzungen des Landes nicht nachvollzogen, so dass der städtische Anteil in den Jahren 2004 und 2005 von 33,0% auf nahezu 35% anstieg.

Nach erfolgreicher Haushaltskonsolidierung besteht nach und nach wieder die Möglichkeit, in die Kultur zu investieren; insbesondere in Projekte, die Jahrzehnte keine Chance auf Realisierung gehabt haben, Infrastruktur zu stärken und in gewissem Sinne Pionierarbeit zu leisten.

Durch den 2007 fertig gestellten Neubau der Schlossarkaden erhalten die Städtischen Bibliotheken, nach langem Sanierungsstau, einen adäquaten Neubau, auch das Stadtarchiv wird klimatechnisch nach den neuesten Standards dort untergebracht, die Gebäude des „Museums für Photographie" werden grundsaniert, der Kunstverein konnte seine Ausstellungsfläche durch Investitionen erheblich erweitern, die Stadt verdreifacht ihren Anteil am Festival „Theaterformen", selbst die Institutionelle Förderung steigt in Einzelfällen wieder an und es werden Finanzmittel für einen Wettbewerb für den Neubau einer Kunsthalle eingestellt, um einige Beispiele zu nennen.

Weiter auf Seite 6



Happy Rizzi Haus (Ausschnitt) in Braunschweig **Foto: Merten Herms**

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Chemnitz (Sachsen)
www.chemnitz.de
Einwohner: 247.205

Peter Seifert

Darmstadt (Hessen)
www.darmstadt.de
Einwohner: 138.038

Walter Hoffmann

Dresden (Sachsen)
www.dresden.de
Einwohner: 474.621

Ingolf Roßberg

Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)
www.duesseldorf.de
Einwohner: 571.660

Joachim Erwin

Duisburg (Nordrhein-Westfalen)
www.duisburg.de
Einwohner: 507.457

Adolf Sauerland

Fortsetzung von Seite 5

Braunschweig

Braunschweig, mit rund 245.000 Einwohnern, ehemalige Residenz- und Landeshauptstadt mit einer Fülle an traditionsreichen und neuen kulturellen Einrichtungen, einem höchst interessierten Publikum und einem bemerkenswerten Geschichtsbewusstsein, ist soweit konsolidiert, dass bei aller notwendigen Vorsicht, keine weiteren Reduzierungen bei den „freiwilligen“ Ausgaben vorgenommen werden müssen, sondern dass der bundesdeutsche Abwärtstrend sich langsam in einen kulturell positiven Gegentrend für Braunschweig und seine Bürgerinnen und Bürger entwickelt: Im 10-Punkte-Programm der Strategischen Ziel- und Maßnahmenplanungen der Stadt Braunschweig, das seit Beginn der Ratsperiode 2001 für die Stadtentwicklung aufgestellt wird, steht die Kultur an erster Stelle.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig ■

Große Oper und Kleinkunstbühne

Bonn • Von Bärbel Dieckmann

Kultur in Bonn, das heißt „große Oper“ ebenso wie Kleinkunstbühne. Die Stadt leistet sich eine Menge: Oper und Schauspiel, das Beethoven-Orchester, die Beethovenfeste, das städtische Kunstmuseum… die Liste ist lang. Auch der Bund steuert Hochkarätiges bei, vor allem die Kunst- und Ausstellungshalle und das Haus der Geschichte. Hinzu kommen zahlreiche private Institutionen, die städtische Zuschüsse erhalten: Deutsches Museum Bonn, Contra-Kreis-Theater, Beethovenhaus sowie Haus der Sprache und Literatur, Brotfabrik, Pantheon und Springmäuse. Außerdem viele andere, die hier nicht alle aufgezählt werden können.

Ich gehe davon aus, dass die Stadt Bonn auch künftig ein attraktives Kulturangebot haben wird. Die Stadt selbst tut das ihr Mögliche, um auch angesichts knapper Kassen das Niveau zu halten. Welche Anstrengungen dazu unternommen werden, beleuchtet ein Beispiel: Bis 1999 hat die Bundesregierung über die Bonn-Vereinbarung das Bonner Theater (Oper und Schauspiel) zu 70 Prozent subventioniert, um ein hauptstadtbedingtes repräsentatives Niveau zu sichern.

Seit 2000 ist die Kulturförderung des Bundes heruntergefahren worden, so dass die Stadt in einer beispiellosen Anstrengung bis 2004 aus dem allgemeinen Etat rund 20 Millionen Euro umgeschichtet hat, um den Standard in allen Kultureinrichtungen halten zu können.

Wir werden auch weiterhin alles daran setzen, den hohen Anspruch der Bonner Kultur zu erhalten, denn Kultur ist längst zum Standortfaktor geworden, der bei der Ansiedlung und der Standortpflege von Unternehmen und Organisationen eine große Rolle spielt. So wird die Stadt auch unverändert die jährlichen Internationalen Beethovenfeste mit 1,278 Mio. Euro bezuschussen. Erfreulich dabei ist, dass sich auf diesem Feld inzwischen auch die großen Unternehmen und Institutionen engagieren: Ob Deutsche Post World Net, Deutsche Welle oder Deutsche Telekom: Sie alle messen der Kultur an ihrem Firmensitz hohe Bedeutung zu und fördern sie deshalb. Bedeutsam sind auch die Leistungskraft und der Beitrag der freien Szene zum Kulturleben. Und schließlich profitieren die Kulturinteressierten in Bonn nach wie vor einem erheblichen Engagement des Bundes: Mit der Kunst- und Ausstellungshalle und dem Haus der Geschichte unterhält der Bund zwei der drei meistbesuchten Museen in der Bundesrepublik in Bonn.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn ■

Mut bei der Prioritätensetzung

Chemnitz • Von Peter Seifert

Der Freistaat Sachsen hat mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz einen äußerst beachtenswerten Weg gefunden, um landesweit ein vielgestaltiges und hochwertiges Kulturangebot in den urbanen Zentren, aber auch in den ländlichen Räumen zu gewährleisten. Durch das Kulturraumgesetz werden Träger bei der Wahrnehmung der Aufgaben von regionaler Bedeutung finanziell unterstützt. Die Kulturpflege wird einmalig in der Bundesrepublik als Pflichtaufgabe der Landkreise und Gemeinden ausgestaltet.

Wie in zahlreichen Kommunen ist die Haushaltslage auch in Chemnitz bereits schwierig und wird in 2006 und den darauf folgenden Jahren absehbar nicht wesentlich besser werden. Das bedeutet für die Stadt, dass gerade in Zeiten knapper Kassen ein klares Kulturkonzept gefragt ist. Dieses wurde als mittelfristig gültiger Kulturentwicklungsplan mit der Beteiligung einer großen Öffentlichkeit von der Kulturverwaltung erarbeitet und vom Stadtrat beschlossen.

Bei der vorliegenden neuen Kulturentwicklungsplanung aus dem Jahr 2004 wurde sich nicht an der inneren Gliederung der Kulturlandschaft durch Sparten, sondern an den Perspektiven und Bedürfnissen der Stadt orientiert. Die Entwicklung von Kultur wird in Chemnitz als ein Element von Stadtentwicklung betrachtet. Grundherangehensweise ist dabei, dass die Stadt nicht nur ein Ort für Wohnen, Arbeiten, Handel und Soziales ist, sondern auch Stätte für Kommunikation und Erleben. Kunst und Kultur tragen ganz wesentlich dazu bei, eine erfahrbare Lebensqualität zu schaffen. Gemeinsam mit den Kulturträgern wurden Schwerpunkte bis zum Jahr 2010 erarbeitet. Somit steht beispielsweise die Belebung der in moderner Architektur neu entstandenen Chemnitzer Innenstadt durch Kunst und Kultur an vorderster Stelle der übergeordneten Ziele für die Stadt. Darauf folgen, unter Beachtung der demographischen Entwicklung, Schwerpunkte wie die Angebotsschaffung für Familien und die verstärkte Orientierung der Kulturprojekte auf junge Menschen. Die Stadt soll von neuem zu einem Zentrum für Modernes in Kunst und Leben sowie für Experimentelles werden. Im Dialog mit dem kulturhistorischem Erbe sind zukunftsweisende Maßstäbe, die über den Kulturbereich hinausgehen, zu entwickeln. Dies sind hohe Ansprüche, denen sich die Stadt Chemnitz stellt, um zukunftsfähig und innovativ zu bleiben.

Das im Volksmund „Nischel“ genannte Karl-Marx-Denkmal ist das bekannteste Wahrzeichen von Chemnitz **Foto: Robert Steffens**

Die Kulturträger haben die verantwortungsvolle Aufgabe, die passenden Angebote zu den entwickelten Zielen zu erarbeiten. Ergebnisse dieser kontinuierlichen Kulturentwicklung haben in Chemnitz zu Image prägenden Wirkungen beigetragen. Herausragende Beispiele hierfür liefern die Städtischen Theater Chemnitz mit ihren viel beachteten Inszenierungen des Musiktheaters und vor allem die Kunstsammlungen Chemnitz mit einem überregional ausstrahlenden Ausstellungsprogramm. Um jährliche Prioritäten zu den wichtigsten Vorhaben setzen zu können, kommt es darauf an, Traditionslinien fortzusetzen, aber auch Neuem eine Chance für die Entwicklung zu geben. Diesen Prozess auszugestalten erfordert Konsequenz und manchmal auch Mut bei der Prioritätensetzung.

Der „Kulturentwicklungsplan der Stadt Chemnitz 2004 – 2012“ wurde am 19. Mai 2004 beschlossen und ist im Internet unter www.chemnitz.de nachzulesen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz ■

Auch in der Zukunft ein hohes Niveau

Darmstadt • Von Walter Hoffmann

Um es vorweg zu sagen: Mein vorrangiges Ziel ist es, den Darmstädter Kulturhaushalt in seiner jetzigen Höhe und damit die institutionelle und projektbezogene Kulturförderung auf hohem Niveau auch in Zukunft zu erhalten. Daran wird eine schwierige Haushaltlage, die auch auf Darmstadt zutrifft, nichts ändern. Keineswegs darf es deswegen einen Stillstand oder gar Rückschritt geben.

Denn was würde geschehen, wenn es in einer traditionsreichen Kulturstadt wie Darmstadt durch finanzielle Engpässe keine Entwicklungen in ihren kulturellen Errungenschaften mehr geben könnte. Die Folge wäre, dass eine verlustreiche Situation entstehen würde mit absehbaren Risiken: Unsere Stadt müsste eventuell spürbare Einschränkungen in ihrer kulturellen Lebendigkeit und in ihrem Flair als Jugendstilstadt hinnehmen und könnte möglicherweise eine gerade durch die Kultur gewachsene Weltoffenheit nicht in bisherigem Maße weiter entwickeln. Infrage stünde auch, ob sie ihre Internationalität in der Kultur wie bisher aufrecht erhalten könnte.

Unser Musenhügel Mathildenhöhe mit seinem Jugendstilensemble hat Darmstadt vor mehr als einhundert Jahren zu seinem bedeutenden Rang als Kulturstadt verholfen. In der Wiederaufbauzeit nach 1945 war Darmstadt ein zweiter kultureller Aufbruch gelungen, der heute noch legendär ist und zur Gründung wegweisender Kultureinrichtungen führte. Diese kulturelle Tradition ist mir eine besondere Verpflichtung, Zukunftsvisionen inbegriffen. Internationale und überregional bedeutende Kulturinstitute wie das Institut Mathildenhöhe mit seinem Kunst- und Designausstellungen, das 1946 begründete Internationale Musikinstitut Darmstadt mit den Ferienkursen für Neue Musik, Jazz-Institut, Staatstheater, Deutsches Polen-Institut und die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung sind kulturelle Markenzeichen. Sie sind ein reicher Schatz, der fortwährend große städtische Unterstützung braucht, um Kulturarbeit auf hohem Niveau fortsetzen zu können.

Unsere Stadt zählt also mit Berechtigung zu den hessischen Kulturmetropolen. Auf regionaler und lokaler Ebene haben wir ein breites Spektrum an weiteren städtischen Kultureinrichtungen sowie gemeinnützigen Kulturvereinen und priva-

Weiter auf Seite 7

Achthundert Jahre Stadtkultur

Dresden • Von Ingolf Roßberg

Wenn wir in Dresden über „das Jahr 2006“ sprechen, ist uns zuerst das 800-jährige Stadtjubiläum gegenwärtig. Unsere Stadt wird feiern: sich selbst – das hat eine lange Tradition – und ihre Erfolge. Wir werden nicht Millionen verjubeln, sondern mit den reichen Pfunden wuchern, die Dresden gegenwärtig zweistellige Zuwächse im Tourismusbereich bescheren und das Image der Stadt nachdrücklich prägen. Im Mittelpunkt wird also die Kultur stehen.

Kenner der Situation werden ein wenden, dass die „Hauptattraktionen“ – Semperoper, Staatliche Kunstsammlungen und seit kurzem in voller Schönheit: die Frauenkirche – keine städtischen Institutionen sind, die Stadt also vom Engagement des Freistaates und zahlreicher privater Spender profitiert. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Immerhin ist die Stadt mit einem zweistelligen Millionenzuschuss an den Landeskultureinrichtungen in Dresden beteiligt. Nicht hoch genug kann man zudem die Arbeit der weltweit agierenden städtischen Dresden-Werbung und Tourismus GmbH einstufen, die erfolgreich für den Besuch unserer Stadt wirbt.

Jenseits dieser gemeinsamen Anstrengungen für die traditionsreichen Landeskultureinrichtungen definiert die Stadt natürlich vor allem eigene Felder kulturellen Engagements. Das 2004 verabschiedete Kulturleitbild räumt den Themen Innovation, kulturelle Bildung und Kultur in den Schnittmengen mit wirtschaftlichen und sozialen Aspekten Priorität ein.

Unter welchen Rahmenbedingungen kann sich unsere Stadt diesen anspruchsvollen Aufgaben widmen? Die Investitionen der letzten 15 Jahre zeigen längst ihre positive Wirkung: wichtige Industrieansiedlungen, der – keineswegs abgeschlossene – Aufbau einer komplexen Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die Stärkung mittelständischer Unternehmen und der Ausbau einer modernen Infrastruktur sind die wesentlichen Gründe für die Stabilität der Bevölkerungsentwicklung und die vergleichsweise positive Gesamtsituation im sozialen Bereich. Ein aufwärts weisender Trend bei den Gewerbesteuereinnahmen und eine – zunächst – nicht ausufernde Zunahme der Sozialausgaben bildeten das Rückgrat der Haushaltspolitik unserer Stadt. Vor diesem Hintergrund konnte eine aktive Kulturpolitik bisher die Schließung größerer Kultureinrichtungen vermeiden.

Der UFA-Kristallpalast Dresden als Beispiel des Dekonstruktivismus, der mit den klassischem Formen der Konstruktion spielt
Foto: Andreas Praefke

Blick in die Dresdner Skulpturensammlung mit den vor der Flut ausgegliederten Gipsabgüssen
Foto: Hans Weingartz

Selbst in den letzten, für die Haushaltssituation zunehmend problematischen Jahren konnten außerordentliche Vorhaben im Kulturbereich in Angriff genommen werden. Eines davon ist die zwischen dem Land Hessen, dem Freistaat Sachsen, der Stadt Frankfurt am Main und der Landeshauptstadt Dresden vereinbarte und gemeinsam getragene Ansiedlung der Forsythe Company in Dresden-Hellerau. Mit der Etablierung des Europäischen Zentrums der Künste Hellerau wird sich der zukünftig wichtigste städtische Ort für die lebendige, künstlerisch avancierte Arbeit entwickeln. Das berühmte Festspielhaus Hellerau wird als Ort der zeitgenössischen Künste im Sommer 2006 wiedereröffnet.

Dennoch: kurzfristig gesehen dominieren zunächst die (Haushalts-) Risiken generell und auch mit Bezug zur Kultur. Die in keiner Weise voraussehbare Entwicklung der Sozialausgaben (Hartz IV), die nicht nur mit der regionalen Arbeitsmarktsituation, sondern vor allem mit dem Ausgleich über Bund, Länder und Kommunen unmittelbar zusammenhängt, die neuerlich diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer und die Unsicherheiten hinsichtlich des allgemeinen Finanzausgleichs mit dem Bundesland bieten ein Tableau, auf dem eine langfristig orientierte Haushaltspolitik erschwert ist. Hinzu kommt, dass diese Risiken von den Kommunen nur bedingt beeinflussbar sind. Ein wichtiger Schritt ist immerhin die Einführung des neuen Tarifsystems für den öffentlichen Dienst, das neben Leistungsanreizen auch eine Verbesserung der Personalkostenplanung ermöglicht. Gibt es Entwicklungschancen im komplexen Wechselspiel zwischen der Kultur in Dresden und städtischen Finanzen ?

Die Frage ist in mehrerer Hinsicht positiv zu beantworten. Einige Kultureinrichtungen können selbst jeweils durch maßgeschneiderte Formen der Neustrukturierung, z.T. in privatisiertem Status, an Flexibilität gewinnen. Nicht nur im soziokulturellen Bereich nimmt das private bürgerschaftliche Engagement an Bedeutung zu. Die gerade im städtischen Kulturbereich nicht überall zeitgemäßen Formen des Marketings, insbesondere bei der Gewinnung jüngerer Publikumsschichten und der langfristigen Besucherbindung befinden sich in Überarbeitung. Der Wettbewerb im Freizeitbereich fordert Überlegungen zu neuen Angebotsformen.

Als konkrete Vorhaben stehen neben der Wiedereröffnung und Neupositionierung des Festspielhauses Hellerau und der Einrichtung der vor wenigen Monaten neu eröffneten Städtischen Galerie Dresden die völlige Neugestaltung des Stadtmuseums im kommenden Jahr ins Haus. Im Rahmen eines großen städtischen Netzwerkes wird der Bereich der kulturellen Bildung strukturiert.

Andererseits ist uns natürlich bewusst, dass die Kultur eine Basis für die erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung gerade in Dresden bildet. Unsere Stadt kann, wahrscheinlich wie nur wenige andere, für sich in Anspruch nehmen, dass die Kultur in all ihren Facetten „mehrheitsfähig“ ist. Hier schließt sich der Kreis: Dresden lebt von der Kultur.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden ■

Fortsetzung von Seite 6

ten Kulturinitiativen bis hin zur freien Kulturszene vorzuweisen, die Darmstadt und dem Umland ein vielseitiges und umfangreiches Kulturangebot bescheren. Nicht zuletzt sind es die Sozio- und die Stadtteilkultur, die das gesellschaftliche Klima nachhaltig bereichern und alle Menschen, gleich welcher Kultur und Herkunft ansprechen soll. Dass uns dies in Darmstadt besonders gut gelingt, darauf sind wir stolz.

Mit einem Ansatz von 50,6 Mio. Euro, das sind 10,4 Prozent des Gesamthaushalts, wird Darmstadt auch 2006 die Kultur fördern und seinen jetzigen finanziellen Standard in diesem Bereich halten. Die öffentliche Kulturförderung steht dennoch auch in unserer Stadt auf dem Prüfstand. Die allgemeine Finanznot ist durchaus aber nicht ausschließlich Anlass auch über Strukturveränderungen im Kulturbereich nachzudenken,

Die gegenwärtigen Debatten über die öffentliche Kulturförderung breiten eine ganze Palette von neuen Ansätzen, weitreichenden Überlegungen und Vorschlägen zur Reformierung bisheriger Strukturen auf kommunaler Ebene aus. Angefangen von alternativen Förderformen, innovativen Förderinstrumenten, der Erprobung neuer Vergabeformen und Vergabekriterien bis hin zu einer stärkeren privatwirtschaftlichen Kulturförderung eröffnen sich Möglichkeiten aus einer Malaise auch Gewinne zu ziehen. Gemeint ist hier, Chancen zu nutzen, die bisher unberücksichtig blieben, um damit die kulturelle Entwicklung weiter voran zu bringen.

Für Darmstadt sehe ich hier einen Weg der Neuorientierung, der jedoch veränderte kulturpolitische Strategien voraussetzt und strukturelle Verschiebungen im Hinblick auf Erneuerungen mit sich bringen wird. Dazu muss sich die Kulturpolitik von festgefahrenen Mustern befreien, die Zukunftspotenziale Darmstadts in der Kultur erkennen und auch die kulturellen Stärken der Stadt neu ausrichten.

Dies ist nur auf einem gemeinsamen Weg der Kulturschaffenden mit der Kulturpolitik zu erreichen, damit in unserer Stadt ein fruchtbares und zukunftsweisendes Zusammenspiel mit den kulturellen Institutionen entsteht. Mit anderen Worten heißt das auch: Wo können die Kulturschaffenden die Politik mit ihren Kompetenzen visionär und kreativ unterstützen und umgekehrt sollen sie auf verlässliche und zeitgemäße Strukturen bauen können. Das gemeinsame Ziel heißt also, sich neuen Herausforderungen in der Kultur zu stellen. Gewinner wird es also auf beiden Seiten geben. Als neuer Kulturdezernent, dessen Amtszeit Ende Juni 2005 begonnen hat, wird es meine Aufgabe sein, Impulse zu setzen, neue Entwicklungen zu steuern und die Stadt kulturell nach vorne zu bringen.

Dabei wird die Zusammenarbeit mit den Städten in der Region Rhein-Main eine besondere Rolle spielen. Denn ich sehe auch dort Entwicklungspotenziale für eine positive Zusammenarbeit. Wenn es uns gelingt, mit den Nachbarstädten gemeinsame Schritte zu gehen und damit weiche Grenzen innerhalb der Region zu schaffen, erwarte ich mir einen wirkungsvollen Austausch und eine stärkere Vernetzung für Veranstaltungen und Marketing, die uns finanzielle Vorteile bringen und letztendlich der Zukunft der Kultur dienen.

Der Verfasser ist seit 25. Juni 2005 Oberbürgermeister und Kulturdezernent der Wissenschaftsstadt Darmstadt ■

Kulturpolitik trotz Konsolidierungszwang

Duisburg • Von Adolf Sauerland

Die Stadt Duisburg befindet sich auf nicht absehbare Zeit weiter in der Situation, mit einem seit mehreren Jahren von der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde nicht genehmigten Haushalt unter ständigem Konsolidierungszwang zu stehen. Dies wird auch für das Jahr 2006 den wesentlichen und beschränkenden Rahmen der städtischen Handlungsmöglichkeiten bilden.

Einsparungsvorschläge und Kürzungen im Leistungsangebot der Stadt müssen dabei dennoch immer mit dem Ziel diskutiert und entschieden werden, nicht zu Lasten der substanziellen Funktionsfähigkeit und damit auch der Zukunft eines lebenswerten städtischen Gemeinwesens zu gehen.

Dies ist von der Kommune allein nicht zu leisten, gerade auch im Bereich der so genannten freiwilligen Aufgaben wie insbesondere bei den Angeboten der Kulturarbeit, des Kulturlebens. Auch im Jahr 2006 werden Rat und Verwaltung der Stadt daher bemüht sein, Spielräume für eine aktive Kulturpolitik zu erkennen, zu nutzen und, wo möglich, auch zu vergrößern. Dies wird allerdings – wie in dieser Stadt seit langen Jahren praktiziert – nicht möglich sein ohne sowohl bewährte, als auch neu zu gewinnende Kooperationen mit öffentlichen und privaten Partnern.

Obwohl alle objektiven Daten und Fakten auch für 2006 eher die Risiken und Beschränkungen der Gestaltungskraft der Stadt Duisburg benennen, wird es darum gehen, gerade vor diesem Hintergrund dennoch nicht die Chancen aus den Augen zu verlieren, die in der Kreativität und im aktiven Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger liegen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Duisburg ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Erfurt (Thüringen)
www.erfurt.de
Einwohner: 198.189

Manfred O. Ruge

Erlangen (Bayern)
www.erlangen.de
Einwohner: 101.776

Siegfried Balleis

Essen (Nordrhein-Westfalen)
www.essen.de
Einwohner: 587.533

Wolfgang Reiniger

Frankfurt am Main (Hessen)
www.frankfurt.de
Einwohner: 650.006

Petra Roth

Freiburg i.Br. (Baden-Württemberg)
www.freiburg.de
Einwohner: 210.000

Dieter Salomon

Entwicklung des Standortfaktors „Kulturqualität“

Erfurt • Von Manfred O. Ruge

Erfurt benötigt als politisches, administratives und wirtschaftliches Zentrum sowie als größte Stadt Thüringens ein qualitativ hochwertiges und attraktives Kulturangebot.

Insofern ist der Erhalt und die Entwicklung der städtischen kulturellen Infrastruktur ein wichtiger Aspekt des „weichen“ Standortfaktors „Kulturqualität“ und bildet weiterhin einen zentralen Punkt kommunaler Kulturpolitik in Erfurt. Mit Stolz kann ich sagen, dass uns die Sicherung und der schrittweise Ausbau der kulturellen Grundsubstanz, bis auf einzelne Ausnahmen, seit 1990 gut gelungen ist.

Erfurt verfügt als Landeshauptstadt und Oberzentrum über eine Vielzahl kultureller Einrichtungen und erreicht mit einem ausgewogenen und niveauvollen Programm sowohl im Bereich der Hochkultur als auch innerhalb der Breitenkultur viele Bürger und Gäste der Stadt. Das wirkt sich auch überaus positiv auf den Städte- und Kulturtourismus auf, der sich immer besser entwickelt und zwischenzeitlich für die Stadt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt.

Im Zusammenhang mit der seit 2002 anhaltenden dramatischen finanziellen Situation sank auch der Anteil der Kulturausgaben im städtischen Verwaltungshaushalt von 6,85 % auf 5,48 % im aktuellen Haushaltsjahr, an dem sich auch der Kulturetat im Planentwurf für 2006 orientiert. Ob die eingeordneten Ansätze auch tatsächlich realisiert werden können, ist von vielen Faktoren, die sich spontan ergeben können, abhängig. Die Spielräume zur Finanzierung der kulturellen Infrastruktur und das daraus resultierende Kulturangebot werden allerdings immer kleiner. Besonders negativ wirken sich Reduzierungen in der Zuführung durch den Freistaat Thüringen aus.

Bereits in diesem Jahr wurde die jährliche institutionelle Förderung für die Museen und weitere Kultureinrichtungen um 50 % reduziert. Anteilig sind auch die Musikschule, übrigens mit 2.400 Schülern die größte Einrichtung dieser Art in Thüringen, und die Volkshochschule betroffen. Der seit 1996 durch das Land Thüringen aufgelegte „Ausgleich kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich“, 2004 immerhin noch ca. 250.000 €, der überwiegend der Finanzierung kultureller Schwerpunkte in Form ganzjährig ausgerichteter thematischer Veranstaltungskomplexe diente, wurde vollkommen gestrichen. Das belastet den städtischen Haushalt, denn die fehlenden Einnahmen müssen ausgeglichen werden, um das für ein funktionierendes Gemeinwesen so wichtige Kulturangebot aufrecht zu erhalten und den Strom von Besuchern und Kulturtouristen nach Erfurt nicht abreißen zu lassen.

Um die Reduzierung der o.g. Landesfördermittel auszugleichen, war die Stadt 2005 gezwungen, mit der Erhöhung von Gebühren in der Musikschule, der Volkshochschule und der Stadt- und Regionalbibliothek zu reagieren. Die Stadt kam auch nicht umhin, die Eintrittspreise des in Erfurt ebenfalls zum kulturellen Bereich gehörenden Zooparks moderat anzuheben.

Ausgabeseitig hat es besonders in der jüngeren Vergangenheit tiefe Einschnitte, sowohl in den Sachkosten als auch in den Personalkosten, gegeben. So fielen die Sparte Schauspiel des THEATER ERFURT und 20 Planstellen des Philharmonischen Orchesters Erfurt dem Rotstift zum Opfer. Ebenso wurden eine Zweigbibliothek geschlossen und wichtige Stellen, z.B. im museumspädagogischen Bereich oder im Bereich der Lehrkräfte der Musikschule und der Volkshochschule nicht wieder besetzt. Leider werden diesbezügliche Einsparungen sofort durch die allgemein ansteigenden Lebenshaltungskosten und Preisentwicklungen sowie durch Tarifsteigerungen aufgezehrt. Die kulturelle Grundversorgung wurde aber nie in Frage gestellt.

Problematisch sind die generell sinkenden Ansätze im Vermögenshaushalt der Stadt, die gegen Null tendieren, insbesondere bei den kulturellen Einrichtungen, Eine Besserung zeichnet sich derzeit auch für das Jahr 2006 nicht ab. Damit sind der dauerhafte Erhalt, die Sicherung und Entwicklung der baulichen Substanz der Kultureinrichtungen, die sich, wie z. B. die Museen und Ausstellungseinrichtungen der Stadt, überwiegend in denkmalgeschützten Gebäuden befinden, ebenso in Frage gestellt, wie die zur Absicherung der inhaltlichen Aufgaben notwendige technische Infrastruktur der einzelnen Häuser.

Eine große Chance bietet sich mit dem 2003 eröffneten Theaterneubau, einem der modernsten in Deutschland. Ziel ist es, mit einem ausgewogenen Spielplan- und Konzertangebot, das auf einem hohen Niveau sowohl herkömmliche Seh- und Hörgewohnheiten bedient, als auch innovative und spektakuläre Inszenierungen mit dem Mut zum Experiment anbietet, das THEATER ERFURT mittel- und langfristig zu einem der führenden Musiktheater in Deutschland zu entwickeln. So gelang mit der kürzlichen Uraufführung der Oper „Warten auf die Barbaren“ des Amerikaners Philip Glass ein großer Wurf, der in den Feuilletons überregionaler Medien starke Beachtung fand und positive Kritiken hervorrief. Auch mit den im bundesdeutschen Reigen großer Musikfestspiele etablierten DomStufen-Festspielen und der diesjährigen Inszenierung der Rock-Oper „Jesus Christ Superstar“ wurden neue Wege eingeschlagen, die für das Image der Stadt und seines Theaters positive Akzente setzen.

Auf der Grundlage eines Theatervertrages mit dem Freistaat Thüringen, der den jährlichen Landeszuschuss bis einschließlich 2008 festschreibt, kann man zumindest für die nächsten 3 Jahre von einer gewissen Planungssicherheit ausgehen. Bereits im nächsten Jahr wird mit dem zuständigen Kultusministerium verhandelt, wie sich die Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen weiter entwickelt und welche Stellung das THEATER ERFURT und das Philharmonische Orchester Erfurt künftig einnehmen – die Stadt sieht diesen Verhandlungen optimistisch entgegen und wird sich aktiv einbringen.

Ein weiterer hoffnungsvoller Lichtblick ergibt sich mit dem für die nächsten beiden Jahre geplanten Umbau- und Neugestaltung des Angermuseums im Zentrum der Stadt, die im Wesentlichen mit Hilfe von Fördermitteln, insbesondere EFRE-Mittel der EU, eine Ausnahme im ansonsten nicht vorhandenen Vermögenshaushalt des kulturellen Bereichs sind. So bietet sich die Chance einer inhaltlichen Neupositionierung des Museums und der zeitgerechten Präsentation seiner Sammlungen, die – bis auf die Mittelaltersammlung – in den letzten Jahren aufgrund statischer und sanierungsrelevanter Probleme im Haupthaus nicht gezeigt werden

Weiter auf Seite 9

Herausragende Stellung der Kultur

Düsseldorf • Von Joachim Erwin

Düsseldorf legt im Jahr 2006 zum siebten Mal hintereinander einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vor. Seit 1999 wurde der Schuldenberg von 1,57 Milliarden EUR auf 977 Mio. EUR reduziert, in der gleichen Zeit konnte der Kulturhaushalt um ca. 20 % ausgeweitet werden.

Herausragendes Ereignis in der Düsseldorfer Kultur wird im kommenden Jahr die Quadriennale 06 sein, die zum ersten Mal ausgerufen wurde und die in 2010 ihre Fortsetzung finden wird. Große Häuser – von der Kunstsammlung NRW mit K20 und K21 über die Kunsthalle bis hin zur Stiftung museum kunst palast, dem NRW Forum Kultur und Wirtschaft und der Kunstakademie – beteiligen sich an diesem Projekt mit eigenen Ausstellungen. Besonders hervorheben möchte ich die Ausstellungen von Werken Caravaggio's, der Zero-Künstler, von Bruce Nauman und Francis Bacon, um nur einige zu nennen. Insgesamt stellt die Stadt für die Quadriennale 06 einen Sonderzuschuss von 5 Mio. EUR zur Verfügung. Aus Anlass der Quadriennale wird die Stadt Düsseldorf zudem erstmals den mit 55.000 EUR dotierten Kunstpreis der Stadt Düsseldorf verleihen. Dieser Preis soll künftig jährlich vergeben werden, auch die Ankaufsmittel der Museen sollen erhöht werden.

Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf Foto: Daniel Beyer

Weitere Sondermittel werden im nächsten Jahr für das Heine-Schumann Jahr vergeben, das aus Anlass des 150. Todestages von Heine und Schumann durchgeführt wird. Der alle zwei Jahre verliehene Heine-Preis der Stadt wird ab kommenden Jahr erstmals mit 50.000 EUR dotiert.

Spezielle Jugendprojekte wie “Düsseldorf ist ART:ig” sollen auch im kommenden Jahr verstärkt Jugendliche an die Kultur heranführen; der Rat der Stadt hat außerdem beschlossen, Jugendlichen bis 18 Jahren freien Eintritt in die Museen zu gewähren.

Viel investiert Düsseldorf in diesen Jahren in die kulturelle Infrastruktur. Nachdem in diesem Frühsommer mit finanziellen Mitteln des Landes NRW die Akademiegalerie der Kunstakademie Düsseldorf in einem städtischen Gebäude errichtet und eröffnet wurde, werden im November die Sanierungsarbeiten an dem Konzertsaal der Stadt, der Tonhalle, für ca. 26 Millonen Euro abgeschlossen sein. Im nächsten Jahr wird das Opernhaus Düsseldorf für ein halbes Jahr geschlossen und ebenfalls mit Kosten von ca. 25 Millionen Euro saniert werden. Als Ersatzspielstätte wird eigens eine Art Globe-Theater für diesen Zeitraum errichtet. Schließlich wird das Schauspielhaus im kommenden Jahr die lang ersehnten neuen Probebühnen nebst einer Studiobühne erhalten und in den folgenden Jahren ebenfalls umfangreich saniert werden. Für die Museen werden 2006 neue, zentrale Lagerflächen geschaffen.

Kultur hat in Düsseldorf einen herausragenden Stellenwert, für die wirtschaftliche Positionierung der Stadt im Wettbewerb mit anderen Zentren leistet sie einen beachtlichen Beitrag.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptadt Düsseldorf ■

Fortsetzung von Seite 8

konnten. Die Einrichtung soll wieder zu einem im kulturellen Leben Erfurts fest verankerten überregional wahrnehmbaren modernen Kunstmuseum von ästhetisch, didaktisch und atmosphärisch ansprechender Qualität entwickelt werden, das auf die Bedürfnisse des Publikums und die künstlerischen Themen der Zeit professionell und flexibel reagiert.

Ich hoffe natürlich, dass darüber hinaus, zumindest schrittweise, auch die mittel- und langfristige Entwicklung der weiteren kulturellen Infrastruktur möglich bleibt.

Sehr wichtig ist für ein funktionierendes Gemeinwesen das Wirken freier Träger in der Kulturszene und zumindest der Erhalt der Rahmenbedingungen für deren Unterstützung. Die Stadt hat den Etat für Projektförderung auch 2006 in den Größenordnungen der vorangegangenen Jahre eingeplant. Bei der Institutionellen Förderung von Trägern im Kulturbereich gab es bereits 2005 geringe Einschnitte und Umverteilungen.

Ich hoffe auch, dass etablierte Veranstaltungsreihen mit Unterstützung vor allem lokaler Sponsoren und Förderer auch 2006 stattfinden können. Im Entwurf des Haushaltsplan 2006 sind die städtischen Anteile eingeordnet. Dazu zählen, neben den bereits genannten Domstufen-Festspielen als absoluten Schwerpunkt, das Internationale Puppentheater-Festival „Synergura“, die Durchführung des diesmal auf regionaler Ebene geplanten thematischen Veranstaltungskomplexes „Rendezvous- Deutsch-Französisches Jahr“, in dem unter anderem das internationale Schmucksymposium und das internationale Emailsymposium enthalten sind, die „Lange Nacht der Museen“, die Erfurter Bachtage, die Denkmalwoche und der Europäische Tag des offenen Denkmals sowie die Mitwirkung Erfurts an den Thüringer Bach-Wochen und der Thüringer Jazzmeile. Besonders erwähnen möchte ich auch noch die vielen über das Jahr verteilten Volksfeste, wie zum Beispiel der Erfurter Karneval, das Krämerbrückenfest als das größte Altstadtfest Thüringens und den bundesweit immer mehr Beachtung findenden Erfurter Weihnachtsmarkt, mit denen auch weiterhin überregional Akzente gesetzt werden.

Krämerbrücke in Erfurt vom Turm der Ägidienkirche aus gesehen **Foto: Andreas Röver**

Die Stadt ist bemüht, trotz der bundesweiten Finanzkrise, ein attraktives und niveauvolles, reichhaltiges Kulturangebot, basierend auf einer stabilen kulturellen Infrastruktur, als wichtigen Bestandteil der Lebensqualität, aufrecht zu erhalten. Davon partizipieren sowohl die Bürger und Bürgerinnen der Stadt als auch deren Gäste. Ob die Haushaltsansätze wie geplant 2006 auch umgesetzt werden können, ist von vielen äußeren und inneren Faktoren abhängig, die sich momentan jedoch nicht absehen lassen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt ■

Ziel: Kulturhauptstadt 2010

Essen • Von Wolfgang Reiniger

Das Ruhrgebiet ist nach Qualität und Umfang heute eine Kulturlandschaft ersten Ranges in Europa: Das ist das hart erarbeitete Ergebnis eines Selbst(er)findungsprozesses, der nach dem Niedergang der prägenden Montanindustrie lebensnotwendig geworden war. In den jahrzehntelangen Umbrüchen eines schwierigen Strukturwandels stellt die Kultur die Konstante dar, die Sinn und Identität stiftet. Vor allem deshalb versteht die Stadt Essen Kultur als ein Grundbedürfnis der Menschen und die Teilhabe am kulturellen Leben als ihr elementares, von Status und Einkommen unabhängiges Recht.

Im Jahr 1997 hat der Rat der Stadt Essen erstmals Kulturpolitische Leitlinien beschlossen, die – den sich ändernden Bedingungen jeweils angepasst – seitdem die herausragende Bedeutung der Kultur für die Stadtentwicklung, die Grund- und Weiterbildung sowie die Positionierung Essens in Land, Bund und im europäischen Raum definieren. Die soeben aktualisierten und im Jahr 2006 zu verabschiedenden Leitlinien nehmen nun verstärkt das Thema Migration und Interkulturalität in den Blick und suchen damit nach Antworten auf entscheidende Fragen des gesellschaftlichen Zusammenspiels in einem Europa ohne Grenzen.

Trotz der beengenden Haushaltslage hat die Stadt Essen in den zurückliegenden Jahren erhebliche (Finanz-) Kraft – unter Einbeziehung von Landes- und Bundesmitteln – in den Ausbau der kulturellen Infrastruktur investiert und dadurch Projekte abgeschlossen, deren Stellenwert für die Lebensqualität in unserer Stadt und ihre überregionale Reputation gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Beispielhaft seien die neue Philharmonie im restaurierten Saalbau, die Einrichtung der Folkwang-Musikschule in einer modernisierten Industriehalle sowie der Umzug der Volkshochschule in einen visionären Neubau am historischen Burgplatz erwähnt, mit dem wir ein öffentliches Bekenntnis zur Priorität lebenslangen Lernens abgelegt haben. Jede dieser gewaltigen Investitionen hat sich als unbedingt notwendig und richtig erwiesen und stärkt unser Selbstvertrauen hinsichtlich der vor uns liegenden Aufgaben, besonders der Weiterentwicklung des Weltkulturerbes Zollverein sowie der Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010, aber auch der Umgestaltung der Essener Museumslandschaft mit der Gründung des Ruhr-Museums auf Zollverein und der Erweiterung der Alten Synagoge zum Haus der Jüdischen Kultur.

Allerdings wären hochwertige Bauvorhaben heute ebenso wenig möglich wie international beachtete Ausstellungen ohne die maßgebliche Unterstützung der Essener Wirtschaft. Führende wie auch mittelständische Unternehmen schultern viel Verantwortung für das Gedeihen von Kultur, Forschung und Lehre in Stadt und Region. Auch bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement sowie die Arbeit von Stiftungen, Fördervereinen und Freundeskreisen verschaffen zahlreichen bewundernswerten kreativen Projekten den verdienten Auftritt, der ohne ihr Zutun nicht realisierbar wäre.

Die Public Private Partnership bewährt sich auch bei der bislang größten Herausforderung, der sich Essen und das Ruhrgebiet gestellt haben: dem Vergleich deutscher Städte im Wettbewerb um den Titel der europäischen Kulturhauptstadt. Hier hat sich Essen als Repräsentantin der Kulturmetropole Ruhr gegen insgesamt dreizehn andere kulturelle Schwergewichte, darunter Köln, Kassel, Potsdam und Regensburg, behauptet und steht jetzt zusammen mit der deutsch-polnischen Grenzstadt Görlitz im Finale, das im Herbst 2006 von der EU in Brüssel entschieden wird. Der bisherige Erfolg und die Anerkennung, die uns von vielen Seiten zuteil wird, bestärken uns in der Gewissheit, unsere Leistungen und Potenziale realitätsgerecht eingeschätzt zu haben. Daher ist uns das Ziel, das wir uns gesetzt haben und das wir – mehr denn je – für erreichbar halten, aller Anstrengungen wert.

Ungeachtet der Konzentration auf dieses dominierende Thema bleibt die Förderung der freien Kulturarbeit weiterhin wichtiger Teil der kulturpolitischen Agenda in Essen. Die freien Träger bereichern das kulturelle Spektrum Essens um unverzichtbare Aspekte. Folglich gibt ihnen die Stadt mittelfristige Planungssicherheit durch vertraglich abgesicherte Zusagen. Gleichzeitig wird – vor dem Hintergrund der prekären Haushaltssituation – an einem optimierten Kulturförderungssystem gearbeitet, das bei der Verteilung der knappen Mittel Effizienz und Nachhaltigkeit noch stärker als bisher berücksichtigt. Auch hier wird darauf zu achten sein, dass sich das Verhältnis zwischen den Fördermitteln für freie Kulturarbeit und den in Institutionen gebundenen Haushaltsmitteln nicht einseitig zu Lasten der freien Träger verschiebt. Wir haben viel erreicht in den letzten Jahren, aber keinen Grund, uns zurück zu lehnen. Was wir noch vor uns haben, erfordert unsere ganze Energie, gerade weil die wirtschaftliche Situation bisher keinen Anlass zur Entspannung bietet. Doch wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die großen kulturellen Stärken der Stadt und der Region mit aller Kraft zu nutzen und weiter zu entwickeln. Denn sie sind unser Wechsel auf die Zukunft.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Essen ■

Aalto-Theater in Essen **Foto: Thomas Robbin**

Noch härter sparen

Erlangen • Von Siegfried Balleis

Vor wenigen Tagen hat der Kämmerer der Stadt Erlangen den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2006 eingebracht. Ein Kernsatz, vielleicht der Kernsatz lautet: „Es muss noch härter gespart werden!“ Das bedeutet konkret, dass auf dem weiten Feld der freiwilligen Leistungen vom Sozialen bis hin zur Kultur Kürzungen, ja sogar massive Einsparungen und Abstriche erforderlich werden. Den Kommunen sind hier die Hände gebunden.

Dennoch macht der Finanzreferent auch Mut und fordert, kreativ zu sein und nach Lösungen für Aufgaben zu suchen, die nach „traditioneller“ Methode nicht mehr gelöst werden können. Insbesondere hat er hier Kooperationen mit Privaten , die sogenannte Public-Private-Partnership, im Auge.

Was heißt das für den Kulturbereich? Welche Chancen und welche Risiken tun sich hier also in den kommenden Monaten auf?

Es gibt leichtere Fragen. Tatsache ist zunächst, der Bereich Kultur ist in Erlangen – und man muss dabei die Größe der Stadt auch sehen – immer gut ausgestattet gewesen; auch wenn dies haushaltstechnisch nicht immer leicht zu erreichen war. Mit so genannten Leuchtturmprojekten wie dem Internationalen Comicsalon, dem Poetenfest oder ähnlichen besonderen Veranstaltungen hat es die Stadt stets verstanden, Zeichen zu setzen. Und auch das eigene Ensemble für das Theater Erlangen war – auch wenn das in der Presse teilweise falsch gesehen wurde – nie ernsthaft umstritten. Natürlich bleibt es bei der anhaltenden Finanzkrise, die die allermeisten Städte und Gemeinden hart trifft, unvermeidlich, dass wir uns in Einzelfällen unter Umständen von Einrichtungen trennen oder auf Vorhaben verzichten müssen, weil sich deren Realisierung mit verantwortlicher Haushaltsführung nicht in Einklang bringen lässt.

Leider bleiben dabei auch so schöne Projekte wie der Ausbau des Museumswinkels zu einem besonderen Museum für Medizin und Kunst nicht verschont. Aufgeschoben heißt aber nicht aufgehoben. Ich habe bei diesem Millionenprojekt die Zuversicht, dass wir in wirtschaftlich besseren Zeiten, wenn die Einnahmen wieder stärker fließen, einen neuen Anlauf nehmen können, um eine Kultureinrichtung zu schaffen, die es so in Deutschland wohl noch nicht gibt.

Fazit: Kommunale Kulturpolitik wird in absehbarer Zukunft nicht einfacher werden. Wir werden aber alles daran setzen, Kürzungen, wo immer es möglich ist, zu vermeiden und dort wo sie leider nicht verhindert werden können, nach Ersatzpotential Ausschau zu halten. Es ist meine feste Überzeugung: obwohl kulturelle Leistungen der Kommunen zum freiwilligen Aufgabenbereich gehören, sind sie doch für unsere Gesellschaft ein absolutes Pflichtprogramm.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Erlangen ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Fürth (Bayern)
www.fuerth.de
Einwohner: 112.082

Thomas Jung

Gera (Thüringen)
www.gera.de
Einwohner: 106.365

Ralf Rauch

Göttingen (Niedersachsen)
www.goettingen.de
Einwohner: 129.890

Jürgen Danielowski

Hagen (Nordrhein-Westfalen)
www.hagen.de
Einwohner: 202.044

Peter Demnitz

Hamburg (Hamburg)
www.hamburg.de
Einwohner:1.736.751

Ole von Beust

Ohne Kultur keine Urbanität

Frankfurt am Main • Von Petra Roth

Selbstverständlich gehen die finanziellen Probleme der Kommunen selbst an einer Stadt wie Frankfurt – die wirtschaftlich und infrastrukturell hervorragend aufgestellt ist – nicht vorbei. Das betrifft auch den Kulturbereich. Doch Frankfurt hat darauf reagiert. Strukturell, personell und mit viel bürgerschaftlicher Unterstützung.

Strukturell ist die Umwandlung der Städtischen Bühnen in eine GmbH erfolgreich bewältigt. Die Oper erfreut sich bei den jährlichen Kritikerumfragen bester Bewertungen, Schauspiel und Kammerspiel sind stark ausgelastet. Die Sparmaßnahmen haben natürlich die Ausstellungsprojekte vieler Museen getroffen, gleichzeitig hat aber die Haushaltsautonomie für die Häuser neue Möglichkeiten erschlossen.

Personell ist in vielen Institutionen der Generationswechsel erfolgreich vollzogen worden. Schirn, Museum für Moderne Kunst, demnächst Städel und Liebieghaus und Jüdisches Museum und auch das Goethehaus (Freies Deutsches Hochstift) haben junge Leiter bekommen, die die Erfolgsgeschichte der Häuser weiter schreiben und auch im finanziellen Management eine glückliche Hand beweisen.

Die Alte Oper Frankfurt hat in den letzten Jahren ihre Position als eines der führenden Konzerthäuser Europas ausgebaut. Ein größeres Angebot von klassischer Musik und Avantgarde auf diesem Niveau findet man auch in den großen europäischen Metropolen kaum.

Frankfurt hat noch immer im Verhältnis den größten Kulturetat aller Städte und dies ohne als Landeshauptstadt der besonderen Gunst einer Landesregierung unterworfen zu sein. Diesen Rang haben wir trotz aller Notwenigkeit zum Sparen gehalten und werden dies auch in den nächsten Jahren tun. Die Stadt Goethes hat eine große kulturelle und kulturpolitische Tradition, der sich Oberbürgermeisterin und Magistrat immer verpflichtet fühlen werden.

Darüber hinaus hat Frankfurt am Main viele gute Freunde. Freunde mit Ideen und der Bereitschaft auch zum finanziellen Engagement. Das betrifft einerseits die Unterstützung beim Programm der großen Häuser, aber auch die Förderung großer investiver Projekte, die die Stadt allein nicht stemmen könnte.

Frankfurts historische Gebäude lagen nach den Bombenangriffen 1944 in Trümmern, nur wenige historische Gebäude konnten wieder aufgebaut werden: Paulskirche, Römer, Goethehaus, Alte Oper. Frankfurt hat in der architektonischen Moderne Zeichen gesetzt, aber noch immer ist auch im Stadtbild der kulturelle Verlust spürbar, der diese Stadt getroffen hat. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass immer mehr Mäzene, Stiftungen und Sponsoren die Bedeutung der Geschichte für die Tradition und Identitätsbildung begreifen. Und handeln.

Im Oktober 2005 wurde durch privates Engagement die Alte Stadtbibliothek wieder aufgebaut, in die das renommierte Literaturhaus eingezogen ist. Der Wiederaufbau wurde in hohem Maße von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung finanziert. Auf der Maininsel wird eine neues Zuhause für das profilierte Kunsthaus Portikus gebaut, die Gerbermühle (hier traf Goethe seine Marianne) wird durch ihren historischen Ausbau in das kulturelle Leben der Stadt integriert werden, der Festsaal des Palmengartens wird bis 2008 historisch rekonstruiert und seiner einstigen Funktion, Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Stadt, wieder zugeführt. All dies sind große Investitionen, die die Stadt nur mit Partnern und Freunden wagen kann.

Mit dem weiteren Umzug der Geisteswissenschaften, des Juridicums und der Wirtschaftswissenschaften auf Deutschlands schönsten Campus rund um den Poelzig-Bau in den nächsten Jahren und mit der Stärkung Frankfurts als Verlagsstadt und Stadt der Buchmesse verfügt diese Stadt über weitere kulturelle Pfunde, mit denen es sich zu wuchern lohnt und die zuversichtlich machen, dass Frankfurt seinem Ruf als Kulturstadt auch in den nächsten Jahren mehr als gerecht werden wird. Von Frankfurt aus wurde immer neu, innovativ und auch radikal gedacht, von der Paulskirche 1848 bis hin zum Institut für Sozialforschung von Adorno und Horkheimer. Wir müssen beidem gerecht werden, der Pflege von Tradition und Geschichte und dem Mut zu neuem Denken, beides muss seinen kulturellen Ausdruck finden.

Urbanität ist ohne ein vielfältiges und anspruchsvolles Kulturleben nicht vorstellbar. So wichtig natürlich Kultur als Standortfaktor ist: vorauszusetzen ist ihr Eigenwert, sie ist kein Luxus, als „freiwillige Leistung" keine Beigabe. Sie ist für eine Großstadt wie Frankfurt am Main essentiell.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main ■

Panorama von Frankfurt am Main vom Maintower aus gesehen — Foto: Holger Weinandt

Neue Wege eröffnen neue Chancen

Freiburg im Breisgau • Von Dieter Salomon

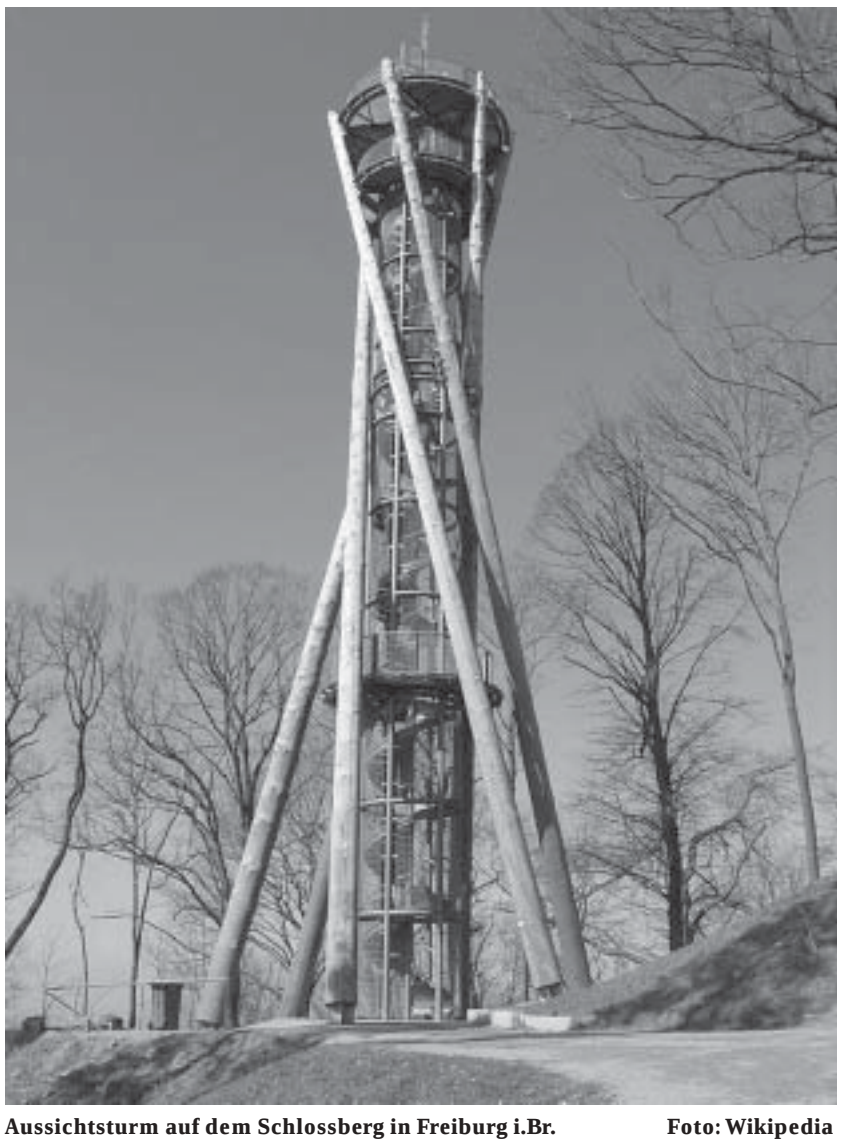
Die Stadt Freiburg kann sich einer überaus reichen Kulturlandschaft erfreuen. Zwei große Orchester, das Stadttheater, zahlreiche private Theaterbühnen, Chöre und weitere Orchester wie auch eine vielfältige und aktive freie Szene sind nur ein einige Faktoren des kulturellen Standorts Freiburg. Neben einer Reihe von herausragenden Ensembles und mehreren bekannten Festivals machen auch zahlreiche Bildungs- und Forschungseinrichtungen (unter anderem Universität, Fachhochschulen, Musikhochschule, Außenstelle der Kunstakademie Karlsruhe), die Medien- und Verlagsszene und viele kirchliche Einrichtungen Freiburg zum kulturellen Mittelpunkt der Region. Die Nähe zu Basel, Mulhouse, Colmar und Strasbourg ist die Basis eines regen kulturellen Austauschs über die Grenze hinaus. Das Stadtbild mit dem alles überragenden Münster und die attraktive Landschaft mit Schwarzwald, Markgräflerland, Kaiserstuhl, Vogesen und der Rheinebene positionieren die Stadt zu einem der nicht nur touristisch wichtigsten Anziehungspunkte im Land. Ein Markstein war das Konzerthaus (Einweihung 1996), das als hochrangige Spielstätte vor allem der klassischen Musik einen unerwarteten Aufschwung gebracht hat.

Das Kulturangebot hat in Freiburg in den vergangenen 20 Jahren eine große Dynamik mit einer Vielzahl an kulturellen Neugründungen, vornehmlich durch bürgerschaftliche Kulturinitiativen initiiert, erfahren. Häufig entstanden als soziokulturelle Initiativen in freier Trägerschaft mit einer starken Polarisierung zu den etablierten kommunalen Kultureinrichtungen, sind die meisten mittlerweile fester Bestandteil des städtischen Kulturangebotes.

Die Vergewisserung über die Bedeutung von Kultur für die Entwicklung der Stadt in Form eines Kulturkonzeptes ist die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Positionierung von kommunaler Kulturpolitik und -förderung in einer Zeit knapper werdender öffentlicher Ressourcen. Die sich verengenden finanziellen Spielräume im städtischen Haushalt hat auch die Kulturpolitik vor allem in den letzten drei Jahren dazu gezwungen, neue Wege zu gehen. Dies wird mittlerweile durchaus auch als Chance für positive Entwicklungen gesehen. Unter der Federführung des Dezernates für Kultur, Jugend und Soziales wird aktuell ein Kulturkonzept entwickelt, dass für Freiburg mittelfristig die kulturpolitischen Gewichtungen definiert wie auch die erforderlichen Umsetzungen mit einschließt. Das Konzept beinhaltet kulturpolitische Leitlinien wie auch Perspektiven und konkrete Maßnamen für einzelne Handlungsfelder. Es wird in einem offenen Prozess erarbeitet, der auf einen intensiven Dialog der Politik und der Verwaltung mit den Kulturschaffenden und der Bürgerschaft ausgerichtet ist. In mehreren Workshops sind Gruppierungen zur Mitarbeit an den konzeptionellen Überlegungen aufgefordert.

Das Freiburger Stadttheater als wichtigste kulturelle Einrichtung ist in diesem Jahr zu einem Eigenbetrieb umgewandelt worden. Das Dreispartenhaus erhält damit die Möglichkeit, in vielen Bereichen selbstständiger zu handeln und flexibler auf die strukturellen Herausforderungen der kommenden Jahre zu reagieren.

Auch die fünf Museen der Stadt erfahren derzeit eine Neuorientierung. Ausgehend von einem externen Gutachten und den darin entwickelten Empfehlungen wollen wir die Häuser demnächst als Verbund reorganisieren. Durch eine gemeinsame Leitung im Bereich Management und Marketing sollen die zum Teil überregional bedeutsamen



Aussichtsturm auf dem Schlossberg in Freiburg i.Br. — Foto: Wikipedia

Weiter auf Seite 11

Neue Wege der Kultur

Gera • Von Ralf Rauch

Überall in Deutschland ächzen die öffentlichen Haushalte unter den zunehmenden Lasten. Städte und Gemeinden können kaum mehr ihre Aufgaben erfüllen. Die so genannte kommunale Daseinsvorsorge ist akut bedroht. Solche Zeiten, in denen das Geld nicht einmal mehr für die Pflichtaufgaben reicht, sind nach allgemeiner Überzeugung schlecht für die Kultur. Verbreitet ist die Larmoyanz über sinkende Kulturhaushalte, das bevorstehende Aus für Museen, Bibliotheken und andere Kultureinrichtungen, die in den vergangenen Jahrzehnten in großer Zahl entstanden sind – oft ohne einen Gedanken an ihre nachhaltige Nutzung zu verschwenden. Städtische Kultur scheint, wenn man den Kassandrarufen folgt, dem Untergang geweiht.

Dennoch gibt es auch Gegenbeispiele: So wurde in Leipzig ein Neubau für das Museum der bildenden Künste eingeweiht. In Düsseldorf arbeitet die städtische Kunsthalle als gemeinnützige GmbH, Kunstmuseum und der Kunstpalast praktizieren die erste große kulturelle public-private-partnership in Deutschland.

Ähnliche Wege, die in der allenthalben beschworenen Krise eine Chance zur Neuausrichtung sehen, geht auch die Stadt Gera. Ein Ausdruck dafür ist, dass wir außergewöhnlich hohe Summen in unsere Kulturbauten investieren. Für über 20 Millionen Euro sanieren wir unser Theater, die Kunstsammlung wird ebenfalls in die Kur genommen und erst jüngst haben wir unser neu gestaltetes Stadtmuseum eröffnet. Mit diesen Investitionen wollen wir zugleich die Funktionalität der Kulturbauten verbessern, um künftige Einsparpotenziale zu erschließen und die Strukturen effektiver zu gestalten. Dabei ist auch die Zusammenlegung von Einrichtungen geplant.

Ausschlaggebend für diesen Kurs war weniger der Kostendruck als eine klare Strategie für mehr Effizienz in der Kulturarbeit. Wo bisher an vielen Stellen noch die Verwaltung zuständig war, sollen künftig immer mehr freie Kuratoren, Kulturvereine und Künstler zum Zuge kommen. Die Verwaltung wird diesen Prozess organisieren, moderieren und für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgen. Das Ziel heißt: weg von der verwalteten Kultur – hin zur gesellschaftlich organisierten und getragenen Kultur.

Ich bin sicher, dass dieser Weg nicht nur dazu beitragen wird, Kultur bezahlbar zu machen. Er wird auch der Kultur zugute kommen. Denn schauen wir uns viele städtische Kultureinrichtungen und -angebote von heute an: Mit großem personellen und finanziellen Aufwand werden Strukturen aufrechterhalten, die nur wenig öffentliche Resonanz haben. Theatervorstellungen sind nur zur Premiere, Ausstellungen oft nur am Eröffnungstag zahlreich besucht. Angebote in den einzelnen Häusern werden kaum oder nur im Rahmen des Schulunterrichts wahrgenommen, Veranstaltungen leiden unter Besucherschwund oder müssen ihr eigenständiges Profil dem kommerziellen Erfolg opfern.

Diesen Teufelskreis ausufernder Kulturhaushalte auf der einen Seite und immer weniger Relevanz der Angebote auf der anderen Seite wollen wir durchbrechen. Die Kulturverwaltung soll in Gera so reorganisiert und gestrafft werden, dass endlich wieder freie Mittel für die Kultur zur Verfügung stehen. Das Geld soll nicht in der Verwaltung verbraucht werden, sondern direkt in die Kultur fließen. Deshalb gilt das Prinzip, dass in der Kulturverwaltung eingesparte Mittel zu einem Teil als Sachmittel für die Kulturförderung zur Verfügung gestellt werden. Damit wollen wir nicht nur unsere engagierten Künstler und Kulturvereine in ihrer Arbeit unterstützen, sondern auch gezielt Höhepunkte etablierten, die für überregionale Aufmerksamkeit sorgen.

Um diese anspruchsvollen Ziele zu erreichen, müssen wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten, Konzepte erarbeiten und um politische Mehrheiten ringen. Der Kurs dahin ist aber eingeschlagen und im Interesse der Kultur unumkehrbar.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Gera ■

Plattenbauten in Gera-Bieblach-Ost **Foto: Steffen Mokosch**

Fortsetzung von Seite 10

Sammlungen der Kulturgeschichte, der Stadt- und Regionalgeschichte, der Völkerkunde und der Naturkunde sowie der Ur- und Frühgeschichte stärker als bisher nach außen präsentiert werden. Gleichzeitig werden sie durch klarere inhaltliche Profile, durch verbesserte Betriebsabläufe und Verbesserungen in der räumlichen Situation zukunftsfähig ausgestattet. Das Augustinermuseum als größtes überregional bedeutendes kulturgeschichtliches Museum wird zur Zeit zudem umfassend saniert und auch konzeptionell für das 21. Jahrhundert gerüstet.

Mit dem Ziel einer verlässlichen Unterstützung der freien Szene baut die Verwaltung in Teilkonzepten neue Förderstrukturen auf. Ein Beispiel hierfür ist die Neukonzeption der Chorförderung, die gemeinsam mit der Freiburger Chorszene zur Zeit diskutiert wird. Sie soll mehr Transparenz und Gewichtung in die Förderung der Ensembles bringen. Freiburg wird mit der Bewerbung zum Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ 2007 des Deutschen Stifterverbands seinen Anspruch als Wissenschaftsstadt ersten Ranges unterstreichen. Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Kultur sowie die Rolle von Universität und Hochschulen als kulturelle Standortfaktoren werden in dieser Bewerbung eine herausragende Bedeutung haben. Die Stadt erwartet deshalb mit der Teilnahme am Wettbewerb zusätzliche Impulse für das Kulturleben. Die Verzahnung zwischen Stadt und Universität ist auch in Hinblick auf das 550jährige Jubiläum der Universität im Jahr 2007 eng und stark kulturell geprägt. Freiburg versteht sich nicht nur deshalb als eine Stadt, in der das kulturelle Angebot und sein wissenschaftliches Potential von Vielfalt und hoher Qualität bestimmt ist.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau ■

Keine Einsparungen geplant

Göttingen • Von Jürgen Danielowski

Für das Jahr 2006 – wie auch für die zurückliegenden Jahre – sind in der Stadt Göttingen keine Konsolidierungsmaßnahmen und Einsparungen im Kulturbudget geplant. Es wird im Gegenteil im Rahmen des von mir dem Rat am 28.09.05 vorgelegten Haushaltsplanentwurfes sogar einige, wenn auch moderate Zuschusserhöhungen an einzelne Göttinger Kultureinrichtungen geben.

Trotz der sehr angespannten Haushaltslage der Stadt Göttingen und eines strukturellen Defizit für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von rund 11,7 Mio. € halte ich es in einer „Stadt, die Wissen schafft“, die zahlreiche internationale Wissenschaftler und Studierende beherbergt, die über ein großes kulturelles Erbe verfügt, für meine Aufgabe und Pflicht, für ein vielfältiges und breites kulturelles Angebot zum Wohle und Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger Sorge zu tragen. Dies entspricht dem gemeinsamen Willen des Rates und der Verwaltung der Stadt Göttingen.

Das kulturelle Erbe der Universitätsstadt Göttingen ist geprägt durch viele Persönlichkeiten, Wissenschaftler, Gelehrte, Nobelpreisträger, Künstler und Kulturschaffende, die ihre sichtbaren Zeichen und Spuren in der Stadt hinterlassen haben. Zahlreiche Gedenktafeln an deren Wohn- und Arbeitsstätten geben davon ein beredtes Zeugnis. Georg Christoph Lichtenberg, Carl Friedrich Gauß, Gottfried August Bürger, der Göttinger Hainbund, die Göttinger Sieben, der Göttinger Appell führender Atomwissenschaftler, die ehemaligen Göttinger Filmaufbauateliers, die traditionsreichen Theater- und Musikinstitutionen, die renommierte Göttinger Verlagslandschaft sind nur einige Beispiele, die der einzigartigen kulturellen Tradition Göttingens Ausdruck verleihen und auf die bis zum heutigen Tag überall spürbare geistige Auseinandersetzung in dieser Stadt hinweisen.

Kommunale Kulturpolitik hat sich in der Vergangenheit darum bemüht, das vielfältige kulturelle Angebot der Stadt, trotz zunehmender öffentlicher Finanznot, zu erhalten. Dieses Bemühen berücksichtigt die besonderen Strukturen Göttingens als Universitäts- und Wissenschaftsstadt. Der vergleichsweise hohe Anteil junger – studentischer – Mitbürgerinnen und Mitbürger – fast 50 % der Bevölkerung ist jünger als 35 Jahre – setzt nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell ganz eigene Akzente, die sich in unterschiedlichen Bedürfnissen und Nachfragen ausdrücken.

Ich hoffe, dass die überfällige Föderalismus- und Kommunalfinanzierungsreform in der laufenden Legislaturperiode angegangen wird und es gelingt, auch im Bereich der Kulturpflege und Kulturpolitik eine wirksame Verständigung zu erzielen. Aus meiner Sicht und aus Sicht der deutschen Städte insgesamt sollte die Zukunft einem „kooperativen Kulturföderalismus“ in Deutschland gehören. Dabei sehen sich die Städte unabhängig von verfassungsrechtlichen Grundsatzfragen als eigenständige und gleichberechtigte Partner sowohl der Länder als auch des Bundes, was eine eigenständige Kulturkompetenz des Bundes nicht ausschließt.

Im Bereich der Kultur haben die Städte aber hinreichend Anlass, eine gleichberechtigte Stimme einzufordern. Auch wenn die Kommunalhaushalte zunehmend Restriktionen unterworfen sind, wenden die Kommunen immer noch deutlich mehr für die Kultur auf als die Länder, so die belegte Feststellung im Jahrbuch für Kulturpolitik 2004.

„Ohne die Städte sind Staat und Gesellschaft nicht funktionsfähig. Vom Wohl der Städte hängt der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens ab“, wie die frühere Städtetags-Präsidentin Petra Roth schon vor Jahren hervorhob. Die Städte sind Keimzelle und Schule der Demokratie, sind Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger, sind die Orte des sozialen Zusammenhalts und der Integration, die Standorte für Wirtschaft und Handel. Sie sind die Zentren der Kultur. In ihnen spielt sich das kulturelle Leben ab.

Daher sollten sie ernst genommen und in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in der kommunalen Selbstverwaltung zu erfüllen – gerade weil die Finanzierung des sog. Freiwilligen Aufgabenbereiches, zu denen der Kulturbereich gerechnet wird, angesichts der nach wie vor äußerst angespannten kommunalen Finanzlage immer schwieriger wird. Ein Ausstieg der Länder aus der Mitfinanzierung von (über)örtlich bedeutsamen Kulturinstitutionen, wie im Fall der Kündigung der Zuschussverträge mit dem Deutschen Theater in Göttingen gmbH und dem Göttinger Symphonie Orchester durch das Land Niedersachsen mit dem Ziele der Zuschussabsenkung geschehen, ist dem gemeinsamen Anliegen von starken und funktionsfähigen Städten nicht zweckdienlich.

Sollte es nicht gelingen, die Länder für die Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur in ihren Städten zurückzugewinnen, sehe ich die Gefahr, dass kulturelle Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet würden. Die Stadt Göttingen könnte die ausfallenden Landesmittel nicht kompensieren.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Göttingen ■

Fahrradstadt Göttingen: Der Bahnhofsvorplatz **Foto: Philipp Hertzog**

Das Lehrbuch zur Kulturpolitik

Kulturpolitik hat in den letzten Jahrzehnten ständig an Bedeutung gewonnen. Wie aber funktioniert sie, unter welchen Rahmenbedingungen findet sie statt? Das Buch klärt die Grundbegriffe: welche Konzepte von Kultur werden im Zusammenhang der Kulturpolitik diskutiert, was wird unter Kultur, was unter Politik, was schließlich unter Kulturpolitik verstanden?

2., überarb. Aufl. 2005. 260 S. Br. EUR 24,90
ISBN 3-531-14346-8

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag. Stand: September 2005.

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Telefon 0611.7878-722
Telefax 0611.7878-420
www.vs-verlag.de

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Hamm (Nordrhein-Westfalen)
www.hamm.de
Einwohner:181.313

Thomas Hunsteger-Petermann

Heidelberg (Baden-Württemberg)
www.heidelberg.de
Einwohner:142.575

Beate Weber

Hildesheim (Niedersachsen)
www.hildesheim.de
Einwohner:103.268

Ulrich Kumme

Karlsruhe (Baden-Württemberg)
www.karslruhe.de
Einwohner: 273.187

Heinz Fenrich

Köln (Nordrhein-Westfalen)
www.koeln.de
Einwohner: 1.020.603

Fritz Schramma

Auch mit dem kleinsten Hebel Wirkung erzielen

Hamburg • Von Karin von Welck

Fürchte Dich nicht vor dem Vorwärtsgehen, fürchte Dich nur vor dem Stehenbleiben
(Chin. Sprichwort)

Deutschland erlebt zurzeit eine Phase, wie es sie in der gesamten bisherigen Nachkriegszeit nicht gegeben hat. Es wird immer deutlicher, dass wir nicht nur einer der gewohnten konjunkturellen Schwankungen unterliegen, sondern dass es so wie es bisher war nicht weitergehen kann und wird.

Die Hamburger Politik fährt angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage einen Konsolidierungskurs. Aus meiner Sicht ist dies der einzige Weg, der langfristig, mit dem Zusammenwirken aller, aus der enormen Staatsverschuldung führen kann. Aber: Die schwierige Haushaltslage ist relativ, sie ist immer abhängig von dem Engagement Einzelner und auch von Haltung. Natürlich würden wir alle gerne in allen Bereichen aus dem Vollen schöpfen. Aber natürlich müssen auch wir sparen.

Ausgehend von dieser Lage muss die Kulturpolitik kontinuierlich erörtern, wie mit dem kleinsten – finanziellen – Hebel die größtmögliche Wirkung erzielt werden kann.

Was heißt das konkret für Hamburg? Zunächst heißt dies, dass die Stadt – oder wie in Hamburg der Stadtstaat – in ihrer Kulturpolitik effizient ihre weniger gewordenen Mittel einsetzt, indem sie Schwerpunkte setzt, dadurch Aufmerksamkeit schafft, privates Engagement gezielt verstärkt und die Beteiligten vernetzt. Eine wesentliche Erfahrung in meinem erst eineinhalbjährigen Leben als Politikerin ist, dass erstaunlich viel davon abhängt, was man durch Präsenz, Anerkennung und Themensetzung in einer Stadt bewirken kann.

Eins unserer Schwerpunktthemen ist die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Wir entwickelten ein Rahmenkonzept zur Kinder- und Jugendkultur und knüpfen seither Partnerschaften zwischen den Akteuren untereinander, mit der Politik, den Schulen und Kultureinrichtungen und den finanzkräftigeren Bürgern und Unternehmern unserer Stadt.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Kongress „Kinder zum Olymp“ im Rahmen dessen sich im September dieses Jahres 1.000 Teilnehmer aus ganz Europa in Hamburg eingefunden haben, um sich über die praktische Erfahrungen zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen auszutauschen. Einer der Höhepunkte des Kongresses war die Tanzperformance von 100 Jugendlichen einer Schule in Hamburg-Langenhorn unter der Leitung des pädagogisch hochbegabten Choreographen Royston Maldoom („Rhythm is it!“). Mit einem überschaubaren finanziellen Aufwand – der noch dazu von einem engagierten Unternehmen, HCI, gesponsert wurde – konnte ermöglicht werden, dass die Jugendlichen aus einem sozial eher benachteiligten Stadtteil eine für ihr weiteres Leben sicherlich prägende Erfahrung gemacht haben. Aufgabe der Kultur- und Schulbehörde ist es nun, die positiven Impulse, die das Projekt in der Schule, in dem Stadtteil, in Hamburg ausgelöst hat, zu nutzen, um die kulturelle Bildung in Hamburg weiter zu verankern.

Eine weitere strategische Maßnahme – ohne den Staat und die Stadt aus der Pflicht zu nehmen – ist die Verstärkung bürgerschaftlichen Engagements durch die Nutzung von Matching Funds. So hat die Stadt Hamburg im Jahr 2003 der Hamburgischen Kulturstiftung zum 15-jährigen Bestehen bis zu eine Million € in Aussicht gestellt, wenn sie in der gleichen Höhe private Fördergelder mobilisiert. Das Projekt war erfolgreich und die Stiftung kann jetzt über die eine Aufstockung des Stiftungskapitals entsprechend ihrer Zielsetzung weit umfänglicher zeitgenössische Kulturprojekte fördern.

Bürgerschaftliches Engagement im besten Sinne zeigt sich auch bei der geplanten Elbphilharmonie, einem Projekt mit der Ausstrahlungskraft der Oper Sydneys, an der Spitze der Speicherstadt im neuen Erschließungsareal der im Bau befindlichen HafenCity. Die Umsetzung dieses atemberaubenden Entwurfes, der nicht nur für die Kulturschaffenden aller Genres sondern auch für die wachsende Stadt Hamburg Signalkraft haben wird, und von dem letztlich alle profitieren werden, ist nur durch die ergänzende Unterstützung privater Mäzene und Sponsoren möglich. Die Begeisterung für dieses große Kulturprojekt wirkte ansteckend: Das Stifterehepaar Hannelore und Helmut Greve hat bereits eine Unterstützung in Höhe von 30 Mio. € für den Bau zugesichert, und der Unternehmer Michael Otto hat mit einer Zusage über 10 Mio. Euro den Grundstock für eine Stiftung gelegt, die die entstehenden Betriebskosten mit absichern wird. Viele weitere Spenden sind noch notwendig, aber dieser Anfang stimmt mich sehr zuversichtlich.

Vom Speicher zum Kulturtempel: Die gläserne Welle (hier im Modell) beherbergt bald zwei Konzertsäle.
Modell: Korol, Illustration: Schiebel

Entsprechend der genannten Beispiele wird Hamburg auch im Jahr 2006 – trotz geringer finanzieller Mittel – dafür sorgen, dass das kulturelle Leben weiterhin einen breiten Spielraum vorfinden und dazu beitragen wird, dass Hamburg als eine der schönsten und lebenswertesten Städte Europas wahrgenommen wird.

Die Verfasserin ist Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg und wurde vom Ersten Bürgermeister gebeten, den Beitrag zu übernehmen. ■

Investitionen trotz prekärer Finanzlage

Fürth • Von Thomas Jung

Fürth befindet sich wie alle Städte dieser Größenordnung in einer nicht einfachen Haushaltslage. Wie überall stagnieren die Gewerbesteuereinnahmen, ist der Haushalt nur schwer auszugleichen. Trotzdem ist die Stadt bestrebt und gewillt, notwendige Investitionen zu tätigen. Dabei ist die Zukunft von Kindern und Jugendlichen das zentrale Investitionsthema, d.h. trotz der prekären Finanzlage ist jeder Euro, der in die Sanierung, Erweiterung und den Erhalt von Schulen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gesteckt wird, sinnvoll angelegtes Geld.

Fürth hat – nachdem in der Nachbarschaft zum Oberzentrum Nürnberg ein gewisser Nachholbedarf ausgemacht worden war – in den letzten Jahren sehr viel in kulturelle Einrichtungen investiert. So wurde 2002 zum 100. Geburtstag das Stadttheater aufwändig saniert, für das Rundfunkmuseum wurden repräsentative Räume gefunden, das Jüdische Museum Franken präsentiert im renovierten und ansprechenden Ambiente seine Exponate, ein Haus für die Französisch-Fränkischen Partnerstädte- und -regionen Limoge/Limousin-Fürth/Mittelfranken wurde saniert und dient als kulturelle Begegnungsstätte. In Kürze steht nach eingehender Sanierung die Wiedereröffnung des Jugendkulturzentrums Lindenhain an. Fürth eröffnete 2002, also zu einer Zeit, als anderswo städtische Galerien zur Disposition standen, für Wechselausstellungen der Gegenwartskunst eine städtische Kunstgalerie. Das jüngste 10-Millionenprojekt erstrahlt in neuem Glanz: der umgebaute denkmalgeschützte alte Schlachthof ist heute als „Kulturforum“ ein Renommierprojekt für Kulturveranstaltungen und Gastronomie. Dass der Stadtrat 2005 grünes Licht für die Sanierung zweier alter Gebäude auf dem ehemaligen US-Kasernengelände, kombiniert mit einem Konzerthallenneubau für die Sing- und Musikschule gab, zeugt auch in finanziell schwierigen Zeiten von einer mutigen Politik in die Zukunft unserer Kinder.

Fürth hat es aber auch verstanden, neue Wege der Finanzierung zu finden und zu gehen. So sind viele der Projekte mit Mitteln des Förderprogramms „Soziale Stadt“ kofinanziert worden. Und Fürth hat für das Kulturforum und die Sing- und Musikschule die Finanzierung über ein so genanntes Stiftungsmodell bewerkstelligt, das zu diesem Zeitpunkt bundesweit erstmalig die geänderte Gesetzgebung des deutschen Stiftungsrechtes nutzte.

Angesichts der gewaltigen Anstrengungen in den letzten 3 Jahren wird 2006 sicher kein Jahr für neue Investitionen in der Kultur sein. Es gilt das Erreichte zu bewahren und mit der entsprechenden Mittelausstattung zu betreiben. Allen ist klar, dass es Unsinn wäre, nun die wunderbar sanierten Hüllen zu haben, aber kein Geld bereit zu stellen, um die Häuser mit ansprechenden Programmen zu füllen. Es wird keine Etaterhöhungen geben, aber es darf auch nicht zum Kaputtsparen kommen, da das kulturelle Angebot in Fürth – wie überall – ganz erheblich die Lebensqualität in unserer Stadt bestimmt.

Dazu gehören aber nicht nur die städtisch betriebenen Kultureinrichtungen. Fürth verfügt über eine äußerst lebendige Szene von freien Kulturschaffenden in allen Sparten, v.a. in der Bildenden Kunst. Gerade in Zeiten knapper Gelder trägt die finanzielle Förderung einzelner Künstlerinnen und Künstler, Initiativen und Projekte dazu bei, eine kulturelle Vielfalt zu erzeugen, die allein durch städtische Einrichtungen so nicht zu erreichen wäre. Dies hat in Fürth Tradition und macht die ganz spezielle kulturelle Atmosphäre in unserer Stadt aus. Hier ist die schwierige Haushaltslage tatsächlich eine Chance für Kreativität, für ein konstruktives Miteinander und auch Nebeneinander von freier Szene und kommunalem Kulturangebot.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Fürth ■

Lenkungskategorie Kultur

Hildesheim • Von Ulrich Kumme

Ich darf zunächst feststellen, dass der verwaltungsinterne Entwurf für den Haushalt 2006 inzwischen vorliegt und am 10. Oktober 2005 in den Rat eingebracht wurde.

Obwohl sich auch die Stadt Hildesheim weiterhin in der notwendigen finanziellen Konsolidierungsphase befindet, sind im Bereich der Kulturausgaben keine signifikanten Veränderungen vorgesehen. Dies ist neben der einhelligen politischen Meinungsbildung damit zu begründen, dass im Interesse der Kontinuität der Kulturarbeit an mittel- und langfristigen vertraglichen Bindungen festgehalten wird und festgehalten werden soll. Dies schließt natürlich nicht aus, dass durch die Reduktion der Zuschussleistungen Dritter, hier ist beispielsweise die vorgesehene Einschränkung der Landesförderung für das Stadttheater Hildesheim zu nennen, auch Korrekturen und neue Justierungen erforderlich werden. In diesem konkreten Fall streben die bei-

Weiter auf Seite 13

Sich eine neue Position erarbeiten

Hagen • Von Thomas Grothe

Die Themen Kulturpflege und Kulturpolitik gehören zu den Handlungsfeldern, die für die europäische Stadt eine besondere Rolle spielen. Das kulturelle Leben in seiner Vielfalt der unterschiedlichen Träger gehört zum Fortbestand des städtischen Gemeinwesens und ist damit eine wesentliche Aufgabe in der Daseinsvorsorge und natürlich auch in der Erarbeitung eines stadtentwicklerischen Profils.

Die Stadt Hagen steht im Strukturwandel mit dem Thema Demografie und Stadtumbau, aus dem sich die Frage nach zukünftigen Perspektiven und Handlungsfeldern ergibt. Das Thema Kultur spielt dabei in verschiedenen Facetten eine Rolle. Auf der anderen Seite ist die Zustandsbeschreibung der Stadt Hagen von einer extrem schwierigen Haushaltslage geprägt, wobei die Perspektive für eine Genehmigung des Haushaltes für das Jahr 2006 nach langen Jahren eines nicht genehmigten Haushaltes erreichbar scheint. Diese Haushaltslage hat in Hagen dazu geführt, dass ein Konsolidierungsziel von 57 Mio. Euro Einsparungen im Verwaltungshaushalt bis zum Jahr 2011 realisiert werden soll. Dies geschieht mit einer Vielzahl von Maßnahmen, die aus den einzelnen fachlichen Bereichen benannt worden sind. Die Maßnahmen bestehen aus der Reduzierung von Sachaufwand und Abbau von Personalkosten.

Auch im Kulturbereich sind Vorschläge gemacht worden, u.a. beim städtischen Theater (Drei-Sparten-Haus), die sich mit einem entsprechenden Restrukturierungsprojekt aktiv an der Senkung der Gesamtkosten für das Theater befassen. Ebenso sind Überlegungen zur Überprüfung der Organisation der Kulturverwaltung vorgesehen. Im Bereich der nicht institutionalisierten Kultur gibt es vergleichbare Konsolidierungen wie bei den Instituten. Auch hier werden nach Maßgabe der Verantwortlichen und im Gespräch mit der freien Szene Kürzungen vereinbart und realisiert. Bereits 2005 wurde der Zuschuss für die vier städtisch geförderten Kulturzentren, der jeweils im Rahmen eines dreijährigen Budgetvertrags vereinbart wird, gekürzt. Dies hat auch in 2006 eine Verminderung des Gesamtbudgets zur Folge. Der Besucherzuspruch in diesen Kulturzentren und das Angebot haben sich in den letzten Jahren dabei kontinuierlich erhöht, was zur Motivation der dort Beschäftigten beiträgt.

Durch Fortgang einer Beigeordneten und Ausscheiden eines zweiten Beigeordneten ist die Stelle des Kulturdezernenten aktuell neu ausgeschrieben worden. Im Sinne des Fortbestandes der kulturellen Einrichtungen in der Stadt wird eine zentrale Aufgabe dieses neuen Beigeordneten die Frage sein, wie der Kulturbereich neu aufzustellen ist, zumal auch die Stelle des Kulturamtsleiters derzeit vakant ist. Diese Vakanzen werden als Chance für eine umfassende Neuausrichtung der Kulturverwaltung und des Stadtmarketings gesehen.

Das gilt insbesondere auch für ein kulturpolitisches Highlight, was die Stadt Hagen in den nächsten 3 Jahren realisieren will: Das Emil-Schumacher-Museum. Der Stadt Hagen ist es im Frühjahr 2005 gelungen, mit dem Fördergeber des Landes Nordrhein-Westfalen und der privaten Emil-Schumacher-Stiftung die Finanzierung dieses ca. 25 Mio. Euro teuren Projektes zu organisieren. Derzeit laufen bereits bauliche vorbereitende Maßnahmen und der Baubeginn des Emil-Schumacher-Museums wird in 2006 starten, Eröffnung wird 2008 sein, so dass damit ein ganz entscheidendes Highlight in der kulturpolitischen Landschaft möglich wird. Für Hagen ist die Errichtung dieses Museums ein Meilenstein, der vielleicht die Stadtgeschichte unter dem Stichwort Folkwang-Museum neu beschreibt. Das Projekt Emil-Schumacher-Museum wird nicht nur unter kulturellem Aspekt engagiert verfolgt, sondern auch unter dem Aspekt der Stadtentwicklung spielt es eine entscheidende Rolle für das Oberzentrum Hagen.

Volme-Galerie am Friedrich-Ebert Platz in Hagen Foto: GNU

Entsprechend den übrigen neuen Museen in Nordrhein-Westfalen soll ein besonderes architektonisches Konzept verwirklicht werden und mit dem Standort des Emil-Schumacher-Museums in Verbindung mit dem Karl-Ernst-Osthaus-Museum eine Museumslandschaft entstehen, die in einer räumlichen Unmittelbarkeit auch eine Konzentration von Besucherströmen ermöglichen soll. Für beide Museen wird es im Rahmen einer entsprechenden Vermarktungskampagne dann zwingend sein, sie im Markt und unter den Wettbewerbern zu platzieren. Die ur- und frühgeschichtliche Situation des Standortes Hagen stellt sich unter dem Aspekt der Geologie und der frühgeschichtlichen Funde nach Auswertung eines spektakulären Fundes im Jahr 2004 völlig neu dar. Inwieweit das bestehende ur- und frühgeschichtliche Museum Wasserschloss Werdringen die Keimzelle eines Evolutionsparkes werden kann, soll in einer Projektstudie kurzfristig erarbeitet werden. Die Idee dieses Evolutionsparkes ist sicherlich eine einmalige Chance. Ich bitte abschließend nochmal um Verständnis, dass die Ausführungen aus Hagener Sicht, insbesondere was das zukünftige organisatorische Aufstellen der Kulturverwaltung als auch des Theaters noch nicht abschließend vermittelt werden können, da sie in Erarbeitung sind.

In der Diskussion zum Thema Demografie und Stadtumbau spielt jedenfalls das Thema des Emil-Schumacher-Museums in der Frage des Leitbildes und des Images der Stadt eine entscheidende Rolle, wie auch Hagen als Oberzentrum in der Scharnierfunktion zwischen Ruhrgebiet und Bergischem Land/Sauerland eine neue Position erarbeitet.

Der Autor ist Technischer Beigeordneter der Stadt Hagen und hat den Beitrag auf Bitten des Oberbürgermeisters verfasst. ■

Fortsetzung von Seite 12

den Gesellschafter die Fusion mit der Landesbühne Hannover an, um nicht nur den Rückgang der Zuschüsse zu kompensieren, sondern um den Theaterstandort in der Region qualifiziert zu erhalten. Dies ist eine Chance, die gleichwohl im Hinblick auf die noch unbekannte Publikumsresonanz auch gewisse Risiken beinhalten kann.

Ihre Frage nach der Entwicklung der städtischen Kultur im Jahr 2006 ist somit – ohne der politischen Willensbildung vorgreifen zu wollen – von der Haushaltslage abzukoppeln. Der Kulturbereich der Stadt Hildesheim ist im Wesentlichen ausdifferenziert und hat sich in den Bereichen Weltkulturerbe, Museen, Theater und der freien Kunstszene auch überregional konturiert positioniert. Die Entwicklungsmetapher ist für die Binnendifferenzierung der Kultur in den Großstädten nur bedingt hilfreich. Eher wird es darum gehen, die mitlaufenden Selbstbeschreibungen der einzelnen Kultursegmente zu überprüfen und im Rahmen der Gesamtverflechtung quasi navigatorisch der Gesamtlage der städtischen Kultur anzupassen.

Letztendlich wird es mittelfristig darauf ankommen, dass die Kultur als Lenkungskategorie sich gegen die Ansprüche anderer Systemreferenzen durchsetzen muss. Dies ist ein schwieriges aber gleichwohl nicht hoffnungsloses Ziel.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Lübeck (Schleswig-Holstein)
www.luebeck.de
Einwohner:215.165

Bernd Saxe

Magdeburg (Sachsen-Anhalt)
www.magdeburg.de
Einwohner:227.535

Lutz Trümper

Mainz (Rheinland-Pfalz)
www.mainz.de
Einwohner:202.441

Jens Beutel

Mönchengladbach (Nordrhein-Westfalen)
www.moenchengladbach.de
Einwohner: 267.194

Norbert Bude

Mülheim an der Ruhr (Nordrhein-Westfalen)
www.muelheim-ruhr.de
Einwohner: 173.597

Dagmar Mühlenfeld

Allianzen schmieden

Hamm • Von Thomas Hunsteger Petermann

In den letzten Jahren haben wir in der Kulturlandschaft unserer Stadt viel erreicht. Bestehende kulturelle Einrichtungen wurden ausgebaut und neue Spielstätten geschaffen. Die freie Kulturszene hat dank mehrerer Zentren vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten gefunden und ergänzt in facettenreichen Formen das kulturelle Leben der Stadt Hamm.

Die kulturelle Weiterbildung – insbesondere für Kinder und Jugendliche – wurde im außerschulischen und schulischen Bereich auf- und ausgebaut. Hierzu zählt die Einrichtung einer Freien Jugendkunstschule ebenso wie die des professionellen Kinder- und Jugendtheaters HELIOS. Veranstaltungsorte mit kulturellen Programmangeboten von hervorragender Qualität bilden Anziehungspunkte für den gesamten mittelwestfälischen Raum. Wir brauchen den Vergleich mit benachbarten Oberzentren nicht zu scheuen!

Die Stadt Hamm wird – und das ist und bleibt oberstes kommunalpolitisches Ziel – in den nächsten Jahren, trotz aller erwartbaren Belastungen und schwierigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Damit bleiben wir voll handlungsfähig und können selbst bestimmend das kulturelle Leben in seiner Vielfältigkeit aufrecht erhalten und sofern zwingend erforderlich sogar noch ausbauen.

So stehe ich auch in Zukunft zur kompetenten Arbeit unserer Einrichtungen: des Gustav-Lübcke-Museums, der Zentralbibliothek, der Musik- und der Volkshochschule, ebenso wie zur Förderung des Theater- und Konzertlebens, der Kunst und freien Kulturszene und der Sicherung interkultureller Vielfalt. Hierzu zähle ich auch die regionale Zusammenarbeit mit dem Ruhrgebiet und der Hellwegregion. Eine gleich große Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit der Hammer Wirtschaft zu, die als Sponsor vieler Kulturprojekte – neben dem ehrenamtlichen Engagement unserer Bürgerschaft – kulturelles und künstlerisches Leben garantiert. Diesen Bereichen gilt in den kommenden Jahren meine vermehrte Aufmerksamkeit, um über die städtischen Möglichkeiten hinaus den finanziellen Handlungsspielraum für die Kultur in Hamm zu sichern.

Die finanziellen Ausgaben für Kultur müssen stabil bleiben! Gleichzeitig müssen für neue kulturelle Aktivitäten weitere Freiräume geschaffen werden! Wir sind alle aufgefordert hieran mitzuwirken!

Die Stadt Hamm wird aber auch künftig in allen städtischen Einrichtungen und in den mit ihr kooperierenden Trägern nach Sparpotentialen suchen müssen, mit dem Ziel, weitere Synergieeffekte durch organisatorische Optimierung und Effizienzsteigerung zu erzeugen, um sich so diese Freiräume zu bewahren.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, den Neubau der Zentralbibliothek zu finanzieren und im Umfeld der Kulturadresse Nr. 1 in unserer Stadt, dem Kurhaus Bad Hamm, weitere Strukturverbesserungen, wie den Bau eines Musikpavillons vornehmen zu können. Gerade die letzte Maßnahme kann nur in Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement realisiert werden.

Dementsprechend muss die Kulturverwaltung tragfähige Allianzen schmieden, das heißt eine kompetente städtische Kulturverwaltung muss sich noch stärker als bisher der Instrumenten des Private Partnership, Sponsoring und Mäzenatentums bedienen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Hamm ■

Zwischen Tradition und Zukunft

Heidelberg • Von Beate Weber

Heidelberg ist eine Stadt der Bildung, Wissenschaft und der Kultur. Die Stärken Heidelbergs im Kulturbereich liegen in der Literatur, in der Musik, beim Theater und bei einer vielfältigen Festivalszene mit Ausstrahlung. Besonders reizvoll erscheint der Spannungsbogen zwischen Tradition, hier insbesondere Romantik, und zeitgenössischem künstlerischem Schaffen als einem unverwechselbaren Profilmerkmal. Mit dem erfolgreichen Start des neuen Intendanten und des jüngsten Generalmusikdirektors Deutschlands und der Auswahl eines neuen Kunstvereinsdirektors herrscht Aufbruchstimmung in der Heidelberger Kulturlandschaft.

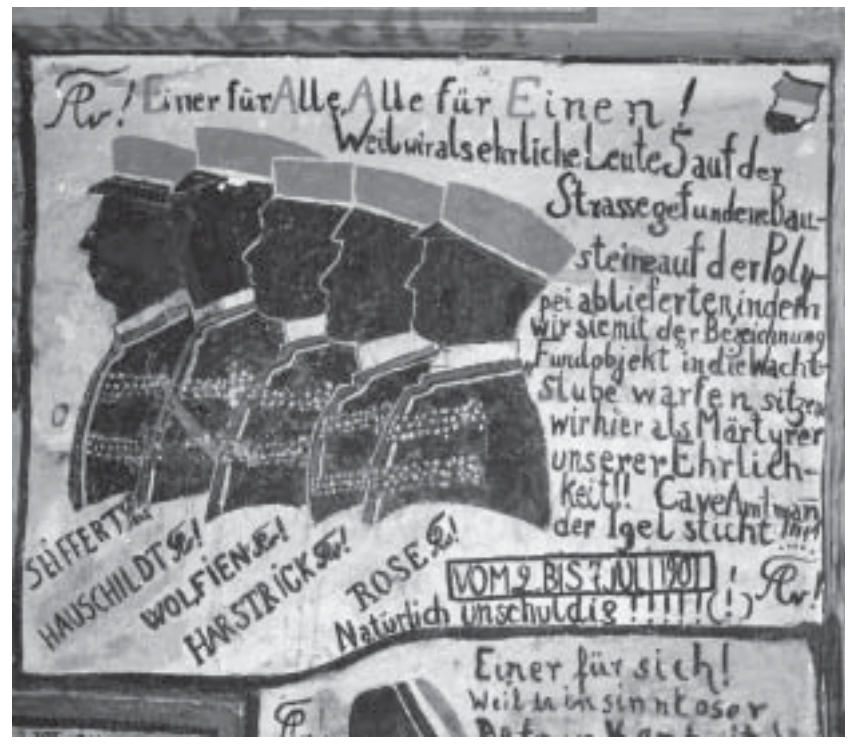
Der Stadt Heidelberg ist es trotz der kommunalen Finanzkrise gelungen, die städtischen Kultureinrichtungen in ihrer Substanz zu sichern: Vier-Sparten-Theater, Orchester, Museum, Bibliothek, Musik- und Singschule sowie das Musikfestival Heidelberger Frühling. Auch bei der Kulturförderung von mehr als 30 freien Trägern konnte das Volumen und damit die Vielfalt und Qualität des Kulturangebots erhalten werden. Kultur ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Heidelberg. Investitionen in Kultur sind für uns immer zugleich Wirtschaftsförderung. Nicht umsonst belegt Heidelberg nach wie vor einen Spitzenplatz unter den zehn besten Kommunen in Baden-Württemberg hinsichtlich der Kulturförderung. Nach dem bundesweiten Kulturfinanzbericht von 2003 liegt Heidelberg mit 128,7 Euro je Einwohner bei den Kulturausgaben noch vor Stuttgart (124,5 Euro) oder Karlsruhe (120,4 Euro).

Der städtische Doppelhaushalt 2005/06 hat ein Gesamtvolumen von 416 Mio. Euro (2005) bzw. 415 Mio. Euro (2006) im Verwaltungshaushalt. Der Kulturetat (Einzelplan 3) liegt in beiden Jahren bei 27,2 Mio. Euro (Zuschussbedarf!). Der Doppelhaushalt enthält für das laufende Jahr eine globale Minderausgabe und eine Haushaltssperre, jeweils in Höhe von 1 Mio. Euro. Dazu kommt noch eine Bewirtschaftungssperre von 20% für alle Einzelbudgets. Über die Fortführung oder Aufhebung der Sperren wird im letzten Quartal 2005 entschieden. Das gleiche Instrumentarium wird voraussichtlich im Jahr 2006 zur Anwendung kommen.

Die vorgegebenen Einsparungen sind von den Kultureinrichtungen nicht leicht aufzufangen, angesichts der dezentralen Ressourcenverwaltung ergeben sich aber ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Flexibilität, auch die Laufzeit des Haushalts stärkt die Planungssicherheit.

Auch in der Heidelberger Wirtschaft findet die Kultur in der Stadt verlässliche Partner, nicht zuletzt im Rahmen der „Zukunftsinitiative Metropolregion Rhein-Neckar“. So können auch 2006 dank der Unterstützung durch Heidelberger Firmen das städtische Musikfestival „Heidelberger Frühling“ und das Festival „Enjoy Jazz“, das aus einer Initiative unseres Soziokulturellen Zentrums Karlstorbahnhof hervorgegangen ist, ungeschmälert durchgeführt werden. Weitere Unterstützung erfahren auch das Filmfestival Mannheim-Heidelberg, das in diesem Jahr mit einem Sommerprogramm auch auf die Stadt Ludwigshafen ausgedehnt wurde. Das kommende Jahr bringt eine Reihe kultureller Höhepunkte, aber auch große Aufgaben mit sich. Das Heidelberger Stadttheater, dessen bauliche Anfänge auf das Jahr 1853 zurückgehen, ist in vielen seiner Gebäudeteile sanierungsbedürftig. Derzeit wird an einem Plan gearbeitet, in welchen Schritten und mit welchem Mittelaufwand die notwendigen Erneuerungsarbeiten, bei fortlaufendem Spielbetrieb, durchgeführt werden können. So leistet die Kommune auch im Bereich Kultur Investitionen in die Zukunft. Mozarts Geburt vor 250 Jahren und die Herausgabe der Liedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“ vor 200 Jahren spielen 2006 eine große Rolle im Kulturkalender der Stadt. Während des Landesturnfestes im Mai und der anschließenden Fußballweltmeisterschaft werden Zehntausende von Gästen nicht nur nebenbei schauen, was Heidelbergs Kultur zu bieten hat. Im Mai wird der Literatursommer Baden-Württemberg unter dem Thema „Im Spiegel der Romantik“ im Königsaal des Heidelberger Schlosses eröffnet. Dazwischen und dazu gibt es den „Stückemarkt“ und die „Schlossfestspiele“ des Heidelberger Theaters, „die Heidelberger Literaturtage“, die „Lange Nacht der Museen“, den „Theatermarathon“, „links“-Biennale für Neue Musik und das Internationale Filmfest Mannheim-Heidelberg.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg ■



Studentische Meinungsdemonstrationen der etwas anderen Art: „Studentenkarzer“, scherzhafte historische Wandmalereien von Mitgliedern der Heidelberger Burschenschaft Allemania **Foto: Stefan Kühn**

Kulturstadt des Nordens

Lübeck • Von Bernd Saxe

Die Hansestadt Lübeck nennt sich, wie wir meinen, zu Recht Kulturstadt des Nordens. Nicht nur die Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas 2010 hat Lübecks kulturelle Stärken und Besonderheiten weit über die Grenzen der Stadt und Norddeutschlands hinaus ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Auch wenn die Hansestadt Lübeck nicht ausgewählt wurde, so hat die Bewerbung doch für neuen Schwung in der Kulturszene und der Kulturpolitik gesorgt. Zugleich ist es gelungen, das aus der Kulturhauptstadt-Bewerbung stammende Logo zu einem Symbol für Kultur in Lübeck zu transportieren.

Lübecks ist Literaturstadt und bietet mit Thomas Mann und Günter Grass gleich zwei Nobelpreisträger, denen mit dem weltberühmten Buddenbrookhaus und dem erst wenige Jahre jungen Günter Grass-Haus gleich zwei Häuser gewidmet sind. Beide kulturelle Einrichtungen spielen bei der Vermarktung der Kultur eine entscheidende Rolle und sollen zukünftig noch stärker in den Focus gerückt werden und damit den sich seit Jahren positiv entwickelnden Tourismus weiter stützen.

Denn Lübecks Altstadtinsel zieht als Unesco-Weltkulturerbe jedes Jahr Millionen von Touristen an – rund 6 Millionen Tagesgäste waren es im Jahr 2004. Angelockt werden die Besucher aus nah und fern aber nicht nur durch die mittelalterlichen Gebäude, die berühmten Kirchen und das Lübecker Marzipan. Angelockt werden sie auch und gerade von der kulturellen Vielfalt der zahlreichen Institutionen in der Innenstadt. Gerade die neueren von ihnen, wie die Kunsthalle St. Annen und das Archäologische Museum, sorgen durch ihre Ausstellungsangebote für zusätzliche Besucherströme.

Angesichts der angespannten Haushaltslage hat die Hansestadt Lübeck ein Konzept erstellt, um die Kulturlandschaft neu zu organisieren. Wissend, dass Musik, Literatur und Architektur die Lebenselexire der Stadt sind und wesentliche Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität in unserer Stadt bieten, planen wir, die einzelnen Kulturinstitutionen neu aufzustellen und Synergien zu nutzen. Dazu gehört unter anderem die Reorganisation einzelner Museen unter einem Dach – ein Vorhaben, das wir im kommenden Jahr realisieren möchten.

Aber auch das städtische Theater wird neue Strukturen der inneren Organisation erhalten und sich somit den Herausforderungen der Zeit stellen.

Kultur in Lübeck, das ist Vielfalt und vor allem ein unverzichtbarer Teil unserer städtischen Identität.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck ■

Mit Realitätssinn, Optimismus und Kraft

Magdeburg • Von Lutz Trümper

Magdeburg wurde 1990 zur Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts gewählt. Die damals bereits vorhandenen Entwicklungspotentiale bei Verkehrsanbindungen, verfügbarem lukrativem Wohnraum, Ausbildungsplätzen, Naherholungsgebieten, einer dem Bedarf angepassten Schullandschaft und kulturellen Angeboten haben sich seitdem entscheidend profiliert. Eine Reihe von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen haben sich in Magdeburg niedergelassen, prägen zunehmend das Stadtbild. Hochschule und Universität bereichern mit ihren kulturellen Angeboten aus dem Campus heraus das kulturelle Leben, die Studenten nehmen andererseits Anteil an den Angeboten in der Stadt.

Dem Ausbau der Infrastruktur wird höchste Aufmerksamkeit gewidmet: ein Wahrzeichen Magdeburgs ist das Wasserstraßenkreuz mit der längsten „Trogbrücke“ Europas **Foto: Patrick Schön**

So hat sich, bei allen Diskursen vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte, der relative Anteil des Kulturbereiches am Verwaltungshaushalt der Landeshauptstadt gegenüber 1994 verdoppelt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Magdeburg im Jahre 2003 die höchsten laufenden Kulturausgaben (im Vergleich: alle Landeshauptstädte) mit 126,6 Euro/Einwohner, gefolgt von Stuttgart, getätigt hat. Dies spricht sowohl für die hervorragende Arbeit des zuständigen Beigeordneten als auch für das engagierte und verantwortungsbewusste Bekenntnis der Bürgerschaft und ihres Stadtrates zur Entwicklung Magdeburgs als einer Stadt der Kultur. Gleichwohl müssen wir uns den Herausforderungen und finanziellen Zwängen mit Kreativität und offensiver Haltung stellen.

Dabei gewinnt auch für Magdeburg der Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements in Form von Fördervereinen und auch in Bürgerstiftungen zunehmend an Bedeutung. Viele große und auch kleinere Kulturprojekte aber auch die Existenz ganzer Einrichtungen wird inzwischen auf diesem Wege zumindest anteilig finanziert. Hierin besteht zum einen die Chance für eine Kommune, Kunst und Kultur anzubieten, ohne sich zunächst selbst (finanziell) zu beteiligen. Andererseits mag darin auch das Risiko, originär kommunalpolitische inhaltliche Gestaltungsspielräume nicht mehr oder nur unzureichend wahrzunehmen, liegen.

Hinzu kommt, dass Magdeburg noch immer eine relativ hohe Arbeitslosigkeit (zwischen 17 und 18%) hat, insbesondere jüngere und qualifizierte Menschen die Stadt verlassen (Einwohnerrückgang in den letzten 10 Jahren um 50.000), ein hoher Wohnungsleerstand herrscht und die Bevölkerung über ein vergleichsweise geringes Vermögen verfügt. Das bedeutet, dass wir das Potenzial von Bürger- und privatwirtschaftlichem Engagement nicht überschätzen dürfen – kommunale Kulturpolitik muss als Gesellschaftspolitik natürlich immer die Voraussetzungen und Auswirkungen des gesellschaftlichen Strukturwandels berücksichtigen.

Die kommunalpolitische Arbeit der letzten Jahre mit ihrer Vielzahl an (infra-)strukturellen Beschlüssen hat für die künftige Entwicklung der Kulturarbeit die Weichen gestellt – sie ermöglicht und verlangt damit inhaltliche Schwerpunktsetzungen, die im Jahre 2007 auf dem Hintergrund gewachsener Qualitäten unter dem Leitgedanken „Kulturstadt Magdeburg“ eine erweiterte Standortbestimmung vornehmen.

Natürlich sind in den zurückliegenden Jahren bereits eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen worden, die es uns ermöglicht haben, auch in den bisherigen Konsolidierungsphasen inhaltlich konstruktiv weiter zu arbeiten. So fusionierten die Freien Kammerspiele und das Theater der Landeshauptstadt zum theater magdeburg, Stadtteil- und soziokulturelle Einrichtungen sowie Sportstätten wurden in freie Trägerschaft, verbunden mit institutionellen Förderungen, übertragen, das Zweigstellennetz der Stadtbibliothek wurde reduziert, eine mittelfristige Schulentwicklungsplanung wurde vom Stadtrat verabschiedet.

Dieser nunmehr erreichte strukturelle Status Quo muss im Sinne einer modernen, leistungsfähigen und beweglichen Verwaltung weiter entwickelt werden. Den infrastrukturellen Schwerpunkt wird die Sanierung der Schulen darstellen. Prioritäre Handlungsfelder werden darüber hinaus u.a. sein:

- Umsetzung der Schulentwicklungsplanung
- weitere inhaltliche Profilierung des theaters magdeburg
- Profilierung Magdeburgs als Zentrum für Puppenspiel, verbunden mit einer Dauerpräsentation der historischen Puppensammlung
- Entwicklung des Gesellschaftshauses, einem architektonischen Kleinod der Stadt, Einweihung am 14. 1 0.05, zu einem Haus der Musik u.a.

Themen, die die Arbeit im Kulturbereich auch zukünftig zunehmend beschäftigen werden, nicht nur kulturtheoretisch, sondern auch in der praxisorientierten Auseinandersetzung, sind u.a. demografische Entwicklung, Zukunft und Jugend, Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft, Internationalität und Globalisierung widmen. Die Einrichtung einer Stabsstelle / eines Kulturbüros direkt beim Beigeordneten trägt diesen wachsenden Ansprüchen Rechnung.

Die Stadt Magdeburg feiert in diesem Jahr ihr 12hundert-jähriges Bestehen. Mit über 250 Veranstaltungen (Vorträge, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen, Präsentationen, Theater, Varieté, Stadtteil- und Volksfeste, Konzerte u.v.m.) präsentiert sich die Stadt unter dem Leitbild „Magdeburg – moderne Stadt mit großer Geschichte“. Das Jubiläumsjahr hat bereits merklich dazu beigetragen, die Identifikation der Magdeburger mit ihrer Stadt zu stärken, die Außendarstellung und -wahrnehmung hat sich deutlich verbessert.

Die in der Vorbereitung und Realisierung geknüpften umfangreichen Kontakte in alle Bereiche der Stadtverwaltung, mit Wirtschaftsunternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Interessengemeinschaften, Kammern, mit freien Gruppen, Initiativen und Vereinen – kurzum mit allen Bereichen des städtischen Lebens – sollen auch in Zukunft weiter gepflegt und genutzt werden. Spürbar geworden ist auch eine „positive Energie“, die die Stadt in ihrer Selbstdarstellung inzwischen entfaltet.

Den langen Atem zu haben, das positive Klima, das sich vor allem im Laufe dieses Jahres entwickelt hat, aufzuheben und weiterzutragen, nach diesem ereignisreichen Jahr nicht in ein Vakuum zu fallen, sondern dem Stadtjubiläum mit Projekten, Ideen und Konzepten Nachhaltigkeit zu verleihen, darin liegt die große Chance, mit der wir offensiv umgehen. Das Stadtjubiläum wirkt für die Entwicklung des kulturellen Lebens insofern wie ein Katalysator und Kristallisationspunkt, auch bei der Formulierung kulturpolitischer Leitlinien für die nächsten Jahre. Hierbei wurde erneut deutlich, dass aus der inhaltlichen Arbeit strukturelle Konsequenzen für das Kulturdezernat, auch zuständig für Schule und Sport, erwachsen.

Mit seiner Historie steht Magdeburg in der kulturgeschichtlichen Tradition bedeutender europäischer Städte. Die Initiativen, Vereine, Projekte in der Stadt nehmen dieses auf. Neue Erkenntnisse geben diesem Bild weiter Konturen. Die Stadt, die Kultur in der Stadt und darüber hinaus haben eine Zukunft, wenn wir die Zukunft nicht als ein auf uns zukommendes Schicksal verstehen. Wir haben hierfür in Magdeburg den erforderlichen Realitätssinn, aber auch den notwendigen Optimismus und die visionäre Kraft, aus dem geschichtlichen Bewußtsein und seinem Potenzial das heute mit dem Morgen zu verbinden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg ■

Interessenbegegnung

Karlsruhe • Von Heinz Fenrich

Die gesamtwirtschaftliche Lage gibt keinen Anlass auf strukturelle Verbesserungen der kommunalen Haushalte zu hoffen. Selbst wenn konjunkturelle Verbesserungen eintreten, führt dies nicht notwendig zu korrespondierenden Steuermehreinnahmen, die anteilig der Kultur zukommen könnten – zumal gute Gründe dafür sprechen, die Steuerquote auf breiter Basis dauerhaft zu senken. Vor diesem Hintergrund sind finanzielle Spielräume für kulturelle Vorhaben eng.

Kultur ist nach meiner Überzeugung nicht nur ein Wirtschafts- und Standortfaktor, sondern ein unverzichtbares Element der Lebensqualität einer Stadt und vor allen Dingen auch eine Investition in und für die Kreativität der Menschen. Unter diesem Gesichtspunkt ist sie ein gleichberechtigter Teil der Stadtentwicklung und hat Anspruch auf Teilhabe an öffentlicher Förderung. Kulturelle Angebote und Dienstleistungen lassen sich nicht auf marktgängige Produkte reduzieren und auf die Gesetze des Marktes verweisen.

Jedoch können wir auch viel von der Privatwirtschaft für die öffentliche Kulturarbeit lernen. Mag früher manchmal nicht zu Unrecht dem öffentlichen Kulturbetrieb vorgeworfen sein, er verhalte sich wie *„Fafner“* im Richard-Wagners *„Siegfried“*, nämlich: *„...ich lieg´ und besitz, lass mich schlafen“*, so gilt das heute nicht mehr. Die Optimierung durch neue Steuerungsmodelle, kostenbewusstes und produktorientiertes Handeln, Vielfalt der Projektförderung, haben längst zu einer Flexibilisierung der kulturellen Angebote geführt. Zukunftsmöglichkeiten bieten auch die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements und die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft durch Interessensbegegnung, sei es im Sponsoring und durch *public privat partnership*. Mit Recht hat Jacques Lang, der frühere französische Kulturminister, schon vor geraumer Zeit gesagt: „L‘ économie et la culture – même combat.“

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe ■

Mustersiedlung des neuen Bauens in Karlsruhe-Dammerstock: Das Waschhaus von Otto Haesler **Foto: Wikipedia**

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Münster (Nordrhein-Westfalen)
www.muenster.de
Einwohner: 269.579

Berthold Tillmann

Neuss (Nordrhein-Westfalen)
www.neuss.de
Einwohner: 152.777

Herbert Napp

Nürnberg (Bayern)
www.nuernberg.de
Einwohner: 493.553

Ulrich Maly

Oberhausen (Nordrhein-Westfalen)
www.oberhausen.de
Einwohner: 221.470

Klaus Wehling

Offenbach (Hessen)
www.offenbach.de
Einwohner: 117.199

Gerhard Grandke

Nicht konsumieren – mitgestalten

Mainz • Von Jens Beutel

In der heutigen Zeit wird Kulturpolitik angesichts leerer öffentlicher Kassen häufig auf die Bewahrung des Status quo reduziert. Es gilt vielfach schon als Erfolg, wenn Theater, Museen, Galerien oder Bibliotheken nicht geschlossen werden und Kulturpflege in der Region am Leben erhalten werden kann. Mir erscheint dies jedoch zuwenig Anspruch an die Gestaltungsfähigkeit des Gemeinwesens Stadt zu sein. Insbesondere eine Landeshauptstadt, die in besonderem Maße auch die Kulturpolitik des Landes repräsentiert, muss die Kultur als unverzichtbares Element der Stadtgestaltung und -entwicklung begreifen und hierzu jeden sich bietenden Spielraum effektiv und phantasievoll nutzen. Die Gestaltung des kulturellen Lebens einer Stadt ist eben keine freiwillige Leistung, wie dies die kommunalen Aufsichtsbehörden gerne sähen, sondern sie steht als so genannter weicher Standortfaktor an vorderster Stelle kommunalen Handelns.

Das Staatstheater Mainz nach der Renovierung Foto:Martin Bahmann

In Mainz haben wir in den vergangenen Jahren trotz der Einnahmeausfälle und gleichzeitig steigender finanzieller Belastungen einiges im kulturellen Leben auf die Beine stellen können. Stichworte sind neben dem Neubau des Kleinen Hauses und der Sanierung des Großen Hauses des Staatstheaters, neben der Sicherung des unterhaus und der Kammerspiele oder der Erweiterung des Gutenberg-Museums die Etablierung der *Sterne der Satire*, der Aufbau des Fastnachtsmuseums und die Neugestaltung des Deutschen Kabarettarchivs sowie die Gründung des Stadthistorischen Museums in der Zitadelle. Gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern wurde das römische Mainz ans Licht geholt und kann nun mit dem Isis-Tempel in der Innenstadt und dem römischen Theater am Südbahnhof glänzen. Attraktive neue Veranstaltungsorte wie die Phönixhalle oder die alte Lokhalle sind entstanden und machen alteingesessenen Einrichtungen wie dem Frankfurter Hof oder dem KUZ Konkurrenz. Bundesweit für Schlagzeilen sorgen in jedem Jahr Events wie das Open-Ohr-Festival oder das Zeltfestival. Erstmals gelang es 2005, das größte Fest der Stadt zu Ehren Gutenbergs, die Johannisnacht, wieder stärker als kulturelles Fest zu inszenieren. Die vielen kulturellen Initiativen, Vereine und Veranstaltungen in der Stadt werden von der Stadt auch weiterhin im Rahmen des Möglichen unterstützt, darunter auch die Mainzer Museumsnacht. Hier profitieren wir auch vom Angebot der großen Medienhäuser wie dem ZDF oder dem SWR, aber auch von der Bereitschaft zum Kultursponsoring bei Mainzer Unternehmen und vom kulturellen Angebot der Hochschulen.

Aber zur Kultur einer Stadt zählt auch deren städtebaulicher Rahmen, denn dieser prägt die Menschen und deren Leben. Mainz ist stolz auf seine historische Bedeutung und leidet noch heute an den Folgen der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Es ist unter anderem gelungen, die Sanierung der Altstadt weitgehend abzuschließen und die Rheinuferpromenade gegenüber dem Kurfürstlichen Schloss angelehnt an die Pläne von Stadtbaumeister Kreyßig neu zu gestalten.

Wirkungsvolle Kulturpolitik darf sich nicht darin erschöpfen, Fördergelder mit dem Füllhorn auszuschütten, sondern sie muss im Dialog mit den Kulturschaffenden geeignete Ziele definieren und zur Umsetzung dieser Ziele alle vorhandenen Kräfte bündeln. Dies gelingt umso besser, wenn Kulturpolitik nicht als Profilierungsmöglichkeit der Kommunalpolitik, sondern wie bei uns in Mainz als gemeinsames Anliegen einer breiten Mehrheit betrachtet wird.

Dies zeigt sich auch beim größten Projekt, das wir für das kommende Jahr ins Auge gefasst haben: eine Kunsthalle für die Landeshauptstadt. Sie soll Bestandteil eines *Kulturhafens* werden, der mitten in der Stadt entstehen wird. Hintergrund ist die beschlossene Verlagerung des Mainzer Zoll- und Binnenhafens, an dessen heutigem Standort zukünftig eine Mischung aus Wohnen, Kultur und Gewerbe vorgesehen ist. Dies ist ein Projekt der Stadtwerke Mainz AG, die der Stadt zu diesem Zweck das ehemalige Kesselhaus zur Verfügung stellen will. Eine einmalige Chance für die Kultur, aber auch die Stadtentwicklung, die für mich eine besondere Herausforderung darstellt.

Mangelndes Geld kann mitunter auch Kreativität freisetzen und so sehe ich die Zukunft der Kulturpflege in unserer Stadt gelassen. Sicher wird es uns an der einen oder anderen Stelle nicht leicht fallen, das kulturelle Angebot zu fördern. Ein erstes Zeichen bildete im vergangenen Jahr die Orchesterreform des Landes, die im Einvernehmen mit dem Stadtrat auch das Mainzer Staatstheater zu Umstrukturierungen zwang. Auch die seit Jahren auferlegte Deckelung des Theater-Etats führte zu Abstrichen beim Spielplan, die jedoch dank neuer Kooperationen in der Region und dank des Einfallsreichtums des Intendanten aufgefangen werden konnten und vom Publikum mitgetragen wurden.

Wir werden auch künftig diesen vorgezeichneten Weg weiter beschreiten, denn eine tief greifende Entlastung der öffentlichen Kassen ist auf längere Sicht nicht zu erwarten. Der Stellenwert der Kultur in einer Gesellschaft misst sich nicht nur am Kulturetat, sondern auch daran, wie viele bereit sind, nicht nur zu konsumieren, sondern mitzugestalten. Und hier bin ich mit Blick auf Mainz zuversichtlich.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz ■

Entbürokratisierung der Förderarbeit

Köln • Von Fritz Schramma

Köln hat für die Jahre 2005 und 2006 einen Doppelhaushalt verabschiedet, der inzwischen auch – unter den strengen Auflagen eines Haushaltssicherungskonzepts – von der Bezirksregierung genehmigt worden ist. Damit stehen die finanziellen Rahmenbedingungen für die kulturelle Arbeit des nächsten Jahres fest: Die Ausgaben für Kultur im Verwaltungshaushalt werden rund 99 Mio. € betragen, das sind rund 3 Prozent der gesamtstädtischen Ausgaben. Ich räume ein, dass dieser Anteil zu gering ist und zumindest mittelfristig angehoben werden muss.

Die städtische Haushaltslage ist sicher schwierig, trotzdem sehe ich insgesamt mehr Chancen als Risiken für die Kölner Kulturentwicklung. Warum? Der wichtigste Grund ist, dass mit der Berufung von Professor Georg Quander zum Kulturdezernenten im Juni dieses Jahres eine mehr als einjährige Vakanz beendet werden konnte. Die Kulturschaffenden dieser Stadt haben wieder einen unmittelbaren Ansprechpartner – sachkundig, engagiert und bereit, neben notwendiger Bestandssicherung auch Neues durchzusetzen. Erste Arbeitsschwerpunkte sind die Entbürokratisierung der Förderarbeit, die Verselbständigung städtischer Kulturinstitute, die Positionierung der kulturellen Entwicklungspotenziale Kölns, nämlich Musik, Medien, Theater und eine verstärkte Hinwendung zum Themenfeld Kulturwirtschaft als ein Beitrag zur Stadtentwicklung insgesamt. Ab Februar 2006 soll das Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud als gemeinnützige GmbH geführt werden, ein Pilotprojekt auch für die anderen Kölner Museen. Die städtischen Bühnen, das Gürzenich-Orchester, die Stadtbibliothek stehen ebenso auf der Liste der mittelfristig zu verselbständigenden Institute. Mit dem Baubeginn für das neue Rautenstrauch-Joest-Museum und für die Erweiterung des Museums Schnütgen ebenfalls im Februar 2006 wird ein positives kulturelles Zeichen zum Jahresbeginn gesetzt, das berüchtigte Kölner Loch wird gefüllt. Ich hoffe, für die andere kulturelle "Baustelle", die dringend notwendige Sanierung von Oper und Schauspiel, im kommenden Jahr auch ein positives Signal senden zu können. Und für den seit langem gewünschten Erweiterungsbau des Kölnischen Stadtmuseums gibt es eine Perspektive, die ich 2006 konkretisieren möchte.

Kölnturm im Mediapark von Süden Foto: E. Wetzig

Ich bin sehr zufrieden, dass sich die Ratsmehrheit aus CDU und SPD in der im vergangenen Jahr geschlossenen Koalitionsvereinbarung uneingeschränkt zur Fortsetzung einer qualitätsvollen Förderung der freien Szene ausgesprochen hat. Es ist jetzt Aufgabe der Kulturverwaltung, verstärkt Spitzenförderung statt Gießkanne umzusetzen, ein dringendes Anliegen von Herrn Prof. Quander. Die oben angesprochene Entbürokratisierung der Förderarbeit auch durch organisatorische Neustrukturierungen der beteiligten Dienststellen wird dazu ihren Beitrag leisten.

Ich bin sicher, 2006 wird für die Kölner Kultur trotz der widrigen finanziellen Situation ein Jahr des Aufbruchs.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Köln ■

Das kulturelle Profil der Stadt schärfen

Mönchengladbach • Von Norbert Bude

In der Tat stellt die schwierige Haushaltslage gerade die Kommunen vor besondere Probleme, wenn es um freiwillige Leistungen wie die Kulturförderung geht. Mönchengladbach ist wie mittlerweile viele andere Städte in Deutschland eine HSK-Gemeinde (Haushaltssicherungskonzept-Gemeinde), deren Handlungsräume unter der Aufsicht der Bezirksregierung immer enger gesteckt sind.

Dennoch ist es uns bisher gelungen, tiefere Einschnitte in die kulturellen Strukturen zu vermeiden. Die „klassischen“ Kulturinstitute Musikschule, Stadtbibliothek und VHS, die Museen Abteiberg und Schloss Rheydt sowie die Vereinigten Städtischen Bühnen Krefeld/Mönchengladbach sind in ihrem Bestand glücklicherweise nicht gefährdet. Mit dem „BIS-Zentrum für offene Kulturarbeit e.V.“ wird ein zentraler Anker für die freie Kulturszene weiterhin stark gefördert. Allerdings müssen wir gerade im Bereich der freien Kulturförderung feststellen, dass wir aufgrund der HSK-Bedingungen finanziell hier kaum spürbar aktiv werden können und uns auf organisatorische Unterstützung beschränken müssen.

Angesichts der andauernden Problematik dürfen wir uns allerdings nicht damit zufrieden geben, den Status quo erhalten zu haben, und darauf hoffen, dass es auch künftig „irgendwie“ gut gehen wird.

Die Stadt Mönchengladbach hat deshalb verschiedene Maßnahmen getroffen und plant weitere, um die Kultur für das Jahr 2006 und darüber hinaus zu sichern und ihren Stellenwert innerhalb der Stadt zu stärken. Eine der Grundlagen dafür wurde im Jahr 2004 mit der Neuorganisation der Kulturverwaltung geschaffen. Hier haben wir unter dem Gesichtspunkt produktiver Synergieeffekte aus acht Ämtern die vier Fachbereiche Theater, Museen, Bibliotheken und Archiv, Musik und Weiterbildung geschaffen. Des weiteren wurde die Aufgaben des Kulturamtes nach Sparten auf die genannten Fachbereiche übertragen. So ist im Fachbereich Musik und Weiterbildung nun z.B. auch die kommunale Musikförderung angesiedelt, die in nächster Zeit vor allem mit der Zusammenführung der Popularmusikszene sowie der organisatorischen Unterstützung von Musik veranstaltenden Vereinen und Initiativen beschäftigt ist.

Schließlich wurde im Rahmen der Neuorganisation als Stabsstelle beim Dezernenten ein Kulturbüro eingerichtet, dessen Hauptaufgabe es ist, kulturelle Leitlinien und Konzepte zu entwickeln, die uns in den kommenden Jahren helfen sollen, die knappen Ressourcen im Sinne einer nachhaltigen Kultur- und Stadtentwicklung gezielter einzusetzen. Das im Frühjahr veröffentlichte „Positionspapier zur Kultur in einem zukunftsorientierten Mönchengladbach“ ist erstes grundlegendes Ergebnis dieser Arbeit und wird derzeit mit Kulturpolitik und Kulturszene diskutiert.

Vernetzung wird nicht nur in diesem Zusammenhang eine wichtige Möglichkeit sein, die kulturelle Attraktivität unserer Stadt zu stärken. Die zur Verabschiedung vorgeschlagenen kulturellen Leitprofile verfügen über interessante Schnittstellen zu auch nicht-kulturellen Bereichen wie der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung oder dem Stadtmarketing. Projekte mit Win-Win-Situation sollen hier ab 2006 in Leitprofilforen entwickelt und realisiert werden.Größeres Augenmerk legen wir auf langfristige regionale Kooperationen. So hat sich die Stadt Mönchengladbach sehr früh und intensiv im Verein „Straße der Gartenkunst an Rhein und Maas“ engagiert, der aus der Euroga2002+ hervorgegangen ist und an dem die Stadt mit den Gärten von Schloß Wickrath und Schloß Rheydt beteiligt ist. Des weiteren sind wir über das Museum Abteiberg in das grenzüberschreitende Museumsprojekt „Crossart“ eingebunden. Diese Aktivitäten wollen wir auch 2006 weiter fortsetzen.

Ein außerordentlich kostenintensiver Faktor im Kulturbereich wird 2006 die Generalsanierung des 1982 eröffneten, von Hans Hollein entworfenen Museums Abteiberg sein.

Um trotz HSK auf den drängenden Bedarf an finanzieller Unterstützung von Projekten der freien Kulturszene reagieren zu können, planen wir schließlich für das Jahr 2006 die Einrichtung einer Stiftung für Kultur und Bildung mit Bürgerbeteiligung, die gerade Projekte im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements fördern soll.

Zusammenfassend möchte ich auf Ihre Frage nach den Chancen und Risiken für das Jahr 2006 insofern folgendes antworten: Die Stadt Mönchengladbach wird ihre kulturellen Ein-

Weiter auf Seite 18

Museum Abteiberg in Mönchengladbach **Foto: Hans Peter Schaefer**

Maßvolle Neuentwicklung

Neuss • Von Herbert Napp

Trotz der sehr schwierigen finanziellen Lage, in der sich die Kommunen in den letzten Jahren befinden und deren Ende derzeit auch nicht in Sicht ist, konnte sich die Kultur in der Stadt Neuss bislang auf einem guten Niveau nicht nur stabilisieren sondern auch weiterentwickeln. Dank des ausgeglichenen Haushaltes, über den die Stadt im Gegensatz zu vielen anderen auch heute noch verfügt, konnten bislang gravierende Einschnitte, die zur Schließung kultureller Einrichtungen oder Aufgabe kultureller Angebote geführt hätten, vermieden werden. Um dies auch für die Zukunft zu erreichen, gilt es zunächst, die vorhandenen erfolgreichen Angebote durch stetige Weiterentwicklung und Ressourcenbündelung zu optimieren, um aufbauend auf diesem stabilen Fundament Möglichkeiten des Ausbaus der kulturellen Landschaft weiter zu entwickeln und umzusetzen.

Im Jahr 2006 soll das Themenfeld der Jugendkultur in all seinen Facetten einen der Schwerpunkte bilden. Dazu hat die Stadt eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die zum einen die bereits heute vorhandenen Angebote und Strukturen aufzeigt und bewertet und zum anderen, unter Einbeziehung der Meinung der betroffenen Jugendlichen, die Wünsche und Erwartungen einbezieht. Ziel der Untersuchung ist die Entwicklung eines Konzepts, das zum einen Chancen und Möglichkeiten aufzeigt, wie Jugendliche für bereits bestehende Angebote interessiert und als Nutzer gewonnen werden können und zum anderen neue Angebotsformen aufzeigt, an denen Jugendliche auch aktiv mitwirken können. Wir wollen hiermit nachhaltige Wirkung erzielen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird im nächsten Jahr mit dem Vorhaben eines Erweiterungsbaus des Neusser Clemens-Sels-Museums in der institutionellen Weiterentwicklung liegen. Zu diesem Zwecke soll eine Förderstiftung in Form einer Baustiftung errichtet werden, mit Hilfe derer die Finanzierung des Bauvorhabens langfristig gesichert werden kann. Ziel ist es, auf Grundlage des aus einem Architektenwettbewerb im Jahr 2003 als Sieger hervorgegangenen Entwurfs der Architekten van Valentyn und Schulz aus Köln, dass Clemens-Sels-Museum so zu erweitern, dass es zukünftig über repräsentable Räumlichkeiten für die Dauerausstellungen sowie über entsprechende Möglichkeiten zur Präsentation der Wechselausstellungen verfügt. Gerade im Bereich der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts hat das Haus mit seiner Sammlung zum Internationalen Symbolismus und zur Konzeptuellen Farbmalerei einen Ruf erlangt, der über die Grenzen Deutschlands hinaus geht.

Chancen und Risiken liegen sicherlich gleichermaßen in der jeweiligen finanziellen Situation der Stadt begründet. Die derzeitige finanzielle Lage erlaubt es der Stadt Neuss, eine maßvolle Weiterentwicklung der kulturellen Szene zu betreiben, ohne die Förderung an anderer Stelle entscheidend einschränken zu müssen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Neuss ■

Kongress
Kultur
Kongress
Symposium
Konferenz

Sie planen eine Tagung, Konferenz oder Versammlung im Kulturbereich?

Es geht Ihnen um
- konkrete Resultate
- kreative Impulse
- konstruktive Teilnehmer
- intensive Begegnungen
- Identifikation und Spaß
- Schub für Ihr Image
- nachhaltige Entwicklung

Wir organisieren und moderieren Ihre nächste Großveranstaltung

- auf Ihre Ziele abgestimmt
- innovativ und zuverlässig
- auf Ihr Budget zugeschnitten

Sprechen Sie mit uns

ConBrio...
...wir machen der Musik Beine

Harten & Breuninger
Erkennen und verändern

Claus Harten
Harten & Breuninger
Zeisigweg 11
97990 Weikersheim
Tel. 07934/913 10
Fax 07934/913-121
info@harten-breuninger.de
www.harten-breuninger.de

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Paderborn (Nordrhein-Westfalen)
www.paderborn.de
Einwohner: 139.356

Heinz Paus

Potsdam (Brandenburg)
www.potsdam.de
Einwohner: 143.811

Jann Jakobs

Reutlingen (Baden-Württemberg)
www.reutlingen.de
Einwohner: 112.346

Barbara Bosch

Saarbrücken (Saarland)
www.saarbruecken.de
Einwohner: 182.957

Charlotte Britz

Salzgitter (Niedersachsen)
www.salzgitter.de
Einwohner: 110.000

Helmut Knebel

Grundlage bleibt der „Mülheimer KulturDialog“

Mülheim/Ruhr • Von Dagmar Mühlenfeld

Der Dreh- und Angelpunkt der kulturpolitischen Argumentationen und Entwicklungslinien der Stadt Mülheim an der Ruhr ist seit Dezember 2002 der so genannte Mülheimer Kultur*Dialog*.

Die Eisenbahn durchtrennt die Stadt Mülheim ander Ruhr **Foto: W. Wolny**

Kunst und Kultur sind für eine Stadt unverzichtbar“ – so steht es in der Einleitung des Mülheimer Kultur*Dialog*. Kunst und Kultur erschließen Kreativität in einer Bevölkerung. Sie sind keineswegs nur dekorative Elemente. Daher sind öffentliche Aufwendungen für sie auch kein bloßer Konsum, sondern unverzichtbare Investitionen in die Entwicklung der städtischen Gesellschaft, wird selbstbewusst konstatiert.

Was macht die Kultur unserer Stadt aus? Was sind ihre Schwerpunkte? Wie sieht das eigene kulturelle Profil aus? Wie entwickeln wir die Kultur weiter? Mit diesen wesentlichen Fragestellungen wurden seinerzeit in einem mehrmonatigen intensiven Prozess unter Beteiligung der Akteure des kulturellen Lebens, aber auch unter Mitwirkung von rund 100 Vereinen, Verbänden und sonstigen gesellschaftlich relevanten Institutionen der Stadt sowie unter Einbeziehung der Bürgerschaft mittels Internetforen und wissenschaftlich fundierter Bevölkerungsumfragen die „Grundlagen, Ziele, Perspektiven und Handlungsempfehlungen für die Kultur der Stadt Mülheim an der Ruhr“ erarbeitet, in die politische Debatte eingebracht und anschließend mit nur einer Gegenstimme vom Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr am 05.12.2002 beschlossen.

Der kurze Rückblick auf einen Diskussionsprozess der Vergangenheit ist notwendig, weil dieser Beschluss sich seither sozusagen wie ein roter Faden durch alle kulturpolitischen Entscheidungen zieht und zugleich eine einschneidende Kürzung der Ausgaben für die Kultur in der Stadt bisher noch verhindert hat. Es konnte im Mülheimer Kultur*Dialog* im Übrigen deutlich gemacht werden, dass die kulturelle Arbeit auf vielfältige Weise mit dem Leben der Stadt vernetzt ist, dass die kulturelle Arbeit erkennbaren Einfluss auch auf die Bildungs-, die Jugend- und Sozialpolitik hat. Die so geschaffene fachübergreifende Allianz besteht bis heute, da die Mülheimer Politiker sich seinerzeit mit Nachdruck zum Stellenwert der Kultur für die Zukunftsfähigkeit der Stadt bekannt haben und seither die erarbeiteten Thesen mit ermutigendender Einhelligkeit unterstützen. Insbesondere der Gedanke der Schwerpunktsetzung, der Netzwerkgedanke und die Forcierung von Public–Private–Partnerships (PPP) haben zu dieser Allianz für die Kultur beigetragen:

- Im Kultur*Dialog* wurde die grundlegende Entscheidung getroffen, dass die Kulturförderung in Mülheim an der Ruhr sich angesichts der prekären Haushaltssituation an erster Stelle der Sicherung und Förderung der Kulturinstitute gilt. Die wünschenswerte individuelle Förderung von Künstlern oder Kulturprojekten nimmt daher nur eine nachrangige Rolle ein.
- In den vergangenen Jahrzehnten hat sich, ausgehend von den „Stücken“ und dem Theater an der Ruhr, in unserer Stadt eine vielfältige lokale Theaterszene entwickelt. Im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit lag es daher nahe, das Profil als Theaterstadt – auch mit Blick auf die Positionierung der Stadt im Rahmen der Bewerbung des Ruhrgebietes, vertreten durch die Stadt Essen als Bannerträger, um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010 – weiter zu entwickeln und zugleich eine Profilierung vorzunehmen. Es wurde ein Verständnis von Theaterstadt entwickelt, das sowohl Spitzen- als auch Breitenkultur einschließt, das in die Stadt hinein wirkt und ebenso kulturelles Markenzeichen beziehungsweise Aushängeschild der Stadt nach außen ist.
- Im Wege eines Investorenverfahrens wird zurzeit das Mülheimer Medienhaus entwickelt. Der Kerngedanke der Konzeption ist die Bündelung aller städtisch verantworteten Medienaktivitäten. Diese Konzeption wird abgerundet durch eine multifunktionale Filmvorführeinrichtung sowie ein Kommunikations- und Gastronomieangebot. Leitender Gedanke der Konzeption des Medienhauses ist die Gewährleistung des freien Zugangs zum weltweiten Wissen vor Ort und zu den Datennetzen für jedermann. Mit dem Angebot für Aus- und Weiterbildung, für Freizeit und Unterhaltung und als Ort der Kommunikation wird es seinen Beitrag leisten, um Mülheim an der Ruhr auch hier noch attraktiver und lebenswerter zu gestalten.
- Ebenfalls als PPP-Projekt, und zwar mit Hilfe einer Stiftung, soll das „Haus der Stadtgeschichte“ realisiert werden. Das vorrangige Ziel des „Hauses der Stadtgeschichte“ ist es, Wege zur Erarbeitung von Geschichte und zum Verständnis von Tradition für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt zu eröffnen und deren Identitätsbewusstsein durch Erkunden und Offenlegen der kulturellen Wurzeln zu stärken. Um diesen weitreichenden Auftrag erfüllen zu können, soll das heutige Stadtarchiv sich konzeptionell weiterentwickeln. Neben der Wahrnehmung archivarischer Kernaufgaben werden dabei neue Akzente in der historischen Bildungsarbeit gesetzt. Die Kernidee liegt darin, Schulen, Jugendeinrichtungen, Arbeitsgruppen und Vereinen, die sich mit der Erforschung der Mülheimer Geschichte beschäftigen, die Möglichkeit zu bieten, an einem zentralen Ort zusammenzukommen und in unmittelbarer räumlicher Nähe zueinander ihre Projekte umzusetzen.
- Geplant ist zudem ein Verbund zwischen dem „Haus der Stadtgeschichte“ und der Musikschule im Gebäudekomplex einer ehemaligen Augenheilanstalt. Dieser Verbund schafft nicht nur räumliche Synergien und einen weiteren Knoten im Netzwerk der Mülheimer Kulturorte, sondern das zu erarbeitende Netzwerk mit den Mülheimer Schulen und Jugendeinrichtungen mit dem „Haus der Stadtgeschichte“ soll konzeptionell gleichermaßen beiden Kulturinstitutionen dienen.
- Gleichfalls als PPP-Projekt wurde im Jahre 2003 in Zusammenarbeit mit einem Träger- und Förderverein sowie der finanziellen Unterstützung einer anderen Stiftung das Mülheimer Leder- und Gerbermuseum eröffnet, das als kleines, aber feines Museum und als Teil des dezentralen stadtgeschichtlichen Museums seither in einer überaus gelungenen museumspädagogischen Präsentation die Geschichte der ehemals weltweit bedeutenden Mülheimer Lederindustrie beleuchtet.
- Für das Jahr 2006 – ist als weiteres PPP-Vorhaben, und zwar mit der städtischen Stadtmarketing und Tourismusgesellschaft (MST) – die Eröffnung der Camera Obscura, eines Museums zur Vorgeschichte des Films, in einem ehemaligen Wasserturm geplant.
- Spätestens zum Stadtjubiläum im Jahre 2008 soll zudem im Haus der Wirtschaft in Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft das Mülheimer Gründer- und Unternehmermuseum entstehen.
- Im Jahre 1996 wurde das damalige Kulturamt von einem städtischen Regiebetrieb in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, den „Kulturbetrieb“, umorganisiert. Dieser Schritt führte zu einem beeindruckenden kulturellen Mehrwert, nicht zuletzt auch in der Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Angesichts der inzwischen noch schwierigeren Haushaltssituation wird die weitere Optimierung des Kulturbetriebs und seine Weiterentwicklung als kulturelles Dienstleistungs- und Serviceunternehmen durch die Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts im Jahre 2006 angestrebt. Als nächster Schritt ist die Gründung einer Kulturholding geplant.

Diese grob skizzierten kulturpolitischen Entscheidungsgrundlagen und Entwicklungslinien sind – wie gesagt - angelegt im Mülheimer Kultur*Dialog*. Die Kultur in der Stadt ist seither eher gekennzeichnet durch Aufbau beziehungsweise Weiterentwicklung, denn durch Rückbau der Kultureinrichtungen. Bei den Etatberatungen für das Jahr 2006 sind sie hoffentlich weiterhin Garant dafür, dass keine existenzgefährdenden Kürzungen des Kulturetats erfolgen. Im Rahmen der städtischen Solidargemeinschaft verschließt sich selbstverständlich auch der Bereich der Kultur nicht notwendigen Einschränkungen, die bisher im Wesentlichen durch eine höhere Arbeitsbelastung des Personals ohne erkennbare Einschnitte für die Bürgerschaft geleistet werden konnten. Allerdings werden die Vorgaben der jüngsten Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht eine zwar schmerzliche, aber im Vergleich zu der schwierigen städtischen Finanzsituation verkraftbare, weil schrittweise Rückführung der Zuschüsse auch im kulturellen Bereich wohl unausweichlich machen.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr ■

Fortsetzung von Seite 17

Mönchengladbach

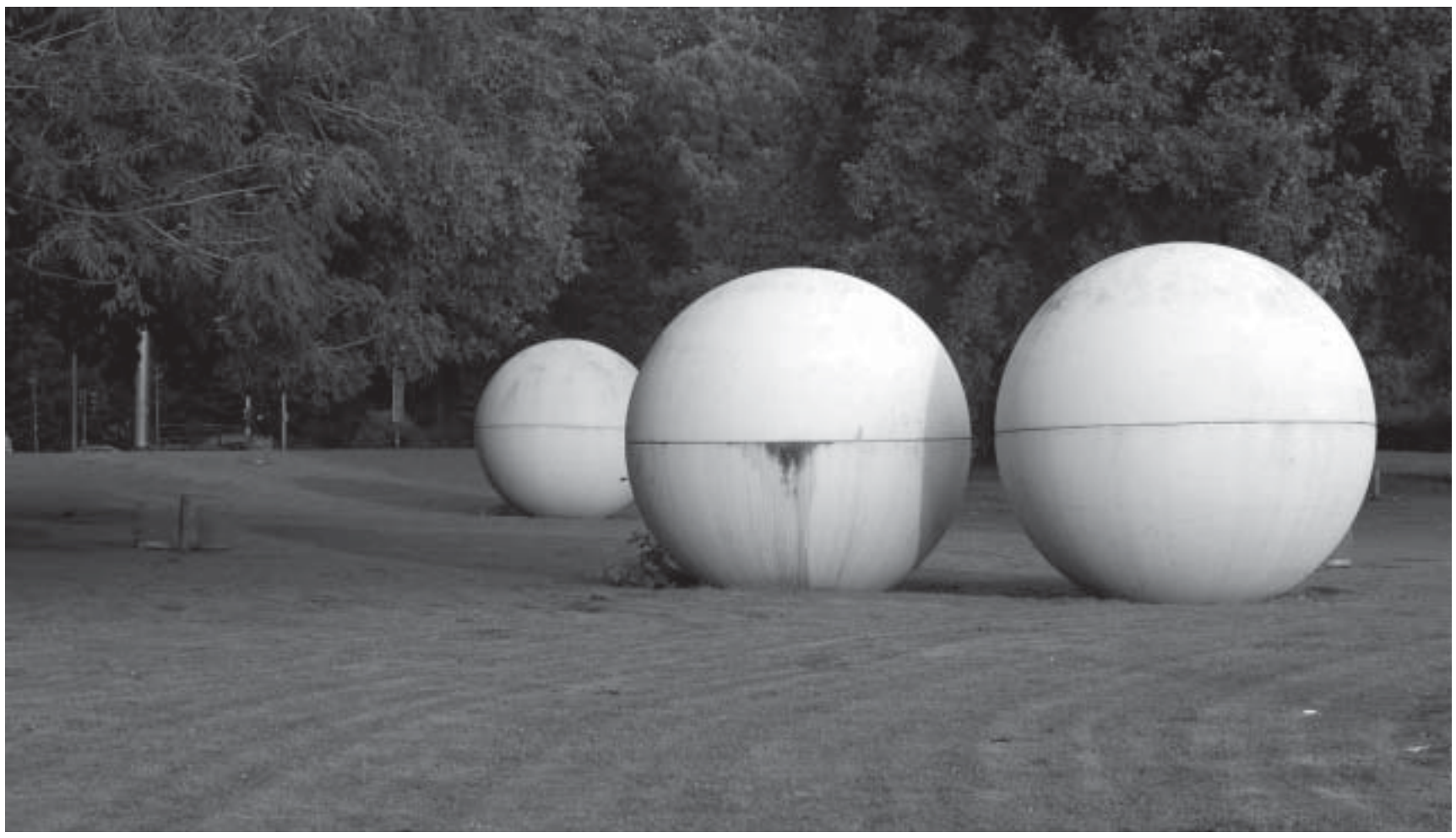
richtungen trotz HSK-Einschränkungen auch 2006 mit zwar angespannten, aber sicheren Etats ausstatten können. Nachdem in den vergangenen Jahren durch intensive Restaurierungsmaßnahmen das Museum und Renaissance-Schloss Rheydt zukunftsfähig gemacht wurde, wird nun über eine kostenintensive Generalsanierung auch das international renommierte Museum Abteiberg langfristig als kultureller Leuchtturm bewahrt. Die Verabschiedung konzeptioneller kultureller Leitlinien wird 2006 Chancen eröffnen, das kulturelle Profil der Stadt zu schärfen und künftig auch Kooperationen mit nicht-kulturellen Bereichen zu entwickeln. Die Einrichtung einer Stiftung mit Bürgerbeteiligung soll neue Wege der Unterstützung gerade bürgerschaftlichen Engagements in Kultur und Bildung eröffnen. Das Risiko des Jahres 2006 ist das aller anderen Jahre unter HSK und liegt zweifelsohne in der Definition von Kultur als freiwilliger Leistung, der die Notwendigkeiten kultureller Grundversorgung, kultureller Vielfalt und aktiver Teilhabe gegenüberstehen.

Der Verfasser ist Oberbürgerneister der Stadt Mönchengladbach ■

Europa entsteht nicht nur in Metropolen

Münster • Von Berthold Tillmann

Mit der Bewerbung für den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ sind in Münster intensive Planungsüberlegungen für die Kulturentwicklung in den nächsten Jahren angestellt worden. Münster wollte deutlich machen, dass Europa nicht nur in den Metropolen entsteht, sondern dass die gewachsenen Stadtstrukturen den Kern Europas bilden und Münster dafür ein herausragendes Beispiel ist. Wichtigstes Ergebnis aller Gespräche und Selbstreflexionen war die Erkenntnis, dass der Dialog als prägende Eigenschaft der Stadt anzusehen ist. Eduardo Chillidas Skulptur „Toleranz durch Dialog“ markiert im Innenhof des Rathauses, unmittelbar neben dem Ort des Westfälischen Friedensschlusses, im öffentlichen Raum, ein geografisch historisches, ebenso wie ein gedankliches Zentrum unserer Stadt.



Claes Oldenburgs „Giant Pool Balls“ am Aasee in Münster **Foto: Rüdiger Wölk**

Eine Stadt, in der jeder Dritte mit dem Lernen, dem Lehren oder der Forschung befasst ist, hat ein dialogisches Klima. Mit 55.000 Studierenden an sieben Hochschulen gehört Münster im europäischen Vergleich zu den Städten mit den höchsten Studierendenanteilen an der Einwohnerschaft. 2.500 ausländische Studierende und 400 Gastwissenschaftler pro Jahr sowie die Besucherinnen und Besucher von mehr als 220 Weiterbildungseinrichtungen sorgen für eine dauernde Öffnung des Dialogs in alle Richtungen.

Die Stadt Münster verfügt über ein vielfältiges kulturelles Angebot – die Palette reicht dabei von TOP-Events großer Anbieter bis zu den kleinteiligen und kleinräumigen Angeboten. Das ist für eine Stadt der Größenordnung Münsters zunächst nicht ungewöhnlich.

Münster als „Metropole Westfalens“ im ländlichen Umfeld ist aber durch spezifische Eigenheiten aus der Stadtgeschichte und der Stadtentwicklung geprägt, die heute spürbar das kulturelle Leben und Erleben beeinflussen.

Stadt und Universität

Die studentische Struktur verjüngt und erneuert die Stadt permanent; sie funktioniert als Korrektiv zum Paohlbürgertum, wie die alteingesessenen oder gebürtigen Münsteraner genannt werden, deren Wichtigkeit und Existenz dadurch in keiner Weise in Frage gestellt wird. Diese in hohem Maße kommunikationsfreudige aber auch fähige Bevölkerungsstruktur stellt einen besonderen Nährboden für kulturelle Bildung, qualifizierte und kritische Rezeption aber auch für eine enorme Breite eigener kultureller Betätigungsfelder dar.

Teilhabe/Teilnahme

Bürgerschaftliches Engagement im Großen wie im Kleinen hat in der Stadt lange Tradition. Die öffentlich getragenen Einrichtungen ergänzen dieses Spektrum sinnvoll. Besonderes Kennzeichen der nicht städtisch verfassten, freien Kultur in dieser Stadt ist es auch, dass diese nicht isoliert als so genannte Alternativkultur angesehen wird: Es ist über die Jahre gelungen, durch rückhaltloses Vertrauen in die Kompetenz und Eigenständigkeit freier Träger eine tragfähige Angebotsstruktur jenseits der unmittelbar öffentlich vorgehaltenen und verantworteten Kulturangebote zu schaffen. Gerade diese vielfältige freie Trägerlandschaft ist Garant für ein derart räumlich stark diversifiziertes Angebot.

Das Spektrum der öffentlich getragenen Kulturinstitute und auch Kulturveranstaltungen fußt in seiner Entstehungsgeschichte auf dieser ebenso kritischen wie interessierten, ebenso traditionsbewussten wie internationalen Bevölkerungsstruktur, die sowohl Mut zum Experiment wie auch Lust auf Neues hat. Im vergangenen Jahrzehnt bis heute sind so entstanden

- ein spektakulärer Neubau der Stadtbücherei im Herzen der Stadt Münster,
- 1997 die nach 1977 und 1987 dritte und überaus erfolgreiche Auflage der Skulpturprojekte; mittlerweile das international gefragte Referenzmodell für die Kunst im öffentlichen Raum,
- 1998 zum Jubiläum des Westfälischen Friedens die Europaratsausstellung „Krieg und Frieden“,
- die Eröffnung der Gedenkstätte „Villa ten Hompel“,
- die Eröffnung des Graphikmuseums Pablo Picasso,
- der Neubau der Kunstakademie,
- die Verabschiedung eines vollständig neuen Modells zur Förderung professioneller freier Theaterproduktionen,
- die Eröffnung eines Stadtteilkulturzentrums mit einer eigenen Spielstätte für das freie professionelle Kindertheater,
- 2004 die Eröffnung des Speicher II: eines Atelierhauses mit 32 Ateliers für bildende Künstler, einer neuen Ausstellungshalle für zeitgenössische Kunst sowie Betrieben aus der Kulturwirtschaft.

Trotz dieses insgesamt erreichten sehr hohen Niveaus sowohl im Bereich der Kulturinstitute als auch bei der Qualität in der Kulturförderung kann es auch vor dem Hintergrund schwieriger werdender öffentlicher Haushalte für die Zukunft der Kulturpolitik nicht allein darum gehen, Erreichtes zu sichern, oder Strukturen zu manifestieren. Kulturpolitik steht vielmehr vor der Herausforderung, die grundlegende gesellschaftliche Relevanz der Kultur für Menschen und Gesellschaft neu zu definieren und wieder stärker in den Fokus der kommunalen Stadtentwicklung zu ziehen. Im Gegensatz zu Kulturentwicklungsplanungen früherer Jahrzehnte darf Kulturpolitik dabei aber nicht nur die Kulturinstitute als solche oder Kulturförderrichtlinien in den Fokus nehmen. Es geht vielmehr darum, dass sich die Kulturpolitik der Stadt den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Nachhaltigkeit, dem Verhältnis zwischen Jung und Alt, demografischem Wandel, Migration und der zunehmenden Bedeutung kultureller Bildung stellt. Auch „Globalisierung“, „Europa“, „Internationalität“ und – sicher auch damit zusammenhängend – ein wachsendes Bedürfnis nach Heimat sind aktuelle Themenbereiche, die einfließen in eine zeitgemäße Formulierung des öffentlichen Kulturauftrages.

Neben diesen aktuellen Bezügen hat sich Kulturpolitik aber auch mit der Frage der Erkennbarkeit und Wiedererkennbarkeit kultureller Angebote in der mediasierten und erlebnisorientierten Umgebung auseinanderzusetzen. Dies führt zu einem weiteren Feld: die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und Kommunen erschwert die Zugänge zu diesen Finanzierungsquellen. Gleichzeitig werden aber in zunehmendem Maße Sponsorengelder wie auch Fördermittel privater oder öffentlicher Stiftungen durch die wachsende Zahl unterschiedlichster Festivals, Events und Einmalerlebnisse gebunden.

In Münster wird es in der Kulturpolitik der nächsten Jahre darum gehen, unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen Schwerpunkte zu setzen und diese konsequent zu verfolgen. Dies nicht in Form einer statischen Kulturentwicklungsplanung, sondern einer prozesshaften, partizipativen und dynamischen Schwerpunktsetzung in der Kulturpolitik. Die in Vorbereitung befindlichen Skulptur Projekte 2007 wie auch das geplante Kulturforum, bestehend aus Musikhalle und Ausstellungshalle, sind dabei die Leuchttürme, die aber in der Breite eine gesunde Grundlage finden müssen.

Um aber tatsächlich diese Schwerpunkte dann auch in Maßnahmen und Projekte umsetzen zu können, bedarf es weiterer Anstrengungen, die Handlungsfähigkeit der Kommune zu erhalten. Dabei kann bereits jetzt ausgeschlossen werden, dass dafür zusätzliche Haushaltsmittel additiv eingesetzt werden können, es wird also auch um eine Kulturpolitik der Konzentration bei gleichzeitigem Erhalt der so wichtigen flexiblen Manövriermasse gehen. Angesichts der hohen Qualität der Kulturangebote in Münster und der ausgesprochen hohen Kreativität aller Kulturschaffenden sowohl in den Institututen als auch im freien Bereich, gehe ich davon aus, dass auch dieser Prozess bei aller Schwierigkeit ein zielführender und für die Stadt gewinnbringender sein wird. Wie zahlreiche andere Städte auch, steht die Stadt Münster im Finanzbereich vor ausgesprochen schwierigen Herausforderungen und hat zudem – wie alle anderen Städte auch – mit den Problemen im Bereich der Sozialhilfe und in der Jugendpolitik zu kämpfen, die sich aus der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der angespannten konjunkturellen Situation ergeben. Die Kulturausgaben der Stadt bewegen sich zur Zeit noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau und es wird große Anstrengungen und viel Kraft kosten, dieses hohe Niveau zu halten.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Münster ■

Regionale Kulturarbeit

Paderborn • Von Heinz Paus

Die Kulturszene wird sich bei uns 2006 aufgrund der Haushaltslage nicht wesentlich verändern.

Regelmäßige Kulturarbeit kann im bisherigen Umfang fortgeführt werden, Zuschüsse bleiben erhalten, lassen sich aber aller Voraussicht nach nicht erhöhen. Die aufgrund der angespannten Lage notwendige Haushaltskonsolidierung haben wir in allen Bereichen, auch in der Kultur, bereits 2003 mit Blick auf mehrere Jahre vorgenommen, sodass uns jetzt radikale Maßnahmen erspart bleiben.

Im Bereich der regional und überregional ausstrahlenden Ausstellungen und Veranstaltungen (Karolinger-Ausstellung 1999, Canossa-Ausstellung 2006, Biennale Musica sacra 1999, 2001, 2003, 2005 usf., Ausstellung mit zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum 2007) intensivieren wir unsere Anstrengungen erheblich. Gerade in diesem Bereich ist auch ein erfreuliches und zählbares Engagement der Wirtschaftsunternehmen zu verzeichnen.

Die städtische Musikschule hat ein neues Domizil erhalten, der Theaterneubau ist vom Rat beschlossen. Die Haushaltslage bedroht die Umsetzung nicht.

Bei den großen Institutionen mit hohen Personalkosten pflegt Paderborn Modelle regionaler Zusammenarbeit zur Sicherung der Kulturarbeit, zum Beispiel trägt Paderborn im Orchester- und Musiktheaterbereich die regional agierenden Institutionen (Nordwestdeutsche Philharmonie, Landestheater Detmold) mit und trägt die Westfälischen Kammerspiele Paderborn gemeinsam mit dem Kreis Paderborn. Auch im Bereich der Kulturarbeit für Kinder gibt es Modelle der Zusammenarbeit mit den anderen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Darüber hinaus engagiert sich Paderborn als eine der größten Trägerstädte beim gemeinsamen Kultursekretariat NRW mit Sitz in Gütersloh und setzt auch hier auf die regionale Kulturarbeit zwecks Effizienz- und Effektivitätssteigerung.

Somit schafft die Stadt im Rahmen der Möglichkeiten günstige Rahmenbedingungen für kulturelles Leben.

Chancen und Risiken der Kultur in unserer Stadt sind nicht vorrangig durch die Haushaltslage bedingt, sondern vielmehr durch demographische Veränderungen, wobei Paderborn im Gegensatz zu den meisten deutschen Städten eine wachsende und junge Stadt ist, sowie durch das Vermögen der Kulturszene selbst, sowohl Traditionen als auch neue Impulse zu verarbeiten.

Eine Chance für Kulturarbeit liegt grundsätzlich darin, so genannte Events mehr und mehr mit privatem Geld von Sponsoren, Spendern, Bürgerinnen und Bürgern und anderen Geldgebern zu veranstalten, sodass sich die öffentliche Hand auf grundlegende Aufgaben wie Innovationsförderung, Sicherheit für die Kulturinstitutionen, Substanzerhalt und Wissenschaft (zum Beispiel in den Museen), ästhetische Erziehung und Kulturpädagogik konzentrieren kann.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Paderborn ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Siegen (Nordrhein-Westfalen)
www.siegen.de
Einwohner: 106.000

Ulf Stötzel

Stuttgart (Baden-Württemberg)
www.stuttgart.de
Einwohner: 589.600

Wolfgang Schuster

Trier (Rheinland-Pfalz)
www.trier.de
Einwohner: 107.000

Helmut Schroer

Wiesbaden (Hessen)
www.wiesbaden.de
Einwohner: 271.090

Hildebrand Diehl

Würzburg (Bayern)
www.wuerzburg.de
Einwohner: 130.000

Pia Beckmann

Tragende Säule des städtischen Lebens

Nürnberg • Von Ulrich Maly

Keine der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland leugnet einen hohen Reformbedarf der gesellschaftlichen Systeme. Die verschiedensten Gründe haben dazu geführt, dass das Gesundheitswesen ebenso wie die sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitsmarkt ebenso wie das Steuersystem Neuerungen unterzogen werden müssen.

Selbst wenn Kulturpolitik Sache der Länder und Kommunen ist und Kultur zum größten Teil von daher finanziert wird, kommen hier die Folgen jeder Reform- und Sparpolitik immer stärker zu tragen. Allein vom Anteil der Aufwendungen für Kultur am Gesamthaushalt her ergibt sich die Notwendigkeit zur entschiedenen und umfassenden Parteinahme für alle kulturellen Belange.

Aber Kulturpolitik ist auch Gesellschaftspolitik und sie wird nicht umhinkommen auf Änderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu reagieren. Kürzungen und Streichungen wirken sich teilweise bereits bestandsbedrohend aus und es ist zu befürchten, dass auch eine lange Zeit des „Überwinterns“ keine Garantie für einen anschließenden Frühling darstellt. Die bereits seit Jahren anhaltende Tendenz zur deutlichen Verminderung der Aufwendungen für Kultur droht in der Zwischenzeit nicht nur zu einer quantitativen Abnahme des kulturellen und künstlerischen Angebots zu führen, sondern auch zu seiner qualitativen.
Die Sanierungsmaßnahmen sind hinlänglich bekannt und werden allerorts ergriffen: Personalverminderung, Ausgliederung, Veränderungen von Betriebs- und Rechtsformen, Einnahmeerhöhung, um einige Bespiele aneinander zu reihen. Die Lage zwingt dazu, künstlerische Freiräume weiter einzuengen, experimentelle Projekte seltener zu fördern und grundsätzlich kaum noch Planungssicherheit bieten zu können. Mit zahlreichen kleinen, pragmatischen Schritten wie der Neusortierung von Aufgaben, der konsequenten Überprüfung von Mehrfachangeboten oder effizienzsteigernden Maßnahmen sind Einsparungen möglich, allerdings meist in einem nicht ausreichenden Umfang.

In Zeiten zunehmender Ökonomisierung der gesamten Gesellschaft wird Kultur teilweise nur noch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten gesehen. Kultur ist aber keine Ware und darf auch als Dienstleistung nicht mit Dienstleistungen im Versicherungs-, Bank- oder Transportwesen verglichen werden.

Kultur stiftet Identität und die kulturelle Vielfalt dient der nachhaltigen Entwicklung. Hierzu müsste aber gerade die kommunale Finanzierung dauerhaft gesichert sein. Wer in volkswirtschaftlicher Hinsicht im Arbeitsmarktsegment Kultur als eine Wachstumsbranche sieht, mag sich zwar von der Statistik bestätigt sehen, muss sich aber gleichzeitig nach der Beschaffenheit dieser Arbeitsplätze fragen lassen.

Die generelle Bestandsaufnahme für Nürnberg unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der anderer bayerischer oder bundesdeutscher Kommunen. Ideen zum Umgang mit den geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ihren Auswirkungen auf die Kulturpolitik werden nicht nur entwickelt, sondern auch umgesetzt. Mit der Nutzung von Synergieeffekten, der Bildung von „Kulturnetzen“ oder der Bindung kultureller Institutionen an Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur wird der Etatknappheit nur bedingt entgegengewirkt werden können.
Nur eine weitere und verstärkte Akquisition von Sponsorengeldern aus dem geschäftlichen wie aus dem privaten Bereich, die Verstärkung des Mäzenatentums und auch die Erhöhung der Aufmerksamkeit für das bürgerliche Ehrenamt werden verhindern können, dass die kulturelle Vielfalt unseres Landes und unserer Stadt weiter gefährdet wird.

Inzwischen sind die gesellschaftspolitischen Reformdebatten wieder stärker mit kulturpolitischen Konzeptdebatten verknüpft. Hierbei sind hohe Anforderungen an die Kreativität der Beteiligten aus Politik und Kultur gestellt. Trotzdem bleibt es eine unabdingbare Notwendigkeit, das Erreichte zu erhalten und zu verhindern, dass vor allem Einrichtungen zur Disposition gestellt werden, die im Kontext der sozialen Bewegung entstanden sind. Als bayerische „Vertreterin“ hat die Stadt Nürnberg zusammen mit München im kommenden Jahr das Glück „die Welt zu Gast bei Freunden“ begrüßen zu dürfen. Besonders aus diesem Grund wird es eine bunte Palette kultureller Angebote geben, die das Großereignis Fußball-Weltmeisterschaft begleiten. Auch die turnusmäßigen Veranstaltungen unseres Kulturreferats werden unter dem Vorzeichen WM 2006 stehen. Das Gesamtprogramm ist aber nur deshalb realisierbar, weil die unterschiedlichsten Finanzierungsmöglichkeiten genutzt werden konnten. Mit finanzieller Hilfe verschiedener Stiftungen, Mitteln des Freistaates Bayern und selbstverständlich Geldern aus dem Etat des Kulturreferats der Stadt Nürnberg wird einem breiten Publikum jenseits der sportlichen Ereignisse die kulturelle Vielfalt der Stadt und des Landes nahe gebracht. Die Tatsache, dass gerade 2006 aus historischen Gründen die bayerische Landesausstellung in Nürnberg stattfindet, wird ein zusätzliches kulturelles Forum darstellen. Die Chancen, d.h. die Rahmenbedingungen für die Präsentation kultureller Angebote mit einem extrem hohen Streuungsgrad sind im kommenden Jahr also außerordentlich gut. Wieder einmal wird unter Beweis gestellt werden können, dass Kultur eine tragende Säule städtischen Lebens und städtischer Lebensqualität ist.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg ■

Mittel zielgerichtet einsetzen

Oberhausen • Von Klaus Wehling

Die Stadt Oberhausen ist eine Stadt mit nicht genehmigtem Haushaltssicherungskonzept und unterliegt damit der vorläufigen Haushaltsführung. Vor diesem Hintergrund muss es oberstes Ziel einer kommunalen Kulturpolitik sein, die vorhandenen Mittel zielgerichtet einzusetzen. Es muss gewährleistet werden, dass die kulturelle Landschaft in ihrer Vielfalt die kulturpolitischen Anforderungen sicherstellen kann. Kultur muss ihren bildungspolitischen Auftrag erfüllen können und damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Vermittlung gesellschaftlicher Werte sicherstellen. Sie muss Identität in einer Zeit rasanter Veränderungen stiften. Sie gestaltet die Städte als Erlebnisorte und sichert damit ihre Attraktivität. Sie bietet den Raum zur Förderung der Kreativität, der Kommunikation und der Sozialisation. Und sie spielt eine zentrale Rolle in den Integrationsbemühungen in unseren multi- und interkulturellen Stadtgesellschaften.

Diese zentralen Aufgaben sind nur mit einem offenen Kulturkonzept zu verwirklichen, das die lokalen Gegebenheiten aufnimmt, auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert und die gesamte Stadtgesellschaft einbezieht. „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ sind die dazu passenden Schlagwörter.

Was sich eine Stadt in ihrer desaströsen Finanzlage leisten kann, resultiert aus einer über das ökonomische hinausgehenden Einschätzung von Kultur. Der Mehrwert von Kunst, Bildung und Kulturpflege der sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen kann, der aber auch so schwer zu beschreiben und zu evaluieren ist, ist für eine vielfältige und differenzierte Gesellschaft unschätzbar groß. Die Städte müssen in der Zukunft die Rahmenbedingungen schaffen für gesellschaftliches Leben und für die Entfaltungsmöglichkeiten ihrer Bewohner/innen. Die Stadt der Zukunft braucht Treffpunkte. Die Kunst- und Kulturinstitute sollen durch ihre künstlerischen Produktionen und Aktionen und ihre Öffentlichkeitswirkung die Revitalisierung der Städte unterstützen und zu einem attraktiven Standort für neue Unternehmen beitragen. Die Vielfalt der Bürger/innen muss ihren Niederschlag finden im bildungspolitischen und kulturellen Angebot. Dazu begibt man sich durchaus auf neue Wege, sowohl hinsichtlich der notwendigen Administration als auch hinsichtlich kreativer Projekte. Auch wenn die finanziellen Bedingungen deutlich beschränkt werden, muss es Ziel sein, in diesem Sinne Kultur in einer Stadt herauszufordern.

Die vorhandenen kommunalen Finanzmittel werden nicht vermehrt werden können. Deshalb müssen sie sinnvoll und mit perspektivischem Ansatz eingesetzt werden. Dabei muss der Versuch unternommen werden, Strömungen oder Veränderung in der lokalen Gesellschaft zu erkennen, zu interpretieren und durch Projekte und Aktionen zu ergänzen. Dies bedarf der Formulierung struktur- und kulturpolitischer Perspektiven durch die Verantwortlichen in der kommunalen Kulturpolitik. Diesen Spagat zwischen gesellschaftlicher Herausforderung und geringeren Finanzmitteln hinzubekommen, ist entscheidende Aufgabe. Umso bedauerlicher ist es, wenn durch die Aufsichtsbehörden nicht nur haushalterische sondern auch organisationspolitische Einschränkungen gemacht werden, die die Handlungsspielräume für effektive und effiziente Kulturpolitik unnötig einschränken. Umso wichtiger ist es, Kooperationsformen zu entwickeln, um Partner aus der Bürgerschaft, der Verbände und der Wirtschaft für die Finanzierung der kulturellen Landschaft zu gewinnen.

Wir versuchen in Oberhausen mit unseren städtischen Kulturinstituten und in Zusammenarbeit mit der freien Kulturszene den vorab formulierten Ansprüchen soweit wie möglich gerecht zu werden.

- Unserer Stadtbibliothek haben wir bewusst eine sehr kundenorientierte dezentrale Struktur gegeben. Neben der Zentralbibliothek und den fünf Zweigstellen gibt es eine Fahrbibliothek, eine intensive und vorbildliche Schulbibliothekslandschaft, ein Bürgerfunkstudio und sogar eine Seniorenzeitung.
- Die Musikschule führt nicht nur den eigentlichen Musikschulbetrieb in ihren Räumen durch, sondern unterhält wohnortnah 18 Zweigstellen in städtischen Schulen.
- Die Galerie im Schloss Oberhausen arbeitet eng mit der „Peter und Irene Ludwig Stiftung“ in Köln zusammen, um die Wechselausstellungen und das Rahmenprogramm umsetzen zu können.
- Die Volkshochschule versucht neben den klassischen Kooperationen mit der Agentur für Arbeit auch weitere Kooperationen mit der Wirtschaft und ihren Verbänden zu organisieren, um ein offenes und vielfältiges Angebot weiterzuführen.
- Das mehrfach ausgezeichnete Theater Oberhausen versucht neben den 12-15 Neuproduktionen im Jahr neue Bevölkerungsschichten für das Theater zu interessieren und arbeitet dabei eng mit den Schulen zusammen.
- Der Gasometer gilt als einer der beeindruckendsten Ausstellungsorte in Deutschland. Dennoch wird es immer schwieriger privates Kapital für die imposanten Ausstellungen zu akquirieren.
- Die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen schaffen die Durchführung eines der bedeutendsten Kurzfilmfestivals nur durch einen bunten Finanzierungsmix in dem private Sponsoren eine bedeutende Rolle spielen. Hilfreich dabei ist die freiere Rechtsform der gGmbH.

Völlig unzureichend wären all diese beispielhaften Bemühungen, wenn es nicht eine vielfältige freie Kultur-Szene gäbe, mit der eine sehr gute Zusammenarbeit gepflegt wird. Dabei ist das örtliche Kulturbüro ein zentrales Instrument zur Kommunikation und Zusammenarbeit mit den frei schaffenden Künstlern aber auch den privatwirtschaftlichen Kulturbetrieben. Mit dem Ebertbad gibt es einen weit über Oberhausen bekannten Veranstaltungsort für Kabarett, Musik und Kleinkunst, der sich durch eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen privatwirtschaftlichem, ehrenamtlichem und städtischem Engagement auszeichnet. Oberhausen ist wie kaum eine andere Stadt mit soziokulturellen Zentren ausgestattet, die das kulturelle Leben der Stadt entscheidend prägen. Hier wird mit viel ehrenamtlichem Engagement das kulturelle Gesicht der Stadt mitgestaltet.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen ■

Rheinisches Industriemuseum Oberhausen **Foto: Daniel Ullrich**

Herausforderungen unkonventionell antworten

Potsdam • Von Jann Jakobs

Die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam liegt eingebettet in eine imposante Landschaft aus märkischem Sand mit Hügeln, Flüssen und Seen.

Die vielgerühmte Potsdamer Kulturlandschaft verbindet in wunderbarer Weise große Parkanlagen, Schlösser und Gärten und historische Villen. Diesen Nachlass, der inzwischen zum eingetragenen Kulturerbe der UNESCO gehört, nicht nur zu erhalten, sondern den hohen Qualitätsstandard in der Gegenwart fortzusetzen, ist ohne Zweifel eine große Verpflichtung und Herausforderung für die kommunale Politik, die Kulturpolitik im Besonderen. Die Messlatte ist hoch gelegt, aber die besondere Ausstrahlung und hohe Attraktivität der Stadt zeigt, dass es ein lohnendes Unterfangen ist. Potsdam hat eine reiche Stadtteilkultur, die in der gesamten Stadt bis hin zu den Neubaugebieten zu finden ist und die versucht, möglichst vielen Bürgern die Teilhabe am kulturellen Leben zu garantieren.

Potsdams historische Mitte mit dem Alten Markt, der vor 1945 als einer der schönsten Plätze Europas galt, wird in den folgenden Jahren neu entstehen. Hier wird als zukünftiger Sitz für das neue Parlament des Landes Brandenburg das Stadtschloss in seinen alten Dimensionen wieder entstehen. Im Herzen der Stadt sind die bereits vorhandenen kulturellen Angebote der Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam GmbH, des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, dem Potsdam Museum, dem Filmmuseum, dem Alten Rathaus, der Stadt- und Landesbibliothek, dem Lustgarten und den vielen hier tätigen kulturellen Trägern stärker zu vernetzen.

Ein neuer interessanter Kulturstandort entsteht derzeit auf dem Gelände der Schiffbauergasse. Auf den ehemaligen Industrie- und Militärflächen wächst ein integrierter Kulturstandort in einer Mischung aus neuem Theaterstandort, Wirtschaftsbetrieben und freien Kultureinrichtungen. Hier haben sich bereits Oracle und das VW-Designcenter angesiedelt. Es entsteht ein Zentrum für Kunst und Soziokultur mit einem Schwerpunkt für Gegenwartstanz, Spielstätten für freie Theatergruppen und besonderen Ausstellungsflächen. Als Glanzstück wird das neue Theater mit seinem „Blätterdach“ nach Entwürfen von Prof. Gottfried Böhm, welches zur Spielzeit 2006 / 2007 eröffnet wird, das künftige architektonische Wahrzeichen am Havelufer unweit der Glienicker Brücke sein. Potsdam hatte sich um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2010 beworben und schnitt sowohl bei den Medien als auch bei den Bundesbürgern sehr gut ab: Vom Sender 3Sat erhielt Potsdam den Kultur-TÜV, mit dem die Stadt als kulturhauptstadttauglich ausgezeichnet wurde, und in einer repräsentativen Forsa-Umfrage kürte die Mehrheit der Deutschen Potsdam zum Lieblingskandidaten unter den Bewerbern. Somit hat allein die Bewerbungsphase die immense Bedeutung der vielfältigen und hochrangigen kulturellen Angebote der unterschiedlichen Kulturträger in der Stadt demonstrativ unter Beweis gestellt.

Dieses Gesamtangebot von historischem Erbe und einem sehr zeitgemäßen kulturell vielfältigen Angebot einer hoch engagierten Kulturszene mit übergroßem ehrenamtlichen Engagement macht den unverwechselbaren Eindruck von Potsdam und zeichnet die Stadt als attraktiv – mit hoher Lebensqualität – aus. Das sind die großen Chancen, die Potsdam hat und nutzt. Aber selbst die Landeshauptstadt Potsdam verliert innerhalb weniger Jahre trotz Zuwanderung statt Abwanderung und Eingliederung neuer Gemeinden zweistellige Millionenbeträge an allgemeinen Deckungsmitteln. Der Spagat zwischen kontinuierlich zufließenden Einnahmen und benötigten Ausgaben für den kommunalen Haushalt (beträgt rund 20 Mio. € und mehr) wird immer schwieriger. Für die Einzelhaushalte der Stadt – ob Soziales, Jugend, Schulen, Gesundheit, Sport oder Kultur – hat das objektive Limit bei den frei verfügbaren Mitteln einen parallelen Abschwung ihrer Budgets zur Folge. Das Plateau des kommunalen Sockels wird, wenn sich nichts Wesentliches an den Parametern ändert, für die nächsten Jahre bei 80 % dessen liegen, was Kommunen zuvor bezuschussen konnten.

In allen Städten zwingen diese nicht zu beschönigenden Tatsachen zum Handeln. Potsdam geht nach intensiven Überlegungen neue Wege:

1. Die Stadt schloss als eine der ersten Kommunen in Deutschland mehrjährige Zuschussvereinbarungen mit einzelnen Kulturträgern ab. Das bedeutet moderat abgesenkte Zuschüsse bei gleichzeitiger mittelfristiger Planungssicherheit für die Einrichtungen. Von den Kulturinstitutionen werden diese Vereinbarungen durchweg positiv bewertet.
2. Die Stadt hat eine Evaluierung der freien Kulturträger begonnen, sie untersucht die quantitativen und qualitativen Inhalte der Arbeit der freien Kulturträger mit institutioneller Förderung. Im Ergebnis dieser Evaluierung sollen stabile Förderstrukturen entstehen, die zu weiteren Fördervereinbarungen führen können. Daneben strukturiert und vereinfacht Potsdam neuerdings seine Zuwendungsverfahren. Kulturträger mit institutioneller Förderung erhalten eine an fixen Kosten orientierte Basisförderung, die ihnen die notwendige Drittmittelakquise erleichtert.
3. Potsdam beginnt damit, in Kulturräumen zu denken und den Kulturfaktor in die soziale Stadt(teil)entwicklung investiv wie konsumtiv einzubringen und als Lokomotive im Geleitzug der anzustrebenden „Bürgerkommune“ zu nutzen. Potsdam verbindet seine Kulturinvestitionen inzwischen durchweg mit den Investitionen (und Bürgerbeteiligungen) zur Wirtschaftsansiedlung, Stadterneuerung, Altstadtsanierung und Sozialraumentwicklung;
4. Das daraus gewonnene Kulturumfeld ist für die Belange der Genres zu erschließen und über „genreprofilierte Foren“ das Zusammengehen der Akteure in allen Handlungsfeldern der Stadt zu bewirken.

Potsdam betrachtet die Koordination als Hauptaufgabe einer modernen Kulturverwaltung. Es geht der Stadt mehr und mehr um das „Ermöglichen“, nicht um das „Genehmigen“ von Kulturprozessen. Gegenwärtig wird darüber hinaus ein Konzept für ein Kultur-Marketing der Stadt Potsdam erarbeitet, um weitere Einnahmen über den Wachstumsfaktor Kulturtourismus zu erhalten. Kultur auch als Wirtschaftsfaktor ist in Potsdam nicht zuletzt durch die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas als eine relevante Größe erkannt worden.

In diesem Sinn wirkt die Bewerbung der Stadt als Kulturhauptstadt Europas nach und es verbindet sich damit eine weitere neue Dimension.

Potsdam will ihren eingeschlagenen, erfolgreichen Weg weiter gehen und einerseits an die entstandenen Synergien aus der Bewerbungsphase anknüpfen und andererseits für die Sicherung eines vielfältigen und attraktiven Kulturlebens die Rahmenbedingungen schaffen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam ■

Das Brandenburger Tor in Potsdam **Foto: Jürgen Nantke**

Chancen dank Sanierungsleistungen

Offenbach am Main • Von Gerhard Grandke

„Keine Chance für das Risikogerede – die Chance liegt in der Konzentration auf das Notwendige“.

Um es vorweg deutlich zu sagen: Eine der größten Gefahren für die Finanzierung und Organisation von Kultur, aber auch für die Motivation der Kulturszene und der Kulturpolitik in Offenbach am Main konnte zumindest vorerst abgewendet werden: Die ursprünglich für Herbst 2006 vom Land Hessen zwangsweise vorgesehene Einrichtung eines Zweckverbandes Kultur für den „Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main“ konnte als größtes Risiko für den Kulturhaushalt 2006 glücklicherweise auf die „lange Bank“ juristischer Streitverfahren geschoben werden.

Zahlreiche Stellungnahmen – zuletzt auch vom Rat der Region des Ballungsraums – gegen den vielfach kritisierten, im wesentlichen zur Finanzierung von Frankfurter Kultureinrichtungen konzipierten Kultur-Zwangsverband lassen hoffen, dass es nicht zu dem für Offenbach besonders verheerenden Umlagenmodell kommt: Der städtische Anteil zur Finanzierung der Defizite im Frankfurter Kulturhaushalt würde aktuell ca. € 4,3 Millionen betragen – und dies bei einem gegenwärtigen Kulturhaushalt von brutto ca. € 6,8 Millionen: Die finanziellen Folgen wären für die Stadt Offenbach untragbar; die mittelbar zu erwartenden Verluste an städtischer Kulturvielfalt, an eigenem kommunalem Kulturprofil wären in ihren negativen Folgen für die Stadt unabsehbar.

Aus der erfolgreichen Risiko-Vertagung erwächst für die von Offenbach mitgetragene regionale Kulturpolitik allerdings umso mehr die Chance, den bereits seit der gemeinsamen Kulturhauptstadtbewerbung von 2001 eingeschlagenen Weg der interkommunalen Zusammenarbeit in der Rhein–Main-Region, der demnächst in eine gemeinnützige „Kulturregion Frankfurt RheinMain GmbH “ münden wird, weiter zu begehen. Ihren erfolgreichen Ausdruck fand die Kooperation unter anderem in den beispielhaften Projekten „Route der Industriekultur“ und „GartenRheinMain“ – auf freiwilliger Basis übrigens und mit freiwilligen Zuwendungen auch aus dem Offenbacher Haushalt.

Die vom Deutschen Kulturrat thematisierte „schwierige Haushaltslage 2006“ ist nun für die Stadt Offenbach wahrlich kein Novum und somit keine neue Herausforderung: Gerade weil Offenbach seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich einen die komplette Stadtverwaltung umfassenden, von Personalabbau und teilweise schmerzhaften finanziellen Einschnitten geprägten Sanierungskurs gefahren hat, ist die krisen- und modernisierungserprobte Stadt seit einigen Jahren wieder in der Lage, deutliche kulturpolitische Zeichen zu setzen. So konnte der Kulturhaushalt seit 2001 wieder leichte Steigerungsraten verzeichnen; insgesamt hat er sich aktuell bei brutto ca. € 6,8 Millionen eingependelt. Wenn auch unter dem weiterhin notwendigen Sparkurs manches Wünschbare nicht verwirklicht werden kann und die Konzentration auf die als finanzierbar und vor allem als wesentlich erachteten Elemente des Offenbacher Kulturprofils im Vordergrund stehen muß, verbinden sich mit dem Etat 2006 für die Offenbacher Kulturpolitik doch eindeutig mehr Chancen als Risiken.

Dank eigener Sanierungsleistungen und dank klarer kulturpolitischer Entscheidungen gibt es wieder neue Chancen, das kulturelle Profil zu betonen und der Bevölkerung ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm zu bieten, ohne dabei die städtischen Ressourcen in sporadische „Events“ beliebiger Mainstream-Kultur zu investieren. Sie kommen vielmehr Programmen und Kultureinrichtungen zu, die kontinuierlich und nachhaltig Angebote für die Bürgerschaft aufrechterhalten und somit letztlich eine Grundversorgung der Bevölkerung, der lebendigen Kulturvereinsszene und vieler freier Initiativen gewährleisten. Zu diesem Profil gehört das Selbstverständnis, dass nicht nur Elternhaus, Kindergarten und Schule, sondern auch städtische Kulturinstitute und freie Bildungsträger zur musisch-kulturellen Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen beitragen können und sollen – und zwar auch unter schwierigen städtischen Haushaltsbedingungen. Musische Bildung und Wissensvermittlung stellen ausdrücklich auch ein für die Offenbacher Bevölkerungsstruktur notwendiges, Schichten und ethnische Herkunft übergreifendes Integrationsangebot dar.

Der Strukturwandel war auch von Verlusten begleitet, erzwang ebenso chancenreich wie riskant die Konzentration der Mittel für die Pflege der kulturellen Landschaft: Zu Schwerpunkten entwickelt haben sich dabei beispielsweise die gezielte Förderung der vielen Kulturvereine und -initiativen, die musische Förderung von Kindern und Jugendlichen durch die starke Unterstützung von Musikschule und Jugendkunstschule, das deutliche Engagement für die Bildungs- und Kulturzentren Volkshochschule und Stadtbibliothek, für die Hochschule für Gestaltung und für die in Offenbach besonders ausgeprägte Szene moderner, innovativer Kunst, die historische Selbstvergewisserung der Stadt im neuen Haus der Stadtgeschichte mit Museum und Archiv sowie im Deutschen Ledermuseum, aber auch die Sammlung von Grafikdesign, Schrift- und Buchkunst im Klingspor Museum für internationale Buch- und Schriftkunst des 20. und 21. Jahrhunderts. Eine weitere große Chance zur kulturellen Profilierung werden im kommenden Jahr die Offenbacher Beiträge zum internationalen Mozartjahr sein: Der von Mozarts Witwe Constanze dem Offenbacher Musikverleger Johann Anton André verkaufte musikalische Nachlaß wurde hier – wahrlich folgenreich für die Musik- und Editionsgeschichte – erstmals publiziert.

Darin liegen Offenbachs Stärken: Das kulturelle Leben der Stadt Offenbach ist in hohem Maße vom Engagement einer breiten Öffentlichkeit, von vielen Vereinen und Initiativen, aber auch von der kreativen Programm- und Veranstaltungsplanung städtischer Kultureinrichtungen und deren Kooperation mit nicht-städtischen Akteuren geprägt. Was bleibt, ist die Gefährdung dieses Engagements durch immer schlechtere Rahmenbedingungen von Bund und Land; es bleibt aber auch die Hoffnung, dass sich Offenbach wie gewohnt geschickt und unkonventionell auf neue Herausforderungen einstellt.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister und Kulturdezernent der Stadt Offenbach am Main ■

Kulturpflege und Kulturpolitik – der Reutlinger Weg

Reutlingen • Von Barbara Bosch

Reutlingen ist eine Kulturstadt, keine Frage. Dies lässt sich anhand von Vielfalt und Umfang, Spitze und Breite des Kulturschaffens darstellen. Zunächst einmal ist Reutlingen Musikstadt. Da ist zum einen der Chorleiter und Dirigent Hans Grischkat zu nennen, der über viele Jahrzehnte wesentliche Impulse für die Chormusik und das Laienmusizieren gegeben hat und bei dem viele in der Musikbranche Tätigen Baden-Württembergs (und darüber hinaus) gelernt haben. Er war nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit dem damaligen Oberbürgermeister Kalbfell einer der Gründerväter der heutigen Württembergischen Philharmonie Reutlingen, einem international renommierten Orchester. Viele Chöre, Instrumentalensembles, Musikschule und Musikbibliothek sowie namhafte Komponisten und Interpreten zeitgenössischer Musik stehen für das reichhaltige Musikleben in der Stadt, das sich auch in vielen anspruchsvollen Konzertreihen wiederspiegelt.

Reutlingen ist in besonderem Maße auch die Stadt des Holzschnitts. Ausgehend vom Wirken und dem Werk HAP Grieshabers, dem sicher bedeutendsten europäischen Holzschneider des 20. Jahrhunderts, der in Reutlingen lebte und arbeitete, hat sich mit dem städtischen Kunstmuseum Spendhaus Reutlingen ein Museum etabliert, das als erste Adresse für den modernen Hochdruck in Europa gilt. Die Stiftung für Konkrete Kunst, das Stadttheater Die Tonne, die bei nationalen Rankings ganz vorne platzierte Stadtbibliothek und Volkshochschule sind weitere Stichworte, um die Kulturlandschaft in Reutlingen eindrucksvoll, wenn auch unvollständig, zu beschreiben. Uns in Reutlingen ist klar: Dem Kulturbereich kommt eine herausragende Stellung zu, wenn es um die Positionierung einer Stadt in einem zusammenwachsenden Europa geht. Die Kulturlandschaft hat identitäts- und integrationsfördernde Bedeutung für die Bevölkerung und bietet gleichzeitig Möglichkeiten für die Stadtentwicklung und das Marketing. Deshalb gilt: Eine Stadt unserer Größenordnung (112.000 Einwohner) muss sich ein unverwechselbares kulturelles Profil geben.

In Reutlingen haben wir dies erkannt. Wir müssen wie viele andere Städte und Gemeinden auch unseren Haushalt durch zum Teil schmerzhafte Einschnitte konsolidieren, sind gezwungen, altvertraute Angebote auf den Prüfstand zu stellen, neue Strukturen und Organisationsformen zu entwickeln. Der Kulturbereich kann hiervon nicht ausgenommen bleiben. Um gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht nur zu reagieren, sondern gerade dann gestaltend tätig zu sein, haben wir uns erstmals für das Jahr 2004 dazu entschlossen, die städtischen Haushaltsmittel im Zuschussbereich nach Prioritäten geordnet einzusetzen. Zielstrebig haben wir seither folgende Haushaltsschwerpunkte ausgebaut: Kinder und Jugendliche, Kultur und Bildung. An zweiter Stelle aller Gesamtzuschüsse stehen damit die Ausgaben für Kultur, die im Doppelhaushalt 2005/06 zudem eine Steigerung ausweisen. Reutlingen bekennt sich damit zur Kultur als Politikbereich mit besonderer Priorität.

Bei der fiskalischen Betrachtung wollen wir allerdings nicht stehen bleiben. In enger Abstimmung mit unseren Kulturanbietern erarbeiten wir derzeit eine Kulturkonzeption, welche die Situation aller in Reutlingen vorhandenen kulturellen Sparten, vom großen Theater über die klassische Musik bis hin zur Kleinkunst, aufzeigen, analysieren und ihre Perspektiven skizzieren wird.

Blick von unten auf die Evangelische Marienkirche im Zentrum von Reutlingen **Foto: Julian Cunow**

Dies ist ein aufwändiger, intensiver Gesprächs- und Abstimmungsprozess mit dem Ziel, alle Möglichkeiten der kulturellen Weiterentwicklung auszuloten und insgesamt zu einer schärferen Profilbildung einerseits und engeren Vernetzung der Kulturpotenziale andererseits zu kommen. Die Ergebnisse dieser Konzeption werden eine wesentliche Grundlage für den weiteren kulturpolitischen Weg Reutlingens sein. Unser Blick gilt aber auch unseren Nachbarn. Interkommunale Zusammenarbeit ist in Reutlingen auch im Kulturbereich ein Thema. Zum einen haben wir uns als gemeinsames Oberzentrum mit unserer Nachbarstadt Tübingen auf eine Schwerpunktbildung (dort Theater, hier Musik) mit gegenseitiger finanzieller Unterstützung verständigt, zum anderen pflegen wir eine erfolgreiche Kooperation der Theater unserer Region in einer Abonnementreihe – der Reutlinger Theateroffensive –, die etliche Synergieeffekte zur Folge hat. Die Wahrnehmung und Bedeutung der Stadt Reutlingen innerhalb der Metropolregion Stuttgart hängt mehr denn je auch vom kulturellen Erscheinungsbild ab. Alle Anstrengung, die kulturellen Kräfte im Interesse der Gesamtstadt durch eine angemessene Kulturpolitik zu bündeln, lohnt deshalb.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen ■

ConBrio *Zeitschriften*

nmz neue musikzeitung

politik und kultur

Oper & Tanz
Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz

JAZZ ZEITUNG

Zeitschrift für KulturAustausch

ConBrio Verlagsgesellschaft,
Brunnstr. 23,
93053 Regensburg,
Tel. 0941/945 93-0,
Fax 0941/945 93-50,
E-Mail: info@conbrio.de,
www.conbrio.de

ConBrio...
...wir machen der Musik Beine

Parteiübergreifend am Profil arbeiten

Saarbrücken • Von Charlotte Britz

Als Landeshauptstadt verfügt Saarbrücken über eine gute kulturelle Infrastruktur, die wir auch in finanziell schwierigen Zeiten bewahren wollen. Kultur ist für die Landeshauptstadt Saarbrücken nicht nur ein unabdingbarer Standortfaktor, sondern auch Ausdruck des Lebensgefühls ihrer Bürgerinnen und Bürger. Daher kann man Kultur nicht isoliert betrachten: die so genannten „weichen Faktoren" spielen bei Entscheidungen über Ansiedlungen von Firmen und der Wohnortwahl eine immer wichtigere Rolle. Außerdem werden die Menschen aufgrund des demographischen Wandels stärker an die Städte gebunden, weil nur hier bei schrumpfender Bevölkerung die Angebote, und dazu gehört auch die Kultur, noch bezahlbar vorgehalten werden. Ausgaben für die Kultur gehören für mich also zu den Zukunftsinvestitionen.

Saarbrücken ist eine sehr lebendige Großstadt: sie schöpft ihr Flair aus der weltoffenen Mentalität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, der Grenznähe und der internationalen Ausrichtung der Universität und ihrer Forschungsinstitute. Das ist Verpflichtung und auch Chance zugleich. Saarbrücken hat aber wie viele andere Städte mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen. Der Griff in den Kulturetat liegt nahe und Kultur läuft Gefahr, als Steinbruch für die Sanierung desolater Einzelpläne herhalten zu müssen. Für mich ist Kultur Pflichtaufgabe. Mein Anspruch als Oberbürgermeisterin ist es, bei Kultur und bei Bildung und Betreuung von Kindern nicht zu kürzen.

Wir haben in Saarbrücken überregional bedeutende Einrichtungen wie das Saarländische Staatstheater oder das Saarland Museum, die durch das Land finanziert werden. Als Stadt sind wir verantwortlich für das Filmfestival Max-Ophüls-Preis, den bedeutendsten Nachwuchspreis für Regisseure im deutschsprachigen Raum. Außerdem findet in jedem Jahr gemeinsam mit den Partnern in Lothringen das einzige deutsch-französische Festival der Bühnenkunst, die Perspectives, in Saarbrücken statt. Es ist mir gelungen, diese kulturellen Highlights für die kommenden Jahre abzusichern. Aber die Stadtkultur definiert sich nicht ausschließlich über Kulturinstitutionen und Festivals. Stadtteilkultur, soziokulturelle Projekte und die Freie Szene gestalten das kulturelle Leben in unserer Stadt wesentlich mit. Hier ist es mir wichtig, eine Kontinuität der Finanzierung weiterhin zu erhalten.

Die finanzielle Zuständigkeit verschiedener Institutionen und die Mischfinanzierung zahlreicher Projekte macht die Problematik nicht einfacher. Das zeigt, die Kultur in einer Landeshauptstadt steckt in einem Dilemma. Wenn beispielsweise die Landesregierung – wie in diesem Jahr geschehen – ihre Zuschüsse an das Staatstheater kürzt, hat die Stadt keinen Einfluss darauf, aber ihre Bürgerinnen und Bürger müssen mit dem Verlust an künstlerischer Substanz leben. Viele Projekte sind gemeinsam finanziert, das erfordert einen schwierigen Abstimmungsprozess von Stadt, Land und Stadtverband (=Kreis).

Deshalb strebe ich zukünftig eine Entflechtung an, die in einem Stadt-Land-Vertrag geregelt werden soll. Alle Beteiligten sollen sich verständigen, welche kulturellen Einrichtungen und Projekte wir in Saarbrücken und der angrenzenden Region haben wollen. Und dann müssen wir die Finanzierung auf sichere Füße stellen, damit die Künstler Planungssicherheit haben, um ein attraktives Kulturangebot gestalten zu können. Das erfordert zähe Verhandlungen, aber auch Kreativität bei den Kulturschaffenden wie den Politikern. Weil nicht alles so bleiben kann wie es immer war, suchen wir neue Wege um die kulturelle Qualität zu sichern. Es wird etwa überlegt, das kommunale Kino mit der GmbH zusammenzuführen, die den Max-Ophüls-Preis verantwortet.

Hier können sich finanzielle Synergien, aber auch ein schärferes Profil für die Filmstadt Saarbrücken ergeben. Das ist für mich ein gutes Beispiel der zukünftigen Entwicklung. Und wenn wir parteiübergreifend daran arbeiten, dann habe ich keine Sorge um das kulturelle Profil der Stadt.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken ■

Mobilisierung stadteigener Ressourcen

Siegen • Von Ulf Stötzel

Mit rund 107.000 Einwohnern ist Siegen das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Region Siegerland-Wittgenstein in Südwestfalen. Im überwiegend ländlich geprägten Einzugsbereich, der in die benachbarten Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen hineinragt, leben ca. 600.000 Menschen.

Siegen ist Universitätsstadt. Im Wintersemester 2005/2006 absolvieren 12.000 Studierende ihre akademische Ausbildung in einem der 12 Fachbereiche der Universität Siegen. Das wirtschaftliche Rückgrat von Stadt und Region bilden Industriebetriebe im Bereich Stahlverarbeitung und Maschinenbau. Dazu kommen – dank des zwischenzeitlich eingeleiteten Strukturwandels – die Bereiche Handel und Dienstleistungen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind das Kapital, das den Standort Siegen wettbewerbsfähig macht. Indiz hierfür ist nicht zuletzt die hohe Zentralitätskennziffer (135).

Als Universitätsstadt und Wirtschaftsstandort misst die Stadt Siegen dem Ausbau ihrer kulturellen Infrastruktur hohe Bedeutung zu. Einige Projekte seien beispielhaft genannt:

Das Apollo-Theater

Im Sommer 2005 begannen die Arbeiten zum Umbau des früheren Apollo-Kinos in das Apollo-Theater Siegen. Im November 2007 soll sich der Vorhang in dem neuen Haus für Schauspiel, Konzert und Musiktheater erstmals heben. Mit maßgeblicher Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen entsteht in dem stadtbildprägenden Gebäude ein Bespieltheater mit einer Kapazität für 550 Besucher. Die Investitionen aus öffentlicher Hand für Erwerb und Umbau betragen rund 16 Mio. €. Der Spielbetrieb geht nach Eröffnung des Hauses komplett in die finanzielle Verantwortung des Trägervereins Apollo-Theater Siegen e. V. über. Die Grundlage für die Übernahme des Hauses hat der Trägerverein durch eine erfolgreiche Mitgliederakquisition und die Gründung einer Stiftung geschaffen. Letztere gewährleistet den dauerhaften Kapitalsockel für den Theaterbetrieb.

Schlüssel für die Realisierung des Apollo-Theaters Siegen war die mit dem Trägerverein gefundene Form des Public-Private-Partnership. Trotz schwieriger Haushaltslage sieht die Stadt Siegen mit Fertigstellung des Theaters einer qualitativen und quantiativen Aufwertung des kulturellen Lebens entgegen.

Das KrönchenCenter – Kultur- und Kommunikationszentrum

Im Herbst 2005 beginnen die Umbauarbeiten am ehemaligen Kaufhof im Siegener Stadtzentrum zu einem Kultur- und Kommunikationszentrum unter dem Namen „KrönchenCenter“. Das Gebäude aus den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde bis 1998 als Warenhaus genutzt und stand seither leer. Mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und in Teileigentümer-Gemeinschaft mit einem privaten Investor hat die Stadt Siegen die 3 von 5 Etagen der Immobilie erworben. In die Räumlichkeiten Einzug halten werden ab 2006 die Volkshochschule, die Stadtbibliothek sowie das Stadtarchiv und die wissenschaftliche Bibliothek des Siegerlandmuseums.

Refinanziert wird der städtische Eigenanteil durch die Veräußerung von Immobilien, die durch die Zentralisierung entbehrlich werden. Die Schaffung einer Zentralbibliothek bei Aufgabe dezentraler Stadtteilbüchereien sorgt darüber hinaus für Einsparungen im Personalbereich, die als Konsolidierungserfolg dem Medienetat zugute kommen sollen.

Mit dem Kultur- und Kommunikationszentrum „KrönchenCenter“ wird eine deutliche Verbesserung der Servicequalität der städtischen Institute verbunden sein. Maßgeblich für die Realisierung ist bei diesem Projekt die Erreichbarkeit von Refinanzierungs- und Synergieerfolgen.

Das Siegerlandmuseum

Das Siegerlandmuseum für Kunst- und Regionalgeschichte hat seinen Sitz im Oberen Schloss zu Siegen und beging 2005 das Jubiläum seines 100jährigen Bestehens. Sammlungsschwerpunkte des Museums sind die Geschichte des Bergbau- und Hüttenwesens, die Geschichte des nassauischen Herrscherhauses sowie die Ausstellung von Gemälden des 1577 in Siegen geborenen Peter Paul Rubens. Die räumlichen Gegebenheiten des Oberen Schlosses, einen mittelalterlichen Höhenburg, und die Tatsache, dass zeitgemäße Klimatisierungs- und Sicherheitsanlagen fehlten, führten bislang zu einer erheblichen Einschränkung der Ausstellungsmöglichkeiten. Da für die Modernisierung des Siegerlandmuseums auf absehbare Zeit keine Förderung zu erreichen war, legte die Stadt Siegen im Jahr 2002 einen Masterplan auf, der die schrittweise Umsetzung von Mindestanforderungen an Raumprogramm und Technik zum Inhalt hatte.

Im Herbst 2005 kann das Programm als abgeschlossen betrachtet werden. Das Siegerlandmuseum hat jetzt die Möglichkeit, Sonderausstellungen mit hohen Sicherheitsanforderungen zu zeigen, museumspädagogische Angebote zu machen und Bestände zu präsentieren, die in der Vergangenheit in den Archiven schlummerten. Erzielt werden konnte dieser Fortschritt mangels Zuschussgeber durch den Einsatz von eigenem Personal bei der Planung und Bauausführung. Finanzielle Mittel wurden darüber hinaus vom Förderverein des Museums und regionalen Sponsoren zur Verfügung gestellt.

Weitere kulturelle Einrichtungen von überregionaler Bedeutung, die an dieser Stelle jedoch nur erwähnt werden können, sind das Medien- und Kulturhaus Lÿz sowie das Tagungs- und Kongresszentrum Siegerlandhalle, das sich ebenso als Schauplatz kultureller Events profiliert.

Frontansicht des ehemaligen Apollo-Kinos in Siegen während der Abbruch- und Umbauphase zum künftigen Apollo-Theater.
Foto: Tobias Neumayer

Fazit

Siegen ist Haushaltskonsolidierungsgemeinde. Weder im Bereich der Kultur noch in anderen Aufgabenfeldern der kommunalen Daseinsvorsorge wachsen die Bäume in den Himmel. Dennoch stellen sich die Perspektiven für Siegen als Kulturstandort, wie die ausgeführten Beispiele zeigen, durchaus positiv dar. Die Voraussetzungen hierfür seien abschließend noch einmal genannt:

- Öffentliche Förderung der Kultur unter dem Aspekt des Standortwettbewerbs und einer auf Urbanität zielenden Stadtentwicklung;
- Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement, Stiftungskapital als nachhaltiges Finanzierungsinstrument;
- Mobilisierung stadteigener Ressourcen gemäß dem Motto „Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach“.

Bei allem Optimismus steht auch Siegen vor der Notwendigkeit, freiwillige Leistungen einzuschränken, teilweise ganz einzustellen. Wenn auch das Jahr 2006 eines der freudigen Erwartung auf die Fertigstellung der Kulturspielorte ist, bleibt es doch vorrangige Aufgabe, eine strukturelle Verbesserung der kommunalen Haushaltslage zu erreichen und somit der kreativen Nutzung der Kultureinrichtungen für die Zukunft Spielraum zu verschaffen.

Der Verfasser ist Bürgermeister der Stadt Siegen ■

Den Weg zur Kultur gehen

Salzgitter • Von Helmut Knebel

Salzgitter ist seit Jahren mit einer schwierigen Haushaltslage konfrontiert, und doch ist die Kultur in dieser Stadt zu einem wesentlichen weichen Standortfaktor geworden, nicht zuletzt dank der kulturellen Kreativität der hauptamtlichen und freien Kulturarbeiter und des kulturellen Engagements von Rats- und Ortsratsmitgliedern.

Auch in der 1942 in einem uralten Kulturraum gegründeten Stadt haben sich kulturelle Traditionen herausgebildet, die sich vielfach in jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen dokumentieren. Ziel ist es auch für 2006, die Durchführung dieser städtischen „Kultreihen“, auf die viele Salzgitteraner schon warten, zu sichern. Dazu zählen unter anderem das Museumsfest am zweiten Maiwochenende, das Klesmerfestival im Juni, der Kultursommer und das Internationale Drummermeeting, bei dem weltbekannte Drummer nicht nur konzertieren, sondern auch als Dozenten und Workshopleiter agieren. Darüber hinaus gilt es, Impulse zu setzen, um neue Traditionslinien aufzubauen, die sich aus bescheidenen Anfängen entwickeln können. Diese Kulturpflänzchen, die in Salzgitter vor allem im Bereich der Heimatpflege und auch im Bereich der Literatur zu keimen begannen, zu schützen, ist ebenfalls ein Ziel kommunaler Kulturpolitik. Ebenso die Unterstützung nichtkommunaler kultureller Veranstaltungen und deren Träger, die zu dem vielfältigen Kulturangeboten in Salzgitter beitragen. Beispielhaft sind hier aufzuführen, der Kunstverein Salzgitter, der Förderverein Musiktage Salzgitter e.V., das Fredenberg Forum mit seiner soziokulturellen Arbeit, der Geschichtsverein Salzgitter e.V. die Kleinkunstbühne Salzgitter-Bad e.V. sowie die Arbeit des Kulturkreises Salzgitter im Bereich der Theaterveranstaltungen.

In der Sparte Theater kann auch die Verzahnung kommunaler und freier Kulturarbeit in Salzgitter aufgezeigt werden. Obwohl in der Stadt kein Theater existiert, organisiert der Kulturkreis Gastaufführungen bedeutender Tourneetheater in Salzgitter. Der Fachdienst Kultur der Stadt wiederum widmet sich durch seine langjährige Veranstaltungsreihe „Kein Sonntag wie jeder andere“ dem Kindertheater und damit dem Zuschauernachwuchs. In den Sparten Bildende Kunst, Musik und Kleinkunst ergänzen sich die Angebote der Kommune und der freien Träger. Auch diese Kombination ist unbedingt beizubehalten zur Verhinderung des Oktroyierens eines bestimmten Kulturverständnisses.

Des weiteren wird Kultur als Verbindungsträger von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nach wie vor jährlich in vom Fachdienst Kultur gestalteten Schwerpunktthemen, möglichst unter Einbeziehung freier Kulturschaffender den Menschen Ereignisse und Entwicklungen in all ihrer Komplexität und in unterschiedlichen Ausdrucksformen nahe bringen, deren Ansätze sich in Geschichte und Gegenwart finden. Für das Jahr 2006 sind dies die 150. Wiederkehr des Todestages von Heinrich Heine und die Fußballweltmeisterschaft.

Wesentliche Bestandteile der kommunalen Kulturpolitik sind in Salzgitter auch der Erhalt und der Ausbau der städtischen Kultureinrichtungen. So wird im Städtischen Museum Schloß Salder im Jahre 2006 die Abteilung „Salzgitter in der Neuzeit“ eröffnet und in dem angegliederten Museum für Industrie, Technik, Arbeit und Mobilität die Abteilungen „Zur Technisierung der Landwirtschaft und des dörflichen Handwerks im 19. Jahrhundert. Der Beginn der Industrialisierung in der Region“ und „Die Industrialisierung der Region zwischen Harz und Heide im 20. Jahrhundert“. Die Einrichtung eines Kunstmuseums wird von der Planungsphase in die der Realisierung übergeleitet werden. Das neu errichtete Medienzentrum hat mit seinen vielseitigen Angeboten das Bedürfnis nach moderner Medienarbeit übernommen und wird diese Arbeit in 2006 fortsetzen. Das Stadtarchiv wird andere, angemessenere Räumlichkeiten beziehen und bei der Städtischen Musikschule wird weiter darauf zu achten sein, dass auch für Kinder aus sozial schwächeren Milieus eine musikalische Bildung und Ausbildung möglich sein muss. Ist die Förderung kulturellen Schaffens in der Sparte Musik eine rein kommunale Angelegenheit, so widmen sich in den Bereichen Theater (zwei Theatergruppen), Literatur (Literatenforum) und Bildende Kunst (Künstlergemeinschaft Salzgitter-Gruppe) Vereinigungen privaten Charakters der Fortbildung der Kulturschaffenden in Salzgitter. Sie werden durch die städtische Kulturpolitik unterstützt, indem ihre Mitglieder auch 2006 in einige kommunale Kulturveranstaltungen eingebunden werden, aber auch durch bestimmte Aktionen wie Schreibwettbewerbe.

Wesentlich für die 31 Stadtteile Salzgitters wird auch im kommenden Jahr neben der kulturellen Vielfalt ein möglichst örtlich breites Kulturangebot sein, denn der Weg der Kultur in der Stadt Salzgitter führt zu den Menschen, damit diese nach der Begegnung mit ihr den Weg zur Kultur gehen. Dies wird auch 2006 möglich sein mit einer kulturellen Kreativität und des Miteinanders von städtischen und freien Kulturarbeitern sowie einer werbenden Kreativität, die jetzige Sponsoren hält und neue gewinnt.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter ■

Kinderfreundlich und international in die Zukunft

Stuttgart • Von Wolfgang Schuster

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat – getragen von einem fraktionsübergreifenden Konsens im Gemeinderat – seit 1993 eine konsequente Haushaltskonsolidierungspolitik durchgeführt. Diese erlaubt der Landeshauptstadt, den Schuldenstand, der seit 1993 mehr als halbiert werden konnte, kontinuierlich zu reduzieren, Spielräume für Investitionen zu eröffnen und damit auch weiterhin in eine lebendige Kulturlandschaft zu investieren.

Im Frühjahr 2004 konnte im Tagblatt-Turm, dem ersten Spannbetonhochhaus Deutschlands mit einer überdachten Foyerpassage, ein Kinder- und Jugendtheaterzentrum eröffnet werden, welches eng mit anderen Theatern und Kulturinstitutionen im Haus zusammenarbeitet. Mit europaweiter Resonanz hinsichtlich Architektur und Konzeption startete im Herbst 2004 das neue Kunstmuseum im Herzen der Stadt am Schlossplatz. In beiden Einrichtungen bestätigt seit Eröffnung eine Abstimmung mit Füßen die Richtigkeit Stuttgarter Kulturpolitik, auch in finanziell angespannter Zeit die Kulturlandschaft der Stadt mit neuen Highlights noch reichhaltiger erblühen zu lassen. Die Stuttgarter Kulturpolitik wagt aber auch den Blick in die Zukunft: Noch 2005 ist Startschuss für die Erarbeitung einer Konzeption für ein Stadtmuseum; die Planungen für die neue Zentralbücherei werden konsequent durchgeführt.

Rechtzeitung zur Fußball-WM 2006 wird das neue Mercedes-Museum als Beispiel für bürgerschaftlich-unternehmerisches Engagement am Standtort seine Pforten öffnen und einen weiteren Glanzpunkt in de Stuttgarter Museumslandschaft setzen.

Die Landeshauptstadt Stuttgart stellt zur Zeit den Doppel-Haushalt für die Jahre 2006 und 2007 auf. Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts liegt nach derzeitiger Planung in einer Größenordnung von ca. 1,9 Mrd. Euro, der Anteil des Kulturbereichs beträgt ca. 130 Mio. Euro oder rund 6,7 %. Der Anteil des Kulturetats am städtischen Gesamthaushalt liegt damit höher als vor zehn Jahren und ist über die Jahre hinweg kontinuierlich ansteigend. Allein diese Entwicklung macht den hohen Stellenwert deutlich, den die Kultur in der Landeshauptstadt Stuttgart genießt.

Aus dem Kulturetat wird der Finanzierungsbedarf der eigenen städtischen Kultureinrichtungen sowie der Förderbedarf einer Vielzahl kultureller Institutionen aus Musik, Theater, Bildende Kunst und anderer Bereiche gedeckt. Das kulturelle Spektrum reicht dabei von der Unterstützung kleinerer Bühnen und Vereine bis hin zur Mitfinanzierung der Staatstheaterbetriebe des Landes Baden-Württemberg. Daneben unterhält die Stadt mehrere eigene kulturelle Institutionen, zum Beispiel die Stuttgarter Philharmoniker, die Stadtbücherei, die Stuttgarter Musikschule und das Carl-Zeiss-Planetarium, die unter dem Dach des Kulturamts gebündelt sind und einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung in der Stadt leisten. Für die nächsten Jahre ist eine stetige Weiterentwicklung angestrebt, damit Stuttgart seinen bundesweiten Spitzenplatz beim Kulturangebot verteidigen kann.

Die kulturellen Stärken Stuttgarts als kinderfreundliche und internationale Stadt sind Eckpunkte der Kulturpolitik. Kulturvermittlung und Kulturangebote für Kinder- und Jugendliche – auch mit Migrationshintergrund – stehen im Mittelpunkt. Stadtbücherei und Musikschule wie auch die Stuttgarter Philharmoniker seien hier exemplarisch mit ihrem Schwerpunktengagement genannt. Dabei gilt es, sowohl durch neue Rechts- und Betriebsformen und die Gewinnung privater Investoren als auch durch Einbeziehung des Stiftungsdenkens und vielfältiger Formen bürgerschaftlichen Engagements neue und kreative Wege zu erproben. Eine aktive, internationale Bürgergesellschaft muss sich in einer ebenso dynamischen Kulturszene widerspiegeln. Es geht mir in Stuttgart um die Zukunft einer Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts, die ohne eine innovative, attraktive Kulturszene für alle Generationen und alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer nationalen, ethnischen und religiösen Herkunft nicht denkbar ist.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart. ■

Eingang der neuen Staatsgalerie in Stuttgart **Foto: Mussklprozz**

Große Aufgaben

Trier • Von Helmut Schroer

Die Stadt Trier hat in ihrem Haushalt ein strukturelles Defizit. Ausgaben, die durch Gesetze festgelegt sind, übersteigen die Einnahmen der Stadt.

Die kommunale Selbstverwaltung droht zu einer Farce zu werden. Insbesondere besteht die Gefahr, dass die „so genannten freiwilligen Leistungen“, also auch die Kultur, zum Sparstrumpf städtischer Haushaltspolitik werden. Das muss in Trier verhindert werden. Das Zukunftskonzept der Stadt Trier weist aus, dass die Geschichte und das kulturelle Profil der Stadt ein Alleinstellungsmerkmal sind. Also Bereiche, die uns helfen, im Wettbewerb der Städte und Regionen zu bestehen.

Ziel städtischer Politik muss es deshalb sein, insbesondere den Kulturbereich, der in besonderem Maße die Atmosphäre in einer Stadt ausmacht, der Identität stiftet, zu verteidigen.

Hinzu kommt noch, dass Trier über die Hauptstadt des Großherzogtum Luxemburgs in das Europäische Kulturhauptstadtjahr 2007 eingebunden ist. Geplant ist ein Fest der europäischen Region und für Trier bietet sich die große Chance im Rahmen dieser europäischen Großveranstaltung das kulturelle Profil der Stadt weiter zu schärfen. Investitionen im Bereich der Museen in zweistelliger Millionenhöhe sind vorgesehen. Eine große Konstantin-Ausstellung ist geplant, weitere kulturelle Großveranstaltungen werden in das Kulturhauptstadtjahr von Trier aus eingebracht. Dies in Zeiten knapper Kassen zu bewerkstelligen, ist sicher eine große Aufgabe. Die Aufgabe muss aber gelöst werden, um der Stadt eine weitere Perspektive zu geben.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Trier ■

Zwischen Leuchttürmen und Gießkannen

Wiesbaden • Von Hildebrand Diehl

Ein breites und vielfältiges Kulturangebot ist für eine Stadt wie Wiesbaden unverzichtbar. Kultur stellt einerseits einen weichen Standortfaktor, andererseits einen wichtigen Faktor des gesellschaftlichen Lebens dar.

Kulturelle Leuchttürme, die weit in die Region hineinstrahlen, sind wichtig für die überregionale Darstellung der Stadt. Kulturelle Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung, wie die Internationalen Maifestspiele, das Rheingau Musik Festival, um nur einige zu nennen, führen Besucher in die Stadt. Sie tragen auch dazu bei, den Wirtschafts- und Wohnstandort Wiesbaden attraktiv zu machen.

Ebenso wichtig sind die vielen Kulturinitiativen mit ihren wichtigen Beiträgen zur Weltoffenheit und Liberalität der Stadt. Sie geben intellektuelle Impulse für das Leben in Wiesbaden und sind unverzichtbarer Bestandteil einer Stadt zum Wohlfühlen.

Kommunale Kulturpolitik hat gerade in den gegenwärtig für die Kommunen finanziell angespannten Zeiten die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen großen kulturellen Ereignissen und einem vielfältigen kulturellen Angebot herzustellen. Aufgrund intensiver Konsolidierungsbemühungen stellt sich die Situation in Wiesbaden erfreulicher dar als in vielen anderen Städten. Im Rahmen einer Aufgabenkritik wurden Verwaltungsabläufe gestrafft und effizienter gestaltet. Dadurch konnte in Wiesbaden nicht nur auf die Schließung von städtischen Einrichtungen verzichtet werden, im Gegenteil fanden neue kulturelle Initiativen Eingang in das städtische Leben. Mit der „Biennale – neue Stücke aus Europa“ des Staatstheaters und der Schaffung einer neuen Spielstätte für Stücke der Gegenwart in der Wartburg konnten neue Akzente im modernen Theater gesetzt werden. Der Aufbau der Künstlerkolonie Walkmühle ist eine weitere hervorzuhebende Initiative, die gemeinsam mit Wiesbadener Künstlerinnen und Künstlern verwirklicht wurde.

Auch der Kulturbereich hatte Konsolidierungsbeiträge zu erbringen. Gleichwohl waren damit neue Chancen für die Kulturpolitik verbunden. Für überregional bedeutende Ereignisse, konnten Möglichkeiten des Sponsorings erschlossen werden. Sponsoren trugen maßgeblich dazu bei, die Biennale im Jahr 2004 zu etablieren.

Eine Stadt lebt von der Vielfalt ihrer kulturellen Angebote. Daher widmet sich Wiesbadens Kulturpolitik in gleicher Weise unterschiedlichsten künstlerischen Richtungen. Da Künstler, deren Schaffen nicht unmittelbar auf überregionale Resonanz ausgerichtet ist, Probleme bei der Mittelbeschaffung haben, kommt kommunaler Kulturpolitik eine besondere Verantwortung für ein reichhaltiges und abwechslungsreiches Kulturangebot zu. Ein Gießkannenprinzip ergänzt die Förderung kultureller Leuchttürme, wobei durch Schwerpunktsetzung Beliebigkeit vermieden wird. Städtische Kulturpolitik tritt in erster Linie nicht als Veranstalter auf.

Weiter auf Seite 25

Kurhaus Wiesbaden: Kuppel des Foyers **Foto: Chalco**

Kulturelles Oberzentrum am Main

Würzburg • Von Pia Beckmann

Mit Blick auf die für viele Städte weiterhin sich schwierig gestaltende Haushaltslage von Gemeinden, Ländern und Bund haben sich die Vertreter einer Kulturstadt, wie Würzburg sicherlich im nördlichen Bayern bzw. mainfränkischen Raum bezeichnet werden kann, zum Kulturstandort Würzburg bekannt. Dabei sind wir ständig im Gespräch mit der Bayerischen Staatsregierung, den Landkreisen und dem Bezirk, um stärkere Hilfeleistungen, Kooperation und Synergieprojekte auszuhandeln, die es der Stadt Würzburg ermöglichen, als kulturelles Oberzentrum ihre reichhaltige Kulturszene zu erhalten.

Blick in die Würzburger Altstadt von der Festung Marienberg aus — Foto: Christian Horvat

Der Erhalt des Kulturlebens ist keinesfalls möglich ohne die sich in den letzten Jahren immer stärker entwickelnden Privatinitiativen der Freundeskreise, Fördervereine und einzelner kulturell orientierter Verbände wie z.B. dem Richard-Wagner-Verband Würzburg-Unterfranken. Die Sparkassenstiftung, die in Würzburg ansässige Koenig & Bauer-Stiftung und die Würzburger Kulturstiftung leisten überdies einen hohen Beitrag in der Förderung von Kunst und Kultur. Die Chance, die sich durch den Zwang, zu sparen, zu kürzen oder gar zu entlassen bzw. zu schließen ergibt, ist der vermehrte Einsatz der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Kunstschaffenden selber, sich durch Gründung von Unterstützungsvereinen eine eigene, zielgerichtete Förderungsmöglichkeit zu schaffen. So sind in den letzten Jahren trotz aller Rezession diese Fördergesellschaften gewachsen oder werden neu ins Leben gerufen, um neben der bzw. zusätzlich zur kommunalen und staatlichen Unterstützung ihren Beitrag zum Erhalt von Kultur zu leisten. Ohne diese Privatinitiative Einzelner oder ganzer Gruppen wäre eine Kulturarbeit heutzutage kaum mehr zu leisten. Für das Jahr 2006 können wir weiterhin mit massiver Unterstützung solcher Kreise rechnen. Im Einzelnen gebe ich einige Details zu Würzburger Kunst- und Kulturstandorten an:

- Das Mainfranken Theater Würzburg erhält von der Bayerischen Staatsregierung München die höchst mögliche Fördersumme für nichtstaatliche Theater in Bayern.
- Ein Theaterförderverein und unter seinem Dach der Stifterkreis der „Rosenkavaliere“ sorgt aufgrund verstärkter Initiative im privaten Sponsorenbereich für weitere Unterstützung des Theaters zu dessen Erhalt als Dreispartenhaus.
- Mit den Landkreisen, aus denen der überwiegende Teil der Zuschauer kommt, sind die Verhandlungen zur anteiligen Unterstützung des Mainfranken Theaters weitestgehend abgeschlossen.
- Eine Vielzahl kleiner Bühnen gehört zum Kulturbild unserer Stadt. Der Austausch und die Zusammenarbeit der einzelnen Theatergruppen gestaltet sich zunehmend besser und wird vom Kulturbeirat und dem Kultur-, Schul- und Sportreferat gezielt gefördert.
- Die großen Museen bemühen sich, ihre Attraktivität durch verstärkte Zusammenarbeit und Synergieeffekte zu erhöhen und dadurch die Besucherzahlen zu steigern.
- Zu diesem Konzept gehören die sich an Beliebtheit alljährlich steigernde „Würzburger Residenznacht“, die „Lange Kulturspeichernacht“ sowie das zwei Tage dauernde Festungsfest der Festung Marienberg.
- Außerdem öffnen sich die großen Museen verstärkt anderen, auch wirtschaftlichen Interessengruppen, die durch gezielte Sonderveranstaltungen in den Museumsräumen für Verbreitung des jeweiligen Museumsimages sorgen.
- Die kleineren Museen und Galerien haben ihre eigene Jahresveranstaltung OPEN ART, die vielen Ateliers die jährlich stattfindenden, gut besuchten „Tage des offenen Ateliers“. Diese Veranstaltungen werden vom Fachbereich Kultur der Stadt Würzburg geleitet.
- Die drei Würzburger Kunstvereine – Kunstverein Würzburg, VKU (Vereinigung Kunstschaffender Unterfrankens) und BBK (Berufsverband Bildender Künstler) – haben ihre eigenen Strukturen mit Unterstützung seitens der Stadt Würzburg, des Bezirks und der Region.
- Die Stadtbücherei Würzburg zählt zu den modernsten Büchereien in Deutschland und ist als beste deutsche Stadtbücherei durch mehrere Preise ausgezeichnet.
- Das Museum im Kulturspeicher erhielt in diesem Jahr den Preis als bestes nichtstaatliches Museum in Bayern.
- Durch hohes Engagement nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern durch den verstärkten Einsatz von ehrenamtlich tätigen Volunteers wird ein hohes Maß an Kulturarbeit geleistet.
- Auch die verschiedenen Freundeskreise und Fördervereine leisten immer stärkere ideelle und materielle Unterstützung der Kulturarbeit.
- Die Jugendkulturarbeit gehört in Würzburg mit dem akw!-Gelände und dem Jugendkulturhaus bzw. Bechtolsheimer Hof zum festen Bestandteil einer frischen Würzburger Kulturszene.
- Universität und Musikhochschule leisten ihren Beitrag zur Vielfalt unserer Kulturlandschaft.
- Immer mehr wird einer lebhaften und lebendigen Kulturszene bewusst, dass Austausch und Zusammenarbeit auch verschiedener Kunst- und Kultursparten belebende Effekte und eine verstärkte Attraktion auf das Publikum ausüben.
- Kooperation von Museen und Galerien mit dem Mainfranken Theater, der Hochschule für Musik und der Stadtbücherei.

Die Risiken der schwachen Haushaltslage im kulturellen Bereich sind, dass bei der verstärkten Kürzung der kommunalen Kulturförderung die kleinen Kulturträger, die Laientheater, Puppenbühnen, off-Theater, die verschiedenen Musikvereine u.v.a. mehr in Bedrängnis geraten bis hin zur Aufgabe ihrer künstlerischen Tätigkeit. Eine äußerst lebhafte und bunte, zum großen Teil auch regionale Kulturszene würde in diesem Falle schrumpfen müssen, und die Vielfalt des städtischen Kulturlebens müsste Verluste verzeichnen. Wir sind bemüht, das zu verhindern – auch und unter anderem dadurch, dass durch vermehrte Präsenz städtischer Vertreter aus Politik und Verwaltung bei kulturellen Veranstaltungen aller Art die Akzeptanz der Kulturträger dokumentiert wird und dadurch deren Motivation, trotz schlechter Wirtschaftslage weiterzumachen bzw. sich auch eigene Wege des Fortbestandes zu suchen, zu stärken. Runde Tische, Gesprächsrunden, Arbeitskreise usw. werden von Seiten der Stadt gebildet und unterhalten, um die Sorgen und Nöte der Kulturschaffenden zu verstehen und evtl. durch gezielte Maßnahmen zu lindern.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg ■

Fortsetzung von Seite 24

Vielmehr ermöglicht sie die Entfaltung künstlerische Initiativen. Durch Leistungsvereinbarungen zwischen Künstler und Stadt wird ein breites Kulturangebot sichergestellt und eine völlige Abhängigkeit des Künstlers von städtischen Zuschüssen vermieden. Kulturelle Angebote, die vollständig von der Stadt finanziert werden, sind in Wiesbaden die Ausnahme.

Für die kommenden Jahre rechnen wir mit einer leichten Besserung der Haushaltslage. Dank des erfolgreichen Konsolidierungskurses besitzt Wiesbaden damit eine hervorragende Ausgangsposition.

Zwei Gesichtspunkte sind für die strategische Ausrichtung der Wiesbadener Kulturpolitik in Zukunft maßgebend:

1. Kulturregion Rhein-Main

Der Gedanke einer abgestimmten Kulturpolitik in der Region ist stärker zu verfolgen. Wiesbaden darf als Teil der Rhein-Main-Region nicht nur auf sich fixiert sein. Das eigene kulturelle Profil muss mit dem Angebot der Nachbarstädte abgestimmt werden. Insbesondere mit der Stadt Mainz sind neue Formen der Kooperation zu finden. Auf diese Weise kann sowohl der Kreis der interessierten Besucher erweitert, als auch die Zahl und die Qualität der Angebote deutlich gesteigert werden.

Wenn klare Ziele den Weg beschreiben und ausreichend Zeit für Initiativen vorhanden ist, ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden, können erhebliche positive Effekte in einer Zusammenarbeit über Stadt- und Kreisgrenzen liegen.

2. Förderung bürgerschaftlichen Engagements

In Wiesbaden, einer wohlhabenden Stadt, haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren entschlossen, Teile ihres Vermögens kulturellen, sozialen oder karitativen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Mit der „Wiesbaden Stiftung“ hat sich eine Gruppe engagierter Bürger zusammengeschlossen, die diesen Prozess fördern will. Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt diese Form bürgerschaftlichen Engagements. Stiftungen und zweckgebundene Erbschaften, die bisher von der Stadt verwaltet wurden, wurden der Bürgerstiftung übertragen. Gemeinsam bemühen sich Wiesbaden Stiftung und die Stadt um neue Stifter.

Auch große Vorhaben, wie der Bau eines Stadtmuseum werden auf partnerschaftlichem Wege geplant. Alle Planungen – vom Aufbau der Sammlungen bis zur architektonischen Ausgestaltung – werden mit interessierten Gruppen intensiv abgestimmt. Das Stadtmuseum wird nicht als städtisches Projekt wahrgenommen. Durch einen breiten Unterstützerkreis, der durch eigene Aktionen für ein Wiesbadener Stadtmuseum wirbt und privates Kapital für die Realisierung sammelt, gilt das Stadtmuseum schon heute als Museum von den Bürgern für die Bürger.

Nach seiner Realisierung soll das Stadtmuseum daher nicht in städtischer Trägerschaft arbeiten, sondern in geeigneter Form von interessierten Bürgern geführt werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden ■

Fotonachweise Oberbürgermeisterporträts

- Chemnitz/Seifert: Escherich, Chemnitz
- Duisburg/Sauerland: Presse- und Kommunikationsamt Duisburg
- Erlangen/Balleis: Bernd Böhner
- Fürth/Jung: BMPA
- Hamm/Hunsteger-Petermann: Photoart Werl
- Hamburg/von Beust: CDU Hamburg
- Hildesheim/Kumme: Andreas Hartmann
- Mönchengladbach/Bude: D. Illgner
- Münster/Tillmann: Presseamt der Stadt Münster
- Paderborn/Paus: Thomas Schmidt
- Siegen/Stötzel: Stadt Siegen

Alle anderen Fotos wurden von den Presseämtern der Städte bzw. den Oberbürgermeisterbüros ohne weitere Bildautorenangabe zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORM-DISKUSSION

Konzeption Kulturelle Bildung III

Herausgegeben vom Deutschen Kulturrat

Max Fuchs
Gabriele Schulz
Olaf Zimmermann

470 Seiten
ISBN 3-934868-11-8

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk das Buch:

Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH, Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, Fax: 0941/945 93 50

Schöner Schein - Kulturpolitik am Scheideweg?

Das Zauberwort „Leihgebühr“ hat seinen Glanz verloren • Von Iris Magdowski

Was ich im Mai 2004 in meinem Einführungsreferat zur Qualitätssicherung in Museen anlässlich der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes als Erosion ehrgeiziger Kultur-und Kommunalpolitik geißelte, hat mit dem Millionendeal des Sammlers Grothe einen neuen und traurigen Höhepunkt gefunden.

Die Entwicklung kam nicht unerwartet und sie wird sich in Deutschland in ähnlicher Form wiederholen, wenn wir nicht bereit sind, aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu lernen und gegenüber vorgeblich mäzenatischem Handeln notwendige Korrekturen anzubringen.

Dazu brauchen wir einen ehrlichen und selbstkritischen Diskussionsprozess und die Unterstützung einer kulturell engagierten Bürgergesellschaft.

Worum geht es: In den letzten Jahrzehnten sind reichlich öffentliche Gelder in Museumsneubauten geflossen.

Die Politik erkannte, dass man sich mit Museen, attraktiven Sammlungen und einer entsprechend starken Publikumsresonanz glänzend positionieren kann. Mit dieser Erkenntnis, mit den zahlreichen neuen Museen wuchs aber auch der Bedarf an attraktiven Sammlungen, für die den meisten Museen mittlerweile das Geld fehlt. Das gilt auch für renommierte Häuser, deren Ankaufsetats gegen Null tendieren. Mit dem Zauberwort Leihgabe glaubte man eine dauerhafte Lösung gefunden zu haben und ist dabei als öffentliche Hand zu mancherlei Zugeständnissen bereit gewesen. Die persönliche Bindung des Leihgebers an „sein“ Museum wurde nachrangig und es gibt mittlerweile eine Klientel von Leihgebern, die keineswegs daran denkt, sich dauerhaft an ein Museum zu binden, wenn die Bedingungen in einem Konkurrenzunternehmen besser sind. Zu den attraktiven Bedingungen gehören Restaurierungen, der konservatorische Aufwand, der z.B. bei Papierarbeiten beträchtlich sein kann, Werkverzeichnisse, Kataloge und Ausstellungen, die das Museum übernimmt. Die Sammlung, die in der Obhut des Museums liegt und in Ausstellungen bekannt gemacht wird, erfährt Wertsteigerungen. Man kann also mit einer gewissen Berechtigung fragen, ob es wirklich ein herausragendes Mäzenatentum ist, wenn mit Mitteln der öffentlichen Hand Kunstwerke konservatorisch betreut, restauriert, in Katalogen dokumentiert, unter musealen Bedingungen gesichert – und dann gleichwohl wieder abgezogen beziehungsweise verkauft werden.

Leider haben manche Entscheidungsträger in den letzten Jahren derartige Überlegungen verdrängt und sich mit den zugegebenermaßen erfreulicheren Erfolgsbotschaften begnügt.

Als Grothe in den 90ziger Jahren seine Sammlung auf die verschiedenen Standorte „aufteilte“, hat er den Gedanken an einen möglichen Verkauf der Sammmlung entschieden zurückgewiesen. Eine Stadt wie Duisburg – durch den Strukturwandel finanziell fast nicht mehr handlungsfähig – war unendlich dankbar für sein Engagement. Grothes Sammlung bot die Chance im Zuge der Revitalisierung des Duisburger Innenhafens ein attraktives Wohn- und Kulturquartier zu schaffen. Es schien sogar zeitweise so, dass dem renommierten Wilhelm-Lehmbruck-Museum eine neue Konkurrenz bei den ohnehin knappen Fördermitteln erwachsen würde.

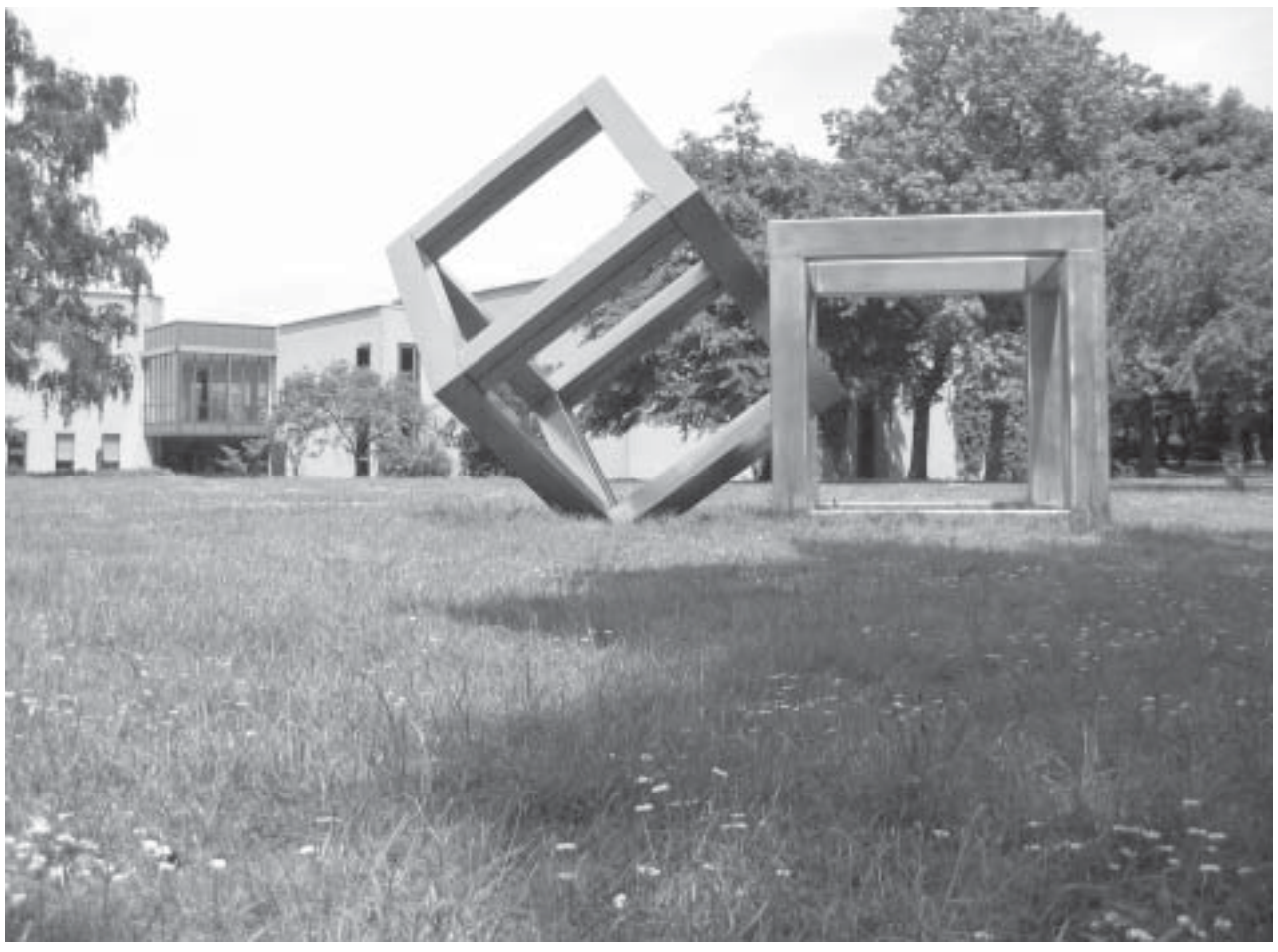
Dies geschah zum Glück nicht. Trotzdem arbeitete der weitsichtige und verantwortungsbewusste Museumsdirektor Dr. Brockhaus fortan beharrlich daran, aus dem Wilhelm-Lehmbruck-Museum eine vom politischen Alltagsgeschäft unabhängige Stiftung zu machen, wofür er nach anfänglichem Zögern von allen Seiten Unterstützung bekam.

Am Innenhafen entstand mit Fördergeldern des Landes von mehr als 20 Mio DM das attraktive Museum Küppersmühle, in der seitdem Grothe Teile seiner Sammlung präsentiert

Bleibt also zu hoffen, dass das Ehepaar Ströher ein Herz für Duisburg hat und nicht nur in bestehende Verträge eintritt, sondern sie auch mit dem Geist des Mäzenatentums erfüllt. Vergangenheitsbewältigung ist kein Modell für die Zukunft. Die Zukunft kann nur so aussehen, dass die kulturpolitisch Verantwortlichen in Deutschland selbstbewusst genug sind, die Verträge mit Leihgebern so abzufassen, dass für den Fall einer Veräußerung, die den Leihvertrag tangiert, bzw. eines vorzeitigen Abzugs von Leihgaben Ersatz derjenigen Aufwendungen verlangt wird, die die öffentliche Hand für die Betreuung der Sammlung geleistet hat, und zwar als Vollkostenrechnung, in die auch der geleistete Personalaufwand eingeht. Darüber hinaus muss offengelegt werden, welche Aufwendungen für Leihgaben in Museen entstanden sind und welche Vertragslaufzeiten dem gegenüber stehen.

Da die Leihgaben in aller Regel eine erhebliche Wertsteigerung durch die Präsentation in öffentlichen Museen erfahren, ist eine solche Transparenz durchaus angebracht und im Interesse der Bürger, die mit ihren Steuern die öffentlichen Museen finanzieren.

Die Verfasserin Vizepräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft ■



Kantpark in Duisburg mit dem Lehmbruck-Museum im Hintergrund **Foto: AlterVista**

Ein neues völkerrechtliches Instrument

Unesco-Generalversammlung verabschiedet Konvention zur kulturellen Vielfalt • Von Max Fuchs

Letztlich ist die Zustimmung am Ende einer sehr lebendigen Generalversammlung deutlicher ausgefallen, als man zwischenzeitlich zu hoffen wagte. Denn die Gegner der Konvention – vor allem die Vertreter der USA – ließen keine offene oder verdeckte Möglichkeit ungenutzt, mit der eine Zustimmung noch hätte verhindert werden können. Nun haben wir es also, ein völkerrechtliches Instrument, das auch in Zukunft die Möglichkeit einer nationalen Kulturpolitik sicherstellt (Textfassung siehe unter www.unesco.de beziehungsweise www.kulturrat.de, in Kürze in deutscher Sprache). Allerdings müssen erst noch dreißig Mitgliedsstaaten die Konvention ratifizieren, bevor sie offiziell in Kraft gesetzt werden kann. Dies dürfte jedoch zügig geschehen können. Auch für Deutschland sollte dies kein Problem bereiten, da sich alle Parteien auf die entsprechende Frage in den Wahlprüfsteinen des Deutschen Kulturrates zustimmend geäußert haben.

Letztlich hat die Inszenierung gut geklappt. Es war eine besondere Veranstaltung, da die Unesco ihren 60. Geburtstag feierte. Zu diesem Festakt spielte nicht nur das Radiosymphonieorchester des Hessischen Rundfunks Beethovens Neunte, sondern es reiste auch Bundespräsident Köhler an, um als erstes deutsches Staatsoberhaupt – und das auch noch an prominenter Stelle – die Festansprache neben dem afghanischen Staatspräsidenten Karzai zu halten. Die Einstimmung funktionierte glänzend: Denn auch der ehemalige Direktor des Weltwährungsfonds stellte seine ansonsten nie verschwiegene ökonomische Überzeugung zurück und plädierte energisch für den Schutz kultureller Vielfalt: „Jede lebendige Kultur“, so der Bundespräsident, „schöpft aus der Kraft vieler Menschen …“. Dafür erhalten diese auch etwas zurück: „Heimat, Identität, das Wissen, wo man herkommt und so man hingehört.“ Und all dies ist bei aller Universalität bestimmter gemeinsamer Werte, so wie sie gerade die Unesco vertritt, geprägt durch Vielfalt.

Was tun wir nun mit diesem neuen Instrument? Zunächst einmal ist daran zu erinnern, dass eine wichtige Motivation dafür darin bestand, auch weiterhin das tun zu dürfen, was wir gerade in Deutschland zu tun gewohnt sind: nämlich selbst über diejenigen kulturpolitischen Aktivitäten zu entscheiden, die uns für unser Land angemessen erscheinen. Allerdings verpflichtet das „Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ – so der offizielle Name – auch zur Einhaltung bestimmter Leitziele: Teilhabe, Respekt vor der Vielfalt der Kulturen (der auch förderpolitisch zum Ausdruck kommen muss), Solidarität mit anderen Ländern. Eine erste Aufgabe stellt sich daher auf nationaler Ebene: nämlich die nationale Kulturpolitik für die globalisierte Welt, ihre Chancen und Gefahren stärker zu sensibilisieren als es bisher geschah. Beides wird also benötigt, konzeptionelle Anstrengung und administrative Phantasie.

Auch international sollte die Welt nicht mehr so sein, wie sie mal war: Zum einen sind die Netzwerke, die im Vorfeld dieser Entscheidung geknüpft wurden, zu nutzen, um die je nationalen Erfahrungen mit der Konvention zu vergleichen. Insbesondere ist ein Mehr an empirischer Kulturforschung gefragt, um herauszufinden, welche Instrumente überhaupt für die Erhaltung der Vielfalt nützlich sind.

Spannend wird es, wenn das Streitschlichtungsverfahren, das einen erheblichen Platz in der Konvention einnimmt, zum Zuge kommen muss. Wann sieht man die Vielfalt als gefährdet an? Welche Sanktionen greifen? Was macht man – und dies ist die spannendste Frage überhaupt – wenn es trotz aller diplomatischen Bemühungen zu einem Streit mit der Welthandelsorganisation kommt? Deutschland wird also auf zwei Ebenen aktiv werden müssen – und damit ist nicht nur der Staat, sondern vor allem die organisierte Zivilgesellschaft gemeint: Auf nationaler Ebene sind die neuen Möglichkeiten und Herausforderungen der Konvention auszuloten, auf internationaler Ebene ist der Erfahrungsaustausch zu intensivieren. Man wird zudem nicht erwarten können, dass die Debatte über die Dienstleistungsrichtlinie in der EU oder die Ausweitung des GATS-Abkommens auf Medien, Kultur, Soziales und Bildung nunmehr beendet sein wird. Aber immerhin haben wir jetzt in diesen Debatten einen besseren Rückhalt, dessen Belastbarkeit allerdings erst noch erprobt werden muss. Eine empirische Kulturpolitikforschung ist zudem gefragt, so wie es sie in Deutschland bestenfalls in Ansätzen gibt. Denn eigentlich weiß niemand so recht Bescheid darüber, welche Wirkungen bestimmte kulturpolitische Maßnahmen eigentlich haben. Aber auch eine vertiefte theoretische Reflexion ist gefordert. Denn bei Lichte besehen ruht die Konvention auf Grundüberzeugungen, die zwar für viele plausibel sind, die aber auch kritisches Nachfragen und Reflektieren herausfordern: Was bestimmt eigentlich kulturelle Entwicklung, woran kann man diese erkennen und vor allem wie kann man sie bewerten? Lässt sie sich überhaupt steuern – und wer legitimiert dies? Ist Vielfalt per se jener scheinbar unhintergehbare Wert, als der er in den letzten Jahren gehandelt wird und bedeutet dies, dass jegliche kulturelle Ausprägung geradezu Menschenrechtsqualität hat, oder ist es sogar gut, wenn einige Kulturen auch wieder verschwinden? Was heißt es eigentlich genau, dass kulturelle Güter und Aktivitäten Waren besonderer Art sind; speziell: Inwieweit sind sie Träger von Werten und Identitäten und wie funktioniert das überhaupt?

Der Leiter des Wissenschaftszentrums NRW, Jörn Rüsen, sagte auf dem Kongress „Publikum – Macht – Kultur“ der Kulturpolitischen Gesellschaft, dass die Aufgabe der Kultur(politik) in der „Bändigung und Zivilisierung der Vielfalt“ bestünde und er forderte, dass zukünftig nur das öffentlich gefördert werden solle, was sich „als orientierungsstarke Sinnbildung zivilgesellschaftlichen Lebens im Kampf um Symbole“ erweist. Auch hier wieder die Frage: Was ist es im weiten Feld des Kulturellen, das diesen Ansprüchen genügt?

Die Etappe der Erarbeitung der Konvention ist erfolgreich zu Ende gegangen. Als Deutscher Kulturrat dürfen wir in Anspruch nehmen, nicht bloß (bei unserer Tagung „Grenzenlos Kultur“) diese Initiative erstmals öffentlich in unserem Land vorgestellt zu haben, wir gehörten auch politisch und konzeptionell zu den treibenden Kräften innerhalb und außerhalb der Bundesweiten Koalition zur kulturellen Vielfalt. Nunmehr müssen und werden wir auch insoweit in der Verantwortung bleiben, als insbesondere die skizzierten Anforderungen auf nationaler Ebene unmittelbar zu unserem Arbeitsauftrag gehören. Wir werden uns allerdings auch den theoretischen und konzeptionellen Fragen stellen müssen, da von deren überzeugender Beantwortung die zukünftige Legitimation eines öffentlichen Engagements für Kultur abhängen wird. Und diese bleibt auch deshalb auf der Tagesordnung, weil die Unesco nationale Engpässe in Staatshaushalten nicht beheben kann.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

In den Netzen soll die Werbefreiheit grenzenlos sein

Wie die Europäische Kommission die Fernsehrichtlinie reformieren will • Von Karin Junker

Ring frei für die nächste Runde im Lobby-Kampf um die Modernisierung der europäischen Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“. Nachdem die Europäische Kommission nach einer Endlosphase der Konsultationen und Erarbeitung von Studien jetzt mit sechs „Themenpapieren“ aus der Deckung gekommen ist, haben sich öffentlich-rechtliche und kommerzielle Veranstalter und ihre Interessenverbände, Medienschaffende, Verbraucherschutzorganisationen und Politik in Stellung gebracht: Nach dem Willen der einen soll die Werbefreiheit in den Netzen grenzenlos sein, nach dem Willen anderer sollen dem „grenzenlosen Fernsehen“ indessen enge Grenzen gezogen werden. Eine von der Kommission und der britischen Präsidentschaft gemeinsam veranstaltete audiovisuelle Konferenz in Liverpool diente dem Schlagabtausch der üblichen Verdächtigen, aber noch ist alles offen.

Ernst wird es, wenn die Kommission ihren Entwurf für die Revision der Fernsehrichtlinie ins Gesetzgebungsverfahren einbringt, was für Ende des Jahres angekündigt ist. Wohin die medienpolitische Reise gehen soll, haben die Themenpapiere aus dem Haus der Kommissarin Reding erkennen lassen. Zusammenfassend gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst: die derzeitige Richtlinie, die ausschließlich für das herkömmliche Fernsehen gilt, weil in der Vergangenheit der Anwendungsbereich aufgrund massiver Interventionen der kommerziellen Anbieter trotz einer parlamentarischen, aber leider nicht der erforderlichen absoluten Mehrheit nicht auf „neue Dienste“ ausgedehnt werden konnte. Jetzt sollen alle audiovisuellen Dienste von einer technik- und zugangsplattformneutralen Inhalte (Content-) Richtlinie erfasst werden.

Alle? Das steht im Widerspruch zu der Intention der Kommission, nicht näher definierte „audiovisuelle Dienste“ der zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindlichen Dienstleistungsrichtlinie zuzuordnen. Sollte sich die Kommission damit durchsetzen, wäre ein Teil (welcher??) der audiovisuellen Dienste dem spezifischen Medienrecht entzogen. Das würde auch eine erhebliche Schmälerung der Gestaltungsmöglichkeiten der Mitglieds(Bundes-)Länder bedeuten und öffentlich-rechtliche Veranstalter in ihren Angeboten empfindlich einschränken. Im Europäischen Parlament deutet sich eine fraktionsübergreifende Mehrheit an, dem Kulturausschuss zu folgen und die audiovisuellen Dienste komplett aus der Dienstleistungsrichtlinie herauszunehmen. Das wäre ein wichtiger Etappensieg. Schließlich kommt es aber auch auf eine Mehrheit im Rat an. Die deutsche Position ist eindeutig für die Ausklammerung.

Interessanterweise unterscheidet die Kommission neuerdings zwischen „linearen“ Diensten und „nicht-linearen“ Diensten. Unter ersterem versteht sie Angebote, die „zeitlich festgelegt sind“, also eine feste Programmabfolge für den Tagesablauf aufweisen, unter letzteren alle Abrufdienste, „bei denen der Nutzer die gewünschten Inhalte jeder Zeit auswählen kann“. Hier drohen unterschiedliche Schutzstandards vor allem im Hinblick auf die „kommerzielle Kommunikation“, also Werbung. Der Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT) reklamiert eine „Beschränkung auf das absolut notwendige Minimum an Vorgaben“, was natürlich nicht überraschen kann. Die Öffentlich-Rechtlichen sprechen sich hingegen verständlicherweise für einheitlich hohe Standards aus. Einig ist man sich, dass der Hörfunk in keiner Richtlinie etwas zu suchen hat, da er

Satellitenschüsseln an einer Hausfassade in Berlin Neukölln **Foto: Georg Slickers**

auch in naher Zukunft „ein maßgeblich lokales, regionales und nationales Medium sein wird“ (VPRT).

Die im Telekom-Paket enthaltenen Must-Carry-Regeln, die den Mitglieds(Bundes-)Ländern ermöglichen, bestimmte Angebote zur Verbreitung verpflichtend vorzuschreiben, möchte der VPRT allerdings am liebsten gänzlich kippen, um die öffentlich-rechtliche Konkurrenz weitgehend aus dem Feld zu schlagen. Streit ist also in vielerlei Hinsicht programmiert. Vor allem natürlich im Hinblick auf die Novellierung der Werbungsregeln, die quantitativ und qualitativ infrage gestellt werden. Denn nach Auffassung der Kommission – und das ist die schlechteste Nachricht – wäre Schleichwerbung kein Thema mehr, denn Product Placement soll frei gegeben werden und wohl auch Themen-Placement. Die Trennung von Werbung und Programm soll nur noch durch einen Sponsor-Hinweis im Vor- und/oder Abspann erfolgen. Der VPRT kommt sogar auf die bizarre Idee, während eines Placements das Logo des Veranstalters durch das Logo der werbenden Firma zu ersetzen. Das kann, man stelle sich das mal vor, einen ganzen Reigen aus Auto-, Möbel-, Pharma-, Verlags-, Lebensmittel- usw. Logos in den Programmbeiträgen ergeben, die somit zur Dauerwerbesendung verkommen würden. SAT 1 hat ja schon, wie man lesen konnte, reichlich (noch widerrechtlich) „Informationsprogramme“ bei einschlägigen Stellen eingekauft. So weit darf es nicht kommen! Auch wenn die herkömmliche Blockwerbung in Fernsehprogrammen immer mehr ihre Wirkung verfehlt, muss die Trennung von Werbung und Programm strikt eingehalten werden. Audiovisuelle Dienste mit publizistischem Anspruch, die großen Einfluss auf die demokratische Meinungsbildung haben, sind nach wie vor Dienstleistungen mit einem Doppelcharakter als Wirtschafts- und Kulturgut, ob sie nun von kommerziellen oder öffentlich-rechtlichen Veranstaltern angeboten werden. Verbraucherschutz light ist der falsche Weg.

Die Verfasserin ist freie Publizistin ■

Den europäischen Dialog stärken

Kulturpolitische Elemente in der aktuellen Europadebatte • Von Barbara Gessler

Diese Frage beschäftigt nicht nur diejenigen, die professionell mit der Europäischen Integration zu tun haben, sondern auch mehr und mehr alle, die sich direkt oder indirekt betroffen fühlen vom aktuellen schwierigen Zustand in der Union.

Während einerseits die konkrete Diskussion um den Verfassungsvertrag zunächst auf Eis gelegt ist und ein verschärftes Nachdenken über den zukünftigen Weg angestoßen wurde, gibt es nach wie vor auch Unklarheit über den Haushalt. Obwohl der Kulturausschuss des Europäischen Parlaments fast durchgängig eine Erhöhung der finanziellen Ausstattung für alle Kultur-, audiovisuellen, Bildungs- und Jugendprogramme fordert, und davon auszugehen ist, dass das gesamte Parlament diesen Forderungen in seiner Oktobersitzung nachgekommen sein wird, konnten die Mitgliedstaaten noch keine Einigkeit über den Haushaltsrahmen erzielen. Die Unsicherheit für alle Akteure, die auf eine Unterstützung durch diese und andere Programme hoffen, bleibt also weiterhin bestehen. Auch die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie ist im Europäischen Parlament weiter vorangegangen, alle Stellungnahmen der anderen Ausschüsse und eine hohe Anzahl von Änderungsanträgen dienen dazu, dieses wichtige Vorhaben zu einem für alle Beteiligten zufrieden stellenden Resultat zu führen.

Von weniger technischer Natur ist die aktuelle Diskussion um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Im Rahmen der Vorbereitungen für diesen bedeutenden Schritt hat die Kommission bereits einen Vorschlag für die Stärkung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft mit der Türkei gemacht. Die kulturelle Komponente wird einen nicht unerheblichen Teil dazu beitragen können, dass dieser Dialog gelingt. Einen weiteren Baustein, der auch mit diesem Thema in konkretem Zusammenhang steht, legt die Kommission nun in ihrem Vorschlag für ein Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008 vor. Ausgestattet mit einem Gesamtbudget von 8,750 Millionen Euro sollen Aktivitäten, die ab Anfang 2007 bis Ende 2008 stattfinden sollen, insbesondere den Aspekt der kulturellen Vielfalt in Europa widerspiegeln und stärken. Gerade auch für junge Menschen wird dieser Dialog auch in Zukunft eine besonders wichtige Rolle spielen. Europas Position in der Welt kann durch einen verstärkten Dialog mit anderen Kulturen, durch Weltoffenheit und Bemühung um Verständnis und gute Partnerschaft mit seinen Nachbarstaaten, gestärkt werden. Das Jahr soll Erkenntnis und Anerkennung der bereits innerhalb der EU bestehenden kulturellen Vielfalt, des gemeinsamen Erbes und der gemeinsamen Werte und Traditionen bringen. Drei verschiedene Typen von Aktionen sollen in diesem Jahr gefördert werden. Einerseits geht es darum, einige hochgradig sichtbare europaweite grössere Ereignisse zu fördern, die sich insbesondere an junge Menschen richten. Dafür soll von Seiten Europas eine bis zu 80%ige Förderung möglich sein. Aber auch nationale Ereignisse, die andererseits eine starke europäische Dimension haben, sollen bis zu 50 % mit Gemeinschaftshilfe rechnen können. Auf der europäischen Ebene soll eine Informationskampagne durchgeführt werden, die die Ziele des Interkulturellen Jahrs in das öffentliche Bewusstsein rücken soll. Die Medien werden eine wichtige Rolle in diesem Kontext spielen. Ebenfalls dazu beitragen sollen vorbereitende und begleitende Studien zum Thema. Nicht-finanzielle Unterstützung soll erfolgen, indem diese Dimension im Rahmen von bereits bestehenden anderen europäischen Politiken besonders hervorgehoben wird. Dem Integrationsgedanken der kulturellen Aspekte soll so Rechnung getragen werden. Natürlich soll dieses Jahr im Sinne der Subsidiarität in enger Kooperation mit den Mitgliedstaaten, aber auch mit anderen internationalen Organisationen wie dem Europarat durchgeführt werden. Gerade für Deutschland kann diese Initiative eine gute Gelegenheit darstellen, bereits existierende Bemühungen zu verstärken und neue Ideen zu entwickeln.

Die Verfasserin ist Leiterin der EU-Vertretung in Bonn ■

Im Labyrinth der Kulturzuständigkeiten: Ein Handbuch

Die Kulturverwaltung der Länder, des Bundes und der Europäischen Union

Hg. v. Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz, Berlin 2005, 148 Seiten, 14,80 Euro

Wer ist für Kultur in den Kommunalen Spitzenverbänden, in den Ländern, beim Bund und in der Europäischen Union zuständig? In dem Buch „**Im Labyrinth der Kulturzuständigkeiten: Ein Handbuch**“ sind die Namen und Anschriften der für Kultur Verantwortlichen zusammengestellt. Das Buch stellt Transparenz in den komplizierten Strukturen der Kulturpolitik und Kulturförderung in Deutschland her.

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45 Email: post@kulturrat.de

Ein starker Partner der heimischen Kreativen

Die Independents • Von Christian Handke und Peter James

Die Tonträgerindustrie befindet sich im Umbruch: in den letzten sieben 7 Jahren wurden dramatische Umsatzrückgänge am Tonträgermarkt von über 40% verzeichnet, wie P. Tschmuck in *Kreativität und Innovation in der Musikindustrie 2003 herausgearbeitet hat.* Gleichzeitig spielt die Tonträgerindustrie in zweierlei Hinsicht eine Vorreiterrolle unter den so genannten Kreativindustrien. Erstens ist sie in besonderem Maße von der Verbreitung neuer Kopiertechniken betroffen. Über CD-Brenner und File-Sharing Netzwerke im Internet werden die von Tonträgerunternehmen vermarkteten Tonaufnahmen seit Jahren massenhaft und unautorisiert kopiert. Zweitens entwickeln sich mittlerweile aber auch autorisierte neue Dienstleistungen und Verbreitungsmöglichkeiten für Tonaufnahmen in einem rasanten Tempo.

In Anbetracht dessen gibt es ein nie gekanntes öffentliches Interesse an der Tonträgerindustrie. Dies drückt sich auch in Bemühungen aus, die Rahmenbedingungen für Tonträgerunternehmen und Kreative an sich verändernde Umstände anzupassen. Die Urheberrechtsreform und vermehrte Diskussionen zur Rolle von Verwertungsgesellschaften oder einer Radioquote für deutsche Musik sind nur drei Beispiele.

Die Tonträgerindustrie ist dabei alles andere als homogen. Sie besteht einerseits aus wenigen, seit langem weltweit agierenden größeren Unternehmen, den so genannten Majors, die in etwa drei Viertel des Marktes für Tonträger abdecken und natürlich auch in Deutschland mit Niederlassungen vertreten sind. Andererseits besteht die Tonträgerindustrie heute aber auch aus buchstäblich Tausenden von mittleren, kleinen und kleinsten Unternehmen. Entgegen dem allgemeinen Trend gibt es gerade im Bereich dieser kleinen und mittleren Tonträgerunternehmen deutliche Hinweise auf positive Entwicklungen.

Nachdem die Majors besonders in Deutschland schon vor Jahren die Musikproduktion und den eigenen Künstler-Karrieren-Aufbau zurückgefahren haben, und ihre Leistungen auf die Vermarktung eigener Kataloge und Musikproduktionen der Independents – oft nur als reiner Herstellungs- und Vertriebsdienstleister – konzentriert haben, folgte als nächster Konsolidierungsschritt ein umfassender Personal- und Künstlerabbau. Gleichzeitig wurde die Integration der deutschen Niederlassungen in das internationale Konzerngefüge vorangetrieben, was den Handlungsspielraum des lokalen Managements weiter begrenzt hat.

Auf Dauer ist dies ein Problem für Musikschaffende und -interessierte in Deutschland. Bei der Musik beginnt die „Wertschöpfung“ wie bei anderen Industriezweigen beim „Rohstoff“, d. h. bei den Fähigkeiten der Kreativen, also der Urheber, Producer und Interpreten. Deren Talent ist nicht pre-existent, sondern kristallisiert sich im Laufe kollektiver Handlungsprozesse heraus. Nur ein leistungsfähiges Netzwerk aus Musikproduzenten, Musikmanagern, Musikagenten und Konzertveranstaltern vor Ort kann Kreative in ihrer Entwicklung unterstützen und gibt ihnen oft erst die Möglichkeit, ein größeres Publikum zu erreichen.

Unternehmen in der Musikwirtschaft sind auf die Leistungen der Kreativen angewiesen. Umgekehrt brauchen Kreative verlässliche und effiziente Geschäftspartner, die sie in langfristigen Partnerschaften aufbauen, ihr Know-How in der Musikproduktion und -vermarktung einbringen und finanzielle Risiken teilen.

Nach dem teilweisen Rückzug der Majors in diesem Bereich fällt diese Rolle noch häufiger den „Independents“, unabhängigen kleinen und mittleren Unternehmen zu. Die Zahl dieser Unternehmen hat sich, den Mitgliedszahlen des „Verbandes unabhängiger Tonträgerunternehmen, Musikverlage und Musikproduzenten“ (VUT) zufolge, in den Umbruchsjahren seit 1998 mehr als verdoppelt. Hier scheint es derzeit starke Wachstumsimpulse gegen den allgemeinen Trend am Tonträgermarkt zu geben.

Die Stärke der Independents liegt in der Nähe zu den Kreativen. So sind sie besonders in der Lage, neue Kreative und neue Trends zu entdecken und zu fördern (und sie im besonderen Erfolgsfall sogar für die Majors interessant zu machen). Gelingt ihnen dies nicht, haben sie kaum eine Chance, im Wettbewerb mit größeren Unternehmen zu bestehen.

Neben dem Wettbewerb um die erfolgreiche Förderung Kreativer, besteht die Überlebensstrategie der Independents gegenwärtig zunehmend darin, mehrere Elemente der Wertschöpfungskette gleichzeitig abzudecken und Netzwerke in Unternehmensformen zu integrieren, bei denen frühere Spezialisierungen wie Künstlermanagement, Musikproduktion, Verlagswesen, Werbung und Marketing sowie das Live-Segment in einer Hand zusammengefasst werden.

Einerseits ist diese Strategie auch eine Reaktion auf die Schwäche der Majors und damit geringer Möglichkeiten, mit stärkeren Unternehmen zu kooperieren. Andererseits ist sie eine Reaktion auf Markthürden, die sich im Rahmen des derzeitigen Umbruchs verstärkt haben. So hat sich etwa der Kundenkontakt durch die Reduzierung der Verkaufsflächen im Einzelhandel und durch die einseitige Beschränkung der Medien (Radio, TV) auf massentaugliche Mainstreammusik erschwert. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb in einem globalisierten Markt für Medieninhalte.

Künstlerorientierte, kleine und mittlere deutsche Musikunternehmen verfügen kaum über die finanziellen Ressourcen, um beim Werbe-Wettbewerb quersubventionierter Medienkonzerne in den Medien mitzuspielen oder sich in neue Märkte einzukaufen.

Stattdessen setzen sie auf die Innovationskraft und Qualität ihrer Künstler/Produkte, schaffen neue Kommunikationswege, entwickeln innovative Vertriebs- und Präsentationsformen und bilden somit die Keimzelle nicht nur der inhaltlichen sondern auch der wirtschaftlichen Innovationen. Und der Markt reagiert: Die Independents sind auf deutlichem Wachstumskurs in In- und Ausland, wie die zunehmenden Präsenz in den Verkaufscharts zeigt.

Die Ergebnisse einer Befragung, die der VUT unter seinen rund 1.000 Mitglieder durchgeführt hat, dokumentieren die Bedeutung der Independents in Deutschland. Erste Ergebnisse erscheinen in Kürze unter www.vut-online.de

Der Anteil der Independents am Tonträgerumsatz am deutschen Tonträgermarkt entspricht ungefähr dem eines der vier Majors. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich mit den Statistiken des Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft nur sehr grob möglich ist, da die Zahlen nach unterschiedlichen Methoden erhoben wurden. Beim Gesamtangebot an verschiedenen Werken auf Tonträgern und besonders bei den Neuveröffentlichungen ist der Anteil der Independents noch einmal bedeutend höher als am Umsatz und liegt über einem Drittel. Hinzu kommt eine starke Orientierung der Independents auf die Werke deutscher Kreativer und eine deutliche Betonung künstlerisch ambitionierter Arbeiten, die den kulturellen Beitrag kleiner und unabhängiger Tonträgerunternehmen in Deutschland hoch erscheinen lassen.

Fazit: Wer im Interesse der Kreativen auch in Deutschland eine starke Musikwirtschaft will, sollte sich verstärkt den kleinen und mittleren Musikunternehmen in Deutschland zuwenden.

Christian Handke ist Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin. Peter James ist Vorstandsmitglied im VUT ■

Die Zukunft unserer Arbeit

Kulturdienstleistungen in Zeiten der Globalisierung • Von Hans-Jürgen Blinn

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit mehr als 500 Burgen und Schlössern, Heimat des Weltkulturerbes „Mittelrheintal“ mit dem weltberühmten Loreley-Felsen, der Dome in Mainz, Speyer und Trier, zahlloser Kulturinitiativen der so genannten Freien Szene, der städtischen und der freien Theater, der Bildenden Kunst, von rund 400 Museen und zwei Staatsphilharmonien. All dies zu schaffen und am Leben zu erhalten bedeutet viel Arbeit und die Freude an der dadurch geschaffenen Kunst ist mit Geld nicht aufzuwiegen. Dennoch müssen viele Kulturschaffende davon auch leben können. Die Art und Weise, wie man heute im Bereich der Kultur arbeitet, wird sich jedoch grundlegend ändern. Zwei Projekte in Rheinland-Pfalz wollen diesem Umstand Rechnung tragen. Nach einer nunmehr dreijährigen Projektphase geht ein durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Europäischen Sozialfonds gefördertes Internet-Portal namens „vertikult“ in die Umsetzungsphase. Mit erheblichem finanziellen Aufwand und großem Engagement wurde hier ein Baustein gelegt, um Kulturschaffenden ein Auskommen mit dem Einkommen zu verschaffen.

Www.vertikult.de liegt an der Schnittstelle zwischen Kultur und den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Ziel ist es, den Kulturschaffenden eine internet-gestützte Plattform als innovatives Arbeitsinstrument für die Projektarbeit zu bieten. Über das Portal können Dienstleistungen angeboten und in Anspruch genommen werden. Neu sind dabei zwei Aspekte: ein solches Portal wird es erstmalig im Kulturbereich und für ein ganzes Bundesland geben und es wird weitere Funktionen anbieten, um die Arbeitsorganisation in Projekten zu unterstützen.

Es wird Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen im Kulturbereich zusammenführen. Es wird zur Transparenz bei öffentlichen Auftragsvergaben beitragen. Es wird temporäre Dienstleistungen anbieten und abfragen. Es wird Arbeitgeber/innen die Suche nach qualifizierten Auftragnehmer/innen ermöglichen und erleichtern. Es wird Arbeitsuchenden den Zugang zu Aufträgen und Beschäftigung eröffnen. Es wird den Nutzer/innen helfen, Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt aktiv mitzugestalten und zur eigenen Qualifizierung beizutragen.

Das zweite Projekt entsteht im Rahmen des Programms „Europäische Kulturhauptstadt: Luxemburg und die Großregion 2007“. Rheinland-Pfalz beteiligt sich neben dem Saarland, Lothringen und der Wallonie (deutsch- und französischsprachige Gemeinschaft) an der Einrichtung eines *Kulturportals der Großregion*, das mit Mitteln des Europäischen Regionalfonds (INTERREG III C) unterstützt wird. Das neue Kulturportal soll u.a. den Zugang zu Informationen im Kultur- und Tourismusbereich verbessern, die Vernetzung der Kulturschaffenden erleichtern, sowie die Kultur- und Kunstszene in der Großregion transparenter machen.

Nur sehr langsam – der derzeitige Bundestagswahlkampf ist ein Beleg dafür – tasten wir uns zur bitteren Wahrheit vor: wir werden uns vom Ziel der Vollbeschäftigung verabschieden müssen. Vielleicht nicht für immer, aber durchaus für einige Zeit. Man kann es gut am Wandel der öffentlichen Rhetorik verfolgen. Sprach man vor 10 Jahren noch von der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, so ist dieser Ausdruck einer Formulierung von „mehr Beschäftigung erreichen“ gewichen.

Es ist ein Verdienst der Bundesregierung mit der Agenda 2010 einen Reformkurs eingeleitet zu haben, der grundsätzlich alle Bereiche unserer Gesellschaft auf den Prüfstand stellt, insbesondere die sozialen Sicherungssysteme. Wir haben mit Erschrecken feststellen müssen, dass sogar in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und trotz Zugeständnissen an die Großunternehmen kein massiver Abbau der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Die Effizienz in der Produktivität steigt, aber ohne den Einsatz von Menschen, sondern im Gegenteil: Maschinen machen Erwerbstätige überflüssig.

Die großen demografischen Veränderungen im Altersaufbau der Erwerbsbevölkerung werden durch die internationalen Auswirkungen der Globalisierung noch verschärft. Daher wird die grundsätzliche Frage bleiben: können wir in absehbarer Zeit auch unter günstigsten konjunkturellen Bedingungen und mit der wirkungsvollsten Wirtschaftspolitik vom hohen Sockel der Erwerbslosigkeit wieder herunterkommen? Meines Erachtens wird dies nur möglich sein, wenn wir insgesamt die Organisation unserer Arbeit neu ordnen.

Hans-Jürgen Blinn
Foto: Karin Drda-Kühn

Diese Verschiebung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die wir seit den 60er Jahren beobachten, bedeutet einen Umbruch und Verlust traditioneller Arbeitsformen und die Entstehung neuer Verdienstmöglichkeiten. Bereits 1976 hat Daniel Bell in seinem Buch „Die nachindustrielle Gesellschaft“ diese Revolution in der Arbeitswelt beschrieben. Wirtschaftliches Wachstum schlägt sich immer weniger in einer Erhöhung der Beschäftigungszahl nieder und hat ihre Ursachen nicht nur in der sich beschleunigenden Automatisierung von Warenproduktion und Dienstleistungen. Auch die Art, wie produziert wird, ändert sich: Flexibilität ist das Schlüsselwort für eine Organisationsform der Arbeit geworden, die sich immer schneller dem Markt und einem ungehemmten Drang zur Diversifikation anpassen muss.

Neue Arbeitsformen, die durch flache Hierarchien und Mitarbeitergruppen mit besonderen Qualifikationsprofilen gekennzeichnet sind, ersetzen starre Entscheidungsstrukturen und mechanisch festgelegte Produktionsabläufe. Die neuen Netzwerke der Arbeit sind die Zukunft. Sie können je nach Aufgaben und Projekt schnell zusammengestellt und auch wieder aufgelöst werden. Zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung solcher Netzwerke sollen das vertikult-Portal und das Kulturportal der Großregion beitragen.

Eine veränderte Arbeitsweise hat selbstverständlich Auswirkungen auf die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und insbesondere auf die Kulturschaffenden. Zunächst erhalten sie sicherlich mehr Gestaltungsmöglichkeit, aber auch mehr Verantwortung zugewiesen. Ein weniger an Routine und festgelegten Entscheidungswegen bedingt ein Mehr an Möglichkeiten, vielfältige Fähigkeiten einzusetzen und zu erwerben. Vor allem Kreativität und Flexibilität sind es, die einen schnellen Transfer von Wissen und Information ermöglichen, um immer neue Perspektiven der Produktion zur Entwicklung zu eröffnen.

Kritische Ökonomen und Arbeitsforscher mahnen jedoch schon seit Jahren, den gesellschaftlichen Reichtum nicht mit dem durch Erwerbsarbeit im Kapital geschaffenen Bruttosozialprodukt gleichzusetzen. André Gorz, der französische Sozialtheoretiker, Philosoph und Autor, prognostiziert sogar ein Ende der Arbeitsgesellschaft, wie wir sie kennen und sieht dafür eine Tauschgesellschaft im Bereich der Dienstleistungen entstehen. Wissen, so Gorz, spiele im gesellschaftlichen Produktionsprozess bereits die bei weitem wichtigste Rolle. Es sei die entscheidende Produktivkraft, dazu bestimmt, sowohl einfache manuelle Arbeit als auch Finanz- und Sachkapital zu subalternen Produktivkräften herabzusetzen. Zum Übergang in eine Wissensgesellschaft werde es jedoch erst kommen können, wenn die Gesellschaft Wissen nicht als Fachwissen behandelt, sondern als Komponente einer Kultur, in der die Ent-

Weiter auf Seite 29

Fortsetzung von Seite 28

wicklung der menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen das entscheidende Ziel ist.

Die bisherige Fixierung auf das Bruttosozialprodukt hat ganz offensichtlich einen gravierenden Nachteil. Wir sehen nicht, dass unser gesellschaftlicher Reichtum auch von Tätigkeiten gebildet wird, die in den Wirtschaftskreislauf gar nicht eingehen. Dazu gehören Arbeiten in der Familie und im Haushalt, Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliches Engagement und vieles mehr. Erst die Ökonomie der Gesellschaft als Ganzes gibt den Blick auf die wirklichen Wurzeln unseres Wohlstandes frei. Die Beurteilung dieses neben Staat und Wirtschaft existierenden so genannten dritten Sektors ist bei der noch kleinen Schar von Politikern und Wissenschaftlern, die den Wert gesellschaftlicher Eigenaktivität gerade neu entdecken, durchaus unterschiedlich.

Für viele Menschen mit erzwungener erwerbsfreier Zeit bietet die freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit bei kulturellen, sozialen oder karikativen Einrichtungen ein wichtiges Bindeglied zum gesellschaftlichen Leben. Zugleich könnten volkswirtschaftlich wichtige Leistungen erbracht werden, die nicht mehr als professionelle Dienste zu finanzieren sind. Diesen Aspekt hat Ulrich Beck mit dem Begriff der „Bürgerarbeit“ in den allgemeinen Diskurs eingeführt.

Flexibilität und Durchlässigkeit der Ausbildungssysteme und der Berufsausübung müssen daher auch in Zukunft weiterentwickelt werden. Ausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung und Weiterbildung sollen noch besser miteinander verknüpft werden. Ziel ist es, das Prinzip des lebenslangen Lernens auch durch eine schrittweise Höherqualifizierung umzusetzen; auch dabei leistet das vertikult-Portal einen wichtigen Beitrag.

Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss eine Vorstellung davon haben, welche Grundtrends eine Gesellschaft bewegen und welche neuen Anforderungen wahrscheinlich auf sie zukommen. Nicht zuletzt muss Wirtschaftspolitik darüber hinaus eine Vorstellung davon entwickeln, welche künftigen Strukturen wünschenswert sind. Als Megatrends der wirtschaftlichen Entwicklung wurden in den Anhörungen und Beratungen der Enquete-Kommission zum Thema „Zukunft der Arbeit“ im Mainzer Landtag genannt: Globalisierung, Ökologisierung, Technologisierung, Dienstleistungsorientierung und verstärkte Einbeziehung von Frauen in die Arbeitswelt.

Folgt man jedoch dem amerikanischen Philosophen und Arbeitsforscher Frithjof Bergmann, der unsere gesamte Arbeitswelt in der derzeitigen Verfassung in Frage stellt, so kommen einem Zweifel am Erfolg der Vorschläge nicht nur dieser Enquete-Kommission. Bergmann stellt demgegenüber sein Konzept der „Neuen Arbeit“ und schlägt einen zweiten Arbeitsmarkt vor, der den Menschen ermöglichen soll, ihre verschütteten Talente ohne Profitdruck einzusetzen. Nach Ansicht Bergmanns verhindere die Gleichung „Mehr Wachstum = mehr Arbeitsplätze“ (übrigens eine Gleichung, die die CDU im Bundestagswahlkampf plakatierte) jede Verbesserung des Systems und erweise sich in Zeiten der Globalisierung auch nicht mehr als zutreffend. Es gehe schlicht und einfach darum, den Wunsch der Menschen nach sinnvoller Beschäftigung zu erfüllen. Warum sollen die beiden Internet-Portale in Rheinland-Pfalz dabei nicht ein Schritt in diese Richtung sein?

Der Verfasser ist Mitarbeiter im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz ■

Es besteht gesellschaftlicher Bedarf

Ulrich Gumpert erhält den Albert Mangelsdorff-Jazzpreis 2005 • Von Andreas Kolb

Die Hinterlassenschaft des am 24. Juli dieses Jahres gestorbenen Jazzmusikers Albert Mangelsdorff besteht nicht nur in zahlreichen Aufnahmen und Erinnerungen an großartige Konzerte. Sein Einfluss ist weiter wirksam: In den siebziger Jahren stand seine Musik für die Emanzipation der europäischen Musiker von ihren amerikanischen Vorbildern, die bis dahin die Szene dominierten und damit definierten, was unter Jazz zu verstehen sei. Dass man heute von europäischem Jazz ganz selbstverständlich spricht, ja dass ganze Festivals sich mit dieser ganz besonderen Fähigkeit des Jazz beschäftigen, kulturell verschiedenartige Elemente in sich aufzunehmen, zu amalgamieren und aus ihnen Neues zu schöpfen, ist auch Albert Mangelsdorff zu verdanken. Zwei nicht nur geografisch entgegen gesetzte Festivals, die für diese Tendenzen stehen, seien hier beispielhaft genannt: einmal das European Jazztival auf Schloss Elmau, das dieses Jahr wegen eines Großbrandes ausfallen muss, und zum anderen das Jazzfest Berlin, das sich unter seinem neuen Leiter Peter Schulze nicht länger allein auf Amerikas Jazzkompetenz stützt. Seit 1994 wird auf dem Jazzfest Berlin der Albert Mangelsdorff-Preis (Deutscher Jazzpreis) verliehen. Der Preis wird von der Union deutscher Jazzmusiker (UDJ) an “herausragende und epocheprägende Jazzpersönlichkeiten“ aus Deutschland verliehen.

Dieses Jahr geht der von der GEMA-Stiftung mit 13.000 Euro ausgestattete Preis an den Pianisten und Komponisten Ulrich Gumpert, der zusammen mit Ernst-Ludwig Petrowsky (Preisträger 1997), den Jazz in der DDR maßgeblich prägte. Die Jazzmusiker der DDR fanden sich nach den Jahren des deutschen Faschismus in einer Situation und Spielpraxis wieder, die mit der westdeutschen ganz und gar nichts gemein hatte. Bei den Siegesfeiern auf dem Roten Platz spielte zwar noch eine sowjetische Militärkapelle „Chattanooga Choo Choo“ von Glenn Miller. Bald setzte sich aber die an Stalin orientierte Kulturpolitik durch und ab der Kulturkonferenz 1952 war in der DDR Schluss: Alle Jazztitel wurden aus dem Rundfunkprogramm gestrichen. Jazz galt als Musik des Klassenfeindes, als „Giftgasangriff auf das proletarische Bewusstsein“.

Dennoch ereignet sich Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auch in der autoritären DDR Vergleichbares zum Westen: Es wurde experimentiert. Hier kam der am 26. Januar 1945 im thüringischen Jena geborene und aufgewachsene Ulrich Gumpert ins Spiel. Nach ersten Studien und wilden Jahren in Weimar ging er nach Berlin, wo er an der Musikhochschule „Hanns Eisler“ studierte. Als seinen wichtigsten Lehrer bezeichnete er allerdings keinen Meister aus der Hochschule, sondern einen aus der Praxis: den Trompeter, Komponisten und Bandleader Klaus Lenz.

Ende der Sechziger war es dann so weit: Gumpert gründete sein eigenes Quartett – elektrisch, rockorientiert, jazzinspiriert. Aus dieser Keimzelle entstand, durch vier Bläser erweitert, die Kultgruppe „SOK“ (slaw. Saft). Dazu Gumpert 1994 in Berlin: „Unter diesem Namen firmierte Anfang der 70er-Jahre eine Band, die, neben so konkreten Vorbildern wie Blood, Sweat & Tears oder Chicago dem Jazz allgemein verpflichtet, dem Konzert des damals inzwischen von den SEDisten legalisierten und gleichwohl geförderten Beat-, Rock, Pop- ect.-Einerleis eine musikalisch intelligente Variante entgegenzusetzen im Schilde führte, was zur Folge hatte, dass die Band, von den Oberen beargwöhnt, von den Unteren goutiert, nicht zu Aufnahmen beim VEB Deutsche Schallplatten geladen wurde (‚es besteht kein gesellschaftlicher Bedarf’), dafür aber die Möglichkeiten der ‚Laufbandproduktionen’ im etwas rührigeren Rundfunk der DDR nutzte, ihre Kreationen festzuhalten, wobei man natürlich am Lektorat, sprich Zensur, auch nicht vorbeikam (ein Grund für die Mehrheit von Instrumentals), was wiederum zu Folge hatte, dass, man höre und staune, einige der Stücke in den wöchentlichen Charts des Jugendradios auf den ersten Plätzen rangierten…”

Steht für den Jazz in „teutschen Landen“: Ulrich Gumpert Foto: UDJ

Den internationalen Durchbruch erlebte Ulrich Gumpert aber weder mit seinem ersten Quartett noch mit SOK. Der gelang ihm mit einem Auftritt von Synopsis auf dem Warschauer Festival Jazz Jamboree im Jahr 1973: Gemeinsam mit Ludwig Petrowsky, Günter Sommer und Conrad Bauer präsentierte Gumpert dort Freejazz à la DDR. Vieles passierte Anfang der siebziger Jahre. Gumpert schrieb die Musik zur Bühnenfassung von Ulrich Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“. Für die Jazz-Reihe in den Kammerspielen des Deutschen Theaters formierte Gumpert 1972 eine Werkstattband, mit der er DDR- Jazzmusikgeschichte geschrieben hat, und mit der er bis in die Gegenwart hinein arbeit. Viel Beachtung in DDR und BRD verschaffte im seine erste Produktion mit der Werkstattband: „Aus teutschen Landen – eine Suite nach Motiven deutscher Volkslieder“.

Damit nahm er Vieles vorweg, was den europäischen Jazz seit Anfang der 90er-Jahre kennzeichnete: den Bezug zur jeweiligen nationalen Volksmusiktradition. Man denke an die „Folklore imaginaire“ eines Louis Sclavis oder eines Michel Portal, an die Ausflüge von Henri Texier ins ländliche Frankreich oder in den Maghreb, an die vielen skandinavischen Jazzer, die sich auf die Folklore ihrer Heimatländer beziehen, oder auch an deren osteuropäische Kollegen, die die Rhythmen und Skalen des Balkan in den Jazz einbrachten. Oder umgekehrt den Jazz in ihre überlieferte Musik mit aufnahmen und einen daran erinnern, dass der erste europäische Jazz bereits in den 30er-Jahren von Django Reinhardt gespielt wurde.

Zurück in die DDR: 1984, anlässlich eines Gastspiels in Paris, formierte sich „Synopsis“ neu als “Zentralquartett”, der Name als unmissverständliche Anspielung an Zentralkomitee und Zentralagentur der DDR. 1988 – kurz vor dem Fall der Mauer – erlebten „Die Engel – vier Kurzopern“ von Jochen Berg mit Musik von Ulrich Gumpert ihre Uraufführung an den Kammerspielen des Deutschen Theaters. Im Textbuch heißt es: „wer ist der tätige. wer ist der fehler. wer.wer ist der schutz. Und wem geschieht was.“

Und was geschah nach 1990? Gumpert schrieb Filmmusiken zu Tatortkrimis mit Günter Lamprecht als Kommissar Markowitz. Er entdeckte die Hammond B3, die er ja schon immer in seinem Instrumentenfundus hatte, wieder neu für sich. „B3Special” heißt das Projekt mit Jan Roder am Bass, und Kai Lübke am Schlagzeug. Und – wie in alten Zeiten – immer wieder mal ergänzt durch Uschi Brüning, Ernst-Ludwig Petrowsky, Helmut Forsthoff oder Silke Eberhard. Eine Renaissance des Amerikanischen bei einem prominenten Vertreter des DDR-Jazz? Lässt man sich auf Gumperts Groove ein, dann werden alle transkontinentalen oder innerdeutschen Schubladen obsolet.

Konzerthinweis:
Zur Preisverleihung am 5. November (18 Uhr, Quasimodo) in Berlin spielt Bandleader Gumpert mit Ben Abarbanel-Wolff am Saxophon, Jan Roder, Bass und Michael Griener, Schlagzeug.

Bundesverdienstkreuz für Max Fuchs

Am 4. Oktober dieses Jahres verlieh Bundespräsident Köhler dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs das Bundesverdienstkreuz am Bande. In der Begründung heißt es: „Der Kulturpädagoge setzt sich in vielfältiger Weise ebenso sachkundig wie nachdrücklich in verschiedenen Ehrenämtern für einen angemessenen Stellenwert der Kultur in Politik und Gesellschaft ein. Neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Kulturrates e.V. ist auch sein Engagement als Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V. hervorzuheben, die auf seine Initiative hin wiederholt wertvolle Impulse zur Verzahnung von Kultur und Bildung gegeben hat. Beispielhaft ist das Projekt „Kultur macht Schule“ mit dem Ziel einer verbesserten Kooperation zwischen Schulen und Trägern kultureller Bildungsarbeit.“

v.l.n.r. Eva Luise Köhler, Bundespräsident Horst Köhler, Prof. Dr. Max Fuchs
Foto: Bernd Kühler/Bundesregierung

Studien zur Kulturpolitik

Von Gabriele Schulz

Im Jahr 2005 erschienen drei Bände in der von Wolfgang Schneider herausgegeben Reihe „Studien zur Kulturpolitik“ im Peter Lang Verlag, nach dem Jahr 2003 der erste Band herauskam.

Band 2 dieser Reihe die Dissertation von Angela Koch „Kommunale Kulturorganisation in den USA“ stellt einen Vergleich der kommunalen Kulturorganisation und Kulturförderung in den USA mit der in Deutschland her. Ausgangspunkt der Darstellung ist eine empirische Untersuchung der Kulturstrukturen und der Kulturförderung in der Stadt Philadelphia (USA). Ausgehend von einer differenzierten Darstellung der Kultureinrichtungen in der Stadt Philadelphia wird herausgearbeitet, welche Rolle die öffentliche Hand und welche Funktion Sponsoren, Unternehmen, Privatpersonen oder auch Stiftungen bei der Finanzierung der Kultureinrichtungen übernehmen. Ebenso wird dargestellt, welchen großen Stellenwert das ehrenamtlichen Engagement bei der Sicherung der Kultureinrichtungen hat. Verdienstvoll an der Arbeit ist, dass an dem konkreten Beispiel einer Stadt herausgearbeitet, wie die Kulturpolitik und die Kulturförderung in den USA funktioniert, dass eine schlichte Übertragung der dortigen Strukturen auf die hiesige kommunale Kulturpolitik und Kulturförderung zwar nicht möglich sind, dennoch die kommunale Kulturpolitik zahlreiche Impulse gewinnen kann.

Der dritte von Sabine Dorscheid verfasste Band befasst sich mit dem Thema „Staatliche Kunstförderung in den Niederlanden nach 1945“. Die Arbeit konzentriert sich auf die Sparte Bildende Kunst. Ausgangspunkt ist die Frage nach der Kunstautonomie als einer europäischen Tradition und darauf aufbauend dem niederländischen Verständnis von Kunstautonomie. Dorscheid skizziert anschließend das Verhältnis von Staat und Kunst in den Niederlanden vom 19. Jahrhundert bis 1940, um auf dieser Grundlage sich der niederländischen Kunstpolitik seit 1945 zuzuwenden. Sie arbeitet dabei heraus, dass in den Niederlanden nach wie vor ein Kunstverständnis vorherrscht, das der Kunst eine bindende Funktion für die Gesellschaft zuschreibt. Kunst soll, wie Dorscheid darstellt, gesellschaftliche Probleme thematisieren und abschwächen, zur Integration von Migranten beitragen und soll zugleich für die Niederlande werben. Hierfür wurde seit 1945 ein ausdifferenziertes staatliches Fördersystem entwickelt, das sowohl die Künstler, den Markt und die Käufer fördert. Die Autorin arbeitet heraus, dass das niederländische Kunstfördermodell auf einem spezifischem Gesellschaftsmodell fußt. Sie stellt heraus, dass im Unterschied zu anderen europäischen Staaten das Sammeln bildender Kunst in den Niederlanden kein Distinktionsmerkmal ist und damit der Kunstmarkt aus ihrer Sicht „unterentwickelt“ ist. Analog hierzu haben sich in den Niederlanden auch keine „Künstlerfürsten“ entwickelt mit ihren entsprechenden Lehrstühlen an den Kunstakademien und ihren Schülern. Im Gegenteil in den Niederlanden wurde das in Deutschland und Frankreich übliche „Klassenprinzip“ bei der Ausbildung bildender Künstler abgeschafft. Das abschließende Kapitel in dem Buch lautet: „Zu viele Künstler verderben den Markt, zu viel Kunstpolitik verdirbt die Kunst“. Die Autorin arbeitet hier noch einmal heraus, dass Künstler in den Niederlanden für die Gesellschaftspolitik in den Dienst genommen werden, dieses aber dem dortigen Gesellschafts- und Kunstverständnis entspricht. Eine Übertragung des niederländischen Verständnisses von Kunstpolitik mit seiner spezifischen Ausprägung der Kunstautonomie auf andere europäische Staaten ist nach ihrer Auffassung kaum möglich.

Der vierte Band der Reihe „Geld-Geber. Die Bedeutung der Sparkassen für die Kulturförderung in Deutschland“ von Dirk Meyer-Bosse wendet sich der deutschen Kulturförderung zu. Im Zentrum steht die Kulturförderung der Sparkassen, die sich von einer eher mäzenatischen Förderung von Künstlern und Kulturinstitutionen vor Ort zu einem Marketinginstrument entwickelt hat. Die Bedeutung der Sparkassen für die regionale Kulturförderung wird herausgearbeitet. Dabei werden die verschiedenen Formen der Kulturförderung wie etwa Spenden, Sponsoring und Preise differenziert untersucht. Anhand der Kulturförderung der Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg wird der Gegenstand durch Beispiele untermauert.

Insbesondere die beiden erst genannten Bücher von Koch und Dorscheid zeigen, dass ein Blick in das Ausland hilfreich ist, um die dortigen Strukturen der Kulturpolitik und Kulturförderung zu verstehen und Unterschiede zu erkennen. Dieser Blick kann aber zugleich auch die Vorzüge der ausdifferenzierten Kulturpolitik und Kulturförderung schärfen. Hierzu leistet insbesondere das drittgenannte Buch einen Beitrag.

Angela Koch: Kommunale Kulturorganisation in den USA. Studien zur Kulturpolitik. Hg. v. Wolfgang Schneider. Bd. 2. Frankfurt am Main 2005.
Sabine Dorscheid: Staatliche Kunstförderung in den Niederlanden nach 1945. Studien zur Kulturpolitik. Hg. v. Wolfgang Schneider. Bd. 3. Frankfurt am Main 2005.
Dirk Meyer-Bosse: Geld-Geber. Die Bedeutung der Sparkassen für die Kulturförderung in Deutschland. Studien zur Kulturpolitik. Hg. v. Wolfgang Schneider. Bd. 3. Frankfurt am Main 2005.

Orientierungshilfe

Von Hilmar Hoffmann

Dieter Kramer stellt wieder hohe Ansprüche: Er misst auch jene Museen, die keine Kunstmuseen sind, an den Ansprüchen von Jean-Christophe Ammann, dem ehemaligen Direktor des Museums für Moderne Kunst in Frankfurt am Main: Sie sollen *Think-Tank* sein. In den „Stürmen der Globalisierung“ sollen sie den Menschen helfen, sich neu zu orientieren. Eine solche Neuorientierung ist für Kramer angesagt, wenn „der europäisch-atlantische Raum („der Westen“) nicht mehr mit Selbstverständlichkeit das Zentrum aller Entwicklungen darstellt“, und wenn „neue und nie gekannte globale Herausforderungen von Ökonomie, Ökologie und waffentechnischen Zerstörungskräften (bezogen auf Krieg und Terror) alle Gemeinschaften und Staaten in gemeinsamer Verantwortung zu neuartigen Lernprozessen auffordern.“

Der Katalog der einschlägigen Stichworte ließe sich erweitern, auf jeden Fall ist der Blick in die „Tiefe des historischen Raumes“ (eine schöne Formel in diesem Zusammenhang) und eine auf die Vielfalt der menschlichen Kultur ein geeignetes Mittel, dem Denken in Zeiten großer Umbrüche Anregungen und Impulse zu geben.

Welche Art von Museen sollte dafür besser geeignet sein als die „Kulturmuseen“? Unter dieser Bezeichnung fasst der Autor alle jene Museen zusammen, die sich mit fremden Zeiten und Völkern beschäftigen. Im Vordergrund stehen dabei die ethnologischen Museen mit den völkerkundlichen und volkskundlichen (auf Europa bezogenen) Sammlungen. Kramer hat in den letzten 15 Jahren im Museum für Völkerkunde, heute Museum der Weltkulturen der Stadt Frankfurt, gearbeitet; jetzt geht er in Pension und hat sich zum Abschluss seiner Berufskarriere dieses Buch geleistet. Es hat auch profitiert von den Lehrveranstaltungen, die er nach seiner Habilitation als außerordentlicher Professor für Europäische Ethnologie an der Universität Wien gehalten hat.

Seine Überlegungen sind nicht nur für die Völkerkundemuseen interessant, sie sind auch anwendbar auf jene „Kulturmuseen“, die sich beschäftigen mit Archäologie, Vor- und Frühgeschichte, dem Erbe der außereuropäischen „Hochkulturen“ und mit den verflossenen Phasen der eigenen (europäischen) Geschichte. Immer geht es um die von anderen kulturellen Werten und Standards geprägten Lebensformen. „Das Museum macht aufmerksam darauf, dass auch die eigene Zukunft anders aussehen kann als eine lineare Fortsetzung aktueller Trends vermuten lässt. Erfahrungen mit der Vielfalt der Kulturen aktiv zu verarbeiten bedeutet, sich vorstellen zu können, auch das eigene Leben zu verändern ohne deswegen auf Lebensqualität verzichten zu müssen.“ Das schafft Elastizität: Es verändert das Lebensgefühl gewaltig, wenn Menschen sich sagen können: Lebensqualität und Zukunft können auch anders aussehen als bisher gemeint.

Kulturelle Vielfalt gilt angesichts der „Unwägbarkeiten der Zukunft“ als unverzichtbare Ressource, wenn heute in der UNESCO über den Schutz der kulturellen Vielfalt vor den Folgen der Liberalisierung kultureller Märkte diskutiert wird. Anders als viele Kulturwissenschaftler, die sich postmodern-modisch auf die Symbolbedeutung de Dinge und die „Welt als Text“ kaprizieren, legt Kramer auch Wert auf den „Naturstoffwechsel“, auf die materiellen Aspekte des Kulturellen, mit denen die Menschen in den jeweiligen geographischen Strukturen und Nischen ihr Leben in je kulturspezifischer Weise sichern. Dabei kann er deutlich machen, dass kulturelle Vielfalt, wie sie in Geschichte und lebendiger Gegenwart erscheint, wirklich dazu beiträgt, Überleben und Lebensqualität auch in Krisen zu sichern: Der Rückgriff auf die in den Kulturmuseen mit ihren originalen Sachzeugen dokumentierten vielfältigen Techniken, Arbeitsweisen und Sozialtechniken beflügelt die Phantasie beim Umgang mit aktuellen Problemlagen. Deshalb sind ihm Museen nicht einfach Institutionen, die zeigen, „wie herrlich weit wir es gebracht haben“ oder die der Nostalgie Nahrung bieten, sondern Laboratorien, Experimentierräume.

„Orientierungsmöglichkeiten in einer veränderten Welt, Sensibilisierung für die Bedeutung kultureller Vielfalt, Aktivierung der Möglichkeiten der Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung mit all denen, die mit uns die Erde teilen“: Das sollen die Museen leisten können. Und, auch das betont Kramer, sie können dies, weil sie mit ihrer Präsenz im Stadtraum alltäglich jederzeit zu Rate gezogen werden können. Wo, wenn nicht in den Museen, kann das Prinzip „Kultur für alle“ am ehesten realisiert werden? Da kann man die Museen nur mahnen: Nehmt die Chancen war! Und die Politiker auffordern: Gebt den Museen, was sie für diese wichtigen Aufgaben brauchen.

Dieter Kramer: „Alte Schätze und neue Weltsichten. Museen als Orientierungshilfe in der Globalisierung“. Brandes & Apsel, Frankfurt/Main 2005.

Übersicht über das Sozialrecht

Von Gabriele Schulz

In den letzten drei Jahren wurden eine Reihe von Reformen auf den Weg gebracht, die zumeist mit dem Stichwort „Hartz-Reformen“ beschrieben werden. Es handelt sich um teilweise einschneidende Veränderungen im Sozialgesetzbuch (SGB).

Das vorliegende Buch „Übersicht über das Sozialrecht“ stellt das gesamt Sozialgesetzbuch in seinen Grundzügen dar. Anhand konkreter Beispiele wird der Gesetzestext veranschaulicht und die Intention des Gesetzgebers verdeutlicht. Eingangs wird jeweils in die Geschichte der gesetzlichen Regelungen und die im Laufe der Zeit vorgenommenen Veränderungen eingeführt. Erläuterungen finden sich in der genannten Übersicht zu: SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB IV (Gemeinsame Vorschriften), SGB V (Krankenversicherung), SGB VI (Rentenversicherung), SGB VII (Unfallversicherung), SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen), SGB X (Verwaltungsverfahren), SGB XI (Pflegeversicherung), SGB XII (Sozialhilfe).
Darüber hinaus wird die soziale Sicherung der Freien Berufe – u.a. die Künstlersozialversicherung –, die soziale Sicherung der Beamten, die zusätzliche Alterssicherung, die soziale Sicherung der Landwirte, der Familienleistungsausgleich, die Ausbildungsförderung sowie Aufstiegsfortbildung, das Wohngeld, die internationale soziale Sicherung, die Sozialgerichtsbarkeit und das Sozialbudget dargestellt. Die Aufzählung belegt, wie umfassend das Buch angelegt und welche verschiedenen Komplexe angeschnitten werden. Die einzelnen Beiträge wurden von Mitarbeitern des Bundesministeriums für Gesundheit und Sozialen Sicherung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit verfasst. Alle Beiträge zeichnen sich durch hohe Sachkunde und – was durchaus nicht selbstverständlich ist – durch sehr gute Verständlichkeit aus. Ein umfängliches Stichwortregister erleichtert den Zugriff.

Übersicht über das Sozialrecht. Hg. v. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. 2. Auflage (Rechtsstand 01.01.2005). Bw-Verlag, Nürnberg 2005.

Einführung in die Kulturpolitik

Von Gabriele Schulz

Im Juli 2005 legte Armin Klein die überarbeitete Auffassung seiner Einführung in die „Kulturpolitik“ vor.

Gleich zu Beginn stellt Klein heraus, dass von Kulturpolitik zwar viel die Rede ist, Kulturpolitik sowohl in den Ländern als auch im Bund an Bedeutung gewonnen hat, zugleich innerhalb der Politikwissenschaften die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Kulturpolitik nach wie vor ein Desiderat ist und es nur wenige Wissenschaftler gibt, die sich der Frage widmen. Das vorliegende Buch will diese Lücke schließen. Ausgehend von der Fragestellung was unter „Politik“, was unter „Kultur“ und was unter „Kulturpolitik“ verstanden wird, nähert sich der Autor dem Thema, um dann auf diesem Fundament sich zunächst gründlich mit den Rahmenbedingungen von Kulturpolitik zu befassen. Hierzu gehören neben den historische Erfahrungen, den rechtlichen Normierungen auch die finanziellen Ressourcen. Darauf aufbauend werden die verschiedenen Ebenen, Akteure und Organisationsstrukturen der Kulturpolitik dargestellt. Der Autor dekliniert dabei die Europäische Ebene, die Kulturpolitik des Bundes, die Kulturpolitik der Länder, die kommunale Kulturpolitik und die nichtstaatlichen Akteure der Kulturpolitik durch. Ein weiteres Kapitel widmet sich dem kulturtheoretischen Diskurs und kulturpolitischen Zielen. Hier wird auch die aktuelle Diskussion um „Kultur als Staatsziel“ und „Kulturelle Daseinsvorsorge“ aufgenommen. Das letzte Kapitel widmet sich den Instrumenten der Kulturpolitik. Hier stehen wiederum die juristisch-administrativen Rahmenbedingungen an erster Stelle. Ebenso wird sich aber mit der finanziellen Kulturförderung, mit der Kulturentwicklungsplanung sowie der Schaffung von Kultureinrichtungen sowie der Durchführung von Veranstaltungen befasst. Das Buch stellt aus einen politikwissenschaftlichen Blickwinkel heraus mit einem engen Kontakt zur Praxis sowie der relevanten Fachdiskussion in den Bundeskulturverbänden die aktuelle Debatte zur Kulturpolitik dar. Es ist eine ideale Einführung für jeden, der sich intensiver mit Kulturpolitik befassen möchte. Zu wünschen wäre, dass das Buch nicht nur im engeren Kreis der an Kulturpolitik Interessierten sondern darüber hinaus auch in der Politikwissenschaft Resonanz finden würde, so dass ähnlich dem wissenschaftlichen Diskurs zum Bürgerschaftlichen Engagement und der Rolle des Dritten Sektors in der Gesellschaft auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit Kulturpolitik an Bedeutung und an Breite gewinnt.

Armin Klein: Kulturpolitik. Eine Einführung. 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage; VS-Verlag, Wiesbaden 2005.

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:

- Auswärtige Kulturpolitik,
- Bildung,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Daseinsvorsorge,
- Erinnern und Gedenken,
- Europa,
- Informationsgesellschaft,
- Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
- Kulturelle Bildung,
- Kulturfinanzierung,
- Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
- Kulturpolitik allgemein,
- Kulturwirtschaft,
- Künstlersozialversicherungsgesetz,
- Medien,
- Soziale Sicherung
- Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
- Stiftungsrecht,
- Urheberrecht.

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude

Fotonachweis: Deutscher Bundestag

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 15/5964 (23.08.2005)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Geistes- Sozial- und Kulturwissenschaften stärken

Drucksache 15/5910 (14.07.2005)
Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion
Situation der Breitenkultur in Deutschland

Drucksache 15/5854 (29.06.2005)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien
Gelände um das Brandenburger Tor als Ort des Erinnerns an die Berliner Mauer, des Gedenkens an ihre Opfer und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung

Bildung

Drucksache 15/5945 (09.08.2005)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen verbessern – Wachstumspotenzial der Weiterbildung nutzen

Drucksache 15/5933 (22.07.2005)
Antwort der Bundesregierung
Zur Akzeptanz des Lebenslangen Lernens in Deutschland

Drucksache 15/5932 (22.07.2005)
Antwort der Bundesregierung
Zur Finanzierung der Weiterbildung in Deutschland

Drucksache 15/5763 (14.06.2005)
Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion
Bewertung der öffentlichen Weiterbildungsberatung durch die Stiftung Warentest

Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz

Drucksache 15/5952 (10.08.2005)
Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz in den Jahren 2003 und 2004

Zeichnung: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Media-Markt: Wir sind der Baum, der Schmetterlingsflügel und die geizige Geilheit…

Erst waren wir Papst. Jetzt sind wir auch noch Deutschland. Und wenn das so weiter geht, sind wir bald wieder die ganze Welt. 25 grunddeutsche Medienunternehmen haben eine gemeinsame Kampagne für neue Aufbruchstimmung im Land gestartet. Es handelt sich um die imposanteste Ansammlung geballter Publikations-Power seit dem Zusammenschluss von Time-Warner mit Sony-BMG, Virgin und Disney: Springer, Spiegel, Holzbrinck, Bertelsmann, FAZ, ARD, ZDF, RTL und, und, und… Dagegen war Hugenbergs Imperium eine echt schlappe Nummer. Und das Meinungs-Kartellamt ist begeistert. In Fernsehspots, Anzeigen-Kampagnen, Kino-Trailern und auf Plakatwänden werden wir verdonnert, endlich wieder selbstbewusst zu sein. Ein Hoch dem Ich.

Im „Manifest" der Kampagne heißt es top-poetisch: „Ein Schmetterling kann einen Taifun auslösen" (gerade sucht die versammelte amerikanisch-chinesische Luftwaffe nach jenem verdammten Kohlweißling) … „Genauso, wie sich ein Lufthauch zu einem Sturm entwickelt, kann deine Tat wirken. Unrealistisch, sagst du? Warum feuerst du deine Mannschaft im Stadion an, wenn deine Stimme so unwichtig ist? Warum schwenkst du Fahnen, wenn Schumacher seine Runden dreht? Du kennst die Antwort: Weil aus deiner Flagge viele werden, und aus deiner Stimme ein ganzer Chor… Du bist das Wunder von Deutschland."

Super. Jetzt wo ihrs sagt, wird mir das auch klar. Wo bleibt denn das Bundesverdienstkreuz – und die üppige Rente? Ganz falsch. Genau gegen solche Penner-Mentalitäten geht's. Man muss nämlich in die Hände spucken, sie wenigstens schmutzig machen und/oder das Hirn wetzen. Zum Beispiel bei Günther Jauch, einem der Kampagnen-Chorsänger. Da kann man nämlich ganz schnell Millionär werden. Von Olli Kahn lernt man den gründlichen deutschen Würgegriff, und von Justus Frantz das anständige Ein-Euro-Muggen in seiner Patchwork-Philharmonie. Patrick Lindner spornt zum Salon-Jodeln an, und Marcel Reich-Ranicki

Theo Geißler, Herausgeber der „neuen musikzeitung" und „Jazzzeitung" sowie Mitherausgeber der puk, Moderator der Radiomagazine „taktlos" (BR/nmz) und „contrapunkt" (BR)
Foto: Barbara Haack

zischt uns zu uns, wie man richtig pronounciert. Vorbildhaft. Kostenlos. Nur für ein bisschen Bildschirm-Präsenz machen das diese Leuchtturm-Persönlichkeiten. Konzipiert wurde diese Aktion übrigens von der gleichen Kleinhirn-Schmiede namens Jung v. Matt, die uns schon nahe gelegt hat, bei Saturn zu kaufen, weil Geiz geil sei. Das merkt man gelegentlich bei der Lektüre der Beta-Version des Präsentations-Textes, die *puk* unauffällig zugespielt wurde. Dort heißt es zum Beispiel noch:

„Ziel der politisch unabhängigen und überparteilichen Aktion ist eine ehrgeizige geile Aufbruchstimmung in Deutschland. Alle beteiligten Unternehmen, Agenturen, Produktionsfirmen und Prominenten engagieren sich ohne Honorar, weil Geiz in solchem Umfeld ungeil ist. Es handelt sich nämlich um die geilste „Social Marketing Kampagne" in der deutschen Mediengeschichte." Und weiter: „Deutschland redet sich selbst schlecht. Dagegen wollen wir mit diesem bislang einmaligen Koitus (in der Endfassung dann: „Schulterschluss") einen Impuls setzen und einen Beischlafhandel (in der Endfassung dann: „Bewusstseinswandel") für mehr Selbstvertrauen und Motivation anstoßen. Wir laden alle Menschen, Unternehmen und Organisationen in Deutschland ein, sich dieser geilen Bewegung anzuschließen. Wir müssen Schluss machen mit Unsicherheit und Verzagtheit. Wir wollen die Menschen aufgeilen, ihr Selbstbewusstsein stärken und jeden Einzelnen daran erinnern, nicht mit Beiträgen zu geizen, die für dieses Land wichtig sind".

Tja, ihr Lieben: Genau deshalb hab ich vorstehenden Beitrag geschrieben. Ich bin doch nicht blöd…

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Der Neue Tag Druck- und Verlagshaus GmbH, Weiden

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, incl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
PressUP GmbH, Postfach 70 13 11, 22013 Hamburg
Tel. 040/414 48-466
Conbrio@pressup.de

puk ist in Bahnhofsbuchhandlungen sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.

Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

kultur·kompetenz·bildung

KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG

Nov. – Dez. 2005 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 1

PISA-Jüngern die Zähne zeigen

Olaf Zimmermann

Warum eine Beilage „kultur · kompetenz · bildung“ in *politik & kultur*?

Am 5. September 2005 überreichte der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs der Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn im Rahmen einer Pressekonferenz ein druckfrisches Exemplar der neu erschienenen, nun mehr dritten Konzeption Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates. Unter dem Titel „Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung III“ wird das gesamte Feld der kulturellen Bildung neu durchmessen.

Games Convention 2005: Die Spielebranche platzt aus allen Nähten (EA Games: Die Sims, Battlefield II) Foto: Olaf Zimmermann

Kulturelle Bildung statt nur musische Bildung

Kulturelle Bildung musste nicht erst erfunden werden. Spätestens seit Beginn der 90er Jahren im Zusammenhang mit der Großen Anfrage an die Bundesregierung zur kulturellen Bildung ist kulturelle Bildung ein eingeführter Begriff und Arbeitszusammenhang in der Bildungs- und Kulturpolitik sowie der entsprechenden Fachwissenschaft. Der Begriff der kulturellen Bildung löste damals endgültig den der musischen Bildung ab und zeigte damit auf, dass kulturelle Bildung alle künstlerischen Sparten betrifft.

Kulturelle Bildung ist international

Wer sich mit der kulturellen Bildung beschäftigt, darf nicht nur die Bildungs-, die Schul- und Weiterbildungsgesetze der Länder in den Blick nehmen, sondern muss auch die internationalen Debatten im Rahmen der Welthandelsorganisation, der UNESCO, der OECD und der Europäischen Union berücksichtigen. Die Entwicklung der Wissensgesellschaft ist eng mit kultureller Bildung verbunden. In diesem Zusammenhang darf der Schutz des geistigen Eigentums bei gleichzeitigem Ausbau der kostengünstigen Informationsvermittlung nicht vergessen werden darf. Die soziale Lage der Künstler darf nicht losgelöst von Fragen der kulturellen Bildung betrachtet werden, denn die Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern in den Ausbau der Ganztagsschulen schafft neben den großen Chancen für einen authentischeren Kunstunterricht auch Erwerbsmöglichkeiten für diese Berufsgruppe. Ebenso darf der demografische Wandel als eine Bestimmungsgröße, wenn es um den Erhalt oder den Ausbau der kulturellen Infrastruktur geht, nicht außer Acht gelassen werden.

Kulturelle Bildung heißt kontinuierlich Arbeiten

Als roter Faden zieht sich durch die Argumentation in der Konzeption Kulturelle Bildung III des Deutschen Kulturrates, dass kulturelle Bildung sich nicht in einmaligen Events erschöpfen darf. Diese sind selbstverständlich wichtig, um der kulturellen Bildung Aufmerksamkeit zu verschaffen. Sie ermöglichen gerade Kindern und Jugendlichen, sich einem größeren Publikum zu präsentieren und dabei Selbstbewusstsein zu bilden. Sie können ansteckend wirken, so dass mehr Menschen Interesse und Spaß gewinnen, sich mit Kunst und Kultur auseinander zu setzen. Einmalige Events können die kontinuierliche Arbeit aber nicht ersetzen. Wer ernsthaft ein Instrument lernen möchte, sich mit Bildender Kunst befasst und vielleicht selbst malt, zeichnet oder Skulpturen herstellt, wer Theater spielt oder tanzt, wer versucht literarisch zu schreiben, eine Kurzgeschichte, eine Gedicht oder einen Roman zu verfassen, wer ein Video produziert oder versucht, sich ein Computerspiel auszudenken, weiß, dass neben der Freude eine Menge Fleiß und so manche Niederlage, aber in erster Linie Ausdauer und Kontinuität des Schaffens mit der künstlerischen Arbeit verbunden ist.

Zu den Fotos

Vom 18. bis 21.August dieses Jahres fand in Leipzig die Games Convention statt. Die Messe endete mit einem Besucherrekord von 134.000 Besuchern, im Jahr 2004 waren es noch 105.000 Besucher. Die Games Convention als Fachmesse für Computer- und Konsolenspiele richtet sich sowohl an ein Fachpublikum als auch an die Endverbraucher, d.h. die Käufer und Nutzer der Spiele. Die Messe hat sich zugleich in den vier Jahren ihres Bestehens zu einem Branchentreffpunkt für Spieleentwickler, für Hersteller von PC- und Konsolenhardware u.a.m. entwickelt. ■

Demografischer Wandel

Ein weiteres wichtiges Themenfeld, das in der Konzeption Kulturelle Bildung III angesprochen wird, ist der demografische Wandel. Längst ist es zu einem Allgemeinplatz geworden, dass sich der Bevölkerungsaufbau ändert, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesellschaft zu- und der Anteil der jüngeren abnimmt. Längst schon wird die Zahl der Verstorbenen durch die Anzahl der Geburten nicht mehr aufgewogen. Deutschland ist eine schrumpfende Gesellschaft. In einigen Gegenden, die zusätzlich von Abwanderung betroffen sind, zeigt sich dieses überdeutlich. Doch was heißt diese Entwicklung für die kulturelle Bildung? Können sich jene freuen, die immer schon auf ein erwachsenes Publikum gesetzt haben, da sie die in Zukunft größte Zielgruppe ansprechen oder aber werden sie zwangsläufig mit einem geringeren Publikum rechnen müssen, wenn sie nicht jetzt, die Besucher von morgen ausbilden? Müssen die Kultureinrichtungen baulich verändert werden, wenn das Publikum altert? Müssen Angebote an kultureller Kinder- und Jugendbildung eingeschränkt und dafür jene der Erwachsenen- und besonders der Seniorenbildung ausgebaut werden? Auf diese Fragen müssen Antworten gesucht werden.

Interkulturelle Bildung

Und noch ein weiteres wichtiges Themenfeld konnte in der Konzeption Kulturelle Bildung III nur angerissen werden, bedarf aber der weiteren Debatte: die interkulturelle Bildung. Was heißt es, wenn von muslimischen Eltern gefordert wird, in der Grundschule sollen keine Weihnachtslieder mit christlichem Inhalt gelernt werden? Es stellt sich die Frage nach der kulturellen Identität der Mehrheitsgesellschaft und der Toleranz der Religionen, die in der Kunst und der kulturellen Bildung ihren Ausdruck finden kann.

PISA versus kulturelle Bildung

Auch wenn innerhalb des Kulturbereiches die kulturelle Bildung mehr und mehr zu einem anerkannten Partner wird, wenn zunehmend gesehen wird, dass Kultur der Vermittlung bedarf, wenn die Anstrengungen vor Ort verstärkt werden, kulturelle Bildung zu einem festen Bestandteil des Kulturangebots werden zu lassen, muss über den Tellerrand des Kulturbereiches hinaus gesehen werden. Außerhalb des Kulturbereiches erfährt die kulturelle Bildung längst noch nicht die Wertschätzung, die sie verdient. Gerade die PISA-Dabatte hat den Stellenwert der kulturellen Bildung verändert. Nur die vermeidlich messbaren „harten“ Schulfächer wurden und werden abgeprüft. Künstlerische Fähigkeiten erscheinen oft nur noch als ein entbehrlicher Luxus. Wir werden nicht darum herumkommen der von der OECD proklamierten Vereinheitlichung des Schulsystems über die PISA-Leistungsprüfungen zu Lasten der künstlerischen Fächer deutlicher als bisher entgegen zu treten.

Umsetzung der Konzeption Kulturelle Bildung III

Der Deutsche Kulturrat wird seine Konzeption Kulturelle Bildung III in fünf ausgewählten Handlungsfeldern – von der frühkindlichen Bildung zur Seniorenkulturarbeit in den nächsten zweieinhalb Jahren umsetzungsfähig machen. Ein wichtiger Bestandteil der dazu notwendigen öffentlichen Diskussion wird in der Zukunft als kontinuierlich erscheinende Beilage „kultur · kompetenz · bildung“ zur Zeitung *politik und kultur* sein. Sie soll ein Forum zur Diskussion der verschiedenen Positionen zum Themenfeld kulturelle Bildung sein. Hier sollen die unterschiedlichen Akteure zur Wort kommen. Konkrete Beispiele aus der Praxis sollen ebenso vorgestellt werden wie politische Positionierungen oder aber die theoretische Reflexion. Der Rahmen ist dabei so weit gespannt wie die Konzeption Kulturelle Bildung III. Kulturelle Bildung liegt im Schnittfeld verschiedener Politikfelder. Sowohl die Kultur-, als auch die Bildungs-, die Jugend- aber auch die Familienpolitik haben Einfluss auf die kulturelle Bildung. Diese Verbindungen auszuzeigen, ist Ziel der Beilage. Dabei soll die internationale Debatte stets im Blick behalten werden. Im kommenden Jahr findet die große UNESCO-Tagung zur kulturellen Bildung statt. Es wird wichtig sein, diese internationalen Debatten in die nationale Diskussion einzubeziehen.

Glücklicherweise regt sich in immer mehr Widerstand gegen die einseitigen PISA-Bewertungskriterien und die dadurch ausgelöste noch deutlichere Benachteiligung der künstlerischen Fächer im Unterrichtsalltag. Ich für meinen Teil werde in der Zukunft den PISA-Jüngern die Zähne zeigen.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND MITAUTOR DER KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG III DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Kulturelle Bildung auf dem Welt-Gipfel

Max Fuchs

Vorbereitungen für World Conference on Arts Education laufen auf Hochtouren

Games Convention 2005: Sinnvoller Beitrag zum Jugendschutz, farbige Armbänder regeln den Zugang in die Spielebereiche nach Altersgruppen Foto: Olaf Zimmermann

Im März 2006 ist es soweit: Dann findet in Lissabon die erste Weltkonferenz zur künstlerischen Bildung statt. Das Themenspektrum ist denkbar weit: In erster Linie war entsprechend dem gewählten Begriff „arts education" an die traditionellen Künste gedacht. Inzwischen gibt es jedoch Hinweise darauf, dass dies zu eng sein könnte, da weltweit immer neue kreative Ausdrucksformen entwickelt werden, die die Grenzen der traditionellen Künste sprengen. Zudem spielen in wesentlichen Regionen der Welt ganz andere ästhetische Praxen oft eine wichtigere Rolle als der stark eurozentrische traditionelle Kunstkanon. So haben in Afrika, Asien oder Südamerika solche Kulturpraktiken eine große Bedeutung, die hierzulande oft als Folklore oder „Volkskunst" abgetan werden. In diese Richtung eines erweiterten Begriffs von Kunst geht auch der Untertitel der Tagung: „Building Creative Capacities for the 21st Century".

Vorbereitet wird der Weltkongress durch zahlreiche „Regionalkonferenzen", die letzte fand in Vilnius für Europa und Nordamerika statt. In Korea wird im November die Regionalkonferenz für Asien/Pazifischer Raum stattfinden. In diesen Vorbereitungstagungen wurde deutlich, dass eine ursprüngliche Fokussierung auf die Schule und die künstlerischen Schulfächer ebenfalls zu eng ist. Daher werden neben der schulischen formalen Bildung auch künstlerisch-ästhetische Angebote und Projekte außerhalb des Unterrichts und der Schule einbezogen. Damit wird zugleich das Themenspektrum der Konferenz über methodisch-didaktische Fragen der schulischen Kunstvermittlung ausgedehnt auf andere Kulturorte, auf Netzwerke kultureller Bildung, auf Fragen der Kooperation von Schule, Kultur- und Jugendeinrichtungen. Erst damit ist die Tagung auch auf der Höhe der Zeit im Hinblick auf anstehende Problemlagen. Unter den vier Hauptzielen des Weltgipfels spielt die Frage der Anerkennung einer kulturellen und künstlerischen Praxis die zentrale Rolle: Es geht um die Bedeutung von Kunst und Kultur generell, es geht um geeignete politische Strategien, um diese Bedeutung zu belegen, es geht um den individuellen und sozialen Nutzen eines Umgangs mit Kunst und Kultur. Klar ist dabei, dass jeglicher pädagogische Umgang mit Kunst und Kultur nur dann seine politische und gesellschaftliche Akzeptanz wird erhalten können, wenn die Frage der Qualität ernst genommen wird: ‚Assessment' und Qualität und dies in Verbindung mit Legitimation sind die drei Pole, in denen sich diese Debatte über arts education heute weltweit bewegt. Doch was heißt dies? Relativ leicht ist es dort, wo es um die Professionalität der Fachkräfte geht: „Teacher Training" ist also folgerichtig ein zentrales Thema. Ebenfalls wichtig ist die Erkenntnis, dass keine Institution alleine heute ein entsprechend ambitioniertes und nachhaltiges Angebot sichern kann. Damit ist die Frage der Kooperation gestellt. Wichtig ist das Problem der Finanzierung. Natürlich bleibt der Staat weiterhin in der Pflicht. Immerhin sind die Staaten die Mitglieder der Unesco, so dass die zuständigen nationalen Ministerien auch erste Ansprechpartner des Kongresses sind. Doch weiß man inzwischen, dass man auch Partner außerhalb der jeweiligen Regierungen braucht, um eine erfolgreiche Jugendkulturpolitik zu machen: Parteien, Politiker, prominente Personen, die Wirtschaft und die Organisationen der Zivilgesellschaft sind potentielle Partner. Doch wie gewinnt man sie?

All diese Fragen und Probleme sind auf der Höhe der Zeit und unterscheiden sich inzwischen nicht mehr von Fragen, die auf allgemeinen jugend-, bildungs- oder kulturpolitischen Konferenzen diskutiert werden. Denn in jedem der genannten Politikfelder wird es immer deutlicher, dass man über den Tellerrand des eigenen Arbeitsfeldes hinausblicken muss. Dies bedeutet nicht nur die Berücksichtigung anderer nationaler Politikfelder, sondern es bedeutet auch die Berücksichtigung internationaler Rahmenbedingungen und ihrer Veränderungen. Auch die jüngst vorgelegte Konzeption Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates belegt dies. Denn sie zeigt auf, in welchen nationalen und internationalen Kontexten heute kulturelle Bildung diskutiert werden muss, wenn man ein entsprechendes Angebot aufrecht erhalten will. Dazu gehört als erster Schritt die Akzeptanz der sich etwas mühsam durchsetzenden Erkenntnis, dass kulturelle Bildung ein Querschnittsthema zumindest von Bildungs-, Jugend- und Kulturpolitik ist.

Games Convention 2005: Textcomputer im Familienbereich Foto: Olaf Zimmermann

OECD in der Kritik: Bildungsbegriff zu stark auf ökonomische Verwertung ausgelegt

Neben den Regionalkonferenzen gab es – als „Mini-Summit" angekündigt – in der ersten Septemberhälfte in Melbourne eine eher wissenschaftlich orientierte Expertenkonferenz. Zum einen wurde ein Weltkompendium zur künstlerischen Bildung von Anne Bamford, Wimbledon School of Arts, vorgestellt, das eine internationale Fragebogenaktion zur Rolle der Künste im Bildungswesen der verschiedenen Nationen auswertete. Interessant hieran war zumindest zweierlei: Zum einen, dass wir in Deutschland mit der Umwandlung unseres Schulsystems in Ganztagsschulen und dem damit verbundenen Problem, was dann mit der gut ausgebauten Infrastruktur im außerschulischen Bereich geschieht, relativ alleine stehen. Denn fast alle anderen Länder haben immer schon die Ganztagsschule als Regelschule. Nicht alleine stehen wir jedoch mit unseren Problemen wie: Anerkennung der künstlerischen Fächer, Kooperationsformen zwischen Schule und Kultureinrichtungen, Finanzproblemen, Problemen in der Zusammenarbeit von Lehrern, Künstlern und Kulturpädagogen – also all dem, was uns zur Zeit ebenfalls sehr stark beschäftigt. Anne Bamford formulierte als ein wichtiges Resümee ihrer Studie: Nicht das Problem des Geldes ist international das Entscheidende bei Problemen der Zusammenarbeit, sondern die Unflexibilität von Schule.

Ein zentrales, allerdings zur Zeit eher noch verborgenes Thema könnte möglicherweise – nicht nur in Lissabon – einiges an Sprengkraft entfalten. Und dies hat mit der oben erwähnten Qualitätsorientierung zu tun. Denn weltweit zentrale Referenz für eine jegliche Qualitätsdiskussion im Bildungswesen ist heute PISA und damit die OECD. Es wird dabei immer wieder gerne vergessen, dass die OECD ein wirtschaftspolitischer Zusammenschluss reicher Länder ist und keine philanthropische Einrichtung zur Förderung von Bildung und Kultur. Das eindeutige Ziel der OECD ist Wirtschaftswachstum. Das diskreditiert natürlich nicht ihre Vorschläge zur Bildungspolitik, doch wäre man naiv anzunehmen, dass das eindeutig ökonomische Interesse überhaupt keine Auswirkungen auf die OECD-Bildungspolitik hat. Es war dabei in Melbourne deutlich zu spüren – und dies sogar bei Kollegen aus Asien oder Afrika, deren Länder gar nicht Mitglied in der OECD sind –, dass die Dominanz von PISA sowohl bei der Definition dessen, was „Bildung" zu sein hat, als auch bei der Frage, wie diese denn zu messen sei, zunehmend auf Widerstand stößt. Man empfindet das Bildungsverständnis zu stark auf ökonomische Verwertung ausgelegt, man sieht eine kognitivistische Verengung, man kritisiert die angewandte Konzeption von Bildungsmessung. International macht man offenbar die Erfahrung, dass die Konzentration auf PISA und die drei PISA-Fächer alle anderen Fächer zu marginalisieren droht. Es könnte gut sein, dass sich dieser Trend des Widerstandes gegen die bildungspolitische Hegemonie einer ökonomischen Weltorganisation noch verstärkt. Für die Unesco könnte dies bedeuten, dass sie plötzlich in einer zweiten Arena (neben der Auseinandersetzung mit der Welthandelsorganisation WTO im Rahmen der Debatte über eine Konvention zur kulturellen Vielfalt) als Gegenpart zu einer mächtigen Wirtschaftsorganisation, der OECD, aufgebaut wird, und dies sicherlich eher gegen ihren Willen.

Auf nationaler Ebene lohnt sich also ein Blick über die Grenzen in mehrfacher Hinsicht: man findet nämlich nicht nur Fachpartner bei inhaltlichen oder methodischen Fragen, sondern man findet auch Bündnispartner im politischem Feld. Schlecht steht Deutschland – bei aller notwendigen Kritik – übrigens nicht da im internationalen Vergleich. Sowohl was die Breitenarbeit, als auch was die „Leuchttürme" wie die KUBIM-Projekte betrifft, aber auch mit innovativen Konzepten wie dem neu entwickelten Bildungspass „Kompetenznachweis Kultur" der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung bieten wir der internationalen Fachwelt durchaus interessante Modelle, die auf erhebliche Neugier stoßen.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Lesen fördern – Bibliotheken schließen

Andreas Dittmann

Stehen Bibliotheken in den Kommunen vor ihrer Abwicklung?

Was darf man unter dieser Überschrift erwarten? Beruhigende Sermone oder provokante Thesen? Beides ist Verwaltungsvertretern bekanntlich zuzutrauen! Lassen Sie mich zunächst etwas zu meinem eigenen Erfahrungsumfeld sagen. Ich bin Leiter des Kultur-, Jugend-, Schul- und Sportamtes der Stadt Zerbst. Ein komplexes Amt, das alles beinhaltet, was in der klassischen Schlachtordnung der Haushälter für den so genannten freiwilligen, soll heißen in mancher Augen überflüssigen Aufgabenbereich steht. Im Rahmen dieses Aufgabenfeldes bin ich seit 1996 auch Geschäftsführer des Anwendervereins allegro-C (ÖB) e.V. Dieser Verein sichert in Sachsen-Anhalt und Thüringen den Softwaresupport bei allegro-Anwendern. Daneben entwickelte und betreibt er das Verbundsystem öffentlicher Bibliotheken namens BRISE für Bibliotheken in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Dank dieser Aufgaben hatte ich Gelegenheit mich etwas eingehender mit der Situation öffentlicher Bibliotheken auseinander zusetzen, als es für einen Vertreter meines Standes vielleicht normal ist. Dass es dazu kam, ist in erster Linie der Leiterin unserer Stadtbibliothek zuzuschreiben, wofür ich ihr sehr dankbar bin. Daneben gehöre ich dem Schul-, Kultur und Sportausschuss des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalts an.

Zerbst ist eine Stadt mit 17.500 Einwohnern, die noch immer über eine Schwimmhalle, ein saniertes Freibad, eine barocke Stadthalle, ein stadtgeschichtliches Museum, zwei Jugendclubs und eben auch eine Bibliothek verfügt. Nicht ganz alltäglich bei 17.500 Einwohnern und noch dazu bei einem ausgeglichenem Haushalt. Diese Aufzählung lässt indes noch keine Rückschlüsse auf die finanzielle Ausstattung dieser Einrichtungen zu – dazu an anderer Stelle mehr.

Ich werde mich im Folgenden auf einige wenige statistische Daten zur Bibliothekslandschaft Sachsen-Anhalts stützen und im weiteren Verlauf auf den finanz- und kommunalrechtlichen Rahmen eingehen, in dem sich die öffentlichen Bibliotheken derzeit bewegen. Ich werde aber auch einige weitere Aspekte des Bibliotheksumfeldes streifen, die eine gewisse Relevanz besitzen.

Lesen fördern – Bibliotheken schließen. Dem Programm zu dieser Tagung konnten Sie entnehmen, dass dieser Titel nicht als Frage daherkommt. Damit ist eigentlich schon alles gesagt.

Im Heft 131 des Mitteilungsblattes der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt bildete Peter Petsch die Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken in Sachsen-Anhalt der letzten 12 Jahre ab. Die Kurzfassung dieses Beitrags könnte lauten: „Lesen fördern – Bibliotheken schließen Ausrufezeichen!" Zur Untermauerung möchte ich einige Grafiken aus der Bibliotheksstatistik herausgreifen:

Der Rückgang hauptamtlicher Bibliotheken in Sachsen-Anhalt (Siehe Abb. 1a) um 38 % beschreibt das Verschwinden aus der Fläche und damit die Konzentration in Städten und Gemeinden mit zumeist mehr als 15.000 Einwohnern. Das soll aber nicht heißen, dass die Bibliothekswelt in den Oberzentren Dessau, Magdeburg und Halle rosarot erscheint. Die Entwicklung in diesen Städten lässt sich sehr gut an der Zahl ihrer Zweigstellen festmachen.

Der Rückgang der Zweigstellen (siehe Abb. 1c) ist noch krasser als bei den hauptamtlich geleiteten Bibliotheken. Er beträgt 77%. Bleibt die Frage zum Trend. Die anhaltische Landesbücherei in Dessau soll bis zum Jahr 2008 einen Betrag von 430.000 EUR, das ist ein Drittel des Gesamtbudgets, einsparen – ohne die Schließung weiterer Zweigstellen, wird das kaum zu erreichen sein. Eine Kompensation des Rückzugs von Bibliotheken aus der Fläche durch die Fahrbibliotheken ist ebenfalls Fehlanzeige.

Allein diese drei Grafiken (Abb. 1a-1c) werfen die Frage auf, welchen Stellenwert Bibliotheken in unserem Gemeinwesen, in unserer Gesellschaft schlechthin haben.

Wie ist das nun kommunalrechtlich zu sehen?

Die Gemeindeordnungen der Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt formulieren wortgleich in § 2 die Aufgaben der Gemeinden: Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die ausschließlichen Träger der gesamten öffentlichen Aufgaben, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohnerinnen und Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.

Insoweit haben wir also die gleiche rechtliche Ausgangsbasis. Die Krux dieser Aufgabendefinition besteht im Vorbehalt der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Mit der weiteren Differenzierung in freiwillige und pflichtige Aufgaben und der inhaltlichen Zuordnung der Bibliotheken in den freiwilligen Bereich wird der Beitrag der Bibliotheken zur Erlangung der Kulturtechnik des Lesens von der Pflichtaufgabe der Schulträgerschaft beispielsweise der Grundschulen abgetrennt. Leseförderung durch Bibliotheken ist also freiwillig, die Vermittlung von Grundkenntnissen und Grundfähigkeiten für einen gemeinsamen Bildungsgang an Grundschulen ist dagegen eine in den Schulgesetzen verankerte Pflicht.

Diese Situation ist solange nicht nachteilig, wie die Kommunen beide Spektren erfolgreich und abgesichert bedienen können. Doch genau daran mangelt es ja. Wo liegt die Grenze der Leistungsfähigkeit einer Kommune? Die allgemeinen Haushaltsgrundsätze der Gemeindeordnung fordern, dass die Haushaltswirtschaft so zu planen ist, dass die stetige Aufgabenerfüllung gesichert ist. Der Haushalt ist in jedem Haushaltsjahr in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen (§ 90 Absätze 1 und 2 der GO LSA).

Soweit die Theorie, wie sieht es in der Praxis aus? In Sachsen-Anhalt gaben für das Jahr 2004 insgesamt 182 von 514 Gemeinden an, ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen zu können. Das sind aber nur die Gemeinden, die sich an der Umfrage beteiligt haben. In der Folge sind die Kommunen verpflichtet, Konsolidierungsprogramme aufzustellen.

35% der Städte und Gemeinden verstoßen also bereits gegen die Gemeindeordnung, die die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushalts gesetzlich vorschreibt! Dies Bild lässt sich noch weiter differenzieren. Wie sieht es in den Gemeindegrößen aus, die auf Grund ihrer Einwohnerzahl hauptamtliche Bibliotheken vorhalten? In den Gemeindegrößen von 5.000 bis 20.000 Einwohner sind es bereits 56%, die im Jahr 2004 ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen konnten. Noch drastischer stellt sich die Situation bei den Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern dar. 86 % ohne Haushaltsausgleich im Jahr 2004, in diesem Jahr sind es bereits 90%.

Peter Petsch schreibt in seinem Beitrag dazu „Städte und Kreise legen Haushaltskonsolidierungsprogramme auf, in denen die Kultur als freiwillige Leistung zuerst auf den Prüfstand kommt. In der Folge kommt es zu Verteilungskämpfen innerhalb der Kultur, bei denen die Breitenkultur fast immer den Kürzeren zieht." (mb Heft 131 Juni 2005, Seite 2).

Klarer lässt es sich kaum formulieren. Breitenkultur heißt in diesem ganz speziellen Fall vor allem Bibliotheken, gefolgt oder auch gleichauf mit der freien Vereinsförderung und städtischen Kulturprojekten. In der Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalts für das Jahr 2005 geben von 469 Kommunen 162 an, im Rahmen eines Haushaltskonsolidierungsprogrammes zu arbeiten. Was bedeutet es aber, sich dem zu unterwerfen? Hier kommt es nicht zuletzt auf das Selbstverständnis einer Gemeinde an, wie denn die Notwendigkeit von Aufgaben definiert wird. Es ist ja nicht so, dass alle Kommunen mit unausgeglichenem Haushalt die Bibliotheken, Museen oder Kultur- und Bürgerhäuser schließen. Die Regel ist noch immer die, dass die meisten Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern eine Bibliothek als unverzichtbaren Bestandteil eines geordneten Gemeinwesens begreifen. Nur wie lange noch und in welcher Qualität?

Für die Stadt Zerbst bedeutet dies, dass wir uns zwar noch immer zu den bestehenden kulturellen Einrichtungen wie eingangs benannt, bekennen, doch sichert die Finanz- und Personalausstattung inzwischen nur noch die bloße Aufrechterhaltung des Betriebes. Als signifikante Kennziffer möchte ich hier nur einen Medienerwerbsetat von 5.000 Euro bei einem Bestand von derzeitig 34.700 Medien anführen. Was das im Klartext bedeutet, muss ich Ihnen nicht erläutern! Zur weiteren Untermalung hier einige weitere Daten, um den Blick zu schärfen:

In der Phase der Haushaltskonsolidierung und damit der Überlegung, welche Leistungen künftig noch aufrecht erhalten werden, mussten wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass sich die Nutzerzahlen in den letzten 5 Jahren fast halbiert haben und die Entleihungen von 87.281 auf 65.788 abstürzten. Mut machen kann derzeit nur, dass sich die Daten für das Jahr 2005 zu stabilisieren scheinen. Für Schnellschützen des Haushaltsausgleiches ist da die Schließung oft nur die vermeintliche Verkürzung des Siechtums.

Welchen rechtlichen Rahmen bietet nun das Land Sachsen-Anhalt in dieser Phase?

Das Innenministerium hat am 24. September 2004 einen Runderlass mit Hinweisen zur Haushaltskonsolidierung in die Welt gesetzt, der es in sich hat. Darin heißt es:

„…kommunale Einrichtungen sollen grundsätzlich vollständig durch Entgelte und/oder Zuschüsse Dritter gedeckt werden. Ist dies nicht der Fall und führen Einsparungen an anderer Stelle und in anderer Art und Weise bei den gemeindlichen Einrichtungen nicht innerhalb des Konsolidierungszeitraumes zum Haushaltsausgleich, ist zu prüfen, ob durch Einschränkungen des Betriebes, Personalabbau, Übertragung auf Dritte … eine wirtschaftlichere Lösung gefunden werden kann. …. Die Notwendigkeit einer Schließung kann nicht ausgeschlossen werden" (LSA Ministerium des Inneren, 24. 09. 2004 Hinweise zur Haushaltskonsolidierung).

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Es geht mir nicht darum, die Last der Entscheidung und deren Verantwortung wohlfeil auf das Land Sachsen-Anhalt abzuwälzen. Doch es lässt sich nicht schönreden, dass die Kommunen einem permanenten Verschiebebahnhof der Lasten vom Bund über die Länder hin zu den Kommunen ausgesetzt sind. Der eben zitierte Erlass schränkt die ohnehin geringen Handlungsspielräume der Gemeinden dann aber soweit ein, dass es in der Tat zynisch ist, hier noch von kommunaler Selbstverwaltung zu sprechen. Mit anderen Worten, die Kommunen haben kaum noch Möglichkeiten, drastische Einschnitte in die kulturelle Infrastruktur zu verhindern. Die Reduzierung auf Mindeststandards ist oftmals noch das vermeintlich Beste, was Ihnen passieren kann.

Für die Stadt Zerbst hieß das, Reduzierung des Medienetats und Personalreduzierung bis an die Schmerzgrenze!

Hierzu ein konkretes Beispiel: Selbst wenn ich anerkenne, dass der Personalbestand des Jahres 1991 mit 10,6 Vollstellen noch Spiegelbild der Personalausstattung der DDR war, wurde spätestens im Jahr 1994 mit 5,75 Stellen eine Ausstattung erreicht, die als optimal zu betrachten war. Die inzwischen erfolgte Reduzierung auf 2,625 Stellen für 4 Mitarbeiter war letztlich nur noch möglich, weil die Ablaufoptimierung anerkannte Standards der Bibliotheksarbeit außer Acht ließ. Die Personalentwicklung im Land Sachsen-Anhalt macht deutlich, dass Zerbst kein Einzelfall ist:

Auch hier sehen Sie einen Rückgang der Stellen von 603 auf 397. Hier schlagen sich ganz einfach die eingangs gezeigten Schließungen wie auch Rationalisierungen nieder. Wenn Sie sich noch einmal vergegenwärtigen, dass der Dessauer Stadtrat für die anhaltische Landesbücherei die schon genannte Einsparvorgabe von 430.000 € gemacht hat, ist klar, dass dies ohne Personalreduzierung und Zweigstellenschließung reine Makulatur wäre. Der Stellenabbau wird also weitergehen.

Es gibt aber auch eine zweite nicht minder schwerwiegende Komponente, die zur Schließung von Bibliotheken führen. Deutschland, insbesondere der Osten Deutschlands erlebt eine nie da gewesene demographische Entwicklung. Sie speist sich aus einer anhaltenden Abwanderungswelle und Geburtenrückgängen. Diese dramatische Entwicklung zwingt jede Kommune, die eigenen Strukturen zu untersuchen und zu hinterfragen. Das impliziert auch die kulturelle Infrastruktur.

Am 24. April 2004 veröffentlichte DIE WELT eine Untersuchung, in der für fast alle Landkreise

Seite 4

Abb. 1a

Hauptamliche Bibliotheken in Sachsen-Anhalt

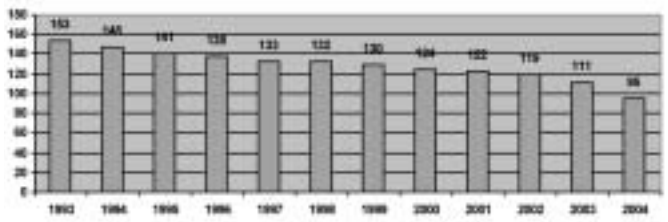


Abb. 1b

Fahrbibliotheken in Sachsen-Anhalt

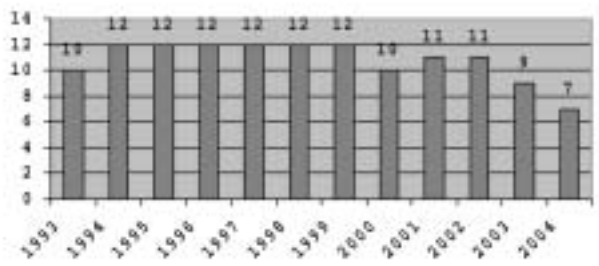
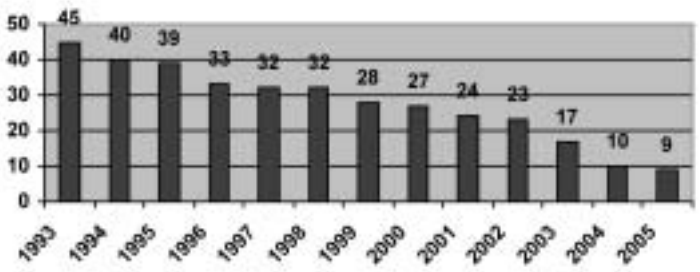


Abb. 1c

Zweigstellen in Großstädten



Fortsetzung von Seite 3

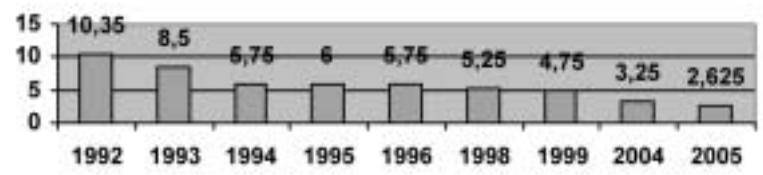
Lesen fördern

Sachsen-Anhalts ein Bevölkerungsrückgang von 15% und mehr bis in das Jahr 2020 prognostiziert wird.
Es klingt hart, aber wir erleben fast alltäglich, dass der Rückgang der Bevölkerung aus der Fläche, bzw. die Abwanderung hin zu den Zentren als Realität, von manchen auch als logische Konsequenz anerkannt wird. Allenfalls gehen die Meinungen dahingehend auseinander, ob das nun eine Katastrophe oder am Ende sogar eine Chance ist. Nur sehr wenige erkennen dabei an, dass wir genauso logisch unsere Strukturen und Kapazitäten entsprechend gestalten müssen. Das impliziert den Abbau von Kapazitäten. Es macht keinen Sinn, Schulen irgendwie aufrecht zu erhalten, wenn sie nur zu 50% ausgelastet sind und zudem einer dringenden Sanierung bedürfen.
Und jetzt tut es besonders weh! Es macht auch wenig Sinn, in jeder Gemeinde eine Bibliothek vorzuhalten, wenn sie denn nicht mit einem angemessenen Medienetat und dem erforderlichen Personal ausgestattet ist oder werden kann und die Nutzung der Bibliothek durch die Leser dann auch noch in keinem vernünftigen Verhältnis steht. Es macht aber sehr wohl Sinn, nicht blindwütig die Einrichtungen zu schließen, sondern zu sondieren, ob es nicht Kooperationsmöglichkeiten mit der Nachbargemeinde gibt, frei nach dem Motto, lieber eine gemeinsame Bibliothek mit einem ansprechendem Medienbestand, als zwei oder noch mehr mit einem Bestand, der allenfalls antiquarische Bedürfnisse deckt.

Entwicklung der Stadtbibliothek Zerbst 2000 bis 2004

Jahr	Nutzer	dav. neu:	Entleih.	Bestand	davon Magazin	davon Präsenz	Zugang	Abgang	Öffn.-Std.	Ver-anst.	Teiln:
2000	2.833	612	87.281	45.012	3.697	384	1.851	5.465	1.015	37	789
2001	2.423	471	84.236	42.930	3.234	387	2.228	4.806	1.254	50	1.065
2002	2.316	417	83.705	42.000	3.145	398	2.162	3.032	1.174	36	757
2003	2.123	377	81.602	39.940	2.726	400	1.790	3.945	1.240	30	637
2004	1.677	302	65.788	34.734	2.026	275	1.369	6.565	1.207	37	844

Personalentwicklung in der Stadtbibliothek Zerbst



Solche lokalen Zweckbündnisse stellen aber noch lange keinen Strukturwandel dar. Wir müssen uns alle die Frage gefallen lassen, ob so, wie die öffentlichen Bibliotheken heute aufgestellt sind, den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft entsprochen werden kann. Keine auch noch so zahlungskräftige Kommune kann heute noch mit der rasanten Entwicklung auf dem Buch- und Medienmarkt mithalten. Die Halbwertzeit der Bücher, Bild- und Tonträger wird allein schon durch die Flut der Neuerscheinungen immer geringer. Damit kommt der Vernetzung von Bibliotheken eine immer größere Bedeutung zu. Aus meiner Mitarbeit am Verbundprojekt BRISEinfo als einer virtuellen Bibliothek, gebildet von Bibliotheken Sachsen-Anhalts, Thüringens und Sachsens weiß ich, welche enormen Synergieeffekte zu erzielen sind.
Im Jahr 2003 erreichte die Nutzung BRISEs seinen Höhepunkt. 90.000 Medienrecherchen und 3.500 kurzfristig mögliche Fernleihen eröffneten den beteiligten Bibliotheken ein ganz anderes Dienstleistungspotential als es ihnen einzeln möglich gewesen wäre. Letzten Endes macht uns der Buchhandel vor, welche Strukturen erforderlich sind. Wir brauchen den örtlichen Buchhandel ebenso, wie den Internethandel. Hierzu müssen wir parallele Strukturen bzw. Wege auf- und ausbauen.
Die entscheidende Frage an dieser Stelle ist, wie diese strukturellen Veränderungen begleitet und gemanagt werden. Da müssen sich auch viele Gemeinden kritische Fragen gefallen lassen. Fernleihgebühren, die über den Auslagenersatz für Porto hinausgehen, sind dann zum Beispiel wenig hilfreich. Digitalisierte Medienbestände als die Grundvoraussetzung sind selbst im Jahr 2005 noch immer nicht überall gegeben. Kurzum, die Bündelung von Ressourcen oder die über Gemeindegrenzen hinausgehende Zusammenarbeit, sind wichtige Instrumente zur dauerhaften Sicherung der Spezies „hauptamtlich geführte öffentliche Bibliothek". Die Reserven sind längst nicht ausgereizt.
Kein Allheilmittel, wohl aber eine sinnvolle Ergänzung können außerdem das Ehrenamt und Fördervereine sein. Aber auch nur dann, wenn die Grundsicherung finanziell und professionell abgesichert ist. Neben Haushaltsdefizit und demografischem Wandel sehe ich noch zwei weitere Faktoren, die das Leben öffentlicher Bibliotheken nicht eben erleichtern.
Zum einen hat sich das Freizeitangebot in den letzten Jahren deutlich verändert. Das, was sich heute unter Freizeitindustrie zusammenfassen lässt, hat eine viel größere Fülle errecht und führt zwangsläufig zu einer differenzierten Inanspruchnahme der Angebote. Eine Bibliothek hat es dabei logischer Weise schwer, unangefochten neben Eventkultur, multimedialer Freizeitgestaltung etc. zu bestehen. Die Rückgänge von Nutzerzahlen und Entleihungen haben daher auch im veränderten Freizeitverhalten eine Ursache. Das ist an sich nichts Schlimmes, man muss es nur berücksichtigen und nicht aus der bloßen Nachfragereduzierung die Bibliotheksschließung als einzige Konsequenz zulassen.
Denn das würde einem weiteren Faktor zuarbeiten. Ich habe lange überlegt, ob ich diesen hier einfließen lassen soll. Der Diskurs mit der Leiterin der Zerbster Bibliothek im Vorfeld dieser Tagung bestärkte mich aber dann doch darin, es zu tun. Lassen Sie mich dafür eine hier nur verkürzte Pointe aus dem politischen Kabarett wiedergeben:„ ein Land, in dem die Bücher Dieter Bohlens über Wochen die Bestsellerlisten anführen, sollte schon aus diesem Grunde vom PISA-Test befreit werden..."
Wie ist nun innerhalb dieser Rahmenbedingungen zu agieren? Im Jahr 2003 setzte sich die Landesregierung Sachsen-Anhalts mit einer großen Anfrage zur Zukunft der öffentlichen Bibliotheken auseinander. Nicht zuletzt ein Ergebnis daraus ist die Installierung einer Bibliothekskonferenz, aus deren Wirken heraus Innovationen für das Bibliothekswesen entwickelt werden sollen. Über den bisherigen Erfolg dieser Konferenz ließe sich trefflich streiten und ein weiterer Vortrag entwickeln. Die zwischenzeitlichen Auflösungserscheinungen dieses Gremiums sprechen für sich! Ein Fiasko konnte nur durch die konstruktive Arbeit des SGSA verhindert werden und brachte inzwischen die Konferenz wieder auf Kurs. Ich gehe davon aus, dass der Bibliotheksverband als einer der ersten mit konkreten Ergebnissen konfrontiert wird, die zur Verbesserung der Situation beitragen mögen.

Games Convention 2005: Begrüßungsplakat — Foto: Olaf Zimmermann

Ich möchte hier keine Bildungsdebatte anzetteln, aber es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, dass sich nicht nur das Nachfrageverhalten von Bibliotheksnutzern und vor allem von Nichtnutzern verändert hat. Es steht schlichtweg schlimm um die Kulturtechniken Lesen und Schreiben. Das Erfassen von komplexen Zusammenhängen, soll heißen, das verstehende Lesen sind Schlüssel, die leider immer öfter verlegt werden und in keinem Fundbüro jemals wieder auftauchen.

Als Fazit meines Vortrages möchte ich festhalten:

1. Ich kann heute und an dieser Stelle nur konstatieren, dass die Talfahrt bei Quantität und Qualität der öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts noch immer anhält.
2. Die Leseförderung und die Bibliotheksförderung verlaufen nicht in jedem Fall parallel.
3. Das Schicksal der öffentlichen Bibliotheken ist untrennbar mit der Finanzsituation und der strukturellen Entwicklung der Kommunen verknüpft.
4. Die Vernetzung der Bestände, Angebote und Dienstleistungen der Bibliotheken muss unabhängig von Trägerschaften, Software und Status forciert werden.
5. Wir benötigen eine Reform unseres Bildungssystems, die es unmöglich macht, dass in einem hochentwickelten Staat wie der Bundesrepublik Deutschland die Anzahl von Analphabeten zunimmt.
6. Was wir außerdem dringender denn je brauchen, ist ein Paradigmenwechsel für die Kultur.

Nicht ein bloßes Festschreiben der gegenwärtigen Kulturausstattung unseres Landes von den Schulen bis zu den Museen, Theatern und Medien darf das Ziel sein. Die aktuelle Diskussion unter dem Motto „Rettet, was zu retten ist" geht an den langfristigen Bedürfnissen vorbei. Nicht Bestandssicherung, sondern Wachstum ist lebensnotwendig.
Das setzt neben einer veränderten, eben höheren Gewichtung des Kulturbegriffs und darin eingebettet des Stellenwertes der Bibliotheken, aber auch eine solide Finanzausstattung der Städte und Gemeinden voraus.
Ich wünsche Ihnen und uns allen, dass zumindest die Aufwertung des Stellenwertes der Bibliotheken wichtige Impulse von dieser Tagung hier erfährt und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

DER VERFASSER IST LEITER DES KULTUR-, JUGEND-, SCHUL- UND SPORTAMTES DER STADT ZERBST ■

Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrags anlässlich der 15. Gemeinsamen Bibliothekstage für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt vom 9. –10. 09.2005 in Melle, die unter dem Titel standen:" Bibliotheken für alle - kein Luxus, sondern Bürgerrecht"

Games Convention 2005: Blick in den Familienbereich der Messe — Foto: Olaf Zimmermann

Das Leben jenseits der 50 beflügelt die Fantasie

Gerda Sieben

Gesellschaftliche und politische Auswirkungen des demografischen Wandels

Games Convention 2005: Spieler an Testkonsolen Foto: Olaf Zimmermann

Der „Demografische Wandel" ist in der öffentlichen Diskussion angekommen. Medien formulieren an prominenter Stelle Fragen rund um das Älterwerden der Gesellschaft. Die Antworten sind meist spekulativ und polarisiert, da wir erst am Anfang der Auseinandersetzung stehen.

Während z.B. Frank Schirrmacher in seinem Buch „Das Methusalem-Komplott" die Altersdiskriminierung als subtile kulturelle Waffe der Jüngeren gegen die Älteren geißelt, liefern andere Untersuchungen Argumente für eine gegenteilige Vision: „Die Zeit" bringt das so auf den Punkt: „Über die Jungen scheint alles gesagt: doch die Lebensphase jenseits der 50 beflügelt die Fantasie."
Stoff bekommen diese z.T. hochfliegenden Erwartungen durch zahlreiche positive Entwicklungen: Menschen werden nicht nur älter, sie bleiben auch für viele Jahre gesünder, beweglicher und neugieriger. Viele der jetzt alternden Generation haben ihr Leben lang Neues geschaffen und eigene Lebens- und Kulturformen entwickelt. Viele verfügen über eine, im historischen Vergleich hervorragende Bildung und ein überdurchschnittliches Einkommen und sind dadurch auch eine interessante Kundengruppe. Soweit das erfreuliche Bild der Mehrheit. Andere kommen tatsächlich in einer Lebenssituation an, in der sich die Probleme des Alt-Seins manifestieren: sie sind allein, nicht mehr mobil, verarmt oder pflegebedürftig.
Veränderungen durch den demografischen Wandel wurden bisher vor allem im Zusammenhang mit den sozialen Sicherungssystemen, der Pflege- und Gesundheitsvorsorge oder der Städteplanung diskutiert.

Kultivierung der dritten Lebensphase

Es ist jedoch im großen Maße eine kulturelle Frage, wie die auf mehr als 30 Jahre angewachsene Lebensspanne „Alter" mit ihren verschiedenen Entwicklungsphasen mit Sinn erfüllt werden kann. Wie verändert sich die Ausprägung von Lebenszielen und -stilen, Altersbildern und Normen? Verschiebt sich die Bedeutung der verschiedenen Lebensphasen, z.B. die primäre Orientierung auf das Berufsleben?
An dieser Auseinandersetzung sind Kunst, Medien und Kulturschaffende beteiligt – aber vor allem auch die älteren und jüngeren Menschen selbst. Kultur ist Werkzeug und Medium der Gestaltung der gewonnenen Lebenszeit und sie ist Ausdruck von Lebensqualität. Umso unverständlicher ist es, dass Kultur in diesem Zusammenhang kaum genannt wird (etwa im neuesten Altenbericht).

Kulturinstitutionen als öffentlich geförderte Dienstleister und als Moderatoren gesellschaftlicher Veränderungen sind herausgefordert, mit neuen Angeboten auf das veränderte Altersspektrum ihrer Besucher und Kunden zu reagieren. Eine wachsende Zahl künstlerisch aktiver älterer Menschen formuliert zeitgleich eigene Antworten – etwa in Altentheatern, Seniorenorchestern, Medienprojekten und Ateliers.

Kunst und Kultur als Instrument und Medium von Bildung und Entwicklung

Für die Entwicklung seniorenspezifischer Bildungsangebote stellen sich die Fragen: Was wollen Menschen wissen, können und erfahren, um die zivilisatorische Errungenschaft des „Älter-Werdens" positiv nutzen zu können? Welche Entwicklungschancen für ein gelingendes Leben und den sozialen Zusammenhalt können durch kulturelle Bildung im Alter eröffnet werden?
Kompetenzen zur Bewältigung des Alltags, eine möglichst lange Aufrechterhaltung und Erweiterung der produktiven Fähigkeiten und die Entwicklung kreativer Fähigkeiten im Selbstausdruck, und im Austausch mit anderen sind für einen Bildungskanon moderner Altenbildung unverzichtbar.
Hier bietet die kulturelle Bildung vielfältige Erfahrungs- und Reflexionsmöglichkeiten sowie ein eigenes Methodenspektrum. Im künstlerischen Handeln wachsen Respekt vor den Eigenarten des Materials, der Gegenstände, vor Themen und beteiligten Partner. Das Erleben ganzheitlicher, sinnlich erfahrbarer Ausdrucks- und Lernformen ermöglicht Prozesse der (Selbst)Erkenntnis, der Begegnung und der Verständigung. Kulturelle Bildung befähigt so den einzelnen Menschen, komplexe Veränderungen nicht nur zu begreifen, sondern sich darin zu orientieren und sie aktiv zu gestalten.
Ausgehend von einem umfassenden Kulturbegriff, aber auch in der Fokussierung auf Kunstrezeption und -produktion, erweisen sich kulturelle Kompetenzen als wichtige Voraussetzungen, um allgemeine Bildungsziele wie Integration, Partizipation, Selbstvergewisserung, Orientierung, Selbstausdruck, Kommunikation, Kritik- und Gestaltungsfähigkeit zu entwickeln. Auch der Deutsche Kulturrat hat dies bereits mehrfach bekräftigt.

Games Convention 2005: N-GAGE-qd Hersteller von Spezialhandys zum Spielen und Hersteller von Spielesoftware für das N-GAGE-Handy Foto: Olaf Zimmermann

Kulturelle Bildung im Alter: Entwicklung der Persönlichkeit unterstützen

Kunst und Kultur sind, wie im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung vielfach nachgewiesen, zentrale Sozialisationsfaktoren und „Werkzeuge des Weltzugangs".
Dies gilt auch in den Entwicklungsphasen der zweiten Lebenshälfte. Auch hier werden Menschen mit Veränderungen, Zuschreibungen und biografischen Wendepunkten konfrontiert und zu Anpassungsprozessen herausgefordert. Zudem verlangt die anwachsende Lebenserfahrung und die schrumpfende Lebenszeitperspektive nach neuen Integrationsleistungen, veränderten Handlungsstrategien und provoziert die Infragestellung und Neugewichtung von Werten und Lebenszielen. Kunst und Kultur können dazu beitragen, diese Veränderungsprozesse, Fragestellungen, Emotionen und Widersprüche mit den besonderen Mitteln aus Kunst und Kultur zu thematisieren, zu kommunizieren und einer Auseinandersetzung zugänglich zu machen.
Während Bildungsanstrengungen in früheren Lebensabschnitten vor allem als Orientierung auf das Erwachsenenleben abzielen oder sich auf Veränderungen innerhalb des Berufsalltags beziehen (Weiterbildung), fällt die Lebensphase „Alter" aus diesem Begründungszusammenhang heraus. Hier entstehen neue, bisher wenig erforschte Lernsituationen und Motivationen. Zwischen der Freiheit von der konkreten Verwertbarkeit des Wissens im Beruf, der Schere im Kopf, was im Alter wohl noch erlernbar ist und was sich „noch lohnt", dem Bedarf an Anpassungswissen an neue Kulturtechniken (Internet) oder an Kulturformen zur Bewältigung von Krisen (Trauerarbeit) gibt es ein breites Feld von Lernanlässen und Bildungsinteressen.

Grenzen intergenerativer Modelle – genuine Bildungsinteressen Älterer

Die große Resonanz auf die Möglichkeit eines Seniorenstudiums macht deutlich: Viele ältere Menschen wollen auch Anspruchsvolles lernen und sie wollen dies gerne gemeinsam mit Jün-

→ Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Das Leben jenseits der 50

geren tun. Lernziele und Interessen sind jedoch verschieden. Ältere bereiten sich nicht auf den Arbeitsmarkt vor, sie haben weniger Zeitdruck, sie haben andere Fragen und integrieren das neue Wissen auf andere Wiese in ihren Erfahrungsschatz und in ihr Leben als junge Menschen. Diese unterschiedlichen Bildungserwartungen und Ziele führen immer wieder auch zu Konflikten. Dass solche Konflikte auch produktive Lernanlässe sein können, zeigen viele intergenerative Projekte. Dennoch kann die Unterschiedlichkeit der Lernmotivationen und Ziele nicht geleugnet werden.
Die Vielzahl von selbst organisierten Bildungsformen zeigt, dass ältere Menschen mit einem guten Bildungshintergrund zunehmend ihre Bildungsinteressen auf der Basis eigener Ressourcen umsetzen. Individuell oder im Freundeskreis werden vorhandene Kulturinteressen gepflegt und ausgeweitet. Viele betätigen sich als Kulturvermittler. Sie gründen kulturtouristische Gruppen, Diskussionszirkel, Mediengruppen und Kunstwerkstätten. Andere arbeiten freiwillig in kulturellen Zusammenhängen und genießen hier die Chance zu intergenerativen Erfahrungsmöglichkeiten. Auch der Boom der Seniorenakademien belegt dies. Volkshochschulen, private Anbieter und soziokulturelle Träger reagieren auf diesen Trend und greifen Ideen auf und integrieren sie in ihre Angebotspalette. Vielleicht ist diese Situation vergleichbar mit der kulturellen Jugendbildung, die sich in den 70er Jahren mit den entstehenden autonomen Jugendzentren und der Vielfalt der neuen Aktivitätsformen auseinandersetzen musste und hier methodisch, didaktisch, aber auch in Bezug auf Formate und Inhalte profitiert hat. Kaum entwickelt sind derzeit noch Angebote kultureller Bildung für ältere Menschen aus weniger bildungs- und kulturnahen Kreisen. Dazu gehört auch die bisher nur punktuell entwickelte Orientierung auf die wachsende Zahl älterer Migrantinnen und Migranten.

Forschungs- und Entwicklungsbedarf

Im Gegensatz zur kulturellen Jugendbildung ist kulturelle Altenbildung noch wenig beforscht und organisiert. Ungenau ist u.a. die Kenntnis über die Kompetenzen und Lebensstile der verschiedenen Gruppen der Menschen zwischen 55 und 100 Jahren. Ebenfalls ungenau sind die Kenntnisse über inhaltliche Interessen und angemessene Formen der Ansprache und Vermittlung. Das Entstehen der Fachrichtung „Geragogik" (pädagogische Zuwendung zu älteren Menschen) weist auf dieses neue Forschungsfeld hin. In Deutschland gibt es seit Ende der 1980er Jahre Ansätze, ein entwicklungsorientiertes Verständnis von Alter in der kulturellen Bildung umzusetzen. Zu dieser Zeit hat das Institut für Bildung und Kultur neue künstlerische Wettbewerbe (Fotografie, Literatur) für ältere Menschen durchgeführt und erstmals ein Handbuch zur Seniorenkulturarbeit entwickelt. Die Volkshochschulen haben sich hier ebenfalls konzeptionell neu orientiert. Viele Altentheater sind seither entstanden und greifen biografische Themen auf. Auch in den Bereichen Fotografie und Video gibt es eine Vielzahl von Aktiven, die sich schwerpunktmäßig mit den eigenen Erfahrungen auseinandersetzen.
Die kulturelle Bildung, die sich im Jahr 2005 in einer Welt mit globalisierter Kulturszene, neuen Diskursen und Medien bewegt, ist herausgefordert, die „neuen Generationen" der Älteren mit einem gewachsenen Selbstbewusstsein, höherem Bildungsgrad, wachsenden Männeranteil und einem wachsenden Anteil von Singles und Migranten etc. in ihren Forschungsfragen und Angeboten zu berücksichtigen. Auch aus den neuen Erkenntnissen der Gerontologie, Psychologie und Lernforschung resultiert ein enormer Forschungs- und Entwicklungsbedarf für die (kulturelle) Bildung.
Ähnlich wie die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (BKJ) eine positive „Kultur des Aufwachsens" beschreiben kann, gilt es jetzt, eine positive Kultur des „Alt Werdens" zu formulieren. Beide stehen zudem in einem engen Zusammenhang, denn, je besser die kulturelle Grundbildung im Jugendalter, je intensiver sie im Erwachsenenalter gepflegt und fortentwickelt wurde, desto größer die Chance, auch im Alter mit diesen Kompetenzen das Leben positiv zu gestalten.

Kulturelle Bildung braucht die lebendige Kunst- und Kulturpraxis

Nicht zuletzt gilt es zu berücksichtigen, dass kulturelle Bildung bei allen guten Konzepten den Kontakt und den unmittelbaren Austausch mit der lebendigen Kunst- und Kulturszene braucht. Prozesse kultureller Bildung entfalten ihre besondere Wirksamkeit in der Spannung zwischen den Zielen und der Dynamik des künstlerischen Prozesses (Orientierung an der künstlerischen Qualität des Produktes, des Ausdrucks, der Nutzung künstlerischer Verfahren) und den Zielen und der Dynamik des pädagogischen Prozesses (Orientierung an Zielen der Persönlichkeitsentwicklung, Lebensweltbezug, Chancengleichheit) In der Praxis kultureller Altenbildung geht es sowohl um die Förderung aktiver älterer Künstlerinnen und Künstler, als auch um die Anbindung von Laiengruppen an professionelle Unterstützerinnen und Unterstützer. So arbeiten z.B. viele Seniorentheater mit professionellen Regisseuren, das Landestheater Moers hat unter professioneller Leitung ein Theaterstück mit Demenzkranken entwickelt, Laienmusikensembles leisten sich eine ausgebildete Chorleitung, der Bundeswettbewerb Video der Generationen bietet von Medienprofis geleitete Workshops an. Hier können gute Erfahrungen, aber auch methodisches oder organisatorisches Know-how aufgegriffen und vermittelt werden. Nachfragen nach solchen Kompetenzen z.b. für Kunst- und Musikpädagogen werden vermehrt an die ausbildenden Hochschulen und den Weiterbildungseinrichtungen der kulturellen Bildung gerichtet.

Notwendig: Kooperationen und Erfahrungsaustausch

Notwendig ist daher die Entwicklung von konkreten Bildungsmodellen und spezifischen Vermittlungsformen künstlerischer Techniken in allen Kunstsparten. Notwendig sind neue Formen der Kulturvermittlung von und für ältere Menschen mit eigenen Methoden und Formaten. Auch wenn es bereits vereinzelt neue Formate und Lernformen gibt, werden sie bisher zu wenig systematisch erprobt oder evaluiert.
Ein erster Schritt in diese Richtung kann gelingen, wenn sich die Akteure der kulturellen Bildung Erfahrungen intensiver austauschen und Perspektiven entwerfen. Kulturelle Altenbildung sollte auch mit anderen Bildungsbereichen enger verzahnt werden, zum Beispiel mit der beruflichen Bildung/Erwachsenenbildung, den Bildungsangeboten für zivilgesellschaftliches Engagement oder der Gesundheitsbildung.
Eine engere Vernetzung der verschiedenen Akteure kultureller Altenbildung, Träger und Multiplikatoren, Älteren Menschen, Künstlerinnen und Künstler wird vielerorts nachgefragt. Das Institut für Bildung und Kultur an der Akademie Remscheid bietet zum Beispiel durch das NRW-Projekt *mehrkultur55plus* und das europäische Netzwerk *European Network Third Age Culture* eine Plattform mit vielen Informationen, Veranstaltungen und Beispielen für innovative Formen der Kulturarbeit und der Kulturangebote für ältere Menschen.

DIE VERFASSERIN IST LEITERIN DES INSTITUTS FÜR BILDUNG UND KULTUR, DAS UNTER ANDEREM DAS PROJEKT „mehrkultur55plus" DURCHFÜHRT ■

Games Convention 2005: Abgesicherter Spielebereich für das Psycho-Horror-Egoshooter-Spiel FEAR (ab 18 Jahre) Freier Spielebereich von Intel (Prozessor-Hersteller) und ATI (Grafikkartenhersteller) Fotos: Olaf Zimmermann

Neuerscheinung 2005

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION –
Konzeption Kulturelle Bildung III

Hg. v. Deutschen Kulturrat
Redaktion: Gabriele Schulz und Olaf Zimmermann
Berlin 2005, 470 Seiten, 22,80 Euro

„Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung III" schlägt den Bogen von den Einflüssen internationaler Handelsabkommen auf die kulturelle Bildung vor Ort bis hin zu den Bildungsplänen für die frühkindliche Erziehung, die Schulreform der Länder, die Europäisierung der Hochschulbildung bis zur Weiterbildung gespannt. Das Buch verschafft einen Überblick über die Strukturen kultureller Bildung, Anforderungen an die Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen werden formuliert und an praktischen Beispielen deutlich gemacht, welche Potenziale die kulturelle Bildung für die gesamte Bildungsreform bietet.

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat, Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Fax: 030/24 72 12 45, Email: post@kulturrat.de

Bildung ist mehr als Aneignung von Wissen

Kirsten Bruhns

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

Games Convention 2005: Großer Andrang auf der Messe Foto: Olaf Zimmermann

Der Zwölfte Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung widmet sich der „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule". Im Zentrum stehen Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen im frühkindlichen Alter und im Schulalter sowie die Bedingungen für Aneignung und Lernen. Gefragt wird, wie öffentlich verantwortete Bildung, Betreuung und Erziehung so organisiert werden können, dass sie die Entwicklungspotenziale von Kindern und Jugendlichen bestmöglich fördern und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sichern.

Bildung, so die Ausgangsthese der siebenköpfigen Sachverständigenkommission des Zwölften Kinder- und Jugendberichts, lässt sich nicht reduzieren auf kognitiven Wissenserwerb. Sie umfasst vielmehr ebenfalls Persönlichkeitsbildung, die Aneignung der materiellen und kulturellen Welt sowie sozialer Kenntnisse und Fähigkeiten. Bildung findet auch nicht nur in der Schule statt oder beim Nachhilfeunterricht. Kinder lernen an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten – in der Krippe und im Kindergarten ebenso wie in der Familie, auf der Straße, in der Jugendarbeit, beim Jobben, im Erlebnispark und im Kinderkino.

Bildungsprozesse beginnen mit der Geburt und dauern ein Leben lang. Nicht alle Kinder haben jedoch gleiche Bildungschancen. Deshalb gilt es, Kindern „von Anfang an" Bildungsangebote zu unterbreiten und dafür zu sorgen, dass alle Kinder zu ihnen Zugang erhalten. Indem im Zwölften Kinder- und Jugendbericht die Orte und Gelegenheiten aufgespürt werden, an denen Kinder und Jugendliche lernen, indem wissenschaftlich fundiert dargelegt wird, was und wie hier gelernt wird, eröffnet sich ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten kindlicher und jugendlicher Bildungsprozesse. Differenzierungen nach Alter, Geschlecht, Familienkonstellation, ökonomischen Handlungsspielräumen, Region sowie sozialer und kultureller Herkunft weisen auf besondere Unterstützungserfordernisse für spezifische Gruppen hin. Hierzu gehören insbesondere Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, aus bildungsfernen Schichten und ökonomisch Benachteiligte.

Der Blick auf bestehende Angebote und Leistungen von Tagespflege, Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte), von Jugendarbeit, schulbezogener Jugendsozialarbeit, von Schule sowie von Lernwelten außerhalb von Schule und Jugendhilfe zeigt Stärken, Potenziale und Schwächen des Systems der öffentlich verantworteten Bildung, Betreuung und Erziehung auf. Auch die Familie als erste und primäre Bildungswelt der Kinder gehört zu diesem System. Sie kann in ihren Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsleistungen durch finanzielle Zuschüsse, Eltern- und Familienbildung sowie vernetzte Beratungs- und Unterstützungssysteme unterstützt werden.

Entsprechend der Entwicklung und den Lern- und Bildungsbedürfnissen des Kindes kommt im 1. Lebensjahr vor allem der Familie eine zentrale Rolle für frühe Bildungsprozesse zu. Ab dem 2. Lebensjahr treten neue Lern- und Erfahrungswelten hinzu, sodass neben familiäre auch institutionelle Förderkonzepte treten müssen. Ab dem 3. Lebensjahr schließlich liegt der Schwerpunkt der öffentlichen Unterstützung kindlicher Entwicklung und Bildung bei der Bereitstellung institutioneller Angebote. Damit alle Kinder Zugang zu ihnen erhalten, ist die Kostenfreiheit von Tageseinrichtungen und Tagespflege erforderlich. Außerdem ist bis 2010 der Rechtsanspruch aller unter dreijährigen Kinder auf eine öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung durchzusetzen. Gleichzeitig ist die Qualität öffentlich verantworteter Kindertagesbetreuung zu verbessern und zu sichern. Dazu beitragen sollen ein Qualitätsmonitoring, ein sowohl trägerinternes als auch bundeseinheitlich standardisiertes Qualitätsmanagement, eine qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften mit der Anhebung der ErzieherInnenausbildung auf Hochschulniveau sowie ein qualitätsorientierter Wettbewerb zwischen den Einrichtungen.

Mit zunehmendem Alter wächst die Zahl der Bildungsorte und Lernwelten der Kinder. Einen zentralen Stellenwert nimmt hier die Schule ein, in die Kinder nach dem Vorschlag der Sachverständigenkommission nicht erst mit 6,5, sondern mit 6 Jahren eintreten sollten. Schule ist für Kinder nicht allein eine Pflichtveranstaltung, sondern auch ein wichtiger Treffpunkt mit Gleichaltrigen und ein Ort, an dem freundschaftliche Beziehungen geknüpft und gepflegt werden. Sie kann aber auch zu einer Belastung von Kindern – und Familien – werden und zu Misserfolgserlebnissen führen, die die Bildungslaufbahn und die Zukunftschancen junger Menschen evtl. nachhaltig beeinflussen. Nachhilfe, Sprachkurse oder Musikschulen ergänzen die schulischen Angebote oder gleichen Mängel aus. Die Bildungsangebote der Jugendarbeit und der Vereine, Verbände und kulturellen Einrichtungen fördern insbesondere soziale und personale Kompetenzen. Weitere Orte, deren Bildungspotenziale meist nicht ausreichend gewürdigt werden, sind Schülerjobs, Gleichaltrigengruppen und Medienwelten.

Kindern und Jugendlichen im Schulalter Anreize und Möglichkeiten zur Aneignung kultureller, instrumenteller, sozialer und personaler Kompetenzen zu geben, ihnen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Lage gleichermaßen Bildungschancen zu eröffnen, erfordert das Zusammenspiel unterschiedlicher Bildungsorte und Lernwelten. Die Sachverständigenkommission des Zwölften Kinder- und Jugendberichts befürwortet, das gegenwärtige Schulsystem schnellstmöglich in ein System ganztägiger Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote zu überführen. Im „Projekt Ganztagsschule" sind ganztägige vernetzte Angebote auszubauen und zu realisieren. Um es zum Erfolg zu führen, sind Reformen der Aus-, Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte erforderlich. Längere Zeiten der Anwesenheit von Lehrerinnen und Lehrern werden nötig sein und mehr öffentliche Mittel müssen in die Personalkosten fließen. Sie liegen in Ganztagsschulen 30 % über denen heutiger Schulen.

Ganztagsschule kann keine herkömmliche „Unterrichtsschule" sein. Dem Primat der individuellen Förderung entsprechend, sind Klassenwiederholungen abzuschaffen und die Grundschulzeit bis zum14. Lebensjahr auszuweiten. Damit Bildungsprozesse an den realen Lebenssituationen und Interessen von Kindern und Jugendlichen anknüpfen, ist es notwendig, dass sich Schule den konkreten Lebenswelten von Kindern und ihren Familien, dem kommunalen Umfeld und der Zusammenarbeit mit Akteuren aus anderen Lebenswelten und Bildungsorten gegenüber öffnet und dass Schule Handlungsspielräume gewinnt und selbständig ausgestalten kann. Wo Ganztagsschulen mit der Kinder- und Jugendhilfe zusammenarbeiten, kann die Schule neben ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auch notwendige Betreuungsaufgaben übernehmen. Die Jugendhilfe wiederum kann ihren Bildungsauftrag konkretisieren und ausgestalten. In diesem Zusammenspiel könnten starre Strukturen überwunden, überkommene Traditionen aufgehoben und nicht mehr zeitgemäße Konzepte und Organisationsformen verabschiedet werden. In der Kinder- und Jugendhilfe sollten schulbezogene Leistungen weiter ausgebaut werden. Sozial- und persönlichkeitsorientierte Bildungsziele, partizipative und gleichheitsorientierte Ansätze sowie individuelle Förderleistungen der Jugendhilfe sind qualifiziert weiter zu entwickeln und offensiv in Kooperationsbeziehungen mit Schule einzubringen. Die Jugendarbeit ist im „Projekt Ganztagsschule" gefordert, mit ihren Angeboten vermehrt bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen Gelegenheit zur Kompetenzerweiterung zu geben.

Die Schaffung eines neuen Systems von Bildung, Betreuung und Erziehung erfordert insgesamt eine verbesserte Abstimmung der Angebote im Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem sowie den Aufbau einer vernetzten kommunalen Bildungslandschaft in kommunaler Verantwortung und mit einer integrierten kommunalen Fachplanung. Staat und Gesellschaft müssen gemeinsam in öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen und die Zukunft der jungen Generation den Boden hierfür bereiten und dazu beitragen, dass noch bestehende Berührungsängste und rechtliche Hürden überwunden, organisatorische Maßnahmen eingeleitet und zusätzliche finanzielle Anstrengungen unternommen werden.

Der Sachverständigenkommission des 12. Kinder- und Jugendberichts gehören an:

- Ilsa Diller-Murschall, stellvertretende Geschäftsführerin des AWO-Bundesverbandes
- Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Martina Liebe, Abteilungsleiterin im Bayerischen Jugendring, München
- Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Kommissionsvorsitzender), Direktor des Deutschen Jugendinstituts, München
- Dagmar Szabados, Bürgermeisterin Halle (Saale)
- Prof. Dr. Wolfgang Tietze, Freie Universität Berlin
- Prof. Dr. Gert G. Wagner, Forschungsdirektor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin

Als ständiger Gast nahm Dr. Wolfgang Mack, Deutsches Jugendinstitut, an den Sitzungen der Sachverständigenkommission teil.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE REFERENTIN AM DEUTSCHEN JUGENDINSTITUT UND IN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DES 12. KINDER- UND JUGENDBERICHTS TÄTIG ■

Früh übt sich der Meister

Gabriele Schulz

Kulturelle Bildung in der frühkindlichen Bildung

Die frühkindliche Bildung hat in der kulturellen Bildung einen wichtigen Stellenwert. Bereits seit Jahrzehnten gibt es im Musikbereich ein ausgereiftes System der musikalischen Früherziehung und auch im klassischen Ballett beginnt die „Ausbildung" möglicher Tänzerinnen und Tänzer im Kindesalter. Welche Bedeutung die frühe Leseerziehung, d.h. zuerst das Betrachten von Büchern und später das Vorlesen für die Lesefähigkeit haben, darauf macht die Stiftung Lesen bereit seit Jahrzehnten aufmerksam und belegt mit Hilfe von Arbeiten aus der Hirnforschung, dass bereits im Kleinkindalter die Weichen für spätere „Lesekarrieren" gestellt werden. Ebenso gibt es Beispiele aus anderen künstlerischen Sparten, welche Bedeutung die frühkindliche Bildung für die spätere Ausbildung und Förderung von Begabungen im künstlerischen Bereich sowie die allgemeine Begeisterung für Kunst und Kultur hat.

Games Convention 2005: Präsentation eines neuen Videospiels (Kriegssimulation) Foto:Olaf Zimmermann

Im Nachgang des Erscheinens der ersten PISA-Studie in Deutschland begann nicht nur eine rege Debatte zur Veränderung des Schulwesens mit der Erarbeitung von gemeinsamen Standards in einigen Fächern sowie dem Ausbau des Ganztagsschulwesens, es wurde zugleich die vorschulische Bildung in den Blick genommen. Im Mittelpunkt stand eine stärkere Betonung des Bildungsaspekts der Elementarerziehung, zuvor wurde oftmals der Betreuungsaspekt in den Vordergrund gerückt.

Auf Bundesebene wird die Elementarerziehung und -bildung im Kinder- und Jugendhilfegesetz (Sozialgesetzbuch VIII) geregelt. Auf Landesebene sind in der Regel die Jugend-, die Bildungs-, die Familien- oder die Sozialministerien zuständig. Die Zuständigkeit hängt jeweils vom Ressortzuschnitt der jeweiligen Landesregierung ab.

Ein wesentlicher Schritt zur besseren Verankerung der frühkindlichen Bildung war die Verabschiedung des „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten" (im Folgenden: Gemeinsamer Rahmen) der durch Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 13./14.05.2004 und Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03./04.06.2004 angenommen wurde. Der Gemeinsame Rahmen beschreibt die Grundsätze der Bildungsarbeit in Kindertageseinrichtungen. Die Konkretisierung erfolgt durch die Bildungspläne der Länder sowie die Einrichtungen vor Ort. Die Elementarerziehung zielt darauf ab, grundlegende Kompetenzen zu entwickeln und die Persönlichkeit so zu stärken, dass darauf aufbauend Lernprozess erfolgreich bewältigt werden können und der Grundstein für die Bereitschaft und Fähigkeit für lebenslanges Lernen gelegt wird. Als bedeutsam wird die Anschlussfähigkeit der Elementarerziehung an die Grundschule gesehen. Elementarerziehung erfolgt nicht nach wissenschaftlichen Disziplinen oder Stundenplänen sondern ganzheitlich. Mit unterschiedlichen Techniken und Methoden erkunden Kinder ihre Welt. Sie dazu zu ermutigen und zu ermuntern, ist Ziel der Elementarerziehung.

In folgenden Bildungsbereichen sollen Kinder besonders gefördert werden:

- Sprache, Schrift, Kommunikation; hierzu zählt neben der Sprachbildung und Sprachförderung auch die Förderung von Erfahrungen rund um das Buch.
- Personale und soziale Entwicklung, Werteerziehung/religiöse Bildung
- Mathematik, Naturwissenschaft, (Informations)-Technik
- Musische Bildung/Umgang mit Medien; musische Bildung wird im Sinne von ästhetischer Erziehung verstanden und umschließt sowohl die musikalische Früherziehung als auch das künstlerische Gestalten. Im Umgang mit Medien soll bereits frühzeitig Medienkompetenz erworben werden.
- Körper, Bewegung, Gesundheit
- Natur und kulturelle Umwelten

Hervorgehoben wird im Gemeinsamen Rahmen die Gemeinwesenorientierung der Elementarerziehung, dass Kindertagesstätten keine Inseln sein sollen, sondern mit anderen Einrichtungen – so auch Kultureinrichtungen – kooperieren sollen. Die Stiftung Lesen tritt bereits seit vielen Jahren erfolgreich als Kooperationspartner von Kindergärten auf. Leseempfehlungslisten, Vorlesepaten und andere Vorhaben sollen Kinder an das Buch heranführen und so bereits vor dem eigentlichen Lesen Lesekompetenz begründen. Einige Kindertagesstätten in öffentlicher Trägerschaften arbeiten mit Öffentlichen Musikschulen zusammen und bieten hier für interessierte Kinder gegen zusätzliches Entgeld musikalischen Früherziehung an. Gerade für Kinder, die ganztags in Kindertagesstätten betreut werden, sind diese Kooperationen wichtig. Denn musikalische Früherziehung im Anschluss an einen für Kinder anstrengenden Tag im Kindergarten, der teilweise bis 18.00 Uhr dauert, ist kaum zu realisieren. Obwohl es erfolgreiche Modelle der Zusammenarbeit gibt, sind diese längst noch nicht die Regel. Deren Ausbau wäre eine wichtige Aufgabe für die außerschulische Kinder- und Jugendbildung.

In den Ländern wurde in den vergangenen Jahren jeweils Bildungspläne ausgearbeitet bzw. gemeinsame Vereinbarungen zwischen Trägern und Land geschlossen. In der Studie „Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung III" werden die verschiedenen Ansätze der Länder und die Schwerpunkte, die die Länder jeweils setzen, vorgestellt. Die Bildungskonzepte, Bildungspläne, Orientierungsrahmen usw. der Länder zeigen, dass zur Zeit ein intensiver Diskussionsprozess zur Veränderung der frühkindlichen Bildung und Elementarerziehung stattfindet. Unisono wird der im Kinder- und Jugendhilfegesetz formulierte Bildungsauftrag betont und daraus abgeleitet, werden Bildungsziele und Bildungsbereiche benannt. Kulturelle Bildung hat in allen Bildungsplänen eine festen Platz. Dem Spracherwerb und der Spracherziehung werden eine besondere Bedeutung beigemessen. Aber auch die anderen künstlerischen Disziplinen wie Musik, Theater, Rhythmik, Bildende Kunst, Gestaltete Umwelt finden ihren Platz. Die Gemeinwesenorientierung der Kindertagesstätten ist ebenfalls ein fester Bestandteil der Bildungspläne. Hier bestehen Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem Kulturbereich im engeren Sinne und den Kindertagesstätten. Es kommt nun darauf an, dass zum einen die Erzieherinnen und Erzieher entsprechende Weiterbildungsveranstaltungen besuchen können, um die Bildungskonzepte, Bildungspläne und Orientierungsrahmen in die tägliche Praxis umsetzen zu können. Zum zweiten ist der Kulturbereich im engeren Sinne gefordert, offener für Kooperationen mit Kindergärten und Kindertagesstätten zu sein.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND MITAUTORIN DER STUDIE „KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION – KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG III" ■

Nachgefragt....

Kulturelle Bildung und die Charts

Claudia Schwalfenberg

Soviel Diskussion über kulturelle Bildung war nie: Anfang 2004 lud die Kulturstiftung der Länder zum ersten Kongress „Kinder zum Olymp!" ein, dort verlieh die PwC-Stiftung Jugend – Bildung – Kultur erstmals den mit 50.000 Euro dotierten Zukunftspreis Jugendkultur, im Herbst desselben Jahres schrieb die Kulturstiftung der Länder dann gemeinsam mit der Deutschen Bank Stiftung erstmals den Wettbewerb „Kinder zum Olymp!" aus. Damit nicht genug, sorgte Karin von Welck – vormals Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder – nach ihrem Amtsantritt als Hamburger Kultursenatorin 2004 dafür, dass sich die Hansestadt zur Modellregion für Kinder- und Jugendkultur fortentwickelt. Auch die Kultusministerkonferenz verständigte sich 2004 darauf, kulturelle Bildung zu einem neuen Schwerpunkt zu machen. Im August 2005 folgte der Deutsche Kulturrat mit seiner aktuellen Konzeption kulturelle Bildung. Dieses Mal handelte es sich allerdings nicht um eine Premiere. Im Gegenteil: Eine erste und eine zweite Konzeption zur kulturellen Bildung stammen aus den Jahren 1988 und 1994. In Zukunft schließlich will die Kulturstiftung des Bundes nur noch Projekte fördern, die auch durch ihr Vermittlungskonzept überzeugen.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen und zeigt vor allem eins: Kulturelle Bildung ist en vogue. Dieses Hoch hat verschiedene Ursachen. Kulturinstitutionen wie Orchester und Museen machen sich zum Beispiel Sorgen um ihr Publikum von morgen. Wenn in Zukunft niemand mehr da sein wird, der sich für ihre Angebote interessiert, steht ihre Existenz auf dem Spiel. Inzwischen mehren sich außerdem die Stimmen, die PISA nicht als allein selig machenden Maßstab für den Schulunterricht sehen und die im Gegenteil eine schädliche Verkürzung der Bildung auf das vordergründig Nützliche fürchten. Und schließlich gibt es die Hoffnung, mit kultureller Bildung „bessere Menschen" zu schaffen, einen Beitrag zur Integration von Migrantenkindern zu leisten oder aber ein Gegengewicht zu den zunehmenden sozialen Verwerfungen aufzubauen.

Über die Frage, ob kulturelle Bildung damit nicht überfrachtet wird, ob sie nicht – selbst zweckfrei – auf die Selbstzweckhaftigkeit des Menschen verweisen sollte, ließe sich trefflich streiten. Gegenwärtig entscheidender ist aber die Frage, was die Diskussion über kulturelle Bildung bewirkt. Favorisiert sie vornehmlich bühnennahe Künste wie Musik, Tanz und Theater, oder fördert sie alle Künste gleichermaßen? Vor allem aber: Erschöpft sie sich darin, ein Leuchtturmprojekt nach dem anderen zu kreieren, oder gelingt es ihr auch, Strukturen zu schaffen, die jedes Kind erreichen – und das nachhaltig mit hoher Qualität?

Es ist gut, dass die kulturelle Bildung den Sprung in die Charts der Kulturpolitik geschafft hat. Jetzt kommt es darauf an, sie überall in Deutschland Realität werden zu lassen.

DIE VERFASSERIN IST STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Impressum

kultur · kompetenz · bildung

kultur · kompetenz · bildung erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitschrift *politik & kultur,* herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de,
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Tel. 0941/ 945 93 0
Fax 0941/ 945 93 50
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: info@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung